

4. VII. 1915

**Kein Friedensanbot Oesterreich-Ungarns an
irgendeinen Staat.
Zurückweisung einer falschen serbischen
Behauptung.**

Wien, 3. Juli.

Das morgige „Fremdenblatt“ bringt folgendes Com-
munique:

Im serbischen Blatte „Samouprava“ vom 9. (22.)
Juni wurde, anscheinend offiziös, behauptet, daß „das stolze
und übermütige Oesterreich-Ungarn dem
kleinen und schwachen Serbien bereits
zweimal einen Separatfrieden angeboten
hätte.“

Wir sind von kompetenter Seite ermächtigt, zu er-
klären, daß diese Behauptung glatt er-
funden ist.“

Oesterreich-Ungarn hat während der
ganzen Dauer des Krieges niemals und
niemandem, also auch nicht Serbien,
Friedensangebote gemacht.

Um Haase.

Die Rüge, die der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie dem Parteivorsitzenden Reichstagsabg. Haase erteilt hat, wird von den meisten sozialdemokratischen Blättern — heute auch von dem „Vorwärts“ — ohne jeden Kommentar wiedergegeben. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ teilt mit, daß der sozialdemokratische Bezirksvorstand des Bezirks Schleswig-Holstein und des Fürstentums Lübeck am Sonnabend den Bericht von der letzten Tagung des Parteiausschusses entgegengenommen hat:

„Insbesondere wurde Kenntnis genommen von den partei-zerstörenden Treibereien, die dazu angetan sind, die Parteieinheit auf das schwerste zu gefährden. Der Bezirksvorstand schließt sich deshalb der Resolution des Parteiausschusses in vollem Umfang an und bedauert nur, daß zurzeit keine durchgreifenden Mittel gegen die Urheber der Treibereien zur Anwendung gebracht werden können.“

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand für das Herzogtum Braunschweig ist auf die Seite von Haase getreten durch folgenden Beschluß:

„Der Bezirksvorstand verurteilt entschieden alle auf die Störung der Parteieinheit gerichteten Bestrebungen; er erblickt jedoch in der Eingabe einer großen Zahl Parteigenossen an den Partei- und Fraktionsvorstand, in der die Umkehr von der Politik des 1. August verlangt wird, ebenso wie in dem Aufruf der Genossen Bernstein, Haase und Rautsky keine gegen das Organisationsstatut oder dessen Geist verstößende Handlung. Das Vorgehen der betreffenden Genossen ist lediglich als dringende Forderung an die leitenden Parteinstanzen zu betrachten, entsprechend den Parteigrundsätzen und Kongreßbeschlüssen zu handeln.“

5./VII. 1915

Der serbische Feldzug

Niš, 4. d. (Serbisches Presbureau.) Während der letzten Hälfte des Juni hatten wir längs der Save und der Donau einige ernste Zusammenstöße mit dem Feinde. Diese nach einer längeren Ruhepause erfolgten Treffen können als ziemlich wichtig betrachtet werden. Der erste Zusammenstoß geschah auf der Insel Moldawsko in der Donau. Zwischen dem 7. und 15. Juni ging der Feind unter dem Schutze der Insel an die Reparatur eines Schiffes und sonstigen Schiffahrtsmaterials. Am 18. Juni griffen wir den Posten auf der Insel an in der Absicht, das Material zu vernichten und den Posten selbst gefangen zu nehmen. Eine unserer Abteilungen setzte nachmittags trotz dem Feuer des Feindes zur Insel

über. Unter dem wirksamen Feuer unserer Artillerie rückte unsere Abteilung auf die feindlichen Schützengräben vor unter Verwendung von Handgranaten. Sie vollführte einen Bajonettsturmangriff, der den Feind dermaßen überraschte, daß der ganze Posten sich ergab. Der Posten bestand aus einem Offizier, drei Unteroffizieren und 29 Soldaten, zumeist Ungarn. Wir kehrten mit den Gefangenen und allem, was wir an Material hatten erbeuten können, auf unser Ufer zurück. Die Artillerie vollendete die Zerstörung des feindlichen Schiffsparkes. Der Brand dauerte bis um Mitternacht. Unser Ziel auf der Insel Moldawsko war vollständig erreicht.

Um diesen unseren Erfolg abzuschwächen, nahm der Feind zwei Tage später unsere Insel Micharska mit einem Unteroffizier und vierzehn Soldaten. Später jedoch bezahlte er diesen Erfolg mit beträchtlicheren Verlusten. Am 25. Juni fand auf der Insel Ogradina in der Donau ein Kampf statt. Am 21. Juni setzte ein Detachement zur Insel über und zerschnitt die Drähte, welche die feindlichen Minen zur Explosion bringen sollten. Nach einigen Tagen Vorbereitung versuchte der Feind, uns von der Insel zu vertreiben. Am 25. Juni, 1 Uhr früh, gelang es ihm, unter dem Schutze eines anhaltenden Feuers seiner Artillerie, auf der Westspitze der Insel Maschinengewehre zu landen. Es folgte ein zwölfstündiger Kampf. Der Feind wurde unter schweren Verlusten vertrieben. Wir machten 24 Gefangene. Obwohl die Initiative zum Kampfe auf seiten des Feindes lag und obwohl er sich vorbereitet hatte, erlitt er eine schwere Niederlage.

Ein wichtigerer Kampf als die Kämpfe von Moldawsko und Ogradina war jener von Micharska-Uda. Der Feind hatte die Insel seit dem 20. Juni im Besitz. Aber am 27. Juni gegen drei Uhr morgens setzten wir zur Insel über. Nach einem Bajonettsturm und unter Verwendung von Handgranaten machten wir uns rasch zu Herren der Insel. Der feindliche Posten in Stärke von 150 Mann wurde gefangen genommen. In allen Kämpfen der letzten Zeit auf der Nordfront wurde eine bedeutende Beute eingebracht. Die Ueberlegenheit unserer Truppen hat sich neuerdings bestätigt. Die Unsrigen beweisen außerordentliche Hartnäckigkeit, großen Mut und viel Unerschrockenheit.

Äußerungen des Erzherzog-Thronfolgers.

(Tel. des 1. 1. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 4. Juli. Aus New-York wird unter dem 10. Juni geschrieben: Dr. J. E. Roche, welcher als Berichterstatter amerikanischer Blätter im österreichisch-ungarischen Hauptquartier gewest hat, veröffentlicht eine Unterredung, die er mit dem Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef hatte. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Herr Erzherzog:

Oesterreich-Ungarn ist un-
schuldig an jedem Wunsche oder
Verlangen, diesen Weltkrieg
herbuzurufen. Sein ursprünglicher
Schritt gegen Serbien war nötig geworden,
um elementare nationale Rechte zu schützen
und einer frevelhaften Agitation ein Ende zu
machen. Wie die Welt weiß, beraubte diese
Agitation das Reich des allgemein beliebten
Thronerben und machte es ganz unmöglich, die
Umstände zu ignorieren, in welchen das Ver-
brechen von Sarajevo seinen Ursprung hatte.
Mag sich doch Amerika einmal an die Stelle
dieses Reiches versetzen, mag sein Volk einmal
darüber urteilen, was für Genugthuung es
selbst unter ähnlichen Umständen verlangt
hätte.

Serbien hatte Gelegenheit, sich zu ent-
schuldigen. Wir machten der Welt klar, daß
wir nicht nach seinem Lande Gelüste trügen,
wir wollten nur ein für allemal
einer unerträglichen Einmischung
in unsre inneren Angelegen-
heiten ein Ende machen. Hätte man
die Monarchie mit Serbien allein verhandeln
lassen, hätte es keinen Krieg gegeben und die
ganze Angelegenheit wäre längst beigelegt.
Es lohnt sich, diese Tatsache ständig im Auge
zu behalten, jetzt, wo die ursprünglichen Vor-
gänge einigermaßen ins Dunkel getreten sind.
Natürlich legten sich die Amerikaner die
Frage vor, warum Serbien zu den Waffen
griff, anstatt den unter den gegebenen Ver-
hältnissen billigen Forderungen nachzugeben,
die nur den Zweck hatten, unsre elementaren
nationalen Rechte sicherzustellen. Sie fragten
sich natürlich, warum russische Streitkräfte an
der österreichisch-ungarischen Grenze mobi-
lisiert wurden, wenn ein Wort freundschaft-
lichen Rates an Serbien den Krieg überflüssig

machen konnte. Leider war dieses Wort des
guten Rates nicht gesprochen worden, viel-
mehr im Gegenteil der unglückselige Befehl
gegeben, zu mobilisieren, der ganz Europa in
ein Waffenlager verwandelte und unaus-
sprechbares Elend über die Kriegführenden
wie über die Neutralen brachte.

Ich möchte klar die Ueberzeugung aus-
drücken, daß Oesterreich-Ungarn
und Deutschland heute einen Ver-
teidigungskrieg führen, für dessen
Abwendung und Hinausschiebung
sie jahrelang kämpften. Ihre Lands-
leute mögen sich an Rußlands panslawisti-
schen Feldzug in den letzten Jahr-
zehnten sowie an die Tatsache erinnern, daß
Rußland es war, das zuerst an
unsere Grenzen mobilisierte, und
Sie können dann vielleicht verstehen, warum
die beiden Länder gezwungen waren, sich in
Bereitschaft für einen Verteidigungskrieg
zu halten.

Gleichzeitig kam ich zu meiner Freude
feststellen, daß dieser Krieg die vollständige
Einigkeit unsres Reiches zeigte und die tief-
wurzelnde Loyalität aller in
seinen Grenzen lebenden Völker-
schaften befestigte. Die, die unser Volk
kennen, überraschte diese Loyalität nicht. Sie
mag aber die überrascht haben, die auf das
Gegenteil zählten.

Ich möchte noch feststellen, daß zwischen
unsrer Monarchie und ihrem mächtigen Ver-
bündeten die vollkommenste Uebereinstimmung
in allen die Kriegführung betreffenden Fragen
herrscht. Diese Uebereinstimmung
und Einigkeit wird fort dauern,
bis wir unser Ziel erreicht haben,
das ist ein ehrenvoller und
dauernder Friede.

Die deutsche Sozialdemokratie.

Ein Beschluß des Parteiausschusses.

Berlin, 5. Juli.

„Vorwärts“ meldet, daß der sozialdemokratische Parteiausschuß am 30. Juni und 1. Juli den Beschluß gefaßt hat,

1. die Haltung des Parteivorstandes und die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu billigen und auch die Vorstandsaktion wegen einer Verständigung mit den Parteigenossen des Auslandes anzuerkennen;

2. die offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete Minierarbeit zu verurteilen und für unvereinbar mit der Parteieinheit zu erklären;

3. das Verhalten des Abgeordneten Haase als nicht im Einklang mit den Pflichten des Parteivorstehenden zu erklären.

„Der wahre Stand der Meinungen in Deutschland.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt am Sonntagmorgen in ihrem Politischen Tagesbericht:

Die französische Presse, außerstande, dem französischen Volk die militärische Niederzwingung Deutschlands für eine nähere oder auch nur fernere Zeit glaubhaft zu machen, versucht, die mit Recht sinkenden Hoffnungen durch die Vorpiegelung einer politischen Zerrüttung und Zermürbung in Deutschland neu zu beleben. Dazu werden die verschiedenen Rundgebungen von sozialdemokratischer Seite weiblich ausgenutzt.

So schreibt der „Temps“ am 27. Juni über die Rede des Abgeordneten Braun:

„Die erste Stimme eines Volksvertreters hat sich im preussischen Abgeordnetenhaus vernehmen lassen, um Frieden zu fordern. Es liegt nur an uns, an der Ausdauer und Festigkeit der Verbündeten, daß diese Stimme nicht vereinzelt bleibt und daß andere aus ganz Deutschland hinzukommen.“

Daselbe Blatt sagt am 29. Juni zu der Rundgebung des Parteivorstandes:

„Daß die Sozialdemokratie sich mit dieser Rundgebung hervorwagen konnte, nachdem sie gelehrig der Kaiserlichen Politik gedient hat, beweist, daß die Müdigkeit des deutschen Proletariats tatsächlich besteht, und daß das Verlangen des Volkes nach sofortigem Frieden nicht mehr unterdrückt werden kann. Das Anzeichen ist wertvoll und kann, wenn es überhaupt nötig wäre, uns nur in unserem Willen bestärken, den Krieg bis zum Ende durchzuführen, bis zum völligen Siege der Sache des Rechts und der Freiheit.“

Der „Figaro“ am 26. Juni schreibt über die Braunsche Rede:

„Alles bestätigt die Wahrheit, während in Berlin die offizielle Welt lacht, flügelt, sich bläht, verbreitet sich in ganz Deutschland eine tiefe Entmutigung, eine schreckliche Müdigkeit, ein allgemeines Jammern.“

Die andern Blätter äußern sich ähnlich.

Die Unkenntnis der französischen Presse in der Beurteilung deutscher Zustände ist uns kein Novum. Wir erinnern uns, daß namhafte Blätter manche innerpolitischen Auseinandersetzungen als Zeichen innerlicher Zersetzung, ja als den Beginn einer Revolution angesehen haben. Wenn die Zeit einmal die Akten über die Vorgeschichte dieses Krieges öffnen wird, wird die Welt mit Staunen sehen, daß nicht nur die französische Presse, sondern hochstehende amtliche Persönlichkeiten von Bildung und Rang des Glaubens waren, Deutschland wäre aus Gründen der inneren Politik einem Krieg nicht gewachsen, und wie sehr der Glaube, Deutschland werde aus solchen Rücksichten doch vor der Politik der Entente kapitulieren, die Haltung der französischen Regierung gegenüber der russischen Provokation bestimmt hat. Es sind die gleichen Leute, die heute glauben, innerpolitische Differenzen werden die deutsche Widerstandskraft brechen.

Wir benötigen gern die Gelegenheit, um die französische Presse über den wahren Stand der Meinungen in Deutschland aufzuklären. Er ist ganz einfach und auch für den Außenstehenden leicht zu verstehen. In Deutschland ist man im allgemeinen der Ansicht, daß Frankreich, England und Rußland in kürzerer oder fernerer Zeit einsehen werden, daß eine Besserung der militärischen Lage zu ihren Gunsten nicht mehr zu erhoffen und die Fortführung des Krieges zwecklos ist.

Von dieser Ansicht ausgehend, „gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage“, ist der sozialdemokratische Parteivorstand mit seinem Manifest hervorgetreten, wie andere Organisationen auf Grund unserer Siegeszuversicht bereits mit der Formulierung ihrer Forderungen für den künftigen Frieden vorangegangen waren. Die Unterschiede betreffen die Wünsche über den Inhalt des künftigen Friedens. Gleichmäßig ist in unserm ganzen Volke das Bewußtsein unserer Stärke. Wollen sich unsere Feinde durchaus falschen Vorstellungen über „Zeichen der Schwäche und Kriegsmüdigkeit“ hingeben, so mögen sie es tun! Das deutsche Volk wartet ohne Ungebuld und geschlossen den Zeitpunkt ab, wo unsere Feinde bereit sind, die Konsequenzen aus der militärischen Lage zu ziehen.

Eine parteiamtliche Rüge für den Parteivorstand.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabg. Haase, der zugleich Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist, hat parteiamtlich eine scharfe Rüge erhalten, die öffentlich bekannt gegeben wird.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie hat am 30. Juni und 1. Juli in Berlin getagt. Es waren alle 41 Bezirks- und Landesvorstände vertreten. Verhandelt wurde über die gegenwärtige Situation, besonders über die letzten Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution fand Annahme:

Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und anerkennt besonders die Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder.

Der Parteiausschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralfelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.

Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde“ durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Zustimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei.

Der erste Absatz ist gegen 8, der zweite gegen 7 und der dritte gegen 12 Stimmen angenommen worden. Außerdem wurde beschlossen, vor Zusammentritt des Reichstags gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Situation zu verhandeln.

Der Parteitag als höchste Instanz der Partei kann gegenwärtig nicht zusammentreten. Der Parteiausschuß ist in der Sozialdemokratie nächst dem Parteitag die oberste Parteinstanz. Er besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände und berät nach dem Organisationsstatut „gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen.“ Wird der Parteivorstand nach der Rüge des Parteiausschusses sein Amt niederlegen oder den Beschluß eines Parteitages abwarten, der formell allein über die Zusammensetzung des Parteivorstandes zu entscheiden hat?

Die „Leipz. Volksztg.“ druckt die Beschlüsse des Parteiausschusses ab — wie sie sagt, ihrer Pflicht nachkommend. Sie fügt aber hinzu: „Daß wir den darin zum Ausdruck kommenden Standpunkt für durchaus falsch und unglücklich halten, brauchen wir kaum zu sagen.“

Der „Vorwärts“ hat bisher von der Entscheidung des Parteiausschusses noch nicht Notiz genommen. Das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ polemisiert am Sonntag aber scharf gegen den „Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ und den Vorstand der Reichstagsfraktion, weil diese gegen das bekannte u. a. von 12 Reichstagsabgeordneten und 7 „Vorwärts“-Redakteuren unterzeichnete, inzwischen verbotene Zirkular vom 9. Juni Stellung genommen haben durch eine Rundgebung mit dem Titel „Gegen Parteizerrüttung“. Der „Vorwärts“ schreibt unter anderem:

Eine ganz willkürliche, durch die Fassung des Zirkulars in keiner Weise nahegelegte Unterstellung ist es schließlich, daß die Warnung vor der „Verantwortung für alles, was sonst kommt“, die Drohung mit der Parteispaltung enthalte. Wenn der Hinweis auf die unausbleiblichen Folgen einer verhängnisvollen Politik, die (nach Ansicht der Unterzeichner, die ja doch wohl noch eine Ansicht auszusprechen sich unterfangen dürfen) zu einer innerlichen Auflösung der Parteigrundsätze und damit auch des äußeren Parteigefüges führen müssen, als „Drohung mit der Parteispaltung“ gebrandmarkt werden soll, dann hört allerdings jede Möglichkeit einer Aussprache und Verständigung innerhalb der Partei — die nicht gleichbedeutend ist mit einzelnen Parteiinstanzen — auf, dann ist das die Proklamation eines Absolutismus der Parteiinstanzen, der nicht nur das Grab für jede demokratische Betätigungsmöglichkeit, sondern auch des Sozialismus selbst wäre.

Daß es freilich Elemente innerhalb der Partei gibt, höchst regsame Elemente obendrein, die direkt auf eine Parteispaltung hinarbeiten, kann nicht geleugnet werden. Nur befinden sich diese Elemente, die unaufhörlich mit der Parteispaltung drohen und dazu in der ungestümsten Weise auffordern, nicht in den Reihen der Unterzeichner des Zirkulars.

„Wer diese tatsächlichen und bewußten „Parteizerstörer“ sind“, können, wie der „Vorwärts“ betont, die Leser ersehen aus einer Notiz, die er seiner Verwahrung gegen den Parteiausschuß folgen läßt. Darin verweist er auf Äußerungen des „Volksblatts für Anhalt“ („Wir wollen los von den Illusionisten . . . Mögen sie einen politischen Klub für sich bilden“), des Landtagsabg. Kolb in seiner Broschüre „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“ („Die Klüft zwischen den sich gegenüberstehenden Auffassungen ist zu groß, als daß sie überbrückt werden könnte“), des Karlsruher „Volksfreund“ („ . . . Dann bleibt schließlich nichts anderes übrig, als eine wirkliche Einheit und Einigkeit herzustellen“) und schließlich auch des Partei- und Fraktionsvorstandes, der in seinem Zirkular vom 28. Juni „gegen Parteizerrüttung“ geschrieben hat:

„Jede Drohung, die auf eine Parteispaltung hinzielt, ist ein Verbrechen an der Partei, ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung. Wir zweifeln nicht daran, daß die Parteigenossen allerorts deshalb die Gefahr erkennen, die in derartigen Treibereien liegt, und daß sie den Organisationschädlingen ein gebieterisches: „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenrufen werden.“

Der „Vorwärts“ setzt also seinen Vorwürfen noch einen Trumpf auf mit der Anklage, daß der Parteivorstand zu den tatsächlichen und bewußten „Parteizerstörern“ gehört.

Zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien.**Die Schuld des Königs.**

N Berlin, 5. Juli. (Priv.-Tel.) Zum Eintritt Italiens in den Krieg läßt sich die „Kreuzzeitung“ von einem Mitarbeiter aus dem Haag berichten, daß in den dortigen diplomatischen Kreisen kein Zweifel darüber bestehe, daß neben Sonnino und Salandra die Hauptschuld für den Krieg auf den König falle, weil er, so heißt es dann weiter, schon lange vor den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn Italiens Politik an der Seite des Dreiverbandes durch persönlichen Briefwechsel mit König Georg von England, dem Zaren und Poturocaré festgelegt hatte. Wäre er im letzten Augenblicke von seinen bereits eingegangenen Verpflichtungen zurückgetreten, so hätte er unliebsame Enthüllungen aus dem Dreiverbandlager zu erwarten gehabt. Deshalb bereitete er die Mission Giolittis und behielt das Ministerium Salandra-Sonnino, obwohl Giolitti im Stande gewesen wäre, eine starke parlamentarische Mehrheit um sich zu scharen. Als Giolitti merkte, wie die Dinge standen, gab er jede Hoffnung auf und zog sich nach Piemont zurück.

Wir geben diese Version wieder, weil sie schon dadurch interessant ist, daß ein konservatives Blatt die Schuld und damit die Verantwortung auf den König schiebt. Ob die Darstellung sachlich richtig ist, läßt sich schwer beurteilen. Jedenfalls liegen die ersten Schritte, die Italien vom Bündnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn entfernt haben, weiter zurück als der Beginn des jetzigen Weltkrieges, und man wird als einen ihrer Ausgangspunkte immer die Zusammenkunft in Racconigi zwischen dem Zaren und dem König von Italien anzusehen haben. Nach Anschauungen, die bisher in diplomatischen Kreisen vertreten waren, soll es aber dem König schließlich doch nicht leicht geworden sein, dem Drängen nach Kündigung des Dreibunds und dem Kriege mit Oesterreich-Ungarn nachzugeben. Im übrigen wird die Rolle, welche die Monarchen der gegen uns verbündeten Staaten bei Kriegsausbruch gespielt haben, eine sehr interessante Aufgabe für spätere Historiker bilden.

6. Jun. 1915

Kleine Kriegschronik.

Eine Mahnung an den Sozialismus.

Man würde gewiß den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die neuerdings wieder vom Frieden redeten, Unrecht tun, wenn man annähme, sie hätten mit ihren unzeitigen Kundgebungen der deutschen Sache Schaden wollen. Wir glauben nicht an eine bewußte Absicht solcher Art, aber bedauerlich bleibt, daß diese Sozialdemokraten in einseitiger Begeisterung für ihre Parteideale die dringenden Bedürfnisse des Vaterlandes aus dem Auge verloren haben. Die Wirkung ihres Vorgehens auf das feindliche Ausland, die Aufnahme und Auslegung, die der mindestens recht überflüssige Wortwechsel zwischen deutschen Brüdern und Kampfgenossen draußen findet, kann sie jedoch ohne weiteres davon überzeugen, daß sie auf dem besten Wege waren, ihrem Vaterlande, ihren eigenen Angehörigen und sich selbst schweren Schaden zuzufügen, und vielleicht schon angerichtet haben. Denn alles, was die Zuversicht und Siegeshoffnung unserer zahlreichen Feinde neu beleben kann, bildet mittelbar oder unmittelbar eine Schädigung unserer Kriegslage. Das hat sich schon bei der Ausnutzung der sozialdemokratischen Kundgebung in England und Frankreich gezeigt, und ein Blick in die italienischen Blätter der jüngsten Tage zeigt uns, daß man auch in Italien, nicht bei den Sozialisten allein, die innern Vorgänge bei uns mit größter Aufmerksamkeit beobachtet, um sie zum eigenen Vorteil zu drehen und damit den kriegerischen Mut und die Ausdauer des eigenen Volkes zu unserm Schaden zu bestärken sucht. So folgert der Mailänder Secolo, einer der frechsten Heizer gegen Deutschland, gegen seine fleißige Arbeit und Wirtschaft, aus den sozialdemokratischen Kundgebungen der letzten Zeit ohne weiteres, daß „ohne Zweifel die Müdigkeit in Deutschland sich fühlbar zu machen beginnt, und daß darin unzweifelhaft der Grund liegt, der die Parteileitung zur Veröffentlichung des Manifests bewogen hat, das den militärischen und politischen Behörden Berlins so sehr mißfallen hat.“ Der Secolo geht sogar noch einen Schritt weiter und läßt die Deutung zu, daß die Friedenspropaganda der deutschen Sozialisten von der Regierung insgeheim gebilligt werde, weil sie darin ein geeignetes Mittel erblicke, die erste Grundlage für Friedenserörterungen zu schaffen. Noch eifriger als der Secolo beschäftigt sich der sozialistische Kwanti mit den unbedachten Kundgebungen der deutschen Genossen und gelangt zu der Folgerung, daß die kriegsgegnerische Bewegung innerhalb des deutschen Sozialismus im Wachsen begriffen und daß die bürgerliche Presse darüber wütend sei. Der Kwanti glaubt auch in den Parteikundgebungen „ein Anzeichen tiefster Kriegsmüdigkeit im deutschen Volke, das quälende Verlangen nach Beendigung und den entschlossensten Widerstand gegen eine Annexionspolitik“ erkennen zu sollen, und hält es für „ausgemacht, daß die Gärung in der Sozialdemokratie die tiefste Rückwirkung auf die Masse des deutschen Volkes ausübt.“ Es liegt also auf der Hand, daß infolge jener sozialistischen Entgleisungen bei unsern Feinden der Glaube verbreitet wird, die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes, die unsere Stärke und unser Trost in der schweren Zeit sind, seien erschüttert, und ein großer Teil des Volkes verlange gebieterisch raschen Frieden. Wie sehr dadurch unsere Lage beeinträchtigt wird, wenn man im Ausland zu derartigen Überzeugungen gelangt, bedarf keines weitem Beweises, und die einfache Kenntnis solcher Proben aus der Beurteilung der feindlichen Presse sollte unsere sozialistischen Volksgenossen ein für allemal von dem Wunsch heilen, Seitenwege zu betreten, die von dem großen deutschen Volksgeschick abwärts führen.

Die Eroberungspolitik der fremdländischen Sozialdemokraten.

Das Blatt des hessischen sozialdemokratischen Führers, Reichstagsabgeordneten Ulrich, das Offenbacher Abendblatt, schrieb kürzlich in einem Artikel: „Das Echo der sozialdemokratischen Friedenskundgebung“ u. a.: „An einen Frieden um jeden Preis, den etwa die deutsche Regierung den andern anbieten sollte, an einen Frieden, der Deutschland schwächt, wirtschaftlich lähmt und keine Garantie für seine Dauerhaftigkeit in sich trägt, denkt nicht der Parteivorstand, denkt nicht die Reichstagsfraktion und nicht die überwältigende Mehrheit der Parteigenossen drinnen und draußen. Und sie alle sind auch nicht der Meinung, daß der Krieg seit dem 4. August in seinem Wesen sich geändert und zu einem deutschen Eroberungskriege geworden ist. Das ist er um so weniger, so lange die Vertreter der uns feindlichen Sozialdemokraten selbst noch an einer ausgesprochenen Annexionspolitik festhalten. So Wanderwölfe, wenn er am 19. Juni auf der in London abgehaltenen Versammlung erklärt hat, die Voraussetzung einer gemeinsamen Friedensbewegung müsse die Neugestaltung Europas auf der Grundlage der Nationalität sein, d. h. die Herausgabe von Landesgebieten Deutschlands und Österreich-Ungarns an Belgien, Frankreich, Rußland, Rumänien, Serbien, Italien. Und so, wenn die Humanität als Antwort auf die Bernstein-Haase-Kautsky-Artikel schreibt:

„Wir wollen uns keine Illusionen machen, aber wir danken Haase, Bernstein und Kautsky für ihre entschiedene Sprache. Sie werden zugeben und sie werden es den Proletariern ihres Landes sagen können, daß von den französischen Sozialisten kein einziger von einer Annexion gesprochen hat — es heißt nicht von Annexion reden, wenn man die Rückkehr der gewaltsam losgerissenen Provinzen fordert —, daß nicht ein einzigesmal unsere Regierung vermuten ließ, sie würde unter Preisgabe der von ihr zu Beginn des Krieges gemachten Versprechungen Annexionen zuneigen: daß es bei uns keinerlei vertrauliche oder öffentliche Petition gibt, um von der Regierung Dinge zu verlangen, die ein Verbrechen gegen das Recht der Nationalitäten wären.“

Ja, ist es denn keine Eroberungspolitik, wenn das Kriegsziel Frankreichs auf die „Wiedergewinnung“ von Elsaß-Lothringen hinausgeht, das ja doch eher deutsch wie französisch gewesen ist?“

Die Politik der deutschen Partei.

Der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie hat am 30. Juni und 1. Juli in Berlin getagt. Es waren alle 41 Bezirks- und Landesvorstände vertreten. Verhandelt wurde über die gegenwärtige Situation, besonders über die letzten Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution fand Annahme:

Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und erkennt besonders die Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder an.

Der Parteiausschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unverzeibar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.

Die Veröffentlichung des Ausrufs: „Das Gebot der Stunde“ durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Fühlungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei.

Der erste Absatz ist gegen 8, der zweite gegen 7 und der dritte gegen 12 Stimmen angenommen worden. Außerdem wurde beschlossen, vor Zusammentritt des Reichstags gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Situation zu verhandeln.

Von dem Ausruf: „Das Gebot der Stunde“, den die Genossen Bernstein, Kautsky und Haase gemeinsam erlassen haben, haben wir seinerzeit berichtet, ebenso von den Protesten, die die Unterfertigung durch den Genossen Haase, des ersten Vorsitzenden des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion innerhalb dieser Körperschaften ausgelöst hatte. Ihnen hat sich nun der Parteiausschuß angeschlossen, der sich gleichzeitig mit der bisherigen Politik der Mehrheit solidarisch erklärt und jene Minierarbeit, gegen die sich unlängst auch der Parteivorstand ausführlich gewendet hat, scharf verurteilt. Der Parteiausschuß ist eine neue Institution in der Partei, seine Einfügung ist auf dem Parteitag in Chemnitz (1912) beschlossen worden. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und der Landesvorstände Deutschlands und ist gleichsam die breitere und unmittelbare Ver-

treterung der Parteigenossenschaft. Nach dem Statut „berät er gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen“. Sein Votum ist also das Votum der Körperschaft, die die politische Führung der Partei zu überwachen hat.

Die russischen Dum-Dum-Geschosse.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Am 8. Juni sind von unseren Truppen mehrere russische Soldaten gefangen genommen worden, in deren Gewehren unabhörschossene Patronen mit abgekniffenen Geschosspitzen gefunden wurden. Bei ihrer Vernehmung über den Besitz dieser völkerrechtswidrigen Munition haben die Soldaten Andrej Abrosimow, Theodor Schpanow und Peter Schdanow der 10. Kompanie des 5. Sibirischen Infanterieregiments folgendes eidlich bezeugt:

Ihr Kompanieführer Leutnant Schorkunow habe seinen Leuten befohlen, daß sie bei allen Patronen, die sie beim Gefecht verwendeten, die Spitzen abkniffen sollten, damit größere Wunden entstünden. Die gewöhnlichen Patronen machten zu leichte Verletzungen, so daß die verwundeten Deutschen zu schnell wieder gesund würden. Die Patronen, die sie in ihren Patronentaschen hätten, sollen sie nicht abkniffen, dagegen alle, die im Schützengraben in Blechkästen aufbewahrt wurden.

In der Kompanie seien 16 Korporalschaften zu je 15 Mann gewesen. Auf jede Korporalschaft wären 3 Blechkästen zu 300 Patronen gekommen. Sie hätten auf den Befehl ihres Offiziers die in diesen Kästen befindlichen Patronen mit den Scheren, die sonst zum Zerschneiden der Drahtverhaue dienten, abgekniffen und damit tagelang die Deutschen beschossen. Auch die anderen Kompanien hätten mit Patronen, deren Spitzen entfernt waren, geschossen. Dagegen hätten sie mit den Patronen, die sie in den Taschen bei sich führten, nicht geschossen.

Daß dieses von den genannten Soldaten eidlich bezeugte ungeheuerliche Verhalten russischer Offiziere und Mannschaften nicht einen Ausnahmefall bildet, beweist die Aussage eines anderen russischen Kriegsgefangenen, des Gardisten Iwan Nowikoff vom Regiment Preobraschenski. Er hat bei seiner Vernehmung vom 18. Juni wörtlich folgendes ausgesagt:

Ich habe gesehen, daß der Offizier meiner Rotte, Oberleutnant Wansowitsch, von 15 Patronen die Spitzen abgekniffen und diese selbst verschossen hat. Auch hat er den Soldaten befohlen, das gleiche zu tun. Den Befehl des Offiziers an die Soldaten habe ich selber gehört. Darauf sah ich, daß zwei Leute die Spitzen abschnitten. Dies kann ich beschwören.

Die russischen Offiziere und Soldaten waren sich bei ihrem Vorgehen nicht im unklaren darüber, daß sie eine vom Völkerrecht verbotene Handlung begingen. Das beweist die von den Soldaten

befolgte Anordnung, daß sie, für den Fall der Gefangennahme, unverfängliche Patronen in ihren Patronentaschen mit sich führten und nicht diese, wohl aber die abgekniffenen Geschosse verwendeten. Es handelt sich um ein im höchsten Grade raffiniertes Verbrechen gegen das Kriegsgesetz, um eine unmenschliche Handlung, die vielen deutschen Soldaten unsäglich Qualen und Leiden bereitet hat. Denn die Wirkung derartig zubereiteter Geschosse, die beim Aufprall auf Knochen und Fleisch zersplittern und ungeheure Wunden verursachen, ist fürchterlich. Diese Wirkung haben jene Unmenschen, die ihren Untergebenen derartige Befehle gaben, und jene Soldaten, die solche Befehle ausführten, beabsichtigt und vorausgesehen.

Der Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Schon mehrfach ist darauf hingewiesen worden, daß die Russen in ihrem Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland es ängstlich vermeiden, den genauen Ort und die bestimmte Zeit der behaupteten Kriegsverstöße anzugeben, um eine Untersuchung ihrer Anschuldigungen unmöglich zu machen.

Sie haben zu diesem vorsichtigen Verhalten von ihrem Standpunkt aus guten Grund, weil in den wenigen Fällen, in denen sie hier von abgewichen sind und genaue Angaben gemacht haben, die gewissenhaft betriebenen Nachforschungen die Unwahrheit ihrer Behauptungen schlagend erwiesen haben.

Ein Beispiel hiervon geben folgende Fälle:

Zwei bekannte russische Heftblätter, *Nowoje Wremja* und *Njetsch*, hatten wieder einmal Artikel veröffentlicht, die angebliche deutsche Greuelthaten schilderten. Die erstgenannte Zeitung brachte am 4. März eine aus der *Warschajskaja Mysl* entnommene Schilderung eines Russen *Schidlowskij* aus *Lodz* über eine angeblich von ihm beobachtete deutsche Grausamkeit gegen einen Kosaken. Die Deutschen hätten in der Nähe des Ortes *Koljuszki* einen Kosaken ergriffen, verwundet, ihm die Augen ausgestochen und die Zunge ausgeschnitten. Der *Njetsch* berichtete, man habe in das russische Krankenhaus von *Koljuszki* einen unglücklichen russischen Soldaten mit 44 Bajonettwunden an Brust, Rücken, Nacken eingeliefert, der vor den Deutschen so zugerichtet worden sei. Ferner sei in *Skjerniewice* ein russischer Unteroffizier geisteskrank aufgefunden worden, dem die Deutschen Fingerringel ausgerissen und das Fleisch an den Fingern völlig zerstochen hätten. Die russischen Blätter, die ihren Lesern täglich ähnliche Schauererzählungen vorsehen, knüpfen an diese Erzählungen wütende Heftartikel gegen die Deutschen.

Die Ermittlungen haben auch in diesen Fällen den unanfechtbaren Beweis dafür erbracht, daß die Beschuldigungen gegen unsere Truppen falsch sind. Durch das eidliche Zeugnis des Intendanten des kaiserlichen Schlosses *Bronislaw Fedorowicz*, des Bürgermeisters *Filip Kieker*, des römisch-katholischen Geistlichen *Franz Laver Wisniowski*, des Hauswirts und Stadtrats *Rejman* zu *Skjerniewice* und des Propstes und Orts Pfarrers *Janas Dabrowski* zu *Koljuszki* ist erwiesen, daß an all diesen Schilderungen kein wahres Wort ist. Keiner von den genannten russischen Staatsangehörigen hat die Angaben der Heftblätter bestätigt. Der Pfarrer *Dabrowski* hat niemals in dem Lazarett von *Koljuszki*, das er oftmals besucht hat, einen Mann mit diesen Bajonettstichen gesehen, niemals etwas davon gehört, daß deutsche Soldaten in der Nähe des Ortes einem Kosaken die Augen ausgestochen oder die Zunge ausgeschnitten haben. Auch die anderen Zeugen haben niemals von den behaupteten oder anderen Grausamkeiten der Deutschen gehört oder solche gesehen. Im Gegenteil haben sie bekundet, daß das deutsche Militär sich tadellos verhalten und niemals zu Klagen Anlaß gegeben hat. Dagegen hat nach ihrer Darstellung die Bevölkerung oft über Greuelthaten russischer Soldaten geklagt. Diesen russischen Zeugen dürften selbst die Russen Glauben schenken.

So, wie in diesen Fällen, ist es in allen. Einer ernsthaften Prüfung halten die Anschuldigungen unserer Gegner nicht stand.

Die Kundgebungen der deutschen Sozialdemokratie.

Das Echo in Frankreich.

In einer offiziellen deutschen Erklärung ist heute darauf hingewiesen worden, daß die französische Presse den Versuch macht, die sinkenden Hoffnungen in Frankreich durch Vorspiegelung einer politischen Zerrüttung und Zermürbung in Deutschland neu zu beleben und daß sie hierbei verschiedene Kundgebungen von sozialdemokratischer Seite ausnützt. Der Aufruf der Sozialdemokraten Haase, Bernstein und Rautskh, der von der Parteileitung verurteilt worden ist, und die Friedenserklärung der deutschen Sozialdemokratie, die sich sehr erheblich davon unter-

schied, werden von der französischen Presse in denselben Topf geworfen. Freude, bemerkt die „Köln. Ztg.“ hiezu, werden weder die drei Männer des Aufrufes noch die Vorstandsmitglieder, die die Erklärung veröffentlicht haben, empfinden, wenn sie die Wirkungen ihrer Kundgebungen beobachten. Daß sie daheim kein Verständnis finden würden, wußten sie vielleicht im voraus; aber auch bei den Feinden erntet ihre Selbstverleugnung keinen Dank. Kennzeichnend dafür ist, wie der „Temps“ in seiner Ausgabe vom 29. Juni die Kundgebungen deutet und was er darauf zu erwidern hat. Es wäre im Laufe des Krieges, so sagt das französische Blatt, nicht das erstemal, daß sich die Wortführer der Sozialdemokratie bewußt oder unbewußt zu Werkzeugen der deutschen Diplomatie gemacht hätten. „Aber ihre Geste wird jedenfalls ohne Wert bleiben und das internationale Proletariat wird sich dadurch nicht täuschen lassen.“ Der „Temps“ erinnert dann an den Ausspruch Vanderveldes, des Führers der belgischen Sozialisten und Präsidenten des Internationalen sozialistischen Bureaus, daß, solange ein deutscher Soldat auf dem Boden des vergewaltigten Belgiens und des besetzten Frankreichs stehe, die Sozialisten der verbündeten Länder sich die Ohren gegen jede gemeinsame Friedensunternehmung verstopfen würden. Dieses maßgebliche Wort, sagt der „Temps“, sollte doch in Deutschland verstanden werden, ebenso, daß die verbündeten Mächte, wie groß auch die Schwierigkeiten ihrer Aufgabe sein mögen, den Krieg bis zu seinem logischen Schluß führen werden, d. h. bis zur endgiltigen Vernichtung des preußischen Militarismus. Die Leute, die für den Aufruf verantwortlich sind, müssen jetzt einsehen, daß alle papierernen Friedensvermittler sich nicht nur der Gefahr einer derben Abfuhr aussetzen, sondern die Hoffnungen unserer Feinde auf ein Gelingen ihrer Vernichtungsabsichten belebt.

Glücklicherweise sind es gerade sozialdemokratische Blätter, die offen die Politik einer sich vordrängenden Parteinimanderheit verurteilen. Die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ schreibt, daß an den Misserfolgen der Bestrebungen zur Verständigung über eine gemeinsame Friedensaktion die Sozialisten des Auslandes und die „deutschen Sozialisten“ schuld seien, die entweder selbst auf die Niederlage ihres Landes zur Bestätigung phantastischer Theorien hofften oder aber die Hoffnung des Auslandes auf die Uneinigkeit des deutschen Volkes und dadurch auf leichte Niederwerfung desselben nährten. Weiter sagt das Blatt: Zu den letzteren gehört — mit oder ohne Wissen bleibe dahingestellt — die Mehrzahl der sogenannten Parteiniminderheit. Sie leisten den Kriegshebern im Auslande Dienste, indem sie Material gegen die Parteinimanderheit ins Ausland senden, das dort natürlich schmunzelnd verwandt wird. In ihrer Verbohrtheit merken sie dabei nicht einmal, wie sie für ihren Liebesdienst Spott und Hohn von jenen ernten, denen sie die eigene Partei ausliefern möchten. Das sind blinde Friedensfanatiker — Friedensfreunde sind alle deutschen Sozialdemokraten.

Unter Hinweis auf Vanderveldes Darlegungen in der „Humanité“ sagt das Blatt: Das alles heißt kurz und bündig: Wer in Deutschland eine Annäherung an uns will, muß Deutschlands Niederlage wollen und herbeiführen helfen! Sollte es deutsche Arbeiter geben, die sich dazu verleiten lassen, einen solchen Wunsch zu hegen? Gewisse Kreise haben den Boden dazu zwar vorbereitet, indem sie, die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, an der sie nicht das geringste persönliche Verdienst haben, in freibrotlicher Weise zu zerstören suchen. Dem Frieden, den wir alle wollen, dienen sie nicht. Im Gegenteil, sie stärken die Hoffnung der Alliierten, die nach Vandervelde auf eine Umwandlung der ganzen europäischen Karte hinausgehen, wunderbarerweise im Namen der Internationale, die sicher nie daran dachte, Völkerprobleme mit Waffengewalt zu lösen. Vandervelde und seine Gesinnungsfreunde werden nach allen bisherigen Enttäuschungen trotz des „Haasemanifestes“, das draußen als neuer Verbündeter der Alliierten begrüßt werden wird, erleben, daß die Arbeiterklasse in Deutschland sich ihrer Verpflichtungen nicht nur international, sondern auch gegenüber dem eigenen Lande bewußt ist.

Keine und Legien gegen Parteizerstörer.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Reichstagsabg. Legien wendet sich in den „Soz. Monatsheften“ gegen die Parteizerstörer. Er skizziert deren Treiben wie folgt:

Was sich in den letzten Wochen in der sozialdemokratischen Partei gezeigt hat, ist nicht mehr ein sachlicher Austrag von Meinungsverschiedenheiten, sondern ein organisierter Versuch unter Ausnutzung der durch den Krieg gegebenen außerordentlichen Verhältnisse die Mehrheit unter dem Willen der Minderheit zu beugen. Da wird von Parteimitgliedern eine Monatschrift zu dem Zweck herausgegeben, die Fraktionsmehrheit zu bekämpfen. Die Gründung des Blattes erfolgt in dem Bewußtsein, daß es nach seinem Erscheinen verboten werden wird. In der gleichen Voraussetzung werden Flugblätter verbreitet. Es ist bedauerlich, daß die Maßnahmen der Zensur nicht kritisiert werden dürfen. Es würde sich sonst leicht nachweisen lassen, daß die Herausgeber solcher Schriften eine unbändige Freude über die Verbote haben müssen. Es ist dann ja so leicht zu sagen: Wir, die Minderheit, dürfen unsere Meinungen nicht zum Ausdruck bringen, wogegen die Mehrheit trotz Zensur alles gegen uns sagen darf.

Sodann beschäftigt sich Abg. Legien mit seinem Fraktionsvorsitzenden Haase:

„Ihm wurde mit dem höchsten Ehrenamt der Partei auch die Verpflichtung übertragen, für die Einheit der Partei einzutreten und unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der Mehrheit zur Anerkennung und Durchführung gelangen. Niemand kann gegen seinen Willen und gegen seine Ueberzeugung zu einer Handlung gezwungen werden. Wenn man jedoch diesen seinen Willen in den Verhandlungen der Körperschaft, der die Leitung der Partei übertragen ist, ausdrückt und durch Abstimmung bekräftigt, näher jedoch in der Öffentlichkeit den Anschein erweckt, als stünde man im Gegensatz zu der Auffassung dieser Körperschaft, dann liegt zum mindesten Mangel an Tatkraft vor. Der Parteivorstand gab gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Friedenskundgebung vom 26. Juni, die zum Verbot des „Vorwärts“ geführt hat, bekannt, „daß eine solche Kundgebung bereits am 7. Mai vom Parteivorstand einstimmig beschlossen worden ist“. „Von diesem Beschluß ist am 15. Mai einer Konferenz der Parteiredakteure und Ende Mai der Reichstagsfraktion Kenntnis gegeben worden. Die Ausführung des Beschlusses wurde dann aber (und zwar ebenfalls auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes) zunächst vertagt wegen des Eingreifens Italiens in den Krieg.“ Eine solche Feststellung ist bitter für den Vorsitzenden des Parteivorstandes, der ein Manifest veröffentlichte, nach dem man annehmen mußte, daß der Vorstand erst durch dieses zu einer Handlung gezwungen werden sollte, die der Vorsitzende für notwendig hielt, jedoch auf anderem Weg nicht durchsetzen konnte.“

Legien schließt seine Anklage gegen die „Parteizerstörer“ mit der Mahnung an die Gewerkschaftsvertreter, sich etwas mehr um die Parteiangelegenheiten zu kümmern.

Auch der sozialdemokratische Reichstagsabg. Wolfgang Heine geht in den „Sozial. Monatsheften“ gegen die „Parteizerstörer“ oder, wie er sagt, „Parteiretter“ vor: in einem Artikel „Die deutsche Sozialdemokratie im deutschen Volk“. Er hebt hervor, daß er schon im Februar in seiner Broschüre „Gegen die Quertreiber“ gesagt habe, auf die Frage, wie die Partei in der Gefahr des Vaterlandes sich hätte anders verhalten sollen, seien nur zwei Antworten denkbar: Entweder das Eingeständnis, daß es nicht möglich ist, eine andere Stellung zum Krieg zu finden oder aber ein Bekenntnis zu Hoffnungen und Aussichten, die, wirklich ungeschminkt ausgesprochen, die Empörung und Verachtung des ganzen Volkes, gerade auch der Arbeiter, entfachen würden, dergestalt, daß jeder, der sie äußerte, fürchten müßte, gelyncht zu werden. Heine schreibt: „Inzwischen haben einzelne Leute wirklich solche Bekenntnisse abgelegt.“ Mit der Erklärung des Parteivorstandes „Sozialdemokratie und Frieden“ ist Abg. Heine nicht durchweg einverstanden, namentlich wegen der Gefahr dieser Erklärung auf dem Gebiet der inneren Politik. Die Erklärung des Parteivorstandes schaffe einen scheinbaren Gegensatz zwischen der

Sozialdemokratie und dem übrigen Volk, ohne daß die Sozialdemokratie in der Lage wäre, zu sagen, was sie wolle. Das bringe die Partei in eine schiefe Lage. Heine sagt zum Schluß:

Eine Sozialdemokratie, der in dieser gefährlichen Zeit mehr an der Zufriedenheit der Feinde Deutschlands in der Internationale als an den Interessen des eigenen Vaterlandes zu liegen schiene, würde nicht darauf rechnen können, die Führung des deutschen Volkes beim Frieden und nach dem Frieden zu besitzen. In der Gegenwart könnte deshalb nichts Schlimmeres geschehen, als wenn die Sozialdemokratie sich vom Deutschen Reich trennte.

Mar Schippel führt auf Grund zahlreicher Äußerungen aus sozialdemokratischen Blättern den Nachweis, daß die sozialdemokratische Presse „mit recht verschwindenden Ausnahmen keineswegs gewillt ist, sich durch eine noch so wohlorganisierte Minderheit ohne weiteres einschüchtern und zum alten Impassibilismus zurückdrängen zu lassen“.

7./VII. 1915

Maxim Gorki über die Deutschen.

Ende Mai hat Maxim Gorki in Moskau vor einer Studentenversammlung eine Rede gehalten, deren Wortlaut uns durch unseren Bukarester Mitarbeiter übermittelt wurde. Gorki sagte u. a.:

„Der Krieg offenbart die Seele des Volkes, er zeigt die Stärken und Schwächen eines Staates. Die Völker lernen im blutigen Ringen die hohe Achtung vor einander; ohne die Achtung vor dem Gegner, die Anerkennung seiner moralischen Werte, wäre der Krieg ein zweckloses Hinmorden. Je höher wir den Gegner einschätzen, desto mehr wird es unser Ansporn sein, sich ihm gewachsen zu zeigen. Und Deutschland müssen wir achten. Wir sehen sein Volk mit ruhigem Herzschlag in den furchterlichsten aller Kriege ziehen, ungeübte Hände ergreifen freiwillig die Waffen, unterwerfen sich freudig den Härten des Soldatenlebens, nicht weil es befohlen wird, nein, weil jeder Deutsche die Notwendigkeit fühlt, daß sein rotes warmes Blut dem Vaterlande gehört und für den deutschen Gedanken stehen muß.

Was ist der deutsche Gedanke? Deutschland ist ein helles Land, die Sonne kann in jeden Winkel hineinscheinen und nirgends findet sie Unrat. Der Deutsche ist wissensdurstig, der Deutsche fordert seine Schulen, er fordert Wissen, er fordert Klarheit. Die deutschen Schulen sind die Pflanzstätten des deutschen Gedankens, und Deutschland hat neunmal mehr Schulen als Rußland. Die Wissenschaft ist jedem zugänglich, jedem der lernen will, und alle wollen sie lernen, darum sind sie alle durchdrungen von dem deutschen Gedanken. Hüten wir uns, den Deutschen nur darum zu bekämpfen, weil er der Fleißigere ist, weil er der Begabtere ist. Lernen wir von diesem Feinde die Quellen seiner Vaterlandsliebe kennen.

Der Deutsche hat den ersten Kampf lange vor Beginn des Krieges mit geistigen Waffen gekämpft. Er hat die ganze Welt auf friedliche Weise erobert. Und der jetzige Krieg scheint nur ein Protest gegen die friedliche Eroberung zu sein. Deutschlands Wissenschaft beherrscht unsere Universitäten, deutsches Kapital baute unsere Bahnen, deutsche Industrie baute unsere Maschinen, wir haben deutsche Elektrizität gehabt, deutsche Kaufleute regulierten den russischen Handel. Der Deutsche kennt den russischen Geist besser als der Russe selbst, und führt seinen Kampf gegen die Schwächen. Fragt ein deutsches Schulkind nach Tolstoi, nach Dostojewski, nach Puschkin und Gogol — es kann euch Antwort geben. Fragt die Russen nach euren Dichtern und Denkern, die meisten werden schweigen. Deutschland hat für seine Denker kein Sibirien. Darum konnte sich der deutsche Geist entfalten zu einer alles beschattenden Größe. Wollen wir Deutschland besiegen, dann muß es für uns eine Selbsterziehung sein. Unsere Denker müssen die Deutschen überflügeln, unser Kapital muß in Deutschland rollen, unsere Industrie den deutschen Markt beherrschen, unsere Kaufleute den Handel Deutschlands regieren, und unsere Beamten ehrlicher und wahrheitsfreudiger sein, als die deutschen Beamten, dann werden wir Deutschland besiegen.“

Ob wohl Gorki selbst daran glaubt, daß diese schöne Zukunft jemals für sein Vaterland heraufdämmern wird?

Annexionspolitik mit doppeltem Boden.

Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Lensch hält in der Chemnitzer „Volkstimme“ den radikalen „Parteiherstörern“ vor, wie wenig sie berufen sind, sich als Parteiretter aufzuspielen.

Wer die französischen und englischen Eroberungspläne totschweigt oder beschönigt, für die italienischen gar die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie verlangt, der sollte lieber schweigen, wenn es gilt, die Pläne der deutschen Annexionspolitiker zu bekämpfen.

Für die Berechtigung dieser Mahnung führt Dr. Lensch ein „geradezu groteskes Beispiel“ dafür an, mit wie verschiedenem Maße die Deutsche und die ausländische Eroberungspolitik gemessen wird. Dr. Lensch schreibt: In der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Charlottenburg hatte an einem der letzten Sonntage einer der unentwegtesten „Vorwärts“-Redakteure, der zugleich im preussischen Landtag das arbeitende Volk vertritt, neben die übliche flammensprühende Entrüstungsrede über die deutschen Annexionsgelüste gehalten und sich dabei auf die auch von Saale herangezogene Petition der Großagrarier und Großindustriellen bezogen, als ihm in der Diskussion die verfängliche Frage vorgelegt wurde, ob es denn ein leeres Gerede sei, daß er sich mit einem ausführlichen Schriftstück an die Leitung der deutschen Sozialdemokratie gewandt habe, des Inhalts, der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand möge bei der deutschen Regierung und der österreichischen Parteivorstand bei der österreichischen Regierung dahin vorstellig werden, die Annexionsgelüste der italienischen Regierung möglichst schnell und möglichst gründlich zu befriedigen. Ob dabei die paar Slaven und Dalmatiner auf dem Balkan mit annectiert würden, spiele weiter keine Rolle. Die Parteileitung habe in ihrer Beantwortung dieses wohl einzigartigen Schriftstückes zwar der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch vernünftige Konzessionen Oesterreichs Italiens Eintritt in den Krieg sich vermeiden lassen werde, gleichzeitig aber habe sie mit aller Schärfe es abgelehnt, die deutsche Sozialdemokratie vor den Wagen des italienischen Imperialismus zu spannen. Zur allgemeinen Verblüffung mußte der „Vorwärts“-Redakteur zugeben, daß das alles auf Nichtigkeit beruhe, und zu seiner von der Versammlung mit großer Heiterkeit aufgenommenen Entschuldigung wußte er nur anzuführen, daß er damit die weitere Ausdehnung des Krieges habe verhindern wollen! Das heißt man einen Prinzipienmann! Auf der einen Seite, soweit das eigene Volk in Frage kommt, ignoriert man grundsätzlich die besonderen geschichtlichen, wirtschaftlichen sowie militärischen Bedingungen, unter denen das deutsche Volk seinen furchtbaren Kampf um die Existenz gegen dreiviertel der bewohnten Erde führen muß. Und wenn die deutsche Welt zugrunde geht: Hauptsache ist, daß die Stuttgarter Resolution durchgeführt wird!... Während die Welt in Flammen steht, holt er gemütsruhig ein Papier aus der Brusttasche und präsentiert, zah wie Fuchs, seinen Schein, bedruckt mit der Stuttgarter Resolution! Ihn erschüttert nichts. Er ruft die Massen gegen die deutsche Reichstagsfraktion auf, weil sie ihm nicht scharf genug gegen die deutsche Eroberungsgelüste vorgeht, weil sie sich zum „Anecht des deutschen Imperialismus“ gemacht habe. Auf der anderen Seite aber verlangt derselbe unentwegte Prinzipienmann, daß die deutsche Sozialdemokratie sich zum Fürsprecher italienischer Eroberungsgelüste mache.

Kriegskalender.

26. Juni: Die Ostgruppe der Armee Pflanzler schlägt zwischen Pruth und Dnjestr den Ansturm überlegener russischer Kräfte ab; diesen gelingt es, an einer Stelle durchzubrechen, eingetroffene Verstärkungen von uns werfen den Feind jedoch in erbittertem Kampfe wieder aus dieser Stellung; die Armee Linsingen ist in fortschreitendem Angriff auf dem nördlichen Dnjestr-ufer; dieses wird vom Feinde noch bei Halicz gehalten; auf den übrigen Fronten wird der Feind scharf verfolgt. In Nordwestrußland erstürmen württembergische Regimenter Oglenba (nördlich Brasznhysz). — Italienische Angriffe gegen den Brückenkopf von Görz werden abgeschlagen. — Auf den Maashöhen brechen vier heftige französische Angriffe zusammen; die seit einigen Tagen bei Souchez geführten heftigen Nahkämpfe enden mit einer vollständigen Niederlage der Franzosen. — Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow statten Baron Burian einen Gegenbesuch in Wien ab. — Die bisherigen Zeichnungen auf die zweite Kriegsanleihe belaufen sich in Oesterreich auf 2400 Millionen Kronen.

27. Juni: Auf den Höhen östlich der Dawidowka wird der Feind, der sich nach seiner Niederlage bei und südlich Lemberg neuerdings mit starken Kräften stellte, von unseren Truppen geworfen; auch nördlich Zolkiew und nördlich Rawa Ruska weicht der Feind vor verfolgenden verbündeten Truppen; am oberen Dnjestr heftige Kämpfe; deutsche Truppen erstürmen die Höhen bei Bulaczowce. — Südlich Sagrado wird ein italienischer Angriff abgeschlagen; auf den übrigen Fronten Geschüßkämpfe; in der Nordadria versenkt ein k. u. k. Unterseeboot ein italienisches Torpedoboote. — Nach erfolgreicher Abwehr französischer Angriffe auf den Maashöhen nehmen die Deutschen durch überraschenden Vorstoß den Höhenrücken südwestlich von Les Eparges; in den Argonnen ein deutscher Teilerfolg nordwestlich von Biennelle Chateau. — Die Italiener müssen das Innere Libhens räumen. — Revolutionäre Kundgebungen in Sebastopol.

28. Juni: In Ostgalizien überschreiten die verfolgenden verbündeten Truppen den Swirz, besetzen Halicz und erzwingen den Uebergang über den Dnjestr. Nördlich und nordöstlich von Brasznhysz brechen russische Angriffe unter großen Verlusten zusammen. — In den italienischen Fronten Geschüßkämpfe; einer unserer Marineflieger zwingt einen italienischen Fesselballon bei Villa Vicentina zum Niedergehen, bewirft erfolgreich den italienischen Artilleriepark San Canciano mit Bomben und beschädigt einen Dampfer im Sdobba. — Nördlich von Arras werden feindliche Nachtangriffe abgeschlagen; auf den Maashöhen erleiden die Franzosen während ihres zwei Kilometer breiten Infanterieangriffes ungewöhnlich große Verluste. — Der Dampfer „Lucana“ bei Ballycotton von einem deutschen Unterseeboot torpediert. — Die Montenegriner besetzen in Albanien San Giovanni di Medua. — Von italienischer Seite werden die Gerüchte über eine Beteiligung Italiens an der Dardanellenaktion dementiert. — Die russische Regierung verhängt über Wilna, Riga, Dyalystock und Zwangorod den verstärkten, über ganz Finnland den einfachen Belagerungszustand. — Das österreichische Thronfolgerpaar in Tirol. — Tagung des österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes in Wien.

29. Juni: In Ostgalizien dringen die verbündeten Truppen bis an die Gnila Lipa vor; weiter nördlich ist die Gegend von Przemyslany—Ramionka erreicht; nördlich Ramionka geht der Feind hinter den Bug zurück; nördlich Rawa Ruska und nördlich Cieszanow dringen die verbündeten Truppen auf russisches Ge-

biet vor; Tomaszow in unserem Besitz; nachts räumen die Russen ihre Stellungen am nördlichen Tanew- und nördlichen Samufer. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz beschließt der Feind heftig aber erfolglos den Görzer Brückenkopf. — Bei Les Eparges sowie östlich von Luneville erleiden die Franzosen bei ihren wiederholten erfolglosen Angriffen große Verluste. — Französische Flieger versuchen ohne Erfolg einen Angriff gegen Friedrichshafen. — Der russische Kriegsminister Suchomlinow tritt zurück; zu seinem Nachfolger wird General Polivanow ernannt. — Generaloberst v. Mackensen zum Feldmarschall ernannt.

30. Juni: An der Gnila Lipa macht der Angriff der Verbündeten Fortschritte; zwischen Bug und Weichsel erreichen k. u. k. und deutsche Truppen die Gegend von Belz, Komarow, Jamos und den Nordrand der Waldniederung des Tanew-Abchnittes; aus ihrer starken Gefechtsfront Zawichost—Djarow—Sienno sind die Russen im Rückzuge; Zawichost von k. u. k. Truppen besetzt. — Ein allgemeiner Angriff der Italiener im Abschnitt Sagrado—Monfalcone wird abgeschlagen. — k. u. k. Flieger belegen die Werft Belgrad und das Truppenlager Drafschak mit Bomben. — Auf den Maashöhen westlich von Les Eparges brechen abermals vier französische Angriffe unter großen Verlusten zusammen. — Der König von Bayern in Przemysl und Lemberg. — Scharfe Sprache der italienischen Presse wegen des Einmarsches der Montenegriner in Skutari. — Ein Reskript des Zaren kündigt die Einberufung der Duma für den Monat August an.

8. VII. 1915

■ Herrn Vanderveldes „letztes Wort“. Als Antwort auf die Antwort, die der Abg. Scheidemann ihm jüngst erteilte, richtet jetzt der belgische Sozialistenführer und Minister zugleich in der Pariser „Humanité“ folgendes angeblich letzte Wort an Scheidemann:

Ich will nicht mehr die Antwort Scheidemanns des längeren beantworten, weil sich inzwischen eine neue Tatsache herausgestellt hat: Bernstein, Haase und Kautsky haben ihm an meiner Statt bereits eine Antwort erteilt. Was uns trennt, ist nicht die Frage, zu wissen, ob, vom deutsch-sozialistischen Standpunkte aus, die französischen Nordprovinzen von den Deutschen geräumt und ob Belgien zurückgegeben werden müsse. Scheidemann begegnet sich auf diesem Gebiete mit uns, und die deutschen Sozialdemokraten der Mehrheit stimmen darin mit denen der Minderheit überein. Es scheint aber mehr und mehr, daß man in den regierenden Kreisen anders darüber denkt, daß man dort eine Eroberungspolitik verfolgt und den ungeheuerlichen Traum spinnt, Frankreich zu zerstückeln und Belgien verschwinden zu lassen. Trotzdem erklären sich Scheidemann und seine Freunde solidarisch mit dem „Kaiserismus“. Sie versuchen die Angreifer als Opfer hinzustellen.*

Wie säuberlich die Genossen Haase, Bernstein und Kautsky mit ihrem Ausruf „Das Gebot der Stunde“ die Geschäfte des feindlichen Auslandes gegen Deutschland besorgt haben, geht aus dem begeisterten Beifall hervor, den der Genosse Vandervelde im Namen von Belgiern, Franzosen und Engländern ihnen spendet, wenn er schreibt:

Diesen edlen und kräftigen Worten habe ich nichts hinzuzufügen, ich will ihnen nichts hinzufügen. Während langer Monate haben wir uns ängstlich gefragt, ob es in der deutschen Sozialdemokratie nur einen Gerechten gäbe, ob Liebknecht und seine Genossen vereinzelt daständen? Heute sind wir von diesem Zweifel befreit, und inmitten dieser blutigen Katastrophe, in der so viele Ideale Schiffbruch gelitten haben, ist es ein unsäglicher Trost für uns, von neuem trotz des Donners der Geschütze, befreundete Stimmen auf die unsrigen Antwort geben zu hören. Wie oft habe ich nicht seit einem Jahre von meinen eigenen Freunden hören müssen, daß die Internationale tot sei, gestorben im Alter von fünfzig Jahren, gestorben im Alter der Ernte. Sie täuschten sich. Die Internationale konnte nicht sterben. Sie konnte wohl schlafen. Sie konnte wohl sich biegen. Sie hätte beinahe sich selbst untreu werden können. Aber sterben? Nie!

„Keine Katastrophen der Internationale“

Unter diesem Titel schreibt Dr. Paul Lensch in der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volksstimme“:

In dem berufenen Schriftstück der drei Genossen Bernstein, Haase und Kautsky muß als Beschönigung ihres Auftretens unter anderem auch die Petition dienen, die die kapitalistischen Organisationen der Industrie und Landwirtschaft an den Reichskanzler zwecks ausgedehnter Annexionen gerichtet haben. Ueber diese Petition selber ist kein Wort weiter zu verlieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich seit Anbeginn als Gegnerin der Annexionspolitik bekant und gerade darin beruht vielleicht ihr schärfstes Unterscheidungsmerkmal zu den ausländischen „Bruderparteien“. Wenn die Petition an den Reichskanzler nicht gerade von deutschen Großindustriellen und preussischen Großgrundbesitzern in die Welt gesandt wäre, man hätte in der Tat, dem Geiste nach zu urteilen, der in dieser Petition steckt, glauben können, sie sei eine Petition französischer Sozialdemokraten an die französische Regierung. Schrieb doch erst das Mitglied des französischen Parteivorstandes Hervé am 8. April in seinem Leibblatt als Antwort an Liebknecht: „Wir müssen Ihrer Regierung unbedingt eine solche Strafe erteilen, daß sie für 100 Jahre jede Regierung — und jedes Volk — so mächtig es sich auch glaubt, von der Versuchung, den Krieg auf die Menschheit zu entfesseln, heilt. Sie sagen, daß Sie für einen Frieden ohne Annexion sind? Was verstehen Sie denn darunter? . . . Wenn Sie glauben, daß wir Ihrem Volke weiter gestatten werden, die deutsche Kultur den Dänen in Schleswig, den Polen in Posen und Schlesien und den Elbslawen aufzuzwingen, so bedeutet das, daß Sie uns nicht kennen.“ Was haben die drei Genossen, was hat insbesondere Genossen Haase als Vorsitzender der Partei, was hat der „Vorwärts“ als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie zur Kennzeichnung dieser französischen Zerstückelungspläne getan? Gar nichts! Totgeschwiegen hat man sie, und wo man das nicht mehr konnte, hat man sie beschönigt und entschuldigt. Die Pläne deutscher Kapitalisten, Frankreich zu zerstückeln, sind ruchlos und aufs äußerste zu bekämpfen. Die Pläne französischer Sozialisten aber, Deutschland zu zerstückeln, sind harmlos, entschuldigbar und nicht der Rede wert. Es scheint in der Tat so, daß die deutsche Vordiensthaftigkeit, die man früher dem deutschen Bürgertum nachsagte, heute ihre Pflanzstätten bei gewissen deutschen Sozialdemokraten hat, die nicht ruhen, als bis sie die Fuhrkette, die ihnen von den ausländischen „Bruderparteien“ in überreicher Fülle appliziert werden, mit einer Dankestränge im Auge hinnehmen.

Diesen erfrischenden Bemerkungen seien noch einige Worte gleichen Kalibers angefügt, die ein im Felde stehender Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“ seinem Blatte zu der Dreier-Erklärung schreibt:

In Wahrheit verteidigt sich Deutschland noch immer mit zäher Energie gegen zahllose Feinde ringsum, die es überrennen wollen. Des zum Beweise braucht man bloß die Mitkämpfer von Ypern, den Lorettohöhen, den Maashöhen und den Vogesenbergen zu fragen. Alle erschmen die Stunde, die sie aus Stellungen befreit, auf die (nach dem französischen Generalstabsberichte) an einem Tage auf wenige Kilometer Breite 300 000 Granaten verfeuert werden. Ist aber einmal der Sieg über die Angreifer errungen — er hat schon entsehrlich viel Opfer gekostet und wird noch große Opfer erfordern — sind einmal alle feindlichen Anarisse abgeschlagen, dann sollen unsere Feinde es büßen, daß sie Deutschland überfallen haben. Den Banditen einen Freibrief ausstellen, daß sie uns an die Gurgel springen können, so oft sie wollen, ohne befürchten zu müssen, daß sie dabei etwas verlieren, wäre nicht mehr Politik, sondern selbstmörderischer Wahnsinn. Wir haben im Gegenteil schon jetzt unseren Feinden zu sagen, daß ihr Spiel verloren ist und daß jeder Tag länger, den sie zögern, ehe sie es aufgeben, sie teurer zu stehen kommen wird. Nur durch diese feste Drohung können wir die Wiederherstellung des Friedens beschleunigen, den wir von der Gerechtigkeit und Friedensliebe unserer Feinde wahrhaftig vergeblich erbeten haben.

8./III. 1915

22^a

Eine Erklärung der Schwedischen Regierung

Stockholm, 7. d. (Wolff.) Die Schwedische Regierung veröffentlicht folgendes Communiqué:

Nachdem am 2. Juli die Nachricht von Gotthland eingegangen war, daß das deutsche Minenschiff „Albatros“ bei Ruppen, innerhalb Vestergrarnholm bei Gotthland auf Land gesetzt, sowie, daß das Fahrzeug von russischen Kriegsschiffen innerhalb schwedischen Gebietes beschossen worden, wobei die Geschosse über die Holmen gingen und in geringer Entfernung vom Lande einschlugen, erhielt der Gesandte in Petersburg sofort Befehl, bei der russischen Regierung kräftig gegen diese Verletzung des schwedischen Territoriums und damit der Neutralität Schwedens zu protestieren. Gleichzeitig wurden der hiesige russische und deutsche Gesandte schriftlich über das Geschehene unterrichtet. Außerdem wurde mitgeteilt, daß auf Grund der von den Behörden von Gotthland eingegangenen Berichte die notwendigen Internierungsmaßnahmen getroffen worden seien.

Am 3. Juli ging vom Kommandanten auf Gotthland ein Bericht über die Vorgänge ein, in der Hauptsache folgenden Inhaltes: „Am 2. Juli, morgens 7 Uhr 40, wurde im Nebel etwas außerhalb der Briterna Glodenboje ein Fahrzeug entdeckt, das den Vordermast verloren hatte und fast stilllag. Dieses Fahrzeug wurde dann als der deutsche Minenkreuzer „Albatros“ festgestellt. Die ganze Zeit hörte man Geschützdonner von der See. Nach einiger Zeit wurde eine Explosion an Bord des „Albatros“ bemerkt, der sich unmittelbar darauf in Fahrt setzte, nördlich um den Briternagrund feuerte, dann weiter um Vestergrarnholm und den Vestergrarnzund und die ganze Zeit von zwei russischen Kreuzern heftig beschossen wurde, die ungefähr gleichzeitig mit der oben erwähnten Explosion nordöstlich und südöstlich der Glodenboje entdeckt wurden. Der erstgenannte der russischen Kreuzer (vom „Bajan“-Typ) verfolgte und drehte schließlich auf 57 Grad 28 Min. 20 Sec. nördlicher Breite und 19 Grad östlicher Länge, also auf schwedischem Seegebiet bei, immer heftig auf den „Albatros“ schießend, der außerdem die ganze Zeit von dem anderen südöstlich der Glodenboje stillliegenden russischen Kreuzer beschossen wurde. Um 8 Uhr 15 vormittags lief der „Albatros“ auf Strand. Gleich unterhalb der Signalstation und wenige Minuten vorher, als er sich auf 57 Grad 25 Min. 36 Sec. nördlicher Breite und 18 Grad 57 Min. östlicher Länge befand, schossen die russischen Schiffe die letzten Schüsse gegen ihn ab. Eine große Anzahl russischer Geschosse sausten über Vestergrarnholm und pfiffen am Leuchtturmplatze vorbei, so daß sich das Leuchtturmpersonal veranlaßt sah, den Platz zu verlassen und Schutz in einer Höhle auf der Westseite der Insel zu suchen. Verschiedene Schüsse fielen nach Berechnungen nur einige hundert Meter vom Lande bei Ruppen ins Wasser.“

In Uebereinstimmung mit dem erhaltenen Auftrage legte der Gesandte Brandström am 3. Juli bei der russischen Regierung Protest ein, worauf die russische Regierung, sowohl direkt gegenüber dem Gesandten, als auch durch den hiesigen russischen Gesandten eine Erklärung folgenden Inhalt abgab:

Nach dem vom russischen kommandierenden Admiral eingegangenen Berichte konnte sich der Vorfall, der Gegenstand der schwedischen Proteste war, nur infolge des zufällig herrschenden Nebels ereignen, der verhinderte, die Beschießung genau zu regulieren. Die russische Regierung drückt ihr lebhaftes Bedauern über das Geschehene aus und versichert, daß sie völlig entschlossen sei, gewissenhaft die schwedische Neutralität zu achten. Im gegenwärtigen Falle liege nur eine bedauerliche Unachtsamkeit vor. Es sei den Betreffenden bestimmte Weisung gegeben worden, in dieser Hinsicht ihre Aufmerksamkeit zu verdoppeln, um eine Wiederholung solcher Ereignisse unmöglich zu machen.

Vor dem Empfang dieser Erklärung hatte die schwedische Regierung in einer Note an den hiesigen russischen Gesandten den Inhalt des oben wiedergegebenen Berichtes mitgeteilt und unter Wiederholung des Protestes der Hoffnung auf eine schnelle zufriedenstellende Erledigung dieser unangenehmen Angelegenheit Ausdruck verliehen.

Das gemeinsame Zollgebiet in Russisch-Polen.

Aus Berlin, 8. d., wird uns telegraphiert: Ueber die gemeinschaftliche Erhebung von Zöllen in dem deutschen und österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiet Polens links der Weichsel ist, wie die Ross. Ztg. meldet, zwischen den beiden Verwaltungen ein seit dem 5. d. gültiges Uebereinkommen getroffen worden, das im Verordnungsblatt der kaiserlich deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel bekanntgemacht wird. Danach bilden die beiden Verwaltungsgebiete in Russisch-Polen ein gemeinschaftliches Zollgebiet. Waren, die aus dem einen Verwaltungsgebiet in das andere übergehen, unterliegen daher keiner weiteren Verzollung oder inneren Besteuerung. Nur wenn ein Teil für ein Erzeugnis ein Monopol einführt, scheidet dieses Erzeugnis aus der Zollgemeinschaft aus und ist bei Ueberföndung in den anderen Teil erforderlichenfalls zu verzollen. Im übrigen sind beide Teile einverstanden, daß die Verbrauchsabgaben und die etwaigen Monopole in den beiderseitigen Verwaltungsgebieten möglichst übereinstimmen. Die Einnahmen aus den Zöllen, für die die Zollordnung vom 5. April d. J. maßgebend ist, werden nach Abzug von 20 Prozent für die Zollerhebung und Grenzbewachung zwischen

Deutschland und Oesterreich-Ungarn je zur Hälfte geteilt. Die Aufsicht über die gleichmäßige Handhabung und Abrechnung führt eine Kommission von zwei Mitgliedern, von denen eins der deutsche Reichskanzler und das andere das k. u. k. Finanzministerium in Wien ernannt.

Freigabe der Güter der Deutschen, Oesterreicher und Ungarn in Tsingtau.

Berlin, 8. Juli.

Nach einem telegraphischen Bericht der deutschen Gesandtschaft in Peking ist die von den japanischen Behörden im Dezember 1912 erlassene Bestimmung, wonach deutsche, österreichische und ungarische Staatsangehörige über ihre im Hafengebiet von T s i n g t a u lagernden Güter nicht verfügen durften, mit der Maßgabe aufgehoben worden, daß die Güter bis spätestens 25. Juli 1915 abzunehmen sind.

Die Meldung des italienischen Marinestabes.

Rom, 7. Juli.

Der Chef des Marinestabes teilt mit:

Eine Erkundungsfahrt starker Seestreitkräfte ist in der vergangenen Nacht im oberen Adria-meere durchgeführt worden. Der an ihr teilnehmende königliche Kreuzer „Amalfi“ ist heute bei Morgenrauen von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot torpediert worden. Das Schiff legte sich sofort auf die linke Seite. Bevor der Kommandant den Mannschaften befahl, sich ins Meer zu werfen, rief er: „Es lebe der König! Es lebe Italien!“, welchen Ruf die ganze ordnungsmäßig und mit wunderbarer Disziplin am Schiffshinterteil aufgestellte Mannschaft wiederholte. Der Kommandant hat das Schiff als letzter verlassen, indem er an der noch herausragenden Bordwand des Kreuzers hinabglitt. Der Kreuzer ist kurz danach untergegangen. Mit unseren Mitteln wurde fast die Gesamtheit der Besatzung und der Offiziere gerettet.

Gezeichnet: Thon di Revel

Der Streit in der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. David schreibt in der „Mainzer Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Der Weg zum Frieden“:

Solange nicht auch die feindlichen Mächte zu der Ueberzeugung von der Unüberwindlichkeit unserer Wehmacht und der Unerreichbarkeit ihrer Zerschmetterungs- und Eroberungspläne gekommen sind, ist das Ziel der Sicherung nicht erreicht. Solange die Gegner auf ihren Sieg hoffen, werden sie ein Friedensangebot unsererseits zurückweisen oder, selbst wenn sie sich auf Verhandlungen einließen, doch keinesfalls zu Friedensbedingungen geneigt sein, die wir mit Ehren und mit gutem Gewissen unserem Lande gegenüber annehmen könnten.

Dr. David meint, Deutschland brauche, gerade weil es sich selbst als der Stärkere fühlt, aus seiner Bereitschaft kein Hehl zu machen, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Feinde solche wünschen. In diesem und keinem anderen Sinne sei auch die Kundgebung des Parteivorstandes gemeint gewesen. Es sei ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei Deutschland nicht die Rolle des besiegten und friedensuchenden Landes zumutet. Es gelte dafür zu sorgen, daß die Gegner zum Frieden geneigt werden. Mit bloßen Erklärungen der Friedensbereitschaft deutscherseits sei das nicht möglich. Die Krieger draußen, die Uebermenschliches an Ausdauer und Tapferkeit leisten, fördern damit den Frieden. Sie in ihrem Kampfesmut, in ihrer Kraft des Ausharrens stärken, heiße den Tag des ersehnten Friedens beschleunigen. Zum anderen gelte es, die Widerstandskraft der Bevölkerung in der Heimat aufrechtzuerhalten und alles zu tun, was den festen Zusammenhalt des deutschen Volkes fördert. Das Manifest von Haase, Bernstein und Kautsky trage nicht zur Förderung des Friedens bei, es bewirke das Gegenteil:

„es verlängert den Krieg. Je mehr wir unseren Feinden zeigen, daß alle ihre Hoffnung auf die innere Uneinigkeit eitel ist, um so mehr werden wir sie zum Frieden geneigt machen.“

Noch entschiedener geht Dr. Paul Leusch in der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volksstimme“ gegen die „Lafaien der Internationale“ unter den deutschen Sozialdemokraten vor:

In dem berufenen Schriftstück der drei Genossen Bernstein, Haase und Kautsky muß als Beschönigung ihres Auftretens unter anderem auch die Petition dienen, die die kapitalistischen Organisationen der Industrie und Landwirtschaft an den Reichstanzler zwecks ausgebehnter Annexionen gerichtet haben. Ueber diese Petition selber ist kein Wort weiter zu verlieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich seit Anbeginn als Gegnerin der Annexionspolitik bekannt, und gerade darin beruht vielleicht ihr schärfstes Unterscheidungsmerkmal zu den ausländischen „Bruderparteien“. Wenn die Petition an den Reichstanzler nicht gerade von deutschen Großindustriellen und preussischen Großgrundbesitzern in die Welt gesandt wäre, man hätte in der Tat, dem Geiste nach zu urteilen, der in dieser Petition steckt, glauben können, sie sei eine Petition französischer Sozialdemokraten an die französische Regierung. Schrieb doch erst das Mitglied des französischen Parteivorstandes Hervé am 8. April in seinem Leitblatt als Antwort an Liebknecht: „Wir müssen Ihrer Regierung unbedingt eine solche Strafe erteilen, daß sie für 100 Jahre jede Regierung — und jedes Volk — so mächtig es sich auch glaubt, von der Versuchung, den Krieg auf die Menschheit zu entfesseln, heilt. Sie sagen, daß Sie für einen Frieden ohne Annexion sind? Was verstehen Sie denn darunter? ... Wenn Sie glauben, daß wir Ihrem Volke weiter gestatten werden, die deutsche Kultur den Dänen in Schleswig, den Polen in Posen und Schestien und den Elsaß-Lothringern aufzuzwingen, so bedeutet das, daß Sie uns nicht kennen.“ Was haben die drei Genossen, was hat insbesondere Genosse Haase als Vorsitzender der Partei, was hat der „Vorwärts“ als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie zur Kennzeichnung dieser französischen Zerschmetterungspläne getan? Gar nichts!

Totgeschwiegen hat man sie, und wo man das nicht mehr konnte, hat man sie beschönigt und entschuldigt. Die Pläne deutscher Kapitalisten, Frankreich zu zerschüttern, sind ruchlos und aufs äußerste zu bekämpfen. Die Pläne französischer Sozialisten aber, Deutschland zu zerschüttern, sind harmlos, entschuldbar und nicht der Rede wert. Es scheint in der Tat so, daß die deutsche Bedientenhaftigkeit, die man früher dem deutschen Bürgertum nachsagte, heute ihre Pflanzstätten bei gewissen deutschen Sozialdemokraten hat, die nicht ruhen, als bis sie die Fußtrittke, die ihnen von den ausländischen „Bruderparteien“ in überreicher Fülle appliziert werden, mit einer Dankesträhne im Auge hinnehmen.

Kriegskalender.

1. Juli: In Ditalizien erstürmen Truppen der Armee Binsingen die russische Stellung östlich der Gnila Lipa zwischen Kunicze und Luczance und nördlich von Rohatyn; im Quellgebiete des Wieprz wird Zamosz besetzt; die Höhen nördlich der Lanewniederung sind von unseren Truppen besetzt; westlich der Weichsel wird der weichende Feind bis vor Tarlow verfolgt; die Gesamtbeute im Monat Juni 194.000 russische Gefangene, 93 Geschütze und 364 Maschinengewehre. — Am unteren Isonzo wird ein neuer allgemeiner Angriff der Italiener unter großen Verlusten der Gegner abgeschlagen. — Nördlich von Arras, auf den Maashöhen und in den Vogesen lebhafter Geschützkampf; südöstlich von Reims ein erfolgloser französischer Angriff. — Deutscher Kreuzer vorstoß gegen Bindau. — Der englische Postdampfer „Armenian“ an der Küste von Cornwall von einem deutschen U-Boot torpediert. — Der König von Bayern stattet auf seiner Rückkehr aus Galizien unserem Kaiser einen Besuch ab.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien.

Von Dr. Paul Hirschfeld.

Im September vergangenen Jahres sagte der damalige Generalgouverneur in Belgien, Generalfeldmarschall v. der Goltz, in einem Erlaß an die Bevölkerung u. a. folgendes: „... Soviel als möglich muß der Handel wiederhergestellt, müssen die Fabriken wieder arbeiten und muß die Ernte hereingeholt werden...“ Diese Worte, die man nicht nur vom menschlichen und vom wirtschaftlichen, sondern auch vom politischen Standpunkt würdigen muß, bilden ein Programm, das durchzuführen auch der innigste Wunsch seines bedeutenden Nachfolgers ist. Zwar ist ein von hervorragenden belgischen Sozialpolitikern, Gewerkschaftsführern usw. geleitetes großzügiges Unterstützungsweesen eingerichtet worden, aber die anfangs ziemlich reichlich fließenden Quellen versiegen nach und nach und eine bange Sorge um die nächste Zukunft verbreitet ihre Schatten. Diese sind aber nur zu bannen durch eine Belebung der noch fast gänzlich daniederliegenden Industrien, die geeignet ist, die erschreckende Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Hier setzt die Arbeit des Generalgouverneurs ein. Bei den Besichtigungsreisen läßt er sich persönlich die Wünsche der notleidenden Industriellen vortragen. Er gibt sie weiter an die zuständigen Verwaltungsstellen, und manches läßt sich durch die gegebenen Anregungen auch heute schon verwirklichen. Freilich zwei recht schwierige Probleme treten hier immer und immer wieder in die Erscheinung: Transportgelegenheit und vor allem Versorgung mit Rohstoffen, das sind die wesentlichsten Punkte, die den Lebensnerv der belgischen Industrie jetzt berühren.

Rücknahme auf ein einwandfreies Arbeiten der militärischen Transporte für Kriegszwecke ist natürlich im Augenblick die vornehmste Aufgabe der zuständigen Verwaltungsstellen. Trotzdem ist hierbei, besonders was den Personenverkehr betrifft, schon Erfauliches geleistet worden. Der ganze Apparat arbeitet einwandfrei, die Züge verkehren mit genauester Pünktlichkeit, die Abfertigung geht in geordneter Weise vor sich. Man muß persönlich Einblick in diese Verhältnisse gewonnen haben, um sie würdigen zu können. Was die Versorgung mit Rohmaterialien betrifft, so ist dabei gewiß die denkbar größte Rücksicht auf unser eigenes Land zu nehmen, aber gerade hierbei dürfte sich vielleicht doch ein Mittelweg finden lassen. Erwägungen nicht allein materieller Natur, auch von hoher politischer Bedeutung kommen hier in Frage!

Es mag an dieser Stelle angebracht sein, einige der Hauptindustrien aufzuführen. In der günstigsten Lage befindet sich naturgemäß der Kohlenbergbau. Dort wird die jetzige Förderung an Steinkohlen etwa 50 Prozent derjenigen normaler Zeiten betragen. Die Arbeiterzahl bezifferte sich nach den Annales des Mines de Belgique, Band 18, 1913, im Jahre 1912 auf 145 670 und auf 5857 in der Koks- usw. Erzeugung. In den Steinbrüchen, die sonst etwa 35 000 Arbeiter beschäftigen, wird, wenn auch gewiß nur in sehr bescheidenem Maße, gearbeitet. Die Wegeverbesserung, die sich die Militärverwaltung sehr angelegen sein läßt, spielt hierbei die Hauptrolle. In einer sehr kritischen Lage befindet sich dagegen die Stahl- und Eisenindustrie. Fehlende Erze in erster und mangelful-

Ausfuhr in zweiter Linie sind hier die Schäden. Im Jahre 1911 (Ministère de l'Industrie et du Travail: Statistique des industries extractives et métallurgiques. Année 1911. Annales des mines de Belgique, Bd. XVII, 1912) zeigte die Beschäftigung folgendes Bild: 46 Hochöfen beschäftigten 4700 Arbeiter, die Stahlproduktion zählte 18 170 Arbeiter, die Eisenproduktion zählte 10 079 Arbeiter, Zinkgewinnung zählte 8000 Arbeiter, Blei- und Silbergewinnung zählte 2000 Arbeiter. Die Eisenindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Automobile, Waffen usw.) beschäftigte in etwa 300 Betrieben mehr als 65 000 Arbeiter. Nach der letzten Volkszählung 1910 (Recensement de l'Industrie et du Commerce, 31. Décembre 1910) sollen einschließlich nebenberuflich beschäftigter Arbeiter in der gesamten Metallindustrie 176 106 Männer und 5509 Frauen tätig gewesen sein. Am schlimmsten sieht es in der Textilindustrie aus. Dort herrscht in den wichtigsten Zweigen, den Spinnereien und Webereien, fast Lotenkille. Es würde zu weit führen, die Verteilung der gewaltigen Arbeiterzahl von 235 439 (87 521 männliche und 147 918 weibliche Arbeiter), welche die oben erwähnte Zählung von 1910 nachweist und die freilich auch nebenberuflich beschäftigte Arbeiter umfasst hier im einzelnen darzustellen. Wir beschränken uns daher auf die Verteilung von rund 85 000 in den angegebenen Zweigen der Textilindustrie hauptberuflich beschäftigten Arbeitern. Diese zeigt folgendes Bild: Bearbeitung der Lumpen (Karbonisieren usw.) etwa 600—700, Wollwäschereien etwa 2200—2400, Wollkämmerien und Spinnereien etwa 10 000, Wollwebereien etwa 8500, Baumwollspinnereien etwa 13 000, Baumwollwebereien etwa 8—9000, Baumwollhausarbeit etwa 2800, Flachspinnereien etwa 14 000, Leinenwebereien etwa 17 600, Hansspinnereien etwa 400, Jutespinnereien etwa 15—1600, Hans- und Jutewebereien etwa 1600, Färbereien etwa 15—2000, Appretur und Drucereien etwa 3000. Der fast ausschließlich auf den Export angewiesenen Glasindustrie ist jetzt schwer zu helfen. 1906 wurden 31 100 Arbeiter gezählt. Diese Aufnahme scheint die sicherste zu sein. Sie ist auch von Mahaim (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1914, 144. Band, I. Teil, p. 255) und von Lalière (Études sur la Belgique 1913 III 6 p. 8/9) übernommen worden.

Die ausgedehnte belgische Industrie an dieser Stelle zahlenmäßig und eingehender zu verfolgen, ist nicht angängig. Eine vorzügliche Literatur gibt darüber interessante und wertvolle Auskunft. Bergegenwärtigen wir uns nur noch, daß nach einer Aufnahme vom 8. Mai 1915 die Zahl der Arbeitslosen (Männer und Frauen) 742 234 betrug und sich dieses Heer der Notleidenden noch um 255 508 Ehefrauen ohne Beruf und 589 843 Kinder unter 16 Jahren vermehrt, so ist leicht zu ermessen, welche eine Riesearbeit unsere Verwaltung zu überwinden hat, um die industriellen Verhältnisse in einigermaßen gangbare Bahnen zu leiten, wodurch allein nur die Möglichkeit geschaffen werden kann, der Not wirksam zu steuern. Ein vom Generalgouverneur unter dem Vorsitz des Chefs der Zivilverwaltung eingesetzter Wirtschaftsausschuß, dem auch der gerade für die vorliegenden Fragen als hervorragende Autorität bekannte Geheime Oberregierungsrat Dr. Bittmann angehört, bietet die Gewähr, daß Erfriehliches geleistet werden wird. Und so können wir hoffen, daß es gelingen wird, die Absichten des Generalgouverneurs durchzuführen zum Wohle des durch eine verblendete Politik ins Unglück gestürzten Landes sowie im Interesse des Deutschen Reiches.

Die österreichisch-ungarische Verwaltung in Südpolen.

Die fortbauende Spannung der Kriegsereignisse hat nahe zu vergessen lassen, daß wir uns schon seit langem im Besitze eines großen Teiles von Russisch-Polen befinden und dieses Gebiet ordnungsgemäß verwalten. Da die deutschen Truppen von jeher die Hauptoperationsrichtung auf Warschau hatten, während die unseren der Weichsel weiter südlich zustrebten, ergab sich auch für die Verwaltung der durch die verbündeten Armeen gewonnenen Landstrich eine ziemlich natürliche Grenze.

Das österreichisch-ungarische Verwaltungsgebiet, das an die Nordgrenze Westgaliziens anschließt, wird im Westen von der Warschau—Wiener Bahn bis Ljesenstochau, dann parallel zur schlesischen Grenze und dann im allgemeinen durch den Lauf der Warta begrenzt. Die Nordgrenze verläuft südlich der Bahn von Kalisch nach Lodz bis an unsere vorberste Front, während die Ostgrenze durch unsere Schützengrabenslinie gebildet wird, die östlich von Lomaszow und Oboczno, dann direkt südlich zur Nida und längs dieser bis an die galizische Grenze führt.

Der Grund, warum an der Westgrenze unseres polnischen Verwaltungsgebietes ein langer, schmaler Streifen von dem bisher russischen Gebiete von den Deutschen besetzt wurde, liegt hauptsächlich in den Kohlenvorkommen der südwestlichen Ecke Polens, die unmittelbar an das oberschlesische Kohlenbecken anschließen. Es fand hier eine Teilung in der Weise statt, daß beide Verbündeten dieselbe Zahl von Kohlenschlächten übernahmen.

Die oberste Verwaltung des gesamten österreichisch-ungarischen Besetzungsgebietes fällt in den Wirkungskreis unseres Armeekorps-Oberkommandos. Soweit irgend möglich, wurde dieses Gebiet in seinen alten Grenzen nicht verändert, um sich nicht unnötige Schwierigkeiten zu schaffen. Die zwei Verwaltungsgebiete entsprechen etwa den früheren russischen Gouvernements. Das eine, dessen Amtssitz Petrikau ist, umfaßt die russischen Kreise Petrikau, East, Komorodomsk und Teile der Kreise Wielun und Czestochau. An seiner Spitze steht Feldmarschalleutnant Hefesse. Das Südgouvernement umfaßt die Kreise Dabrowa, Wodzislaw, Febrzejow und den größten Teil des russischen Gouvernements Kielce; der Amtssitz ist Michow, Gouverneur ist Generalmajor Wäppler.

Unsere Militärverwaltung erließ sofort ein Ausfuhrverbot für Heeresbedarf aller Art, Vieh, Feldfrüchte und Kohlen. Es lagen im Lande überreiche Vorräte, namentlich auch an Kartoffeln und Zuckerrüben, deren rasches Abfließen nach dem industriereichen Nordpolen durch die Tätigkeit zahlreicher Händler zu befürchten war. Für uns mußte das Interesse der Armee und der in den besetzten Gebieten lebenden Bevölkerung, deren ländlicher Teil durchweg zurückgeblieben war, vorgehen. Diese Bevölkerung mußte vor Not geschützt werden, man mußte ihr auch das nötige Saatgut sichern.

Außerdem sollte unsere Armee soweit als möglich von dem Vorräten in Polen leben, um das Hinterland zu entlasten und den Eisenbahnverkehr nicht unnötig zu beanspruchen. Dies war um so wichtiger, als uns zunächst nur die allerdings doppelgleisige und normalspurige Warschau—Wiener Bahn zur Verfügung stand, also viel zu wenig für den breiten, von der Armee eingenommenen Raum. Die zweite Hauptbahnlinie führt von Granica nordöstlich über Kielce und Radom an die Weichselfestung Zwangorod, hatte aber russische Spur und mußte daher erst umgenagelt werden. Der neuen Nordgrenze entsprechend wurden die Zollhäuser Westgaliziens aufgehoben und das Personal der Finanzwache an geeignete Punkte der neuen aus deutsche Verwaltungsgebiet in Polen anschließenden Grenze verlegt.

Bei der Abgrenzung zwischen dem deutschen und österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiet mußte an zwei Stellen besondere Vorsorge getroffen werden, und zwar wurde eine österreichisch-ungarische Enklave in Ljesenstochau geschaffen, wo die Stadt der deutschen, Kirche und Kloster hingegen der L. und L. Verwaltung untersteht, ferner im Kreise Wenzgün, der in ein westliches und östliches Industriegebiet geteilt werden mußte. Das östliche untersteht der österreichisch-ungarischen Bergwerksverwaltung. Die Warschau—Wiener Bahn wurde, im Interesse der Einheitlichkeit des Verkehrs dem deutschen Betriebe übergeben, da sie von der deutschen Grenze in die von den Deutschen besetzten polnischen Gebiete führt.

Die weiteren Aufgaben der Verwaltung galten besonders der Wiederbelebung der bestehenden Gemeinde-Organisation, deren tätige Mithilfe allein eine baldige Wiederherstellung geordneter Zustände gewährleisten konnte. Der Hauptunterschied dieser Organisation, die zu ändern kein Grund vorlag, gegen das L. und L. Gemeindestatut liegt darin, daß die russische politische Gemeinde stets ein Dutzend, oft auch bis zu zwanzig Ortsgemeinden umfaßt und über diese eine eigene Gerichtsbarkeit erster Instanz ausübt. An der Spitze dieser politischen Gemeinden steht ein Wost; diese Beamten behielten fast durchweg ihre Stellungen, wenn sie dem Kreischef das Handgelöbnis leisteten, nach Recht und Gesetz ihre Funktionen erfüllen zu wollen. Ein Eid wurde von ihnen abschließend nicht verlangt. Zu Kreischefs, deren Amt bisher durchweg in den Händen russischer Beamten lag, die geflohen waren, wurden höhere Stabsoffiziere ernannt, denen ein Stab von Zivilbeamten vom Ministerium des Innern beigelegt wurde. Die politische Verwaltung in Polen erinnert in mancher Beziehung an die bosnische.

Die Gerichtsbarkeit, deren unterste Stufe das Gemeindegericht darstellt, hat zur nächsten Instanz das Kreisgericht, das militärisch organisiert als Stappengericht funktioniert.

Die Post mußte vollkommen neu organisiert werden, da die russischen Beamten fehlten, der Telegraphenverkehr ist vorläufig für militärische Zwecke vorbehalten.

Das Schulwesen hat bedeutende Änderungen erlebt, da die bisher obligatorische russische Unterrichtssprache durch die polnische ersetzt wurde, wozu in den höheren Klassen noch Deutsch als Pflichtfach hinzukommt.

In der kirchlichen Verwaltung wurde der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse durchgeführt, was in erster Linie den Juden zugute kam, die zwar unter russischer Herrschaft eine Kopfsteuer für Schulzwecke entrichten mußten, trotzdem aber keine Staatschulen besuchen durften. Die russisch-orthodoxe Kirche ist ganz nebensächlich geworden, weil ihre Gläubigen, fast durchwegs Beamte und Offiziere, Polen verlassen haben. Der katholische Klerus soll, sobald genügend Fonds beisammen sind, vom Staat erhalten werden, um ihn von den Gemeinden möglichst unabhängig zu machen.

Die bisherigen Einnahmen aus den besetzten Gebieten beschränken sich mit Ausnahme des Verkaufs großer Mengen russischen Monopol-Schnapses so ziemlich auf die Einkünfte aus der Grundsteuer, die in unverändertem Umfange erhoben wird. Für alle anderen unter russischer Herrschaft gezahlten Steuern fehlen noch die Unterlagen, da alle Akten rechtzeitig weggeschafft worden waren. Trotzdem werden große Summen für Straßenbau ausgegeben, den die Russen in Polen und besonders in den Grenzgebieten ausschließlich strategischen Grundfäden untergeordnet hatten. Nicht nur weist dieses dicht besiedelte Land sehr wenige Eisenbahnlinien auf, es fehlt noch viel mehr an nur einigermaßen brauchbaren Straßen. Wo solche bestehen, hören sie hundert Kilometer vor der Grenze entweder auf oder verwandeln sich in Gemeinewege schlechtester Qualität; nur ganz wenige dieser Militärstraßen führen überhaupt bis zur Grenze, und auch diese meist nur parallel zu ihr, während die dringend nötigen Verbindungen von West nach Ost meist fehlen. Die Russen wollten den Einmarsch in Polen und vor allen Dingen den Nachschub in jeder Weise erschweren und haben daher den Ausbau der im Frieden zwischen den einzelnen Gemeinden doch so nötigen Verbindungen entweder einfach verboten, oder ihn den finanziell sehr beschränkten Gemeinden aufgelastet; Zahl und Güte der Wege sind auch danach. Jetzt werden Hunderte von Straßenkilometern entweder neu angelegt oder durch Verbesserung verwahrloster Wege geschaffen. Tausende von Arbeitern finden dabei reichlichen Verdienst. An Arbeitskräften ist kein Mangel, da die Russen sogar den Rekrutenabgang 1914 aus politischen Gründen in Polen nicht ausgehoben haben. Auch die Feldbestellung wird unter Oberaufsicht der Kreisämter überall durchgeführt; wo Arbeitskräfte fehlen, werden sie zugehoben, ebenso wird auf Verlangen Saatgut ausgegeben.

Freiherr Kurt von Reden.

Ein Friedensprogramm

Vom 7. bis 10. April 1915 fand im Haag eine internationale Zusammenkunft statt, die folgende Mindestforderungen aufgestellt hat:

1. Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung, deren Zustimmung, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden soll. Die Staaten sollen den Nationalitäten ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.

2. Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens die Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.

3. Das auf die friedliche Organisation der Staatengesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenzen soll ausgebaut werden. Die Friedenskonferenz soll mit einer dauernden Organisation ausgestattet werden und periodische Sitzungen abhalten.

Die Staaten sollen vereinbaren, alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck sollen neben dem im Haag vorhandenen Schiedshof a) ein wirklich ständiger internationaler Gerichtshof und b) ein gleichfalls ständiger internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsrat errichtet werden. Die Staaten sollen sich verpflichten, eine vereinbarte — diplomatische, wirtschaftliche oder militärische — Aktion für den Fall durchzuführen, daß ein Staat militärische Maßnahmen ergreift, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten oder das Gutachten des Untersuchungs- und Vermittlungsrats einzuholen.

4. Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.

5. Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden. Geheime Verträge sollen nichtig sein.

Dieses Programm ist sehr lehrreich; es zeigt, wie unabsehbar weit die Welt noch von dem dauernden Frieden entfernt ist. Selbst die Pazifisten rechnen die tiefstreichendsten politischen Umwälzungen zu den Mindestforderungen, also den unerläßlichen Bedingungen einer Friedensgarantie. Völkerrechtliche Vereinbarungen genügen nicht; eine Reihe von Bestimmungen sind aufgenommen, die in das Gebiet des Staatsrechts eingreifen (Rechtsgleichheit der Nationalitäten, Sprach-, Religions- und Handelsfreiheit, die parlamentarische Aufsicht über die auswärtige Politik). Diese Bestimmungen gehen über einen internationalen Vertrag hinaus und könnten als das Rudiment einer Weltverfassung angesehen werden. Dem internationalen Gerichtshof müßten also wohl auch nationale Fragen, z. B. Beschwerden einer unterdrückten Nationalität gegen ihre Regierung, unterbreitet werden, wenn die staatsrechtlichen Forderungen des Mindestprogramms nicht bloße Wünsche bleiben sollen.

Bis die Regierungen der Großmächte sich auf ein solches Verfahren einlassen, braucht es noch sehr viel!

Die Konferenz, welche einstimmig die genannten Forderungen formuliert hat, ist vom Niederländische Anti-Dorlog Raad einberufen worden. Sie hat privaten Charakter. Teilgenommen haben Leute aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Oesterreich, Schweden, der Schweiz, Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika. Grundsätzliche Zustimmungserklärungen

lagen ferner vor aus Dänemark, Frankreich, Italien und Spanien. Gleichzeitig wurde die Gründung einer „Zentralorganisation für den dauernden Frieden“ beschlossen, behufs Zusammenfassung aller ähnliche Ziele verfolgenden Vereine und Personen. Für diese Zentralorganisation wird ein großer internationaler Rat als allgemeiner Ausschuß gebildet. Als Vollzugsausschuß ist der Vorstand des Niederländische Anti-Dorlog Raad, verstärkt durch auswärtige Mitglieder, eingesetzt worden.

Die Postulate der schweizerischen Vereinigung für einen dauerhaften Friedensvertrag weichen teilweise vom Haager Programm ab. Sie enthalten folgende Punkte:

1. Teilnahme der neutralen Länder am Friedenskongreß, der nach einem Präliminarfrieden der kriegsführenden Staaten die allgemeinen Fragen zu lösen haben wird (namentlich wirtschaftliche Fragen).

2. Freie Koalition aller Staaten, Verbot politischer Geheimverträge und Sonderbündnisse (nach schweizerischem Vorbild).

3. Keine Annexion ohne einwandfreie Befragung des Volkswillens.

4. Ausbau der internationalen Rechtsordnung durch gegenseitige solidarische Garantie der Staatsgebiete und der internationalen Konventionen, Organisation der Vermittlung, eine Untersuchungskommission, ständiges Schiedsgericht; Abschaffung des Kaperrechts und Garantierung der Freiheit der Meere.

5. Monopolisierung der Waffenfabrikation, um der Rüstungsindustrie das Interesse am Kriege zu nehmen.

6. Ernstliche Prüfung der Handelsfreiheit in den Kolonien, Neutralisierung umstrittener Meerengen und Gebietsteile mit verstärkter Garantie zum Schutze derselben.

In der Forellschen Schrift „Die Vereinigten Staaten der Erde“ sind noch folgende Friedensorganisationen aufgezählt:

The Union of Democratic Control, London.

Liga der neutralen Länder, Enrico Bignami, Lugano.

Bund für Organisierung menschlichen Fortschritts, Dr. Broda, Lausanne.

United States of Europe Association, Ch. Ingersoll, New York.

Komitee der „Vereinigten Staaten Europas“, Dr. van Suchtelen, Blaricum, Holland.

The New York Peace Society.

Amigos de la Unidad Moral de Europa, Barcelona.

The Federal Council of the Churches of Christ in America, New York.

The Cobden Club, London.

Komitee zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages, Bern.

Wie aus der Firma zweier dieser Friedensgesellschaften hervorgeht, hat der Gedanke eines europäischen Staatenbundes weit herum gezündet. Publikationen vielleicht in allen Kultursprachen bezeugen es. Wir möchten aus dieser ganzen Propagandaliteratur nur das Werk eines italienischen Senators besonders hervorheben. Der Verfasser sucht dem Problem mit einem metodo analogico storico beizukommen, was der Lesbarkeit des Buches nicht gerade förderlich ist. Es ist die gründlichste und inhaltsreichste Schrift über das Föderationsproblem und hat gleichzeitig das heute dreifach schätzenswerte Verdienst, von jeder nationalitätlichen Voreingenommenheit frei zu sein. Die Kruxialfrage nach dem friedlichen Weg zum Friedensziel beantwortet allerdings auch Ponti nicht.

10./IV. 1915

Sicherung des deutschen Vermögens in Feindesland.

Unter Leitung des Geh. Justizrats Nießer haben der Industrierat des Hansabundes und die Kriegszentrale in gemeinsamer Sitzung erörtert, wie die gewaltigen Aktiven an Grundbesitz, Effekten, Forderungen usw., die Deutschland bei Beginn des Krieges im Ausland besaß, der deutschen Volkswirtschaft erhalten und möglichst auch schon während des Krieges für die Eigentümer nutzbar gemacht werden könnten.

Die beiden Berichterstatter, Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann und der Direktor der Deutschen Orientbank, Dr. Alexander, gaben einen umfassenden Ueberblick sowohl hinsichtlich der Bedeutung der Werte, die teils bereits vernichtet sind, teils von schwerer Schädigung bedroht werden, als auch von der Schwierigkeit, bei dem Friedensschluß oder gar noch während des Krieges hier Hilfe zu bringen. — Die vielfach von den Kriegskreditbanken gewährte Unterstützung wurde dankbar anerkannt; sie kann aber nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Geschädigten zugute kommen. Ohne den starken Schutz des Reiches werden auch nach dem Frieden, das war die allgemeine Anschauung, große Verluste an deutschem Vermögen im Auslande unvermeidlich sein. Auf die Rückwirkung, die solche Verluste für die Betätigungsfreudigkeit unserer Ausfuhrindustrie und unseres Ausfuhrhandels haben könnten, wurde hingewiesen.

Die Erörterung führte dazu, daß die Versammlung unter Zustimmung beider Berichterstatter einen von Prof. Dr. Leidig vorgeschlagenen Beschlusantrag einstimmig annahm. Dieser lautet:

Die Sicherstellung der Vermögenswerte, insbesondere der Forderungen, welche deutsche Kaufleute und Industrielle im feindlichen Auslande haben, erfordert alsbald die tätige Fürsorge der deutschen Reichsregierung. Zunächst muß schon während des Krieges durch das Reich eine Bestandsaufnahme der deutschen Aktiven im Auslande, insbesondere der deutschen Forderungen, sowie möglichst auch der Schulden, welche Deutschland an das feindliche Ausland hat, stattfinden.

In allen Fällen, in denen Vermögen Deutscher durch völkerrechtswidriges Verhalten der feindlichen Staaten selbst gefährdet oder vernichtet worden ist, muß jedenfalls eine Entschädigung durch den feindlichen Staat im Friedensvertrage angestrebt werden.

Darüber hinaus wird auch eine Sicherung der deutschen Vermögenswerte, die vor dem Kriege tatsächlich vorhanden gewesen sind, einschließlich der Forderungen gegenüber dem feindlichen Auslande, durch den starken Schutz des Reiches notwendig werden, bei den sehr großen Schwierigkeiten, die sich dem einzelnen Deutschen bei der Durchsetzung seiner Ansprüche im feindlichen Auslande voraussichtlich noch lange Zeit nach dem Frieden entgegenstellen werden.

Die deutsche Antwort an Amerika.

Berlin, 9. Juli. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Antwort der kaiserlich deutschen Regierung auf die amerikanische Note vom 10. Juni 1915 ist gestern überreicht worden. Sie lautet wie folgt:

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Exzellenz dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika James W. Gerard, auf die Note vom 10. Juni, S. D. Nr. 3814, über die Beeinträchtigung der amerikanischen Interessen durch den deutschen Unterseebootskrieg, nachstehendes zu erwidern:

Die kaiserliche Regierung entnahm mit Genugtuung aus der Note, wie sehr es der Regierung der Vereinigten Staaten am Herzen liegt, die Grundsätze der Menschlichkeit auch im gegenwärtigen Kriege verwirklicht zu sehen. Dieser Appell findet in Deutschland vollen Widerhall, und die kaiserliche Regierung ist durchaus gewillt, ihre Darlegungen und Entschlüsse auch im nachstehenden Sinne ohnehin von den

Prinzipien der Humanität bestimmen zu lassen, wie sie es stets tat. Dankbar begrüßte es die kaiserliche Regierung, daß die amerikanische Regierung in ihrer Note vom 15. Mai 1915 selbst daran erinnerte, wie sich Deutschland in der Behandlung der Seekriegsrechte stets von den Grundsätzen des Fortschrittes und der Menschlichkeit leiten ließ. In der Tat haben seit der Zeit, wo Friedrich der Große mit John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 10. September 1785 zwischen Preußen und der Republik des Westens vereinbarte, deutsche und amerikanische Staatsmänner in dem Kampf für die Freiheit der Meere und für den Schutz des friedlichen Handels zusammengestanden.

Bei den internationalen Verhandlungen, die später zur Regelung des Seekriegsrechtes gepflogen wurden, sind Deutschland und Amerika gemeinsam für fortschrittliche Grundsätze und besonders für die Abschaffung des Seebeuterechtes sowie für die Wahrung der neutralen Interessen eingetreten. Noch bei Beginn des gegenwärtigen Krieges hat sich die deutsche Regierung auf Vorschlag der amerikanischen Regierung sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren und sich dadurch bei Verwendung ihrer Seestreitkräfte allen dort vorgesehenen Beschränkungen zugunsten der Neutralen zu unterwerfen. Ebenso hielt Deutschland stets an dem Grundsatz fest, daß der Krieg mit der bewaffneten und organisierten Macht eines feindlichen Staates zu führen ist, daß dagegen die feindliche Zivilbevölkerung nach Möglichkeit von den kriegerischen Maßnahmen verschont bleiben muß.

Die kaiserliche Regierung hegt die bestimmte Hoffnung, daß es beim Eintritt des Friedens oder sogar schon früher gelingen werde, das Seekriegsrecht in einer Weise zu ordnen, die die Freiheit der Meere verbürgt, und sie wird es mit Dank und Freude begrüßen, wenn sie dabei Hand in Hand mit der amerikanischen Regierung arbeiten kann.

Wie Deutschland zum Unterseebootskrieg gezwungen wurde.

Wenn in dem gegenwärtigen Kriege je länger je mehr die Grundsätze durchbrochen wurden, die das Ziel der Zukunft sein sollten, so trägt die deutsche Regierung keine Schuld daran. Der amerikanischen Regierung ist bekannt, wie von vornherein und in steigender Rücksichtslosigkeit Deutschlands Gegner darauf ausgingen, unter Losagung von allen Regeln des Völkerrechtes und unter Mißachtung aller Rechte der Neutralen durch völlige Lahmlegung des friedlichen Verkehrs zwischen Deutschland und den neutralen Ländern nicht sowohl die Kriegführung als vielmehr das Leben der deutschen Nation vernichtend zu treffen.

Am 3. November erklärte England die Nordsee zum Kriegsgebiete und erschwerte und gefährdete die neutrale Schifffahrt durch Legung schlechtverankerter Minen sowie durch das Anhalten und die Aufbringung der Schiffe auf das äußerste, so daß tatsächlich die neutralen Küsten und Häfen gegen alles Völkerrecht blockiert wurden. Lange vor Beginn des Unterseebootskrieges unterband England auch die legitime neutrale Schifffahrt nach Deutschland so gut wie völlig. So wurde Deutschland zu dem Handelskrieg mit Unterseebooten gezwungen. Bereits am 16. November 1914 erklärte der englische Premierminister im Unterhause, daß es eine der Hauptaufgaben Englands sei, zu verhindern, daß Nahrungsmittel für die deutsche Bevölkerung über neutrale Häfen nach Deutschland gelangen. Seit dem 1. März 1915 endlich nimmt England von neutralen Schiffen alle nach Deutschland gehenden sowie alle von Deutschland kommenden Waren ohne weiteres, auch wenn sie neutrales Eigentum sind. Wie feinerzeit die Buren, so soll jetzt das deutsche Volk

vor die Wahl gestellt werden, ob es mit seinen Frauen und Kindern dem Hungertode erliegen oder die Selbständigkeit aufgeben will. Während uns so unsere Feinde den Krieg ohne Gnade und bis zur völligen Vernichtung ansagten, führen wir den Krieg in Notwehr für unsere nationale Existenz und um des dauernd gesicherten Friedens willen. Den erklärten Absichten unserer Feinde und der von ihnen angewendeten völkerrechtswidrigen Kriegsführung mußten wir den Unterseebootskrieg anpassen.

Bei allen grundsätzlichen Bemühungen, neutrales Leben und Eigentum nach Möglichkeit vor einer Schädigung zu bewahren, anerkannte die deutsche Regierung schon in der Denkschrift vom 4. Februar rückhaltlos, daß durch diesen Unterseeboottkrieg die Interessen der Neutralen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Aber ebenso wird auch die amerikanische Regierung zu würdigen wissen, daß die kaiserliche Regierung in dem Daseinskampf, der Deutschland von einem Gegner aufgezwungen worden ist, die heilige Pflicht hat, alles, was irgend in ihrer Macht steht, zu tun, um das Leben der deutschen Untertanen zu schützen und zu retten. Wollte die kaiserliche Regierung diese ihre Pflicht versäumen, so würde sie sich vor Gott und der Geschichte der Verletzung derjenigen Prinzipien der höchsten Humanität schuldig machen, die die Grundlage jedes Staatslebens sind.

Der „Lusitania“-Fall.

Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt der Fall der „Lusitania“, zu welcher Gefährdung von Menschenleben diese Art der Kriegführung unserer Gegner gelangt ist. Die unter Verheißung von Bräutern gegebene Anweisung an die britischen Handelsschiffe, sich zu armieren und Unterseeboote zu rammen, ist im schärfsten Widerspruch mit allen Grundsätzen des Völkerrechtes und durch sie ist jede Grenze zwischen Handels- und Kriegsschiffen

berwischen und sind diejenigen Neutralen, die Handelsschiffe als Reisende benutzen, allen Gefahren des Krieges in erhöhtem Maße ausgesetzt worden. Hätte der Kommandant des deutschen Unterseebootes, welches die „Lusitania“ vernichtet hat, die Mannschaften und die Reisenden vor der Torpedierung ausbooten lassen, so hätte dies die sichere Vernichtung seines eigenen Bootes bedeutet. Nach allen bei der Versenkung vieler kleinerer und weniger seetüchtiger Schiffe gemachten Erfahrungen war zu erwarten, daß ein so mächtiges Schiff wie die „Lusitania“ auch nach der Torpedierung lange genug über Wasser bleiben würde, um die Passagiere in die Rettungsboote gehen zu lassen. Umstände ganz besonderer Art, insbesondere das Vorhandensein großer Mengen hochexplosiver Stoffe an Bord, täuschten diese Erwartung. Außerdem darf noch darauf hingewiesen werden, daß bei einer Schonung der „Lusitania“ tausende Kisten mit Munition den Feinden Deutschlands zugeführt und dadurch tausende deutscher Mütter und Kinder ihrer Ernährer beraubt worden wären.

Die Reisegelegenheiten für amerikanische Bürger.

In dem Geiste der Freundschaft, von welchem das deutsche Volk gegenüber der Union und ihren Bewohnern seit den ersten Tagen ihres Bestehens beseelt ist, wird die kaiserliche Regierung immer bereit sein, auch während des gegenwärtigen Krieges alles ihr Mögliche zu tun, um einer Gefährdung des Lebens amerikanischer Bürger vorzubeugen. Die kaiserliche Regierung wiederholt daher die Zusicherung, daß amerikanische Schiffe in der legitimen Schifffahrt nicht gehindert und das Leben amerikanischer Bürger auf neutralen Schiffen nicht gefährdet werden soll. Um unvorherzusehende, bei der Seekriegführung der Gegner Deutschlands mögliche Gefährdungen amerikanischer Passagierdampfer auszuschließen, werden die deutschen Unterseeboote angewiesen, solche durch besondere Zeichen kenntlich gemachte und in angemessener Zeit vorher angesagte Passagierdampfer frei und sicher passieren zu lassen. Dabei gibt sich die kaiserliche Regierung allerdings der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung die Gewähr übernimmt, daß diese Schiffe keine Konterbande an Bord haben. Die näheren Vereinbarungen für die unbehelligte Fahrt dieser Schiffe würden von den beiderseitigen Marinebehörden zu treffen sein.

Zur Schaffung ausreichender Reisegelegenheit für amerikanische Bürger über den Atlantischen Ozean stellt die deutsche Regierung zur Erwägung, die Zahl der verfügbaren Dampfer dadurch zu vermehren, daß eine angemessene, einer genaueren Vereinbarung unterliegende Zahl neutraler Dampfer unter amerikanischer Flagge in den Passagierdienst unter den gleichen Bedingungen wie die vorgenannten amerikanischen Dampfer eingestellt werde. Die kaiserliche Regierung glaubt annehmen zu dürfen, daß auf diese Weise ausreichende Gelegenheiten für die amerikanischen Bürger zur Reise über den Atlantischen Ozean zu schaffen sind.

Eine zwingende Notwendigkeit für amerikanische Bürger, in Kriegszeiten auf Schiffen unter feindlicher Flagge nach Europa zu reisen, dürfte demnach nicht vorliegen.

Insbondere vermag die kaiserliche Regierung nicht zuzugeben, daß amerikanische Bürger ein feindliches Schiff durch die bloße Tatsache ihrer Anwesenheit an Bord zu schützen vermögen. Deutschland folgte lediglich dem Beispiele Englands, als es einen Teil der See zum Kriegsgelände erklärte. Unfällen, die in diesem Kriegsgelände Neutralen auf feindlichen Schiffen zustoßen sollten, könnten daher nicht wohl anders beurteilt werden, als Unfälle, denen Neutrale auf dem Kriegsschauplatz zu Lande jederzeit ausgesetzt sind, wenn sie sich trotz vorheriger Warnung in Gefahr begeben. Sollte sich jedoch die Erwerbung neutraler Passagierdampfer für die amerikanische Regierung nicht in ausreichendem Umfange ermöglichen lassen, so ist die kaiserliche Regierung bereit, keine Einwendungen zu erheben, daß die amerikanische Regierung vier Passagierdampfer feindlicher Flagge für den Passagierverkehr Nordamerika-England unter die amerikanische Flagge bringt. Die Zusagen für die freie und sichere Fahrt amerikanischer Passagierdampfer würden dann unter den gleichen Vorbedingungen auch auf diese früher feindlichen Passagierdampfer ausgedehnt werden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärte sich in dankenswerter Weise zur Uebermittlung und Anregung von Vorschlägen an die großbritannische Regierung, in Sonderheit wegen einer Aenderung des Seekrieges, bereit. Die kaiserliche Regierung wird stets von den guten Diensten des Präsidenten gern Gebrauch machen und gibt sich der Hoffnung hin, daß seine Bemühungen sowohl im vorliegenden Falle wie auch für das große Ziel der Freiheit der Meere zu einer Verständigung führen werden.

Indem der Unterzeichnete den Herrn Botschafter bittet, Vorstehendes zur Kenntnis der amerikanischen Regierung zu bringen, benützt er diesen Anlaß, um Seiner Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Gezeichnet: v. Jagow.

10./VII. 1915

Kriegskalender.

2. Juli: Die Russen werden aus der Gniza Lipa-Stellung geworfen; die Armeen des Generalfeldmarschalls v. Mackensen drängen den Gegner über den Sabunka- und Bor-Abschnitt zurück; weiter westlich ist die Linie Turobin—Krasnil—Josefow erreicht; westlich der Weichsel müssen die Russen die Brückentopfstellung bei Tarlow räumen. In Nordwestrußland entziehen die Deutschen den Russen eine Höhenstellung südöstlich Kalwarja. — Wiederholte Angriffe der Italiener auf das Plateau von Doberdo werden unter großen Verlusten des Feindes abgeschlagen. — In den Argonnen erstürmen württembergische und reichsländische Truppen nordwestlich von Four de Paris feindliche Gräben und Stützpunkte in einer Breite von drei Kilometer; in den Bogenen werden auf dem Hilsenfirch zwei Werke genommen. — Die britischen Dampfer „Bellburn“, „Caucasian“ und „Inglemoor“ und der britische Schooner „S. C. Tower“ von deutschen U-Booten versenkt. — In Albanien rücken griechische Abteilungen gegen Berat vor.

3. Juli: Nördlich des Dnjepr bringen die Verbündeten unter Verfolgungskämpfen über die Linie Marhampol—Kara-jow—Miaslo gegen den Plota Lipa-Abschnitt vor; auch die Schlacht im Raume Krasnil und Jamosc nimmt einen günstigen Verlauf; Str. Jamosc wird erstürmt; westlich hievon werden die Russen über die Porbachniederung geworfen; östlich Krasnil, um das noch gekämpft wird, wird Studzianki, westlich Woznica erstürmt. — Der Angriff zweier italienischer Infanteriedivisionen gegen den Abschnitt des Doberdoplateaus von Polazzo bis zum Monte Cosich, sowie mehrere Angriffe gegen den Görzer Brückentopf werden blutig abgewiesen. — Französische Nachtangriffe nordwestlich Souchez scheitern; die auf dem Hilsenfirch eroberten Werke gehen wieder an den Feind verloren. — In einem Gefecht mit russischen Panzerschiffen bei Golland in der Ostsee wird das deutsche Minenschiff „Albatros“ sinkend auf Strand gesetzt. Die Russen verletzen bei dieser Gelegenheit die Neutralität Schwedens. — Die italienische Barl „Sandomene“ wird von einem deutschen U-Boot in den irländischen Gewässern versenkt.

Sozialdemokratische Parteiwirthnis.

Landtagsabg. Ströbel gegen den Reichstagsabg. Lensch. Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Lensch hat, wie wir unter der Ueberschrift „Annexionspolitik mit doppeltem Boden“ gemeldet haben, vor kurzem geschrieben:

Einer der unentwegtesten „Vorwärts“-Redakteure, der zugleich im preussischen Landtag das arbeitende Volk vertritt, hatte (im Wahlverein Teltow-Charlottenburg) soeben die übliche flammensprühende Entrüstungsrede über die deutschen Annexionsgelüste gehalten und sich dabei auf die auch von Haase herangezogene Petition der Großagrarien und Großindustriellen bezogen, als ihm in der Diskussion die verfängliche Frage vorgelegt wurde, ob es denn ein leeres Gerede sei, daß er sich mit einem ausführlichen Schriftstück an die Leitung der deutschen Sozialdemokratie gewandt habe, des Inhalts, der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand möge bei der deutschen Regierung und der österreichischen Parteivorstand bei der österreichischen Regierung dahin verstellig werden, die Annexionsgelüste der italienischen Regierung möglichst schnell und möglichst gründlich zu befriedigen.

Dieser Vorwurf richtete sich gegen den Vorwärts-Redakteur Ströbel, der Berlin IX im Abgeordnetenhaus vertritt. Abg. Ströbel rächt sich heute im Vorwärts durch einen Artikel „auch ein Prinzipienreiter“, worin er sagt, daß „unter den paar Ueberläufern der Linken der Partei, die während des Krieges zur äußersten Rechten der Partei abgescwenkt sind und dort mit dem Eifer Neubekehrter nationalsoziale, imperialistische Ideen predigen,“ Paul Lensch, der ehemalige Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, „eine besondere Nummer“ ist. Nur eins sei ihm geblieben: „jener burschikos kraftmeiernde Stil, der ihm einst den Ruf eines Großmeisters des ‚Sauerdentons‘ eingetragen.“ Ströbel erwartet aber, daß die Theorie von Lensch, die eine schlechte Kopie der Schriften von Raumann und Rohrbach sei, den Krieg kaum länger überdauern werde, „als Lenschs alte Ueberzeugung den Kriegsausbruch überdauert hat“:

„Gehörte doch Lensch nicht nur zu denen, die Anfang August gegen die Bewilligung der Kriegskredite angeknüpft hatten, sondern war er doch sogar einen halben Tag lang bereit, eine scharfe Protesterklärung gegen die Fraktionshaltung zu unterschreiben, die darauf hinauslief, daß er nur deshalb nicht aus der Partei austrete, weil er mit Sicherheit darauf rechne, daß die Partei selbst die Stellungnahme der Fraktion mißbilligen und korrigieren werde.“

Im übrigen gibt Abg. Ströbel zu, daß er für die Gewährung von österreichisch-ungarischen Zugeständnissen an Italien eingetreten sei:

„Vern bekenne ich, daß ich den Parteivorstand in einem Schreiben vom 19. April gemahnt hatte, auch seinen Einfluß geltend zu machen, damit nicht eine kurzfristige Politik den Zentralmächten einen neuen Gegner schaffe. Natürlich meinte ich damit Gebietsabtretungen an Italien. Damit soll ich Italiens Annexionsgelüste gefördert, mich selbst also als Annexionspolitiker betätigt haben.“

Tatsache sei aber, sagt Abg. Ströbel, daß er „nichts anderes getan habe, als was in jener kritischen Zeit jeder vernünftige Mensch in Deutschland für notwendig hielt.“

Von den Wählern im Stiche gelassene Abgeordnete.

Unter der Ueberschrift „Privatansicht und Parteiwille“ schreibt die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“: „Die Parteiwirthnis greift auch in die Beziehungen zwischen Wählerschaft und Abgeordneten wie zwischen Lesern und Redakteuren der Parteipresse ein. Einige Fälle aus der jüngsten Zeit geben davon drastisch Kunde. Scheidemann und Bloß gehören zur Fraktionsmehrheit, aus Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser politischen Haltung haben sie für die Kriegskredite gestimmt. Die Parteivertretungen ihrer Wahlkreise — und zwar in Solingen der Kreisvorstand der Partei, in der Stadt Braunschweig eine Parteiversammlung — haben sich in Entschlüsse gegen Kreditbewilligungen ausgesprochen. Umgekehrt steht es in Lübeck und Rostock; deren Abgeordnete Schwarz und Herzfeld sind Gegner der Bewilligung, die Organisationsvertretung der Wahlkreise dagegen stellte sich (in Lübeck gegen eine Stimme, in Rostock einstimmig) den Bewilligern zur Seite. Man wird zugeben müssen, daß die „Respek-

tierung des Parteiwillens“ in diesen Fällen auf besondere Schwierigkeiten stößt; zumal Herzfeld, der an der Spitze des organisierten Feldzuges gegen die Reichstagsmehrheit steht, käme dabei in eine unmögliche Lage. In Hanau hat man am Sonntag neuerdings noch einen Fall ähnlicher Art zustande gebracht, der nicht nur den Abgeordneten, sondern auch das Parteiblatt des Wahlkreises betrifft. Von Hoch ist bekannt, daß er die ersten Kredite bewilligt, seitdem aber gewisse Klauseln vertreten hat, so daß er zwar prinzipiell den Bewilligern zuzurechnen ist, aber praktisch nicht gerade der berufenste Interpret des Willens der Fraktionsmehrheit sein kann. Ihm den Reichstagsabg. Rühle gegenüberstellen, heißt also einigermaßen seltsam handeln.“

Vergeltungsmaßregeln gegen Frankreich

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Morgenausgabe vom 10. Juli:

Das unerhörte Urteil, das von einem französischen Militärgericht gegen eine kriegsgefangene deutsche Kavallerie-Patrouille, nämlich die Leutnants von Schierstedt und Graf Strachwitz, zwei Unteroffiziere und zwei Mann gefällt worden ist, hat seinerzeit im deutschen Volke einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Patrouille war in der Marne-Schlacht hinter die französische Front geraten und versuchte drei Wochen lang, ihre Truppe wieder zu erreichen. Während dieser Zeit hat sie die für ihren Lebensunterhalt unumgänglich notwendigen Gegenstände, und zwar soweit zugänglich, gegen Barzahlung requiriert. Als sie am Ende ihrer Kräfte war, beschloß sie, sich zu ergeben. Da Leutnant von Schierstedt am Bein verwundet war, nahm sie bei einem Bauern Pferd und Wagen und stellte sich bei der nächsten französischen Truppe. Auf Grund dieses Vorfalls sind die Mitglieder der Patrouille wegen Plünderung in bewaffneter Bande verurteilt worden, und zwar der Leutnant von Schierstedt zu fünf Jahren Zwangsarbeit, die übrigen zu fünf Jahren Zuchthaus, außerdem alle zu Degradation.

Als die erste Nachricht von diesem ungeheuerlichen Richterpruch hier eintraf, hat die Deutsche Regierung sofort die Aufklärung des Vorfalles durch die Französische Regierung verlangt und sich für den Fall einer unbefriedigenden Antwort weitere Maßnahmen vorbehalten. Aus dem ihr darauf zugegangenen Urteil des französischen Kriegsgerichts war indes ebensowenig wie aus den von der Französischen Regierung dazu gemachten Bemerkungen irgendwie ersichtlich, welchen Tatbestand das Gericht seinem Urteil zu Grunde gelegt hat, noch wie sich dadurch die gegen die Beurteilung deutscherseits erhobenen Einwendungen widerlegen lassen.

Die Deutsche Regierung hat daher in diesem Urteil irgendeine rechtliche Grundlage für die darin ausgesprochenen Strafen nicht zu erkennen vermocht, sondern in den völlig ungenügenden französischen Mitteilungen nur eine Bestätigung ihrer eigenen auf den Äußerungen der beiden Offiziere beruhenden Auffassung über die Sache und Rechtslage erblicken müssen; nämlich, daß das Verhalten der Patrouille in jeder Beziehung den Kriegsgebräuchen entsprach. Die unausgesetzten Bemühungen der Deutschen Regierung, das ungerechte Urteil außer Kraft zu setzen, haben leider nicht zum Ziele geführt. Der einzige Erfolg aller Verhandlungen war, daß Leutnant v. Schierstedt aus La Rochelle, wo er mit anderen zum Abtransport nach Guyana bestimmten Sträflingen untergebracht war, zu den übrigen Mitgliedern der Patrouille in das Zuchthaus nach Riom kam, und daß schließlich beide Offiziere und die vier Leute gemeinsam aus dem Zuchthause in das Militärgefängnis nach Avignon übergeführt wurden.

Nach großen Schwierigkeiten hat ein Mitglied der Vertretung einer neutralen Macht die Gefangenen in Avignon besuchen dürfen. Dieses hat festgestellt, daß die Offiziere und Mannschaften zwar für sich und getrennt von den französischen Sträflingen in der Anstalt untergebracht sind, daß sie sich aber mit diesen auf demselben Hofe bewegen müssen und in gleicher Weise wie sie behandelt und

verpflegt werden. Der Leutnant v. Schierstedt ist infolge der unverdienten und schmachvollen Behandlung einer schweren geistigen Erkrankung verfallen und neuerdings in eine Heilanstalt übergeführt worden, in der er schon früher vorübergehend untergebracht war. Gleichwohl sind alle Bemühungen, ihn wegen Dienstuntauglichkeit frei zu bekommen, bisher erfolglos geblieben.

Die Deutsche Regierung hat es nicht länger hinnehmen zu können geglaubt, daß tapfere deutsche Offiziere und Soldaten, die ihre militärischen Pflichten treu erfüllt haben, deswegen nicht nach Völkerrecht wie ehrliche Kriegsgefangene, sondern gegen das Völkerrecht wie Verbrecher behandelt werden. Sie hat daher an die französische Regierung die Forderung stellen lassen, daß die Mitglieder der Patrouille unverzüglich in Kriegsgefangenenlager übergeführt und daß sie dort wie unbestrafte Kriegsgefangene ihres Ranges mit solchen gemeinsam untergebracht und behandelt werden.

Da diese Forderung nicht erfüllt worden ist, sind nunmehr auf Anordnung der deutschen Heeresverwaltung sechs kriegsgefangene französische Offiziere in das Militärgefängnis Spandau übergeführt worden, wo sie in genau derselben Weise wie die Mitglieder der Patrouille Schierstedt untergebracht und behandelt werden. Etwas Verschärfungen in der Lage der deutschen Gefangenen würden auch den sechs französischen Offizieren gegenüber zur Anwendung kommen.

Kriegsübersicht.

2. Juli 1915. Im Westen: Mißlungene feindliche Angriffe bei Souchez und Les Eparges. Auf dem Hilfenfirst ging uns das zuletzt eroberte Stück wieder verloren. — Im Südosten: Wir dringen weiter gegen den Zlota-Lipa-Abchnitt vor. Die Niederungen der Lubanka und des Per sind in unserer Hand. Überhaupt flottes Vordringen in Ostgalizien und Südpolen. Jarnof, Studzianki, Wyszynica erstürmt. — Italien: Neue italienische Niederlage an der Doberdo-Hochebene und am Görzer Brückenkopf.
3. Juli 1915. Im Westen: In den Argonnen Beute der beiden ersten Julitage 2556 Gefangene. Auf den Maashöhen vier feindliche Angriffe abgewiesen. Bei Regnieville eroberten wir französische Stellungen. — Unsere Flieger bewarfen Werke bei Garnich und eine Zerstörerflottille; griffen auch Nanzig, Dombasle und Remiremont an. — Im Südosten: Linzingen in voller Verfolgung, 3000 Gefangene. Der Feind weicht hier bis nördlich Przemyslani. Auf der ganzen Front wird der Feind zu weiterem Weichen gezwungen. — Italien: Wiederum der Feind geworfen. Ein italienisches Torpedoboot in der Nord-Adria vernichtet.
4. Juli 1915. Im Westen: Abweisung feindlicher Angriffe bei Ypern und Souchez. Im Priesterwalde stürmten wir eine breite feindliche Stellung; 1000 Gefangene. Geplungener Überfall auf feindliches Blockhaus bei Haut de Nicupt an der Mosel. Erfolge unserer Flugzeuge. — Im Südosten: Linzingen hat auf der ganzen Front die Zlota-Lipa erreicht. Die Russen räumten ferner den Brückenkopf Arslow an Bug-Abchnitt. Bei den Kämpfen um Krasnik 8000 Russen gefangen. — Italien: Wieder beim Doberdo und bei Bolazzo heftige feindliche Angriffe abgeschlagen; ebenso bei Wolschach und im Arn-Gebiet. — Ein englischer Flugzeugangriff auf die Deutsche Bucht zum Rückzuge gezwungen.
5. Juli 1915. Erfolge bei den Dardanellen; ein französischer Transportdampfer versenkt. — Im Westen: Abgewiesene französische Angriffe bei Les Eparges. — Im Osten: Der befestigte Wald bei Viale-Bloto erstürmt; 500 Gefangene. — Von Krasnik weichen die Russen nach Norden und Nordosten; auch am Wieprz über Tarnogora; die Beute erhöht sich auf 11 500 Gefangene. — Italien: Die vom Görzer Brückenkopf bis zum Meer in breiter Front angreifende italienische dritte Armee völlig geschlagen; furchtbare feindliche Verluste.
6. Juli 1915. Im Westen: Abgewiesene feindliche Angriffe bei Souchez. Arras in Brand geschossen. Kämpfe zwischen Maas und Mosel, bei Les Eparges und in der Tranchée. Siegreicher deutscher Vorstoß bei Villy-Apremont; 300 Gefangene. Im Priesterwalde feindlicher Gegenangriff abgewiesen. Erfolge im Wasgenwald und in der Champagne. — Im Osten: Die Beute von Viale-Bloto erhöht sich: 800 Gefangene, 7 Maschinengewehre, ein Pionierlager. In Polen eine Höhe bei Dolowalka erobert. — Im Südosten gute Fortschritte. Vom 3.—5. Juli 3850 Gefangene bei der Verfolgung zur Zlota-Lipa. Bei Trebinje Montenegriner von den Österreich-Ungarn geschlagen. — Italien: Weitere feindliche Vorstöße gegen Görz und im Arn-Gebiet abgeschlagen.
7. Juli 1915. Im Westen: Abgewiesene feindliche Angriffe bei Souchez und Apremont. Arras brennt an allen Ecken; englische Heeresvorräte vernichtet. — Im Osten: Abgewiesene Russenangriffe bei Kowno, Strzegowo, Starozreb, Delowalka; Erfolge bei Prasnysz und an der oberen Weichsel. Angriffe der Montenegriner zusammengebrochen. — Der italienische Panzerkreuzer Amalfi versenkt. Italienische Angriffe gegen Görz usw. abgeschlagen; die Kämpfe am Isonzo scheinen abzuflauen.
8. Juli 1915. Im Westen: Bei Souchez französischer Angriff blutig abgeschlagen; ebenso bei Villy. Im Priesterwald erstürmten wir Grabenlinien, 250 Gefangene. Bei Van de Sapt muhten wir die Gräben auf der Höhenluppe räumen. — Im Osten: Bei Krasnik Fortdauer der Kämpfe; heftige Russenangriffe zurückgeschlagen. — Italienischer Angriffsversuch auf den Col di Lana abgewiesen. Die Italiener mißbrauchten die griechische Flagge. — Erfolgreiche Maßnahmen an den Dardanellen.
9. Juli 1915. Im Westen: Zurückgewiesene französische Angriffe bei Raunois (Van de Sapt) und bei Reintrey (Lunéville). Erfolgreiche deutsche Vorstöße in der Champagne und im Priesterwalde. Seit 1. Juli zwischen Maas und Mosel 1800 Gefangene. — Im Osten: Bei Ossowice russischer Angriff zurückgeschlagen.

Baldanes Rede über die Heeresorganisation.

Lord Baldane sprach am 5. Juli im Liberalen Club in London und ging in seiner Rede, die die Pflichten der Nation in der jetzigen Krise" behandelte, ausführlich auf seine Mitwirkung bei der englischen Heeresorganisation vor dem Kriege ein. Daily Telegraph vom 6. Juli schreibt darüber:

Obwohl ich ein überzeugter Anhänger des Parteiensystems bin, kann ich es doch nur vollkommen billigen, daß die Parteiregierung aufgehoben wurde. Jetzt muß jeder den Führern der Koalition-Regierung folgen, wie der Soldat den Generalen im Felde. Zweifellos bedurfte die Nation der Aufrüttelung; man hat aber diese Bestrebungen übertrieben und einen Druck erzeugt, der über das Wünschenswerte hinausgeht. Die Lage ist schon ernst genug, und braucht nicht schlimmer dargestellt zu werden, als sie tatsächlich ist.

Sicherlich ist England nicht die einzige Nation, die von den Ereignissen überrascht wurde und in diesem Sinne unvorbereitet war. Sehr wahrscheinlich gibt es in Deutschland auch etwas Käpenjammer. Hatte dieses wirklich erwartet, seinen alten Verbündeten in den Reichen der Feinde zu sehen, seine Kriegsmethoden so heftig in Amerika verurteilt, seinen Handel und seine Kreuzer von den Meeren fortgesetzt, Indien so treu zum Mutterlande stehen, und den Islam außerhalb der Türkei neutral bleiben zu sehen? War es darauf vorbereitet, daß Botha die Holländer in Südafrika zum Siege führen und Japan seine ganze Stellung im Osten so schnell zerstören würde?

Sicherlich würden die am meisten verantwortlichen Mitglieder des deutschen Generalstabes das Spiel selbst für ihre glänzende Armee als zu schwierig erklärt haben, wenn sie obige Ereignisse vorausgesehen hätten, und man hätte den Vorwurf der ungenügenden Vorbereitung und des Mangels an Einsicht bei den deutschen Diplomaten erhoben.

Man soll aber nicht glauben, daß ich den Ernst der Lage unterschätze, denn die Heere der Zentralmächte sind mächtig und wundervoll zugleich und getragen von generationenlanger Überlieferung. Daß die Verbündeten über mehr als die doppelte Zahl von Menschen gebieten wie die Zentralmächte, ist ein gewichtiger Faktor, aber erst gründliche Organisation und Zusammenfassung der ganzen nationalen Kräfte verbürgen den Sieg.

Gegenüber den gegen den früheren Reichsverteidigungs-Ausschuss erhobenen Anschuldigungen ist zu erwidern, daß dieser zunächst auf den Schutz des Landes hinarbeiten mußte. Wenn Deutschland allein dieses angegriffen hätte, so hätte England — im Besitz einer doppelt überlegenen Flotte und eines gut ausgebildeten Expeditionsheeres — keinen Einfall zu fürchten gehabt, von seiner Territorialarmee ganz abgesehen. England hatte aber noch einen anderen Vorteil. Während die deutsche Wehrmacht auf gefehlichem Zwang beruht, der verderblich auf das Geschäftsleben einwirkt, konnte England mit seiner Berufs-Wehrmacht gut einen langjährigen Krieg aushalten und den Gegner allmählich zur Erschöpfung bringen. Einer der Hauptgrundsätze des Ausschusses war es, die ganze Frage nicht nur unter dem Gesichtswinkel der Heimatverteidigung zu betrachten, denn die Schaffung großer Flotten durch andere Nationen nötigte zu der Überlegung, welche Rolle England in einem Festlandskriege zufallen würde.

Drei Möglichkeiten gab es für den Ausschuss. Zunächst Beibehaltung des vorhandenen Systems, d. h. einer hochgradig ausgebildeten Berufsarmee, die zwar klein im Vergleich zu den mächtigen Heeren der Großmächte, aber sehr groß war gegenüber allem, was letztere auf längere Zeit ins Ausland schicken konnten. Eine Erweiterung dieses Systems mittels der Territorialkräfte war auch noch möglich. Dagegen wurde die zwangsweise Aushebung einer Heimat-Verteidigungs-Armee mit kurzer Ausbildungszeit und ohne Verpflichtung zum Dienst außerhalb des Landes als ungenügend und unnötig aufgegeben. Wir haben jetzt nicht nur 150 000 Mann in Frankreich, sondern 600 000, und sehr viel mehr in anderen Weltteilen. Aus dem zwangsweisen Heeresdienst hätte man lange nicht so viel herausholen können, wie aus dem freiwilligen, und eine Vermischung der beiden Systeme hätte nie die für die ganze Reichsverteidigung notwendige Aufbringung eines großen Expeditionsheeres gestattet.

Deshalb war man zur Erwägung der dritten Möglichkeit gezwungen, nämlich Schaffung einer kontinentalen Armee von 2 000 000 Mann mit zweijähriger Ausbildung. Es würde

aber einer Generation bedurft haben, um eine derartige Armee für 1912 oder 1916 zu schaffen, wie der Ausbau der kontinentalen Armeen dies schon bewies. Wenn solche Heereskraft nicht sofort hervorzuzaubern war, wäre England in die schwerste Gefahr geraten, weil seine Berufsarmee dahinschwand, und der Feind es vor Vollendung der neuen Armee angegriffen hätte. Da damals die russischen und französischen Heere noch nicht so organisiert waren wie heute, würde Englands Schicksal von Deutschlands Gnaden abgegangen haben.

Eine weitere Schwierigkeit wurde durch die in Deutschland grassierende fixe Idee geschaffen. Dort gibt es drei große Parteien. Zunächst das große Volk, das dem englischen sehr ähnlich ist, aber keinen Anteil an der Politik nimmt und jedem Fingerzeig der Regierung folgt. Zweitens die Kriegspartei, die alles für den Kampf vorbereitete und das Volk zur Anwendung der geschmiedeten starken Waffe zu überreden suchte. Die dritte sehr mächtige Partei, der viele Diplomaten und Geschäftsleute angehören, wollte wohl Deutschland sehr stark und blühend sehen, wünschte aber zunächst nicht den Krieg. Die Kriegspartei hegte den festeingewurzelten Verdacht, daß England darauf ausging, mit Frankreichs und Rußlands Hilfe Deutschland zu zerschmettern, und suchte für diesen Verdacht Begründung in jeder englischen Rede, in jedem Zeitungsartikel. (Hört, hört!) Jetzt wird man verstehen, weshalb ich bestrebt war, in verständlichem Tone zu reden.

Ich wußte ziemlich viel über Deutschland, kannte die Parteien, die ganze Lage und den Standort des Pulverfasses. Leider gelang es mir nicht, die fixe Idee der Kriegspartei zu bannen, und diese behielt die Oberhand. Über Belgien und Frankreich machte ich mir keine Kopfschmerzen. Ich erkannte vielmehr, daß England um sein Dasein kämpft, und zweifelte niemals im geringsten, daß seine Teilnahme am Krieg eine gebieterische Notwendigkeit sei.

Der Verteidigungsausschuss befürwortete eine starke Flotte und eine vollkommen organisierte Expeditionsmarine, die mittels der Territorialkräfte erweitert werden könnte, um nötigenfalls den Armeen auf dem Festlande die Hand zu reichen. England wollte nicht von Deutschland beherrscht werden und wählte den bestmöglichen Weg bei Vorhandensein einer großen Flotte. Ob der Weg der richtige war, wird sich ja zeigen; keinesfalls hätte dabei ein anderes System England in günstigere Lage gebracht.

Im Jahre 1912 wurden wir von der besorgniserregenden Lage der Dinge unterrichtet, die Presse und die Öffentlichkeit kannten sie auch, und mir fiel die Aufgabe zu, die Einzelheiten festzustellen. Nachdem ich meine Kollegen von dem Erfahrenen unterrichtet hatte, entschlossen wir uns sofort zum Handeln. McKenna begann mit der Vermehrung der Flotte, und Churchill machte sie doppelt so stark wie die deutsche.

Mehr hätte die Nation nicht tun können. Die jetzige Schwierigkeit ist eben begründet in den nationalen Eigentümlichkeiten der Engländer. Deutschland kann wahrscheinlich allein durch Vermürbung überwunden werden. In dieser Beziehung leisten die Franzosen schon Vorzügliches und die Russen viel mehr, als allgemein angenommen wird.

Man soll sich davor hüten, nach Sündenböcken für die geschehenen Unterlassungen zu suchen, und kann sicher sein, daß General von Donop voll seine Pflicht getan hat. Eine große Gefahr liegt in der englischen Selbstsicherheit. Mit einer Invasion muß immer noch gerechnet werden, wenn auch die Marine wohl mit ihr fertig werden wird.

Die Heranziehung der Territorial-Heimatsbataillone zur Auffüllung der Truppenteile an der Front ist höchst gefährlich, denn die alte Miliz wurde dadurch schon zerrüttet. Der Ersatz für die Front muß aus besonders zu schaffenden Depots fließen, deren Organisation von Kitchener so dringend empfohlen worden ist.

Auch für den kommenden Frieden muß die Nation sich schon jetzt vorbereiten, denn für große Massen Beschäftigungsloser ist dann Arbeit zu schaffen, eine Aufgabe, die nicht leicht zu lösen. Sparsamkeit am rechten Platze und energische selbständige Mitarbeit muß die Lösung für jeden Mann und jede Frau sein, denn die Regierung kann nicht alles tun.

11./VII. 1915

Kriegschronik.

3. Juli.

Die italienische Bark „San Domene“, der belgische Dampfer „Bodnognat“, der englische Dampfer „Domas“ durch U-Boote versenkt.

4. Juli.

Beute in den Argonnen am 1. und 2. Juli: 2556 Gefangene, 25 Maschinengewehre, 72 Minenwerfer.

Biermaliger Angriff der Franzosen bei Les Eparges abgeschlagen.

Rückzug der Russen zwischen Krasnoj—Miasno und Przemyslani gegen die Flota-Vipa.

Die Höhen nördlich Krasnik erstürmt.

Angriffe der Italiener bei Redipuglia und Volt-Schach abgewiesen.

Der englische Dampfer „Richmond“ durch ein U-Boot versenkt.

Das italienische Torpedoboot „17 O. S.“ in der Nordadria vernichtet.

Botha hat am 1. Juli D'avi befehzt.

5. Juli.

Bei Croix des Carmes die Stellung der Franzosen in Breite von 1500 Mtr. und Tiefe von 400 Mtr. erstürmt. 1000 Gefangene.

Bei Manonviller zwei französische Flugzeuge zur Landung gezwungen.

v. Linsingen erreicht die Flota-Vipa.

Rückzug der Russen über den Bug bei Krylow.

Die Russen bei Blonka—Lurobin und Larnawka—Krasnik geworfen. Die russische Front bei Krasnik durchbrochen.

Ein englischer Flugzeugangriff auf die deutsche Bucht der Nordsee zurückgewiesen.

Die englischen Dampfer „Golette Subneam“, „Craigard“, „Gadsby“, „Kenfrew“, „Larchmore“ und die norwegische Bark „Fiery Croft“ durch deutsche U-Boote versenkt.

6. Juli.

Deutsche Fliegerangriffe auf Flugplatz Corcieux und ein Lager am Breitfirst bei Krüt.

Erstürmung des stark befestigten Waldes südlich Biale-Bloto.

Eroberung der Gegend bei Bielczew und der Höhen nördlich der Wyznica. Rückzug der Russen über Tarnogora.

Bier italienische Armeekorps zwischen dem Görzer Brückenkopf und der Adria zurückgeschlagen.

Der Schoner „Hirondelle“ und der norwegische Dampfer „Pret“ durch U-Boote versenkt.

Fünf schwedische Dampfer in der Ostsee aufgebracht und nach Swinemünde überführt.

Versenkung des französischen Postdampfers „Carthage“ durch ein deutsches Unterseeboot am Kap Helles vor Seddul Bahr.

Die zweite Beschießung des deutschen Konsulats in Alexandrette durch den französischen Panzerkreuzer „Jeanne d'Arc“.

7. Juli.

Urras bei der Beschießung in Brand geraten; die Kathedrale niedergebrannt.

Beim Gegensturm auf die ihnen entzogenen Stellungen bei Les Eparges behalten die Franzosen ein Grabenstück von 100 Mtr.

Bei Villy—Apremont Eroberung der feindlichen Stellung in Breite von 1500 Mtr.

Eingreifen russischer Verstärkungen nördlich und nordöstlich von Krasnik.

In Venedig Beurteilung zweier von fünf Seeleuten des deutschen Dampfers „Lemnos“ wegen Zeichengebung für die österreichische Flotte.

Kämpfe der Franzosen gegen Marokkaner im Gebiet des Guerra.

8. Juli.

Bei Souchez die in unseren vordersten Graben gedrungenen Franzosen bis auf ein kleines Stück vertrieben.

Russische Mißerfolge vor Kowno, bei Stegna, Strzegowo, Starozreby, Dolowatka.

Eroberung russischer Stellungen westlich der oberen Weichsel.

Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen auf die Höhen nördlich von Krasnik vor den zur Deckung von Lublin herangeführten russischen Verstärkungen.

Zwei dänische Dampfer durch ein deutsches Torpedoboot nach Swinemünde gebracht.

Der italienische Panzerkreuzer „Amalfi“ in der Nordadria durch ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot versenkt.

9. Juli.

Erstürmung französischer Grabenlinien, 350 Mtr. breit, im Priesterwald.

Die Gräben auf Höhe 631 bei Ban de Sapt von den deutschen Truppen wieder geräumt.

Rußki übernimmt den Oberbefehl an der russischen Nordwestfront.

Warschau von der Zivilbevölkerung und den Regierungsbehörden geräumt.

Der dänische Schoner „Ellen“ durch ein U-Boot versenkt.

Die Schifffahrt im Suezkanal durch ein gesunkenes Schiff unmöglich gemacht.

Rückzug der Engländer nach Aden.

Die Ueberreichung der deutschen Antwort in der „Eustantania“-Frage an Amerika.

Die deutsche Streitmacht in Deutsch-Südwestafrika, 204 Offiziere und 3166 Mann, hat sich Botha ergeben.

10. Juli.

Drei französische Angriffe bei Launois (am Südhang der Höhe 631 bei Ban de Sapt) gescheitert.

Ein russischer Angriff bei Dissowiec zurückgeschlagen.

Der englische Dampfer „Dido“, die russischen Schiffe „Anna“ und „Marion Lightbody“ durch deutsche U-Boote versenkt.

Ein zur italienischen Kriegsflotte gehörender Dampfer unter griechischer Flagge von einem griechischen Kriegsschiff nach Korfu gebracht.

Niederlage der Engländer bei Hasalie und Elmare im Schirak durch türkentreue Stämme. 1000 Engländer gefangen.

Ueberführung von 6 gefangenen französischen Offizieren in das Militärgefängnis Spandau zur Vergeltung für die Behandlung der Patrouille v. Schierstedt und Graf Strachwitz durch Frankreich.

Die Funkmeldestelle Cayville künftig von amerikanischen Regierungsbeamten bedient.

11./III. 1915

Rumäniens Schicksalsstunde.

Zu wiederholten Malen haben wir auf die besondere Wichtigkeit aufmerksam gemacht, die in den verwickelten Beziehungen der gegenwärtigen Lage dem rumänischen Königreich zukommt. Es ist sowohl für die Zeit des Krieges wie für die darauf folgende gewiß von hoher Bedeutung, in welchem Verhältnis die Zentralmächte zu diesem Staate stehen und ob das zwischen ihnen und Rumänien seit langem herrschende Verhältnis einer nahen politischen Freundschaft sich erhalten wird oder nicht. Wenn die Spannungen der nationalistischen Agitation, deren Einwirkung sich besonders im Weltkriege fühlbar machen muß, eine gewisse Entfremdung herbeizuführen drohen, so haben wir mehrfach geäußert, wie wir wissen, berechtigten Ueberzeugung haben, daß von Seiten der Zentralmächte begründeten Wünschen Rumäniens gewiß Rechnung getragen werden wird. Aber auch die andere Seite der Angelegenheit fordert die Erörterung heraus, denn die Frage ist berechtigt, ob Rumänien seinerseits alles getan hat, was man von einem Neutralen — geschweige von einem „wohlwollenden“ Neutralen — erwarten durfte.

Rumäniens Auffassung seiner Neutralitätspflichten ist seit Kriegsbeginn nicht immer die gleiche gewesen. Man hatte den Eindruck, daß sie nicht stets ausschließlich von völkerrechtlichen Grundsätzen oder von dem Interesse des Landes eingegeben war. Neuerdings gestattet die Regierung die Ausfuhr größerer Quantitäten von Getreide und Petroleum, die zuvor verboten war. Die angesammelten Weizenvorräte drohten zu verderben und das Petroleum des wiedereroberten Galiziens machte dem rumänischen Öl den deutschen Markt streitig. Rumänien beharrt jedoch auf dem Verbot der Waffen- und Munitionsdurchfuhr.

Die Modernste, von Amerika verkündete und von unseren Feinden akzeptierte Theorie steht dazu in direktem Widerspruch. Die Washingtoner Regierung hat den Transport von Waffen und Munition über ihre Bahnen, die Ausfuhr über ihre Häfen an die Kriegführenden unter Zustimmung und Mitwirkung des Dreiverbandes für völkerrechtlich zulässig erklärt. Deutschland hat nicht ausdrücklich protestiert, es beschränkt sich darauf, von dem Recht Gebrauch zu machen, wo immer es Transporte von Kriegstonerbande antrifft, sie zu vernichten. Die Herstellung im eigenen Lande und die Ausfuhr ist aber das Majus, die Durchfuhr allein das Minus im Angesicht der Bestimmungen des Völkerrechts. Der Dreiverband ist daher nicht berechtigt, von Rumänien ein Durchfuhrverbot zu verlangen. Er schlägt damit seiner eigenen Auffassung vom Völkerrecht ins Gesicht. Da nun Rumänien gleichwohl ohne rechtlich begründeten Einspruch von dritter Seite bei seinem Verbot beharrt, nimmt die Angelegenheit ein Gesicht an, das eine kurze Beleuchtung erheißt. Rumänien unterliegt nicht mehr einem unmittelbaren völkerrechtswidrigen Druck durch den russischen Nachbar, der sich infolge des zeitweiligen Vorrückens der russischen Heere in Galizien seinerzeit geltend gemacht haben mag. Russlands Armeen sind geschlagen, seine Kerntuppen dezimiert; in diesem Kriege gibt es jedenfalls keine moskowitzische Gefahr mehr für Rumänien. Aber auch in den kommenden Jahrzehnten wird das geschwächte Rußland an eine aktive Balkanpolitik nicht denken können. Besitzt aber Rumänien volle Freiheit des Handelns, dann kann nur sein eigenes wohl- oder mißverständenes Interesse für die Aufrechterhaltung des Durchfuhrverbotes bestimmend sein. Es wünscht also die Türkei zu schwächen und die Angriffe gegen die Meerengen zu unterstützen.

Die augenblickliche Schließung der Meerengen ist gewiß für den rumänischen Handel lästig. So ist der Wunsch nach baldiger Beseitigung der Sperre verständlich. Aber ungleich

wichtiger ist die Gewähr, daß die Verkehrsfreiheit in den Meerengen in Zukunft dauernd gesichert werde. Liegt sie vor, wenn die Türkei zu Boden geworfen und der Meerengenschlüssel in andere Hände gelegt wird? England und Frankreich berennen heute die Dardanellen. Rußland hat wegen anderweitiger Inanspruchnahme seiner Truppen die Angriffe gegen den Bosphorus zeitweilig eingestellt. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß es sie im Falle eines Erfolges seiner Verbündeten mit deren Unterstützung wieder aufnehmen, daß es diesen Teil der Aufgabe keinem anderen allein überlassen wird. Wie wir hören, sollen England und Frankreich Rumänien wie den anderen Balkanstaaten die Zusage gegeben haben, die Meerengen zu internationalisieren, die Durchfahrt jedermann zu gestatten. Das wäre selbstredend ein Zustand, der, genau durchgeführt, mit Rumäniens Interessen im Einklang stehen würde. Wir wissen aber andererseits ebenso genau und russische wie französische offizielle Kundgebungen haben dies ausdrücklich bestätigt, daß Rußland von seinen Verbündeten der territoriale Besitz Konstantinopels und der Meerengen fest zugesichert worden ist. Dieses Versprechen bildet sogar das hauptsächlichste Band, das Rußland heute noch an die Bundesgenossen fesselt, und zur Fortsetzung des aussichtslosen Kampfes veranlaßt. Entwickeln sich demnach die kriegerischen Ereignisse nach den Wünschen des Dreiverbandes, dann werden in Zukunft russische Kanonen das Marmarameer und seine Zugänge beherrschen. Ob unter ihren Mündungen der Handel dritter Nationen eine größere und sicherere Freiheit genießt als unter denen türkischer, diese Frage werden die Rumänen aus ihrer genauen Kenntnis beider Reiche heraus selber am besten beantworten können.

Endlich ist uns bekannt, daß nach den Verabredungen des Dreiverbandes, die den Dardanellen unmittelbar vorgelagerten Inseln in englische Besitz verbleiben sollen. Von dieser Vorpostenstellung aus wird England die Fahrt der russischen Kriegsschiffe kontrollieren und, wenn erwünscht, wirksam beeinflussen können. Auch die Bewegung seiner eigenen Schiffe auf den internationalisierten Wasserstraßen wird es sicherlich schützen; ob es aber, um der Rechte fremder Schifffahrt willen, seine bevorzugte Stellung benutzen wird, auf den russischen Freund einen Druck auszuüben, erscheint nach unserer Kenntnis des Charakters und der Politik der Engländer wenig wahrscheinlich, selbst wenn heute dahingehende Versprechungen gegeben sein sollten. Durch den territorialen Besitz Konstantinopels und der Meerengen würde Rußland unumschränkter Herrscher des Schwarzen Meeres. Die Folge wäre, daß die kleinen Uferstaaten zu Satelliten des Moskowitertums herabsinken, mögen sie den äußeren Anschein der Selbstständigkeit bewahren oder nicht. Wie lange dann ein solch' vergrößertes aber isoliertes romantisches Eiland der Sturmflut des umgebenden slavischen Ozeans würde standhalten können, kann man sich leicht ausmalen.

Gegen diese Gefahr ist Rumänien in der Vergangenheit durch sein Vertragsverhältnis zu Deutschland und Oesterreich geschützt gewesen. Es ist kein Zweifel zulässig, daß die Zentralmächte, deren Bündnistreue als ein unvergängliches Monument von Erz in der Geschichte fortleben wird, ihre Verpflichtungen aus den Verträgen mit Rumänien niemals vernachlässigt hätten. Aber Rumänien hat in diesem Kriege den casus foederis nicht nur verneint, es schädigt durch seine Auslegung der Neutralitätspflichten direkt den dritten Bundesgenossen der Zentralmächte, die Türkei. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben dadurch die Freiheit der Entscheidung erhalten, ob sie sich an die Verabredungen mit Rumänien noch für gebunden erachten wollen oder nicht. Ihr Interesse an der ferneren Selbstständigkeit Rumäniens, das diesen Verträgen zugrunde lag, besteht weiterhin. Aber wir vermögen uns wohl den Fall, vielleicht schon bei den kommenden Friedensverhandlungen, zu denken, daß dieses Interesse, zu dessen Betätigung eine Verpflichtung nicht mehr vorliegt, hinter wichtigeren eigenen der Zentralmächte zurückstehen müßte.

Wir fassen unsere Meinung dahin zusammen: Durch seine Verträge mit den Zentralmächten war Rumänien nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, eine von der gewählten durchaus abweichende Haltung einzunehmen. Abgesehen aber von den Verträgen war und ist es unseren Feinden gegenüber, nach deren eigener Auslegung des Völkerrechts, nicht gebunden, die Durchfuhr von Kriegsmaterial zu verhindern. Seine Entschließung unterliegt demnach weder rechtlichem noch militärischem Zwang. Für ihre und ihrer Folgen Beurteilung seitens der Zentralmächte ist nur von Belang, ob und inwieweit dadurch ihre Kriegszwecke gefördert oder gehemmt werden.

An die amerikanischen Frauen.

Ein Aufruf der Amerikanerinnen in Deutschland
gegen die Munitionslieferungen.

Berlin, 10. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)

Die „Bosser Zeitung“ meldet: Die in Deutschland weilenden Amerikanerinnen haben an die Frauen der Vereinigten Staaten einen Aufruf gerichtet, in dem sie sie auffordern, gegen die Munitionslieferungen Amerikas Stellung zu nehmen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Macht dem heillosen Werk ein Ende, ihr Frauen der neuen Welt, die ihr, so wie wir liebte, leidet und schwer traget. Sehet zu, daß eure Männer nicht länger die Qualen der Welt gewinnsüchtig ausnützen, sehet zu, daß die totbringenden Geschütze eher zur Hölle fahren, als daß sie mit dem Blute unserer Lieben getränkt werden. Tut ihr das nicht, so wird das Blut der Völker über euch und eure Kinder kommen“.

Aus der Sozialdemokratie.

Landtagsabg. Kolb gegen den Parteivorstand. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in seiner zweiten Erklärung „gegen Parteizerrüttung“ die „literarischen Vorkämpfer der Idee der Parteirennung, auf welcher Seite sie auch immer stehen“ scharf getadelt und dabei auch den Führer der badischen Sozialdemokratie Landtagsabg. Kolb genannt, der in seiner Broschüre von Gegen-
sätzen gesprochen habe, die zu groß seien, als daß sie über-
brückt werden könnten. Kolb antwortet „in eigener Sache“ im
Karlsruher „Volksfreund“:

Selbstverständlich hatten meine oben kurz skizzierten Bemerkungen in meiner Broschüre nicht den Sinn, den ihnen der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ aus leicht begreiflichen Gründen unterstellt haben. Eine Spaltung der Partei wäre allerdings so ziemlich das Verhängnisvollste, das der deutschen Arbeiterklasse, soweit sie sich politisch zur Sozialdemokratie bekennt, passieren könnte. Eine solche Spaltung hätte aber zur Voraussetzung, daß unter der Opposition größere Massen von Anhängern stehen, d. h. also, daß diese eventuell in der Lage wäre, eine Partei für sich bilden zu können. Nach meiner Auffassung ist das aber vollständig ausgeschlossen.

Die Opposition gegen die Politik der Fraktionsmehrheit ist im Grunde genommen nichts anderes, als die Opposition der „Jungen“ Ende der 80er Jahre d. v. J. So wenig es damals zu einer Parteispaltung kam, sei sie heute zu befürchten, sofern man der Opposition keine größere Bedeutung beilegt, als sie solche verdient. Freilich, fährt Abg. Kolb fort:

Es ist doch schlechterdings unmöglich, mit den Elementen, die in fast jeder Nummer der „Berliner Tagwacht“ die deutsche Partei, einzelne ihrer Führer und die Mehrheit der Reichstagsfraktion in der schamlosesten Weise verleumben, die so weit gehen, vertrauliche Mitteilungen, die im Reichstag gemacht wurden, in eben dieser „Berliner Tagwacht“ öffentlich preisgeben und sie zum Anlaß der schwersten Verleumdungen unserer Reichstagsfraktion zu benutzen, eine politische Gemeinschaft aufrecht zu erhalten. Mit der Parabelungsgesellschaft muß gebrochen werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht in eine ganz unhaltbare Situation kommen soll. Das und nichts anderes habe ich in meiner Broschüre angedeutet und ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie diesen Standpunkt teilt.

Desgleichen glaubt Kolb sich in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Partei zu finden, wenn er „gegenüber dem ungenierten Auftreten ausländischer Literaten in der deutschen Partei“ Bewahrung einlegt und „die Partei davor warne, diesem Treiben künftig ebenso geduldig zuzusehen, wie es bisher leider geschehen ist.“ Er müsse es also entschieden zurückweisen, „mit den Elementen, die wirklich die Parteizerrüttung betreiben, auf dieselbe Stufe gestellt zu werden“.

David gegen Kautsky. Der Führer der hessischen Sozialdemokratie, Reichstagsabg. Dr. David, nagelt in der Münchener „Post“ eine „Glanzleistung internationaler Toleranz“ fest, indem er schreibt:

„Es wirkt nachgerade peinlich — um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen —, in welcher Weise einige Parteigenossen die Interessen der deutschen Sozialdemokratie vor dem Forum der Internationale vertreten. Seit Kriegsbeginn ist die deutsche Partei von der Presse und führenden Männern der sozialistischen Parteien des Auslandes in geradezu unerhörter Weise angegriffen und beleidigt worden. Es ließe sich ein dickes Buch mit solchen Auslassungen anfüllen. Trotzdem hat Genosse Kautsky, der als Redakteur der „Neuen Zeit“ über eines der wirksamsten literarischen Instrumente in der Internationale verfügt, es nicht für nötig befunden, diesen Verurteilungen und Berunglimpungen entgegenzutreten. Ein solches rein negatives Verhalten war schon schlimm genug. Weit schlimmer aber ist es, daß er es jetzt für angebracht hält, Angriffe der wütesten Art gegen uns gar noch zu rechtfertigen.“

David hat eine Beschimpfung der Deutschen durch den englischen Sozialdemokraten Blatchford scharf gerügt. Kautsky hat diese Rüge als „sehr unvorsichtig“ getadelt. David antwortet darauf:

Kautsky scheint sehr feinsüßig zu sein für die Ehre und Rechte aller Nationen — mit Ausnahme der deutschen! Er mag sich einbilden, damit der internationalen Verständigung zu dienen. In Wirklichkeit reizt er die Klut immer tiefer. Oder bildet er sich ein, das deutsche Volk habe die historische Mission, sich alles gefallen zu lassen?

Für und wider Haase. Eine sozialdemokratische Kreisvertrauensmänner-Versammlung des durch den Abg. Hoch vertretenen Wahlkreises Hanau-Gelnhausen hat die „konsequente Haltung des Genossen Haase“ und seinen Artikel „Das Gebot der Stunde“ begrüßt und daran den Wunsch geknüpft, daß Haase auf seinem verantwortungsvollen Posten ausharren möge. Die Haltung des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion wurden gebilligt von den sozialdemokratischen Vereinen für Hamm-Soest, für Heilbronn, vom Bezirksvorstand für die Provinz Brandenburg. — In einer Versammlung der Vertrauensleute des sozialdem. Ortsvereins Ottensen wurde mit ca. 70 gegen 17 Stimmen die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit in der Kriegsfrage durchaus gebilligt und das Verhalten des Parteivorsitzenden Haase verurteilt. „Er als Partei- und Fraktionsvorsitzender hätte unter allen Umständen die Pflicht gehabt, sich dem Willen der Mehrheit unterzuordnen oder seine Posten zur Verfügung zu stellen.“

Ehrenvolle Uebergabe Deutsch- Südwestafrikas.

Drahtbericht.

London, 10. Juli.

Reuters Sonderdienst meldet aus Kapstadt: Botha verlangte die Uebergabe der Deutschen bis zum 9. Juli 5 Uhr nachmittags, widrigenfalls der Angriff beginnen würde. Die Deutschen sahen ein, daß sie keine Hoffnung auf Entkommen hatten, und nahmen deshalb das Ultimatum an. Die gesamte deutsche Streitmacht, die nach der Union gebracht wird, soll gefangen gehalten werden, bis der Krieg beendet ist, außer den Gefangenen, die in einem vorgeschriebenen Bezirk auf Ehrenwort freigegeben werden.

Dieselbe Quelle meldet aus Prätoria: General Botha berichtet, daß die Umzingelungsbewegung sehr schwer durchzuführen war. Man mußte unausgesetzt Tag und Nacht marschieren und lange Strecken ohne Wasser mit großer Geschwindigkeit durchmessen. Eine berittene und eine unberittene Infanterie-Brigade werden vorläufig in Otavi bleiben. Gemäß den Uebergabebedingungen werden die Offiziere der aktiven Truppen ihre Waffen behalten. Sie können gegen Ehrenwort ihren Wohnplatz unter gewissen Einschränkungen auswählen. Die übrigen Gefangenen werden in Orten, die die Union ihnen anweist, interniert. Die Reservisten aller Ränge werden ihre Waffen abliefern, ein Paroleformular ausfüllen und nachher wieder nach ihren Wohnorten zurückkehren können, um ihren gewohnten Berufen nachzugehen.

Die Offiziere dürfen ihre Pferde behalten. Die Polizeitruppen werden wie aktives Militär behandelt. Die bürgerlichen Behörden können nach ihren Wohnorten zurückkehren, nachdem sie eine Paroleerklärung unterzeichnet haben, aber ohne ihr Amt ausüben und Gehaltsansprüche an die Union stellen zu können. Alles Kriegsmaterial wird an die Union abgeliefert. In dem Paroleformular verpflichtet sich der Unterzeichnende, die Feindseligkeiten während des gegenwärtigen Krieges nicht wieder aufzunehmen.

Diese Neutermeldungen beweisen, daß die Uebergabe unter sehr ehrenvollen Bedingungen an die erdrückende englische Uebermacht erfolgt sein muß.

**Der Krieg in Deutsch-Südwestafrika.
Die Uebergabe der Deutschen unter ehrenvollen
Bedingungen.**

London, 10. Juli.

Reuters Sonderdienst meldet aus Kapstadt:

Botha verlangte die Uebergabe der Deutschen bis zum 9. Juli, 5 Uhr nachmittags, widrigenfalls der Angriff beginnen würde. Die Deutschen sahen ein, daß sie keine Hoffnung auf Entkommen hatten und nahmen deshalb das Ultimatum an. Die gesamte deutsche Streitmacht, die nach der Union gebracht wird, soll gefangen gehalten werden, bis der Krieg beendet ist, außer jenen Gefangenen, die in dem vorgeschriebenen Bezirk auf Ehrenwort freigegeben werden.

Dieselbe Quelle meldet aus Pretoria: General Botha berichtet, daß die Umzingelungsbewegung sehr schwer durchzuführen war. Man mußte unausgesetzt Tag und Nacht marschieren und lange Strecken ohne Wasser mit großer Geschwindigkeit durchmessen. Die berittene und unberittene Infanterie der Brigade bleiben vorläufig in Dlabi. Gemäß den Uebergabebedingungen werden die Offiziere der aktiven Truppen die Waffen behalten. Sie können sich gegen Ehrenwort den Wohnplatz unter gewissen Einschränkungen auswählen. Die übrigen Gefangenen werden in Orden, die die Union ihnen anweist, interniert werden. Die Reservisten aller Ränge werden ihre Waffen abliefern, ein Paroleformular ausfüllen und nachher wieder in ihre Wohnorte zurückkehren können, um ihrem gewohnten Berufe nachzugehen. Die

Offiziere dürfen ihre Pferde behalten. Die Polizeitruppen werden wie aktives Militär behandelt. Die bürgerlichen Behörden können nach ihren Wohnorten zurückkehren, nachdem sie eine Ehrenworterklärung unterzeichnet haben, aber ohne ihr Amt auszuüben und Gehaltsansprüche an die Union stellen zu können. Alles Kriegsmaterial wird an die Union abgeliefert. In dem Formular verpflichtet sich der Unterzeichnende, die Feindseligkeiten während des gegenwärtigen Krieges nicht wieder aufzunehmen.

(Diese Reutermeldungen beweisen, daß die Uebergabe unter sehr ehrenvollen Bedingungen an die erdrückende englische Uebermacht erfolgt sein muß. Anmerkung des Wolffschen Bureaus.)

12./VII. 1915

Gerichtssaal.**Schiedsgerichte für Schadenersatz-
ansprüche gegen belgische Gemeinden.**

Das Justizministerium hat unterm 19. Juni nachstehenden Erlaß für die Einsetzung von Schiedsgerichten für Schadenersatzansprüche gegen belgische Gemeinden durch den deutschen Generalgouverneur von Belgien hinausgegeben:

„Nach belgischem Rechte haften die Gemeinden für den Schaden, der auf ihrem Gebiete durch Gewalttätigkeiten einer zusammengerotteten Menge an der Person, am öffentlichen Gute oder am Privateigentum verursacht wird. Zur Ermittlung des Schadens, der im August 1914 in mehreren Gemeinden Belgiens durch derartige Ausschreitungen entstanden ist, und zur Entscheidung über die Schadenersatzpflicht in den Gemeinden wurde von dem deutschen Generalgouverneur in Belgien die Bildung von Schiedsgerichten angeordnet und bisher ein Schiedsgericht für die Provinz Brabant und eines für die Provinz Antwerpen errichtet.

Hiedurch ist auch jenen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen, die infolge solcher Ausschreitungen an ihrer Person oder ihrem Eigentum geschädigt worden sind, die Möglichkeit geboten, von den Gemeinden Schadenersatz zu erlangen.

Die inländischen Gerichte haben diesen Schiedsgerichten auf deren Ersuchen Rechtshilfe zu leisten. Im schriftlichen Verkehre mit ihnen ist die Vermittlung des Justizministeriums in Anspruch zu nehmen.“

Zur Beurteilung des englischen Volkes.

Von Dr. Wilh. Förster,
Professor an der Universität München.*

In den Kriegsmonaten sind zwei Schriften von angesehenen Autoren erschienen, die mit großer Beredsamkeit und Leidenschaft befeuern, daß wir von England irgend etwas lernen könnten: S. St. Chamberlains „Kriegsaufzüge“ und W. Sombarts „Händler und Gelden“. Beide Schriften sind leider, wie die meisten Kriegskundengebungen der sogenannten „Intellektuellen“, derartig vom Affekt beherrscht, daß es sich nicht lohnt, ernsthaft auf sie einzugehen. Sie müssen nur gekennzeichnet werden. Sie gehören zur „Pathologie des Weltkrieges“ und werden mit dem Weltkrieg verschwinden und höchstens in ihren Verfallern eine beschränkende Erinnerung zurücklassen. Was zunächst Chamberlain betrifft, so ist die allgemeine Begeisterung über seine Lobhudeleien doch ein großes Fragezeichen für die Geistesfreiheit und Instinktsicherheit unseres deutschen Nationalbewußtseins. Aus lauter Sehnen an dem so plump getreitelten nationalen Selbstgefühl wurde man völlig blind gegen den schwereren Mangel an deutschem Wahrheitsfinn, der in Chamberlains so tief illoyalen Vergleichen zwischen deutschen und ausländischem Wesen überall in geradezu peinlicher Weise

*) Das der sehr lehrreichen jungen Münchener Zeitschrift „Das Forum“ (Herausgeber Wilhelm Herzog, Forum-Verlag). Obiger Aufsatz des hervorragenden deutschen Pädagogen, der bis vor kurzem an der Wiener Universität gewirkt hat, berührt sich in manchen Punkten mit einer kürzlich in der „Zeit“ veröffentlichten Arbeit Karl Jencks über Sombarts Kriegsschrift. A. v. R.

hervortritt. Daß nun aber auch ein deutscher Gelehrter, wie Sombart, sich dazu hergegeben hat, so ohne jede wissenschaftliche Robiesse und Objektivität den Sepsarolen des Tages die Autorität des Soziologen zu verleihen — das kann nicht scharf genug verurteilt werden. Ein Autor richtet sich selbst, wenn er unter dem Schutze leidenschaftlicher Volkseinstimmungen sich eine derartig unbedenkliche Auseinandersetzung mit einem großen Kulturvolk erlaubt, das in seinen sozialen und politischen Einrichtungen und Sitten und in seinen großen Männern und Frauen der Kultur so unerregliches gegeben hat und weiter geben wird. Mit dem Auge des Hasses oder der nationalen Ueberhebung gesehen, ist jedes Volk ein Ausbund von Hoheit, Niedrigkeit, Außerlichkeit — wer sich mit Liebe in die Kultur des englischen Volkes hineinlebt, der wird zwar merken, daß dasselbe vielleicht weniger geniale und schöpferische Menschen hervorgebracht hat als die anderen Kulturvölker und daß sich seine Kulturleistungen weniger in kongentrierten geistigen und künstlerischen Gaben demonstrieren lassen, als dies anderswo möglich ist — der ebenbürtige Beitrag Englands zur Weltkultur aber besteht in der vorbildlichen Förderung des Problems: „Individuum und Gemeinschaft“. Es hat einen Typus Mensch geschaffen, in dem persönliche Unabhängigkeit und soziales Verantwortlichkeitsgefühl, natürliche Haltung und gesellschaftliche Lebensform in einer Weise vereinigt sind, die gar nicht möglich wäre, wenn im englischen Charakter nichts Höheres als „Händleramt“ läge. Als ob es nicht auch im neuen Deutschland viel Händlergeist, und als ob es in England, gerade auch innerhalb des Kolonialwertes, nicht auch viel Heldentradition gegeben hätte!

In den letzten Monaten ist in vielen

Großbüren und Zeitschriften die Frage aufgeworfen worden, warum wir Deutsche im Ausland so verhaßt seien. Man kam sich über diese Frage gar nicht besser aufklären, als wenn man folgende Sätze aus dem Sombartschen Buch ins Auge faßt:

„Zur Grunde brauchen wir Deutsche in geistig kultureller Hinsicht niemand. Wir wissen uns doch auf den unerschöpflichen Reichtum deutschen Lebens, das alles in sich schließt, was menschliche Kultur an wirklichen Werten zu erzeugen vermag.“

Diese geradezu peinliche Selbstverherrlichung, diese Kulturtrügerei, dieses hochgeschwollene Bewußtsein: man habe nur zu geben und nichts zu empfangen, die darin liegende Geringschätzung aller umgebenden Kulturen, die ist es, die in das Auftreten vieler Deutschen etwas hineingelegt hat, was den gebildeten Ausländer mit begrifflicher Erbitterung und Mißachtung erfüllen mußte. Und alle die Deutschen, die seit Jahren in diesem Ton geredet und geschrieben haben, die sollen sich nur sagen, daß sie am Weltkrieg genau so viel Schuld tragen wie der Meid und andere niedrige Motive auf Seite des Auslandes. Nur sind sie meist in der Lage, das blutige Ergebnis der ganzen Völkerverheerung von der sicheren Stube aus beobachten zu können, während Unschuldige ihr Leben und ihre Gesundheit für die Folgen der undisziplinieren und provozierenden Worte opfern müssen.

Es ist in den letzten Jahren viel von der „Einführung“ Deutschlands gesprochen worden. Die allerichlimmste und gefährlichste Hofierung Deutschlands ist nicht diejenige, die von außen kommt, sondern diejenige, die aus dem dunklen Grunde unserer eigenen nationalen Einbildungsgen kommt, als seien wir als Germanen von selbst Quelle, Weisen und Ziel aller Kultur. Hin-

weg mit all diesem blöden Spul! Wer sich am stärksten fürcht, der darf mit der Selbstkenntnis und mit der Erkenntnis fremden Wertes am ersten beginnen. Wollen wir Deutsche fähig werden, unsere Stärke, aber einseitige Begabung nach der sozialen und formalen Seite hin zu ergänzen, müssen wir uns jedenfalls von allen hochmütigen Affensindeln reinigen und die vererblichen Einbildungen von uns tun, die uns unter anderen durch die S. St. Chamberlain und Sombart aufgedrängt werden, als seien wir allein das auserwählte Volk und hätten von den anderen nichts zu gewinnen. Jedes Volk ist in irgendeinem Sinn ein auserwähltes Volk, von der Vorsetzung bestimmt, irgendein wichtiges Element der Gesamtkultur in besonderer Stärke zur Darstellung zu bringen. Aber gerade seine kongentrierte Begabung setzt es in Gefahr, andere ebenso wichtige Seiten der persönlichen und sozialen Kultur in seinem nationalen Leben verkümmern zu lassen, und eben in dieser Gefahr ist es auf die Hilfe anderer Massen angewiesen. Und wehe dem Volk, das in Hochmut fällt und dieser Einordnung in die gegenseitige Anshilfe der Rassen nicht bedürftig zu sein glaubt. Es wäre zum Verderben auserwählt und nicht zur Führung der Völker. Sombart schreibt: „So wie der deutsche Vogel, der klar, hoch über allem Gebiet der Erde schwebt, so soll der Deutsche sich erheben führen über allem Gewölke, das ihn umgibt und das er unter sich in grenzenloser Tiefe erblickt.“ Wir hoffen, daß das deutsche Volk noch Gesundheit genug in sich trägt, um solche an das Herrenhaus grenzende Ueberhebung als gänzlich undeutsch und undornehm weit von sich zu weisen und allein in strenger Selbstkenntnis und williger Anerkennung fremder Vorzüge das Zeichen der aufsteigenden Kultur zu erkennen.

Das neue Rotbuch.

Das soeben erschienene neue Rotbuch enthält „Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915“. Das Rotbuch umfaßt 210 Seiten und ist eine der umfangreichsten Aktenfassungen, die bisher veröffentlicht wurden. Nicht weniger als 205 Aktenstücke und im Anhang 16 Artikel werden der Öffentlichkeit übergeben. In dem Anhang befindet sich ein Erlaß des italienischen Ministers des Aeußern Grafen Guicciardini an den Botschafter Herzog Uvarna d. dato 15. Dezember 1909 betreffend die Erläuterung des Artikels VII des Dreihundvertrages, aus dem hervorgeht, daß der Artikel sich damals auch nach italienischer Auffassung nur auf türkisches Gebiet bezog, ferner eine Anzahl von Schriftstücken betreffend den tripolitischen Krieg, die zeigen, daß die italienische Regierung erst am 26. September 1911, wie sie selbst sagt, „in einem so späten Zeitpunkt“, nämlich knapp vor der Kriegserklärung an die Türkei, dem Grafen Lehrenthal ihren Entschluß mitgeteilt hat, die tripolitische Frage einer Lösung zuzuführen. Weiter enthält der Anhang einige Telegramme des Grafen Lehrenthal in der tripolitischen Frage, die damalige Stellungnahme Englands gegen Italien und die Haltung Oesterreich-Ungarns gegen dieselbe, weiter die Artikel I, III, IV und VII des Dreihundvertrages.

Die Demarche Englands gegen Italien.

Am 1. März 1912 telegraphierte Graf Berchtold an Herrn v. Murey nach Rom:

Ungekündigte englische Demarche ist gestern hier durch Abgabe eines Aide-mémoires erfolgt, dessen Wortlaut der nachstehende ist:

„Es ist sicher, daß der internationale Handel sehr beträchtliche Verluste in dem Falle erleiden würde, wenn sich die ottomanische Regierung entschiede, zu ihrer eigenen Verteidigung die Dardanellen durch Minen zu sperren. Sir E. Grey wünscht daher zu wissen, ob die österreichisch-ungarische Regierunges für nützlich erachten würde, wenn sich die Mächte an die italienische Regierung mit dem Verlangen wenden, ob sie geneigt sei, die Zusicherung zu geben, daß keine militärische Operation bei den Dardanellen oder in den benachbarten Gewässern unternommen wird.“

Am 3. März richtet Graf Berchtold an die k. u. k. Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London, Paris, Rom und Petersburg folgendes Telegramm: Sir J. Cartwright hat mich gestern aufgesucht und die durch Abgabe des Aide-mémoires erfolgte Demarche mündlich wiederholt. Ich habe dem Botschafter gesagt, meine Ansicht gehe dahin, die italienische Regierung werde auf das Ansuchen einer Erklärung, keine kriegerische Operation in den Dardanellen und den benachbarten Gewässern unternommen zu wollen, nicht eingehen und sei es unsere Pflicht als Neutrale, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als wollten wir eine der beiden kriegsführenden Parteien in ihrer Aktionsfreiheit behindern. Zur Unterstützung der ihm aufgetragenen Demarche

richtete Sir J. Cartwright die Frage an mich, ob denn Italien nicht bereits in einem früheren Zeitpunkt dem Wiener Kabinett eine Erklärung abgegeben habe, welche sich im Wesen mit jener beziehe, welche die fünf Mächte nach dem Vorschlage Sir E. Greys jetzt von Italien verlangen sollen. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich von einer solchen italienischen Erklärung nichts gehört hätte.

Wir gehen nun zur Veröffentlichung der auf den Krieg bezüglichen Aktenstücke über. Sie

bieten ein Gesamtbild der Vorgeschichte des italienischen Krieges, sie zeigen sonnenklar, wie treulos die Haltung Italiens vom Beginn an war, wie gewaltsam die Auslegung der Bündnisbestimmungen vorgenommen wurde, wie gegenüber der ganz unerhörten Haltung der italienischen Regierung unser Auswärtiges Amt und die Vertreter in Rom ein fast unglaubliches Maß von Geduld aufbrachten und in dem Bestreben, den Frieden zu erhalten, die weitestgehenden Konzessionen machten. Die veröffentlichten Aktenstücke sind wahrhaft historische Dokumente, ihr Wert für die Beurteilung der Zeitgeschichte ist unbestreitbar. Das Uebermaß an Arbeit, das Graf Berchtold und Baron Burian in Wien, die Botschafter v. Murey und Freiherr v. Marchio in Rom während der kritischen Zeit zu bewältigen hatten, spiegelt sich in diesen Dokumenten wider. So viel steht als weltgeschichtliche Tatsache fest: Oesterreich-Ungarn hat alles getan, den Krieg zu vermeiden, das gerade Gegenteil war bei Italien der Fall. Heute sprechen die Waffen, die Verantwortung hierfür lastet in vollstem Maße auf Italien.

Wir reproduzieren aus dem reichen Material nachfolgend die wichtigsten Teile und erwähnen dabei, daß in den Akten neuerlich die bereits gemeldeten unmöglichen Forderungen Italiens, die Konzessionen der Monarchie, die Kündigung des Dreihundvertrages, die ablehnende Erklärung Oesterreich-Ungarns und die italienische Kriegserklärung enthalten sind, deren Publikation bei Kriegsausbruch im Wortlaut erfolgte. Den ersten Raum unter den Aktenstücken nehmen von selbst die nachfolgenden Telegramme ein:

Kaiser Franz Joseph an den König von Italien.

Telegramm. Wien, 1. August 1914.

Rußland, das sich das Recht anmaßt, sich in unsern Konflikt mit Serbien einzumischen, hat seine Armee und seine Flotte mobilisiert und bedroht den Frieden Europas.

Im Einvernehmen mit Deutschland bin ich entschlossen, die Rechte des Dreihundes zu verteidigen und habe ich die Mobilisierung meiner gesamten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser angeordnet. Wir verdanken dreißig Jahre des Friedens und der Wohlfahrt dem Vertrage, der uns

einigt und dessen gleichlautende Interpretation durch unsere Regierungen ich mit Genugtuung konstatiere.

Ich bin glücklich, in diesem feierlichen Moment auf die Hilfe meiner Verbündeten und ihrer kräftigen Secerezahlen zu können, und ich hege die heißesten Gelüste und Wünsche für den Erfolg unsrer Waffen und für eine glorreiche Zukunft unsrer Länder.

Darauf erwiderte, wie seinerzeit bereits gemeldet, der König von Italien am 2. August:

Ich habe das Telegramm Euer Majestät erhalten. Ich habe nicht nötig, Euer Majestät zu versichern, daß Italien, das alle möglichen Anstrengungen zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens getan und alles tun wird, was es kann, dazu beizutragen, ihn sobald als möglich wieder herzustellen, eine herzlich freundschaftliche Haltung gegenüber seinen Verbündeten bewahren wird, entsprechend dem Vertrage des Dreibundes und seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, welche es schützen muß.

Vor dem Weltkriege.

Die Aftenansammlung beginnt mit folgendem Telegramm des Grafen Berchtold an Herrn v. Méréy am 20. Juli 1914:

Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Ihrer voraussichtlich morgen stattfindenden Zusammenkunft mit Marchese di San Giuliano ungefähr folgende Sprache zu führen.

Bisher sei Euer Exzellenz über den Abschluß der Untersuchung in Sarajevo und unsre in Belgrad aus diesem Anlasse beabsichtigten Schritte noch keine präzise Information zugekommen, doch hätte ich Hochdieselben verständigt, daß das bereits vorliegende Material sowie die seit Jahren fortgesetzten serbischen Wühlereien uns zu einer ernstlichen Sprache in Belgrad zwingen würden. Euer Exzellenz seien ermächtigt worden, dies Marchese di San Giuliano persönlich mitzuteilen und hinzuzufügen, daß wir bei unsern Schritten in Belgrad einen friedlichen Erfolg als durchaus im Bereiche der Möglichkeit gelegen erachteten. Wir seien überzeugt, daß wir bei der Klärung unsres Verhältnisses zu Serbien auf die bundestreue und loyale Haltung Italiens rechnen könnten. In richtiger Beurteilung der internationalen Lage hätte Marchese di San Giuliano öfter Euer Exzellenz ebenso wie auch mir in Abbazia erklärt, Italien brauche ein starkes Oesterreich-Ungarn. Die Klärung unsres so mißlichen Verhältnisses zu Serbien erscheine als eine absolute Notwendigkeit zur Erhaltung der gegenwärtigen Situation der Monarchie und der derzeitigen Widerstandskraft des Dreibundes, auf dessen Festigkeit der Friede und das Gleichgewicht Europas beruhe. Es sei im gegenwärtigen Augenblick auch im Interesse Italiens gelegen, daß dasselbe offensichtlich unsre Partei ergreife. Es wäre daher auch sehr wichtig, daß der Minister rechtzeitig Vorsoorge treffe, damit die italienische öffentliche Meinung in bundestreundlichem Sinne inspiriert werde und, sobald unsre Demarche in Serbien erfolgt, sich entsprechend manifestiere.

Im Laufe einer sich hierüber eventuell entspinrenden Diskussion können Euer Exzellenz vorläufig ohne Auftrag Ihre begründete Ueberzeugung dahin aussprechen, daß, selbst wenn die friedlichen Mittel versagen würden, das Kabinett von Wien an keinen Eroberungszug und an keine Einverleibung von serbischen Gebieten denkt. Bei dieser Gelegenheit können Euer Exzellenz auch die tendenziöse Erfindung des „Temps“, als ob wir einen Ueberfall auf den Loucen beabsichtigten, kategorisch in Abrede stellen. Wir wären der italienischen Regierung sehr verbunden, falls sie ihren Einfluß in Cetinje geltend machen würde, um Montenegro, dessen Haltung übrigens von jener der Belgrader Regierung

wesentlich verschieden ist und welches selbst viele Erfahrungen mit von Serbien exportierten Bomben gemacht hat, anlässlich unsrer Konversation mit Belgrad zu vollkommener Ruhe zu bestimmen.

Im Sinne vorstehender Ausführungen habe ich mich auch dem italienischen Botschafter gegenüber geäußert.

Herr v. Méréy antwortet am 21. Juli dem Grafen Berchtold:

„Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramm vom 20. d.

Unterredung mit Marchese di San Giuliano fand heute nachmittag statt.

Der Minister zeigte sich über unsre bevorstehende Demarche in Belgrad sehr präokkupiert. Ich sprach mich in längeren Ausführungen im Sinne des ersten Teiles des obzitierten Telegramms aus. Bei der sich daran anschließenden ausführlichen Diskussion konnte ich auch Schlußsätze des obigen Telegramms verwerten.

Was die Klärung unsres Verhältnisses zu Serbien anlangt, setzte der Minister, wie schon öfter vorher, langatmig auseinander, daß wir nicht mit Demütigung und Gewalt, sondern nur mit Konzilianz Sanierung herbeiführen könnten. Für national gemischten Staat wie Monarchie sei dies die einzige Politik, und bei Deutschen und Polen sei uns dies gelungen. Ich erklärte dieses schon oft zwischen uns erörterte Raisonement als rein theoretisch und überdies falsch. Die Wirklichkeit sehe anders aus. Ich wies auf alles, was wir für Serbien seit dem Berliner Vertrag getan, auf unsre Konzilianz während des Balkankrieges und auf immer violentere panserbische Offensiven hin.

Italien, fuhr mein Mitredner fort, wünsche ein starkes Oesterreich-Ungarn, aber so wie es sei, ohne territoriale Vergrößerung. Meine Ausführungen, daß wir keine Gebietseinverleibung anstreben, nahm der Minister mit Befriedigung, jene hinsichtlich des Loucen mit schlechtherrlichem Jubel auf.

Marchese di San Giuliano erklärte ferner, es sei seine entschiedene Absicht, uns zu unterstützen, falls unser Begehren an Serbien ein solches sei, daß seine Erfüllung legitim erscheint. Gegenteiligenfalls hätte er die Stimmung seines ganzen Landes gegen sich, das nun einmal liberal, seines revolutionären Ursprunges eingedenk sei und für irredentistische Manifestationen, wo immer, Sympathie habe. Er betonte, seine Haltung würde erleichtert, wenn unsre Demarche in Belgrad sich — wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend — auf die Katastrophe in Sarajevo und weniger auf sonstige Agitationen stützen würde.

Ich argumentierte gegen alle diese Einschränkungen, die ich theoretisch als verfehlt, praktisch als ungenügende Freundschaft und Solidarität bezeichnete.

Sinsichtlich der Presse sagte der Minister unter den vorstehenden Reserven seine Einflussnahme zu, meinte aber, dieselbe erst nach Kenntnisnahme des Inhaltes unserer Demarche in Belgrad eintreten lassen zu können.

Nach Montenegro versprach er noch heute Instruktion in von uns gewünschtem Sinne abgeben zu lassen. Auch in Belgrad habe er bereits Ratsschlüsse zur Konzilianz erteilt.

Schließlich bemerkte der Minister, sein Vertrauen in unsere Mäßigung gegenüber Serbien gründe sich vor allem auf die Weisheit unsrer Monarchen, was ich mit der Bemerkung quittierte, er könne in der Tat schon hieraus die Beruhigung schöpfen, daß unsere Schritte in Belgrad, was immer ihr Inhalt sei, sorgfältiger wogen und unbedingt notwendig sein werden.

Im ganzen gab mir Unterredung Eindruck vieler freundlicher Phrasen, aber ebenso vieler mentaler Reservationen, sowie daß der Minister offenbar vorläufig nicht an den Krieg, sondern an ein Einlenken Serbiens glaubt, wobei er vermutlich auf ein intensives diplomatisches Einwirken der Mächte in Wien und Belgrad rechnet.

Tags darauf telegraphiert Graf Berchtold an Herrn v. Mérey:

Ich ersuche Euer Exzellenz, Marchese di San Giuliano im Verfolge der Mitteilungen, die Sie ihm bereits gemacht haben, streng vertraulich zu eröffnen, daß unsere Demarche in Belgrad nunmehr für Donnerstag, den 23. Juli, nachmittags festgesetzt ist. Ueber den Inhalt der Note, die Freiherr v. Giesel beauftragt ist, der serbischen Regierung zu überreichen, wollen Euer Exzellenz bemerken, daß dieselbe eine Anzahl von Forderungen enthält, welche sich auf die Eindämmung der unsre Gebiete bedrohenden Bewegung beziehen, Forderungen, die wir auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Sarajevoer Untersuchung und der Erkenntnis uns zu stellen gezwungen sehen, daß wir der von Belgrad aus schon seit Jahren betriebenen Aufwiegelung unsrer südlichen Grenzländer ein Ende bereiten müssen. Wir hätten der serbischen Regierung eine achtundvierzigstündige Frist zur Annahme unsrer Forderungen gegeben, da wir uns den üblichen serbischen Verschleppungen nicht aussetzen können. Die Verstärkung der Signatarmächte erfolge am Freitag, den 24. d. M., und würden Euer Exzellenz an diesem Tage auch in der Lage sein, der italienischen Regierung offizielle Kenntnis von unsrer Demarche in Belgrad zu geben. Ihre heutige Demarche erfolge nur in Rom und Berlin mit spezieller Rücksicht auf das Bundesverhältnis.

Ich ersuche Euer Exzellenz, die in diesem Telegramm vorgegebene Mitteilung womöglich Marchese di San Giuliano persönlich (wenn dies unmöglich, seinem Vertreter) zu machen."

Am 25. Juli telegraphiert Graf Berchtold an Herrn v. Mérey: "Der italienische Botschafter ist heute hier erschienen und hat aus Anlaß des Konflikts zwischen der Monarchie und Serbien mitgeteilt, daß die königlich italienische Regierung, für den Fall als dieser Konflikt eine kriegerische Wendung nehmen und zu einer, wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischer Territoriums führen sollte, sich vorbehalte, das ihr auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages zustehende

Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen. Die königlich italienische Regierung sei überdies auf Grund des eben angeführten Vertragsartikels der Ansicht, daß wir uns vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes mit ihr ins Einvernehmen setzen müßten.

Im übrigen beabsichtige die königlich italienische Regierung in dem eventuell bewaffneten Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einzunehmen."

Eine ganze Reihe von Depeschen zwischen Graf Berchtold und Herrn v. Mérey bewegte sich in der Folge um den Versuch Italiens, die Geltung des Artikels VII des Dreibundvertrages auf das nichttürkische Gebiet auszudehnen.

Am 26. Juli beauftragt Graf Berchtold Herrn v. Mérey, Marchese di San Giuliano oder dessen Stellvertreter gegenüber darauf hinzuweisen, es sei der königlich italienischen Regierung wohl bekannt, daß uns aggressive Tendenzen fern liegen und daß es ein Akt der Selbstverteidigung sei, wenn wir uns nach jahrelanger Duldung endlich dazu entschließen, den großserbischen Wühlereien eventuell mit dem Schwert entgegenzutreten. Ich müsse annehmen, man werde uns in Rom das Zeugnis nicht versagen wollen, daß wir trotz der schwersten Provokationen Serbien gegenüber seit einer Reihe von Jahren die größte Langmut haben walten lassen, obwohl uns die immer kühner auftretende großserbische Propaganda die schwersten Besorgnisse einflößen mußte. Da nunmehr auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung der Beweis deutlich vorliege, daß man in Belgrad zur vermeintlichen Förderung seiner Ziele auch vor den gewalttätigsten Mitteln nicht zurückschreckt, seien wir zur Erkenntnis gelangt, daß es höchste Zeit sei, uns mit allem

Nachdruck Garantien gegen den Fortbestand der gegenwärtigen unleidlichen Verhältnisse an unsrer südöstlichen Grenze zu verschaffen. Da nun die friedlichen Mittel, um Serbien zu einer Aenderung seiner Haltung zu bewegen, erschöpft seien, wäre die Entscheidung durch die Waffen vorausichtlich.

Als Italien vor kurzer Zeit genötigt war, zur Befestigung seiner Stellung im Mittelmeer und zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen Krieg zu führen, hätten wir in bundesfreundlicher Gesinnung die Erfolge seiner Waffen mit Freude begrüßt und die sich hieraus ergebende Erweiterung der italienischen Machtphäre bereitwillig anerkannt. Schließlich hätten Euer Exzellenz zu bemerken, daß wir die dem freundschaftlichen Charakter unsres Bundesverhältnisses entsprechende, von Herzog Arbarna abgegebene offizielle Erklärung, Italien werde im Falle des Eintretens eines kriegerischen Konfliktes zwischen uns und Serbien seiner Bundesverpflichtungen eingedenk sein, mit dankbarer Genugtung zur Kenntnis genommen haben.

Am 28. Juli heißt es in einem Telegramm des Grafen Berchtold an Herrn von Mérey: „Wie bereits hier dem italienischen Botschafter gegenüber erklärt, liegen territoriale Erwerbungen durchaus nicht in unsern Absichten. Sollten wir aber uns dennoch wider Erwarten gezwungen sehen, zu einer nicht als nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebietes zu schreiten, so sind wir bereit, für diesen Fall mit Italien in einen Meinungs-austausch über eine Kompensation zu treten. Auf der andern Seite erwarten wir von Italien, daß das Königreich den Verbündeten in den zur Erreichung seiner Ziele nötigen Aktionen nicht hindern, vielmehr uns gegenüber die in Aussicht gestellte bundesfreundliche Haltung unentwegt beibehalten werde.“

Am 29. Juli teilt Herr v. Mérey dem Grafen Berchtold die Antwort des italienischen Ministers des Aeußern betreffs Auslegung des Artikels VII mit und schließt: „Diese Antwort bestätigt vollständig meinen Eindruck, daß es der hiesigen Regierung parallel ändern auf die Kompensationsfrage ankommt, daß sie dieselbe jetzt forcieren will, daß sie sich hierbei auf Deutschland beruft, sogar eine expressere Note anschlägt, und daß sie charakteristischerweise die betreffenden Konversationen in Wien und Berlin führen will.“

Tags darauf meldet Herr v. Mérey: „Minister des Aeußern kam heute spontan auf die Haltung Italiens im Falle eines europäischen Krieges zu sprechen. Da der Dreibund rein defensiven Charakter habe, wir durch unser Vorgehen gegen Serbien die europäische Konflagration provoziert und überdies uns nicht mit hiesiger Regierung vorher ins Einvernehmen gesetzt hätten, habe Italien keine Verpflichtung, an dem Kriege teilzunehmen. Damit sei aber nicht gesagt, daß Italien bei Eintritt dieser Eventualität sich nicht die Frage stellen werde, ob es seinen Interessen besser entspreche, sich militärisch an unsre Seite zu stellen oder neutral zu bleiben. Er persönlich neige mehr der ersteren Alternative zu und halte dieselbe auch für die wahrscheinlichere, vorausgesetzt, daß Italiens Interessen auf dem Balkan dabei gewahrt werden und daß wir nicht dort Veränderungen anstreben, welche uns eine Vormachtstellung — zum Schaden Italiens — einräumen würden.“

Graf Berchtold telegraphiert am 31. Juli an Herrn v. Mérey: „In der Kompensationsfrage hatte ich heute eine lange Unterredung mit Herzog Avarna, bei welcher wir ein vollkommenes Einverständnis erzielten. Der deutsche und italienische Botschafter haben hierauf auf Basis unserer Unterredung eine Herzog Avarna vollständig befriedigende Textierung ausgearbeitet, welche morgen nach Rom telegraphiert wird.“

Ich hoffe, daß die Frage nunmehr im Einvernehmen aller Dreibundmächte gelöst erscheint. Euer Excellenz wollen Marchese di San Giuliano von Vorstehendem sofort in Kenntnis setzen und hinzufügen, wir rechnen nunmehr, woran ich übrigens nie geweifelt hätte, mit Bestimmtheit darauf, daß Italien seine Bündnispflicht voll und ganz erfüllen werde.

Zu Ihrer persönlichen Information bemerke ich, daß vor der schwerwiegenden Verantwortung, welche wir durch starres Verhalten an unsrer Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages auf uns geladen hätten, die naheliegenden Bedenken wegen eventueller späterer, expressereischer Ausnutzung des Kompensationsrechtes seitens Italiens zurücktreten mußten.“

Die Bezahlung im voraus.

Am 1. August meldet Herr v. Mérey dem Grafen Berchtold: Wie mir Minister des Aeußern sagt, hat sich in einem heute abgehaltenen Ministerrate die Tendenz gezeigt, daß Italien im Falle des europäischen Krieges neutral bleibe. Die Erwägung, daß Italien weder die Verpflichtung noch ein Interesse habe, an dem Kriege teilzunehmen, sei hierfür maßgebend gewesen. Dreibund sei rein defensiv, Krieg aber von uns provoziert worden, ohne daß wir früher hiesige Regierung von unsrer Aktion verständigt hätten. Man könne Italien nicht zumuten, daß es Gut und Blut opfere und bei seiner Küstenentwicklung die größte Gefahr laufe, nur um ein Kriegsziel zu erreichen, welches seinem Interesse direkt zuwiderläuft, nämlich eine Veränderung des Status quo auf dem Balkan zum — sei es materiellen, sei es moralischen — Vorteile Oesterreich-Ungarns.

Im weiteren Verlaufe der sich daran knüpfenden Diskussion bemerkte Marchese di San Giuliano unter anderm, es sei noch immer nicht gesagt — da ein förmlicher Beschluß noch nicht erfolgt —, daß Italien nicht doch, eventuell vielleicht erst später, an dem Kriege teilnehme. Dabei fiel wieder das Wort Kompensation. Mein Eindruck ist nach wie vor, daß es sich um eine zum größten Teil bereits gelungene Chantage handelt. Italien will, sowohl für den Fall des lokalisierten als des allgemeinen Krieges, sich seine Haltung im voraus bezahlen lassen.

Die moralische Verpflichtung des Verbündeten.

Am 2. August telegraphiert Graf Berchtold an Herrn v. Mérey, daß er dem Herzog Avarna gegenüber betont habe, es sei gemäß Artikel III des Dreibundvertrages der Casus foederis für Italien eingetreten. Es heißt darin: Zu Euer Excellenz persönlicher Orientierung füge ich bei, daß mir Herzog Avarna in warmen Worten seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß Italien, selbst wenn nach striktem Wortlaute des Dreibundvertrages der Casus foederis nicht gegeben wäre, die moralische Verpflichtung hätte, sich auf die Seite seiner Verbündeten zu stellen. Er habe eindringlich in diesem Sinne nach Hause berichtet, wisse aber nicht, ob seiner Stimme maßgebendes Gewicht beigelegt werde.

Die Neutralitätserklärung Italiens.

Graf Berchtold am 4. August an Herrn v. Méréy:

Auf Grund eines Zirkulartelegramms hat mir der italienische Botschafter gestern auftragsgemäß erklärt, die italienische Regierung habe beschlossen, in dem gegenwärtigen Konflikt neutral zu bleiben.

Ich habe dem Herzog Avarna geantwortet, daß ich darin eine wenig freundschaftliche Haltung Italiens erblicke, eine Haltung, die überdies mit dem Dreibundvertrag nicht im Einklang stehe, nachdem Deutschland nun von Rußland angegriffen worden sei und Frankreich sich Rußland angeschlossen habe, somit der Casus foederis eingetreten sei.

Ich müsse es aber, von diesen Umständen abgesehen, auch als eine sehr unkluge Politik von Seiten Italiens bezeichnen, sich in einem solchen weltgeschichtlichen Moment von seinen Alliierten zu trennen.

Seit dem Bestehen des Bundes sei es das erstemal, daß sich eine große Partie engagiere; verbleibe Italien an der Seite der Verbündeten, biete sich ihm die Gelegenheit zur Verwirklichung weitgehender Aspirationen, wie Tunis, Savoyen usw., schwenke es aber ab, so werde es leer ausgehen. Es sei ein irriger Ideengang, sich in die Furcht vor einer Machtvergrößerung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan zu verrennen. Der italienischen Regierung sei es bekannt, daß wir eine solche gar nicht anstreben, sondern nur die Erhaltung des Bestehenden wünschen. Italien dagegen winke die Aussicht auf Expansion und Kräftezuwachs. Nichts läge uns ferner als der Wunsch, das derzeitige Gleichgewichtsverhältnis gegenüber Italien verschoben zu wollen. Wenn eine solche Auffassung tatsächlich in Italien bestehe, so möge doch er als Botschafter dafür sorgen, derlei Verdächtigungen mit den Argumenten entgegenzutreten, die ihm unser ganzes Verhalten während des dreißigjährigen Bestandes unsres Bundesverhältnisses an die Hand geben. Ich wolle nicht glauben, daß Marchese di San Giuliano uns zu täuschen beabsichtigte, als er in Abbazia wiederholt mit allem Nachdruck versicherte, Italien wolle, Italien brauche ein starkes Oesterreich-Ungarn. Wie reimte es sich damit, wenn er jetzt eine Politik zu machen sich anschide, die in letzter Linie gegen die Erhaltung der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Bestande gerichtet ist? Besonders eigentümlich müßte dies berühren, da hiesfür ein Moment gewählt wird, wo sich bei uns ein Umschwung zugunsten Italiens, eine Welle warmer Sympathie für das verbündete Königreich fühlbar mache. Es werde ihm nicht entgangen sein, zu welchen freundschaftlichen Demonstrationen es in der jüngsten Zeit hier gekommen sei. Diese gebesserte Stimmung wollte auch die Regierung zugunsten des italienischen Elements nutzbar machen.

Als ich noch auf die Loyalität verwies, welche Seine Majestät unser Allergnädigster Herr in allen Krisen seit dem Bestehen der Allianz Italien gegenüber bewiesen, konnte der Botschafter dies seinerseits nur bestätigen.

Herzog Avarna sagte mir schließlich, er habe den Marchese di San Giuliano um eine kurze persönliche Aussprache gebeten, welche, wenn der Minister darauf eingegangen, ihn auf einige Tage nach Rom führen würde.

Das „Niemals“ Cadornas.

Graf Berchtold an Herrn v. Méréy am 4. August:

„Die seitens des k. u. k. Chefs des Generalstabes an den italienischen Generalstabschef Cadorna gerichtete Anfrage wegen Ausföhrung der für den Kriegsfall zwischen den Verbündeten getroffenen Vereinbarungen ist, wie folgt, beantwortet worden:

„Konferenzen gegenstandslos, da Ministerrat Neutralität Italiens beschlossen.

„Leichte“ Mobilisierung angeordnet. Wenn Oesterreich-Ungarn Lobren nicht besetzt und Gleichgewicht in der Adria nicht stört, wird Italien „niemals“ gegen Oesterreich-Ungarn vorgehen.“

Euer Erzellenz werden vorstehender Äußerung entnehmen, wie die Chantagepolitik weiter fortgesetzt wird.

Moralische Erpressung und militärische Drohung.

Herr v. Méréy meldet am 5. August dem Grafen Berchtold: Ich befürchte, daß Italien uns zur Fortsetzung der Diskussion über die Kompensationsfrage zu zwingen trachten und hierbei, unter Ausschluß anderer Kompensationen, schließlich sogar Forderung auf Abtretung des Trentino stellen wird.

Früher oder später dürfte Italien Neutralität verlassen. Wenn unsre Gruppe raschen und entscheidenden Erfolg hat, so wird wohl Italien sich dann derselben zuwenden und vielleicht in seinen Entschädigungsansprüchen schüchterner sein, gegenteiligensfalls dürfte es aber versucht sein, die moralische Erpressung durch militärische Drohungen oder Maßnahmen gegen uns zu verstärken. Konkretes Anzeichen dafür habe ich noch keine. Von verschiedenen Seiten kommen mir aber Gerüchte über derartige Absichten Italiens zu.

Niemit würde eventuell der unverhüllte Hinweis der offiziellen Presse auf den Trentino als Kompensation, die von den Konsulaten gemeldete militärische Degarnierung von Genua und Neapel, die Verweigerung der Ausfuhr des von uns angekauften Getreides und Mehles sowie die Nachricht Mailänder Blätter über Vorgänge in Trient stimmen.

Die Rückkehr des Herzogs Avarna von Rom.

Am 12. August telegraphiert Graf Berchtold an Botschaftsrat Grafen Ambrosy nach Rom: Der italienische Botschafter hat mir heute seinen Antrittsbesuch nach seiner Rückkehr von Rom erstattet. Herzog Avarna sagte, er habe Seiner Majestät dem König Viktor Emanuel, ferner dem Marchese di San Giuliano und dem Rabinetttschef Herrn Salandra eingehend über die durch die Neutralitätserklärung Italiens geschaffene Situation referiert. Er habe betont, daß diese Stellungnahme des verbündeten Königreiches einen sehr üblen Eindruck bei uns hervorgerufen habe und daß dadurch die Loyalität Italiens wie die Vollständigkeit seines Wortes in

Zweifel gesetzt worden sei. Die Auskünfte, die dem Botschafter hierüber zuteil wurden — Unvorbereitung Italiens sowohl politisch wie militärisch, Rücksichtnahme auf England usw. — decken sich mit den bereits von Rom uns zugegangenen einschlägigen Meldungen. Speziell die Publikation des Weißbuches über den zwischen uns und Berlin gepflogenen Gedankenaustausch hinsichtlich der Eventualität eines Eingreifens Rußlands habe in Rom Mißstimmung hervorgerufen, da eine gleiche Fühlungnahme zwischen uns und der italienischen Regierung nicht erfolgt war.

In meiner Erwiderung betonte ich, daß die Neutralitätserklärung Italiens allerdings bei ihrem Bekanntwerden hier verstimmt hatte. Seither seien die Ursachen, die Italien zu dieser Stellungnahme gezwungen, zu unsrer Kenntnis gelangt und diese Umstände ließen das Vorgehen in einem andern Lichte erscheinen. Wir hätten uns bei dieser Sachlage mit der Neutralität Italiens abgefunden und seien überzeugt, daß dieselbe italienischerseits loyal werde eingehalten werden.

Was die Publikation des Weißbuches anlangt, so sei zu bemerken, daß, wie der Botschafter wisse, ich ihm niemals ein Hehl daraus gemacht hatte, daß die in Sarajevo eingeleitete Enquete eventuell zu Auseinandersetzungen mit Serbien und zur Forderung der Schaffung von Garantien führen werde, was Herzog Avarna vollkommen zugab. Unsere Absicht sei immer gewesen, die Differenz mit Serbien allein auszutragen und den eventuellen Konflikt lokalisieren zu können. Alle andern Mächte, bis auf Rußland, hätten uns in diesem Bestreben unterstützt. Von deutscher Seite sei uns allerdings die Versicherung gegeben worden, daß, falls Rußland eingreifen sollte, Deutschland uns zur Seite stehen werde. Unsere Aktion gegen Serbien sei aber nicht darauf angelegt gewesen, Rußland zu provozieren.

Herzog Avarna konstatierte mit Befriedigung, daß sich hier eine freundschaftlichere Auffassung gegenüber der Stellungnahme Italiens manifestiere, als zur Zeit seiner Abreise nach Rom der Fall gewesen.

Indem ich dies unter nochmaligem Hinweis auf die Ueberzeugung, Italien habe nur unter dem Drucke besonders schwieriger Verhältnisse seiner Bundespflicht nicht voll entsprochen, bestätigte, brachte ich dem Botschafter den Inhalt unsrer Rückäußerung auf den

Brief Marchese di San Giuliano an Herrn v. Mörz vom 2. August d. J. zur Kenntnis, wobei ich insbesondere darauf verwies, daß es nicht in unsrer Absicht gelegen sei, das gegenwärtige Gleichgewicht auf dem Balkan oder in der Adria irgendwie zu stören, daß aber, wenn irgendeine Aktion unsererseits in dieser Richtung ins Auge gefaßt werden sollte, wir sicher zuerst das Benehmen mit dem italienischen Bundesgenossen diesfalls pflegen würden.

Die Verlockungen der Entente.

Am 21. August meldet Freiherr von Macchio, der seit Mitte August in Rom weilte, dem Grafen Berchtold:

„Minister des Aeußern sprach sich gestern mir gegenüber dahin aus, es sei für Italien eine Notwendigkeit, in der Neutralität zu verharren. Die Verlockungen und Anbote der Ententemächte, die er offen zugab, würden nichts fruchten.

Es seien allerdings gewisse militärische Vorbereitungen im Zuge — denn in so ungewissen Zeiten müsse man doch irgendwelche Vorsorge treffen —, doch seien weitere Einberufungen in größerem Umfange nicht geplant. Er habe sich übrigens mit General Cadorna ins Einvernehmen gesetzt, um von ihm eine Zusammenstellung jener Maßregeln zu erhalten, die er mir zur Verfügung stellen werde; ich stimmte einem solchen Vorgehen angeichts der fortgesetzten, hier und dort lancierten, unsre gegenseitige Verbeugung bezweckenden Nachrichten mit Befriedigung zu, erwähnte der lächerlichen Gerüchte über unsre angeblichen aggressiven Vorkehrungen im Trentino und anderwärts und bat ihn als sicheres Gegenmittel um jeweilige offene Ausdrücke über derlei heikle Fragen.

Der Minister erwähnte dann auch der großen Schwierigkeiten, welche Italien hunderttausende beschäftigungslose Arbeiter bereiten. Die sonst im September beginnende Auswanderung nach Argentinien sei heuer unmöglich, aus andern Ländern strömen massenhaft italienische Arbeiter zurück und viele Fabriken im Inlande müßten wenigstens teilweise ihren Betrieb einstellen. Diese Leute, unter denen viele unruhige Element, in Ordnung zu halten, sei eine große Sorge und, soweit ich ihn verstand, entspränge derselben wenigstens zum Teil, was an militärischen Maßregeln geschehen, wobei es sich aber nicht etwa um Einberufung aller dieser Leute handle.“

Das schlechte Gewissen Italiens.

Am 22. August telegraphiert der Botschafter Prinz zu Hohenlohe aus Berlin dem Grafen Berchtold:

„Der Unterstaatssekretär ersuchte mich heute dringendst, wir möchten durch Erklärungen in Rom, wonach wir die neutrale Haltung des Königreiches gern anerkennen, das schlechte Gewissen Italiens beruhigen und es in seiner jetzigen Haltung bestärken. Man würde es hier mit Freude begrüßen, falls Euer Exzellenz den Artikel VII ohne Vorbehalt anerkennen würden. Nach Auffassung der deutschen Regierung sollten Oesterreich-Ungarn und Deutschland daher möglichst bald übereinstimmend erklären, daß sie die italienische Auslegung des genannten Artikels anerkennen, wonach ein Gebietszuwachs für Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan, selbst bei neutraler Haltung Italiens, nur nach vorgängigem Einvernehmen mit ihm und unter Bewilligung einer entsprechenden Kompensation erfolgen könne.“

Graf Berchtold antwortet dem Prinzen zu Hohenlohe am 23. August unter anderm: „Meiner Sprache zu Herzog Avarna werden Euer Durchlaucht entnommen haben, daß ich fortgesetzt bemüht bin, das schlechte Gewissen Italiens zu beruhigen, und ersuche ich Euer Durchlaucht, dies dem Unterstaatssekretär in Erinnerung zu bringen, wobei namentlich darauf hinzuweisen wäre, daß ich Herzog Avarna am 12. I. M. gesagt habe, wir hätten uns bei dieser Sachlage mit der Neutralität Italiens abgefunden und seien überzeugt, daß dieselbe italienischerseits loyal werde eingehalten werden.“ Zum Schluß des Telegramms heißt es: „Weiter wollen Euer Durchlaucht dem Unterstaatssekretär sagen, daß ich keine Bedenken dagegen hätte, Italien für den Fall seines neutralen Verhaltens oder eines späteren Eingreifens an der Seite seiner

Verbündeten konkrete Anrechte, beziehungsweise Besitzwerbungen auf fremde Kosten zu gewährleisten."

Am 23. August erklärt Graf Berchtold in einem Telegramm an Freiherrn v. Macchio, daß er die italienische Interpretation des Artikels VII vorbehaltlos anerkenne.

Am 6. September erklärt sich Graf Berchtold in einem Telegramm an den Prinzen Hohenlohe mit dem auf dem Wege über Berlin geäußerten Wunsch Italiens nach Zustimmung zur Besetzung der Insel Saseno einverstanden, wünscht aber, daß dies als Beschluß des Dreibundes veröffentlicht werde.

Am 28. September wiederholt laut Telegramm des Botschafters Baron Macchio vom 29. der Generalsekretär im italienischen Auswärtigen Amt die schon von dem inzwischen verstorbenen Minister San Giuliano abgegebene Erklärung, eine Expedition nach Balona sei ganz ausgeschlossen, außer wenn sich epirrotische Streitkräfte Balonas bemächtigen wollten.

Am 9. Oktober telegraphiert Graf Berchtold an Freiherrn v. Macchio, ein von Italien einseitig geschaffenes *Fait accompli* betreffend Balona wäre ein Bruch des albanischen Uebereinkommens und würde uns nötigen, gewisse Reserven zu formulieren.

Die Flottenaktion.

Graf Berchtold am 5. Oktober an Freiherrn v. Macchio:

Nach vertraulichen Informationen hätte Frankreich nun auch Tunis den Italienern versprochen, falls Italien sich auf die Seite der Tripelentente stelle. Das Spiel des Dreiverbandes geht offenbar darauf hinaus, die italienische Flotte in Gegensatz zu der österreichisch-ungarischen Flotte zu bringen, um die französischen und englischen Seestreitkräfte aus dem Mittelmeer frei zu bekommen und in der Nordsee zur Verfügung zu haben.

Euer Exzellenz könnten gelegentlich im Laufe der Konversation maßgebenden Ortes ein Wort in dem Sinne fallen lassen, daß es dem Dreiverband wohl darum zu tun ist, die italienische und österreichisch-ungarische Flotte im gegenseitigen Kampf zugrunde zu richten, um zuerst mit Einziehung aller verfügbaren Mittel die deutsche Flotte zu vernichten und dann die unbeschränkte Herrschaft im Mittelmeer auszuüben.

Am 7. Oktober telegraphiert Graf Berchtold: „Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, falls Ihre Konversation mit Marchese di San Giuliano über die Minengefahr in der Adria einen geeigneten Anlaß dazu bietet, folgenden Gedanken zu verwerten: Es sei dies ein Beweis dafür, wie sehr die französisch-englische Aktion in der Adria auch den italienischen Interessen abträglich sei. Diese Aktion wäre wohl unterblieben wenn die beiden genannten Mächte hätten besorgen müssen, daß Italien in einem solchen Fall aus seiner Neutralität heraustreten würde.“

Freiherr v. Macchio telegraphiert am 10. Oktober an den Grafen Berchtold:

„Anlässlich einer Konversation über die mir in Euer Exzellenz Telegrammen vom 5. und 7. I. M. an die Hand gegebenen Gedanken war es interessant, von Marchese di San Giuliano zu hören, daß er die im ersteren Telegramm wiedergegebene Ansicht über die Absichten des Dreiverbandes mit Bezug auf die Flottenpolitik vollkommen teilt. Nur so — meinte er — lasse sich die bisherige passive und tastende Kriegführung der anglo-französischen Flotte in der Adria erklären. Nach seiner Ueberzeugung würde die Entente diesen Zweck nicht erreichen, und alles, was in seiner Macht stehe, werde er hiezu beitragen. Dies sei auch der Hauptgrund, warum er sich trotz seiner schweren Leiden entschlossen habe, auf seinem Posten auszuharren.“

Auf meine Bemerkung, daß auch Euer Exzellenz, dem ja seine Ansichten bekannt, dieser Entschluß nur mit lebhafter Betriedi-

gung erfüllen könne und daß er damit gewissermaßen logisch und konsequent seine eigene, seit seinem Einzug in die Consulta befolgte Politik verteidige, bemerkte er, daß dies auch immer seine Politik bleibe, und daß dies die einzige sei, die Italien vernünftigerweise machen könne.

Marchese di San Giuliano führte weiter aus, die Gegner begännen nun einzusehen, daß sie die Partie nicht gewinnen würden. Der Verger über diese Erkenntnis bringe es aber mit sich, daß ihre Anstrengungen erdoppelt würde, so daß sie jeden kleinen Vorfall zu ihren Vorstößen ausnützen; man dürfe dies nicht zu ernst nehmen, das würde sich aber noch oft wiederholen, und die hiesige Regierung tue das Mögliche, dem entgegenzuwirken, soweit die hiesigen freiheitlichen Institutionen es gestatten. Sie müsse dabei aber vorsichtig sein, um nicht den Gegnern ihrerseits neue Waffen in die Hände zu geben. Die eben in Rom stattgehabte Verhaftung von Verbreitern irredentistischer Flugblätter beweise, daß es ihr damit ernst ist und daß sie der Sache ihre Aufmerksamkeit zuwendet.

Giulianos Kurs.

Am 18. Oktober berichtet Freiherr von Macchio an den Grafen Berchtold:

„Auftraggemäß habe ich anlässlich des Ablebens des Marchese di San Giuliano heute italienischem Ministerpräsidenten Beileid der k. u. k. Regierung übermittelt und die Gefühle der persönlichen Anteilnahme Euer Exzellenz verdolmetscht. Herr Salandra hat mich zunächst, für diese wohlthuende Rundgebung sowohl der k. u. k. Regierung als speziell Euer Exzellenz den wärmsten Dank des italienischen Kabinetts zu übermitteln.“

Der Ministerpräsident bemerkte in der folgenden Konversation, er habe zunächst das Interim des Ministeriums des Außeren übernommen, um in der Öffentlichkeit alle Erörterungen abzuschneiden und um keinen Moment die Vermutung aufkommen zu lassen, als ob der Wechsel in der Person des Ministers des Außeren etwa einen Wechsel der äußeren Politik Italiens mit sich bringen könnte. Solange er Kabinettschef sein werde, werde der von Marchese di San Giuliano befolgte Kurs beibehalten werden.“

Italien drängt.

Am 11. Dezember erklärt, laut Telegramms des Grafen Berchtold an Freiherrn v. Macchio, der italienische Botschafter Herzog Ubarna, daß durch den Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in Serbien eine neue Lage geschaffen worden sei, die im Sinne des Artikels VII Gegenstand einer Konversation bilden müsse. Es sei nötig, ohne Zeitverlust in konkrete Verhandlungen einzutreten.

Graf Berchtold telegraphiert am 12. Dezember, er habe dem Herzog Ubarna vor allem sein Erstaunen über diese Eröffnung ausgedrückt, indem der Ausgangspunkt derselben, nämlich der Hinweis darauf, daß wir vor Vorkreuzen der serbischen Grenze das Einverständnis mit der italienischen Regierung hätten pflegen sollen, durch die tatsächliche Lage nicht begründet erscheine. Er müsse sich doch erinnern, daß ich ihm seinerzeit von unsrer Absicht Mitteilung gemacht hatte, die letzten Konsequenzen aus der Haltung Serbiens zu ziehen, und daß uns damals Marchese di San Giuliano die formelle Zusicherung gegeben hätte, Italien werde die militärischen Operationen nicht stören, und wünsche von uns nur die Anerkennung der Anwendbarkeit des Artikels VII auf den gegenwärtigen Fall. Zum Schluß der Konversation habe er den Botschafter ersucht, seiner Regierung das Ungerichte einer Auffassung vorzulegen zu führen, die, wie es scheint, dahingehe, den serbischen Standpunkt sich zu eigen zu machen, somit den Standpunkt eines Staatswesens, dessen außenpolitische Orientierung auf die Erwerbung unsres bosnisch-herzegowinisch-dalmatinischen Besitzstandes hinzielt. Jeder unvoreinge-

nommene Beurteiler der Sachlage müsse erkennen, welche großen Gefahren Italien bei Einschlagung einer solchen Politik entgegengehen würde.

Am 13. Dezember setzt Graf Berchtold in einem Telegramm an Freiherrn von Macchio auseinander, daß von einer „temporären Okkupation“ nur gesprochen werden könne, wenn feindliches Gebiet über den Kriegszweck hinaus festgehalten, nicht aber, wenn nur eine Kriegsoption vorgenommen werde. Gegen eine Konversation erhebe er keine grundsätzlichen Bedenken, obwohl kein konkreter Ausgangspunkt dafür vorhanden sei. Eine Erörterung italienischer nationaler Aspirationen, auf die Herzog Ubarna angespielt habe, sei natürlich ausgeschlossen; dagegen sei die Frage der ägäischen Inseln und der Insel Saseno aufzunehmen. Am 19. Dezember erscheint Herzog Ubarna neuerdings beim Grafen Berchtold und teilt ihm mit, daß der Minister des Außern Baron Sonnino sich gegen eine Unterscheidung zwischen temporärer Okkupation und augenblicklicher kriegerischer Besetzung verwahre. Am selben Tag machte Minister Baron Sonnino Freiherrn v. Macchio gegenüber die Bemerkung, daß jetzt allerdings der Ausgangspunkt der Konversation, nämlich die Besetzung gewisser Teile Serbiens durch österreichisch-ungarische Truppen weggefallen sei.

Am 25. Dezember meldet der österreichisch-ungarische Konsul in Balona, daß an verschiedenen Stellen der Stadt Schüsse fielen und daß hierauf 300 italienische Soldaten

Am 4. Jänner werden dem Grafen Berchtold auftragsgemäß zwei Berichte des Fürsten Bülow über Unterredungen mit Baron Sonnino und Herrn Giolitti mitgeteilt, wonach in Italien allgemein die Ansicht verbreitet sei, Desterreich-Ungarn könne bei seinen inneren Zuständen keinen Krieg führen und sei dem Untergange geweiht; die italienische Dynastie werde sich nicht halten können, wenn Italien seinen Landgewinn aus dem Weltkriege ziehe; als Gebietskompensationen werde das Trentino genannt, doch erstreckten sich die Aspirationen vielfach auf Triest. Die Kriegsbeher seien in der Minderzahl, doch behielten in Italien meistens die Schreier die Oberhand. Graf Berchtold sagte mit Bezug auf das Trentino dem Botschafter Herrn v. Tschirschy, es sei fraglich, ob selbst auf diesem Wege Sicherheit geboten wäre für ruhiges Verhalten Italiens bis ans Ende.

Am 7. Jänner telegraphiert Graf Berchtold an Freiherrn v. Macchio, es solle in den weiteren Unterredungen über die Kompensationsfrage auch das albanische Moment weiter ins Treffen geführt werden. Am 8. Jänner telegraphiert Berchtold, wenn Desterreich-Ungarn zu freundschaftlicher Konversation über allfällige Kompensationen im Prinzip bereit sei, so müsse sich Italien anderseits auch seiner Bündnispflichten erinnern und wohlwollende Neutralität üben. Die italienischen Staatsmänner übergehen das Bundesverhältnis mit Schweigen und tun wenig für Schaffung einer bundesfreundlichen Stimmung durch die Presse.

Am 11. Jänner sagt Botschafter Herzog Ubarna dem Grafen Berchtold im Auftrage Sonninos, man müsse den Mut und die Ruhe haben, an die delikate Frage einer eventuellen Abtretung eines gegenwärtig zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Gebietes heranzutreten. Graf Berchtold drückt sein Erstaunen und sein Bedauern darüber aus, und macht unter anderm darauf aufmerksam, daß ein solches Verlangen dem Dreibundvertrag widerspricht, der die unversehrte Aufrechterhaltung der vertragsschließenden Mächte bezweckt. Graf Berchtold verweist auf die Besetzung Valonas, die Desterreich-Ungarn das Recht auf Kompensation gebe.

Am 19. Jänner gibt der neue Minister des Außern Baron Burian dem Botschafter Kenntnis von einer nach Berlin gerichteten Depesche des Fürsten Bülow, der dem italienischen Minister des Außern dringend empfohlen hat, die Verhandlungen zum Zwecke der Klärung unsrer Beziehungen

und Lösung der pendenten Fragen mit voller Rücksichtnahme auf unsre Stellung und unsre Integrität als Großmacht zu führen und bei diesem Anlasse Baron Sonnino keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß Italien Deutschland mit ganzer Kraft an unsrer Seite finden werde, wenn es ihm nicht gelänge, den Frieden mit Desterreich-Ungarn zu erhalten.

Die Gebietsabtretungen.

Am 20. Jänner macht Baron Burian dem Freiherrn v. Macchio Mitteilung über einen Besuch des Herzogs Avarna, der das Gespräch über die Kompensationsfrage wieder aufnimmt, ohne deren Lösung im Sinne der nationalen Aspirationen die Dynastie Italiens und die bestehende Ordnung überhaupt in Gefahr kämen, worauf Baron Burian seine Ueberzeugung äußert, daß Italien uns zürnte, zur Bewältigung innerer Gärungen Gebiet zu opfern, und sich vorbehielt, zu prüfen, ob Artikel VII überhaupt Kompensationen anderswo als auf der Balkanhalbinsel ins Auge fasse. Am 28. Jänner kam Herzog Avarna auf die Kompensationsfrage zurück. Auf Gebiete eines andern kriegsführenden Staates könne Italien nicht verwiesen werden, weil darin ein Neutralitätsbruch enthalten wäre, während es Oesterreich-Ungarn freistehende, aus Eigenem freiwillig etwas herzugeben. Baron Sonnino lege Wert auf eine prinzipielle Zusage noch vorder Kammereröffnung. Baron Burian sagt, es sei ihm schwer, dem Gedankengang zu folgen, wonach Italien für die bloße Möglichkeit, daß Oesterreich-Ungarn künftig etwas erwerbe, von diesem eine Kompensation aus österreichisch-ungarischem Gebiet verlange, erklärt aber, daß er, ohne auch nur prinzipiell darauf einzugehen, bereit sei, in eine Konversation über das Thema einzutreten. Am 9. Februar brachte Avarna wieder die Frage zur Sprache, worauf Baron Burian erwiderte, er müsse sie zur Kenntnis der andern verantwortlichen Faktoren der Monarchie bringen, und darauf verwies, daß die temporäre Besetzung des Dodekanesos und Balchas Oesterreich-Ungarn ein Recht auf Kompensation gebe. Am 15. Februar erklärte Avarna, da nicht einmal eine prinzipielle Zustimmung vorliege, ziehe die italienische Regierung zum Schutze ihrer Würde alle ihre Vorschläge und Anregungen zurück und betrachte jede Aktion gegen einen Balkanstaat als dem Artikel VII widersprechend, so daß es zu ernstesten Konsequenzen führen könnte, wenn Oesterreich-Ungarn sich dieser Verpflichtung entzöge.

Am 19. Februar meldet Freiherr von Macchio, es sei ihm die angeblich authentische Meldung zugegangen, das Kabinett Salandra-Sonnino habe sich seit fünf Tagen in dem Entschlusse geeinigt, falls es Gebietszugehörigkeiten nicht erreichen könne, es auf Krieg ankommen zu lassen.

Am 22. Februar überbringt Avarna eine Botschaft Sonninos. Die der österreichisch-ungarischen Regierung gemachte Mitteilung besitze die Bedeutung eines Veto gegen jede österreichisch-ungarische militärische Aktion, bis die durch den Kompensationsartikel vorgesehene Verständigung erzielt sei und jedes Zuwiderhandeln der österreichisch-ungarischen Regierung würde der italienischen Regierung volle Aktionsfreiheit zur Wahrung ihrer Interessen zurückgeben. Sonnino behauptet auch fälschlich, Oesterreich-Ungarn habe auf seine Kompensationsrechte betreffend den Dodekanesos verzichtet. Baron Burian erinnert daran, daß Sonnino seine früheren Vorschläge zurückgezogen habe, fügt aber hinzu, er werde seinerzeit seine Absicht zu Verhandlungen über eine vorherige Verständigung gemäß Artikel VII anzeigen, ohne sich betreffend die Kompensationsbasis zu binden.

Am 6. März berichtet Freiherr von Macchio, daß ihm die Lage ein sehr ernstes Bild biete.

Am 9. März telegraphiert Baron Burian, er habe Avarna mitgeteilt, daß er sich entschlossen hätte, die Diskussions-

basis der Abtretung eigenen Gebietes prinzipiell anzunehmen.

Am 17. März sagt Baron Burian in einem Telegramm an Baron Macchio, es könnten, falls Italien fürchte, daß eine zugestandene Abtretung nicht vollzogen werde, auch gewisse Garantien erörtert werden. Angesichts der Anbote der Ententemächte an Italien könne auch auseinander gesetzt werden, daß im Falle unsres Sieges an eine ausreichende Beteiligung Italiens an dem Vorteilen gedacht werde. In einem weiteren Telegramm vom 19. März präzisiert Burian als seinen Standpunkt, daß unsre Gebietsabtretung an Italien nicht davon abhängig sein soll, ob und welche Vorteile wir auf dem Balkan erzielen werden. Aus einem Telegramm Baron Burians vom 21. März geht hervor, daß Baron Sonnino für ein territoriales Zugeständnis unsrerseits die volle Aktionsfreiheit gegenüber Serbien und Montenegro während der Dauer des ganzen Krieges angeboten hat. Ein Telegramm vom 23. März bringt zur Kenntnis, daß Baron Sonnino nunmehr konkrete und genaue österreichisch-ungarische Vorschläge erwarte und das Verlangen nach sofortiger Ausführung des zu treffenden Uebereinkommens aufrechterhalte.

In einem Bericht vom 24. März sagt Baron Macchio, daß die große Mehrheit der politischen und intellektuellen Kreise eine Verständigung als das Wünschenswerteste betrachtet, schildert andererseits das Treiben der Ententepresse und der bekannten Agitationen, deren Bemühungen auch von Berjonen unterstützt werden, die im Schoße der Regierung sitzen. Das Gewicht der Situation liege in den Händen der Regierung und manches lasse schließen, daß es ihr nicht ernst damit ist, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen.

Am 28. März teilt Baron Burian dem Botschafter mit, daß er sich zu einer Gebietsabtretung in Südtirol einschließlich die Stadt Trient bereit erklärt habe; Baron Burian teilt auch die von ihm aufgestellten Bedingungen mit.

Am 1. April sagt ein Telegramm des Freiherrn v. Macchio die Situation folgendermaßen zusammen:

„Das angebliche Anbot Englands, die Kriegskosten zu decken, nicht näher zu ergründender territorialer Köder, die fortwauernde Angst, im Orient doch zu spät zu kommen, die mit der Entente parallele Maulwurfsarbeit der Republikaner und Freimaurer, worunter Minister Martini mehr denn je hervortritt, insbesondere aber die täglich wühlbare englische Faust, der gegenüber Energie nicht in italienischer Natur gelegen, würden es erklären, wenn schließlich die schwache italienische Regierung nicht mehr widerstehen könnte.“

Eine dem Botschafter mitgeteilte Aufzeichnung des Baron Burian vom gleichen Tage notiert, daß Baron Sonnino ihn durch den Herzog Avarna wissen ließ, er könne in eine unbegrenzte Aktionsfreiheit Oesterreich-Ungarns am Balkan nicht einwilligen, wenn Oesterreich-Ungarn nicht vollständiges Desinteressement in Albanien erkläre — wogegen Baron Burian sofort Einspruch erhob —, und ein Zustand der Herzlichkeit lasse sich zwischen den beiden Mächten nur schaffen, wenn in der Adria größere Bedingungen der Parität und der Sicherheit hergestellt werden. Da Sonnino die Zugeständnisse in Tirol als vage bezeichnet, präzisiert Baron Burian, welche Gebiete wir dort abzutreten geneigt wären.

Römische Situationsbilder.

Am 2. April erfährt Baron Macchio von verlässlicher Seite, daß man sich in Rom mit der Antwort nicht beeilen werde, denn man müsse erst sehen, ob und wann die Russen in Ungarn eindringen und die Alliierten die Dardanellen nehmen.

In einem Bericht vom 3. führt Baron Macchio unter anderem aus, es habe sich in Italien seit Monaten die Ueberzeugung festgesetzt, daß das Fortbestehen der Großmachtsstellung Italiens gefährdet wäre, wenn es aus der Weltkrise ohne Gebietserweiterung hervorginge. Die Entente soll schon Anfang März mit dem Loslösen

Italiens gerechnet haben. Martini soll Sonnino bezogen haben, Barzilai zu empfangen, der dem Minister auseinandersetzte, daß seine Anhänger eine Verständigung mit uns nur dann ruhig hinnehmen würden, wenn auch die adriatischen Aspirationen befriedigt würden. In einem Bericht vom 7. führt der Botschafter aus, vielen Italienern sei es ein unerträglicher Gedanke, daß Italien nicht, sei es auf der einen, sei es auf der andern Seite, im Weltkrieg eine Rolle spiele. Die Regierung halte die Unruhe in der Publizistik wach, um sich uns gegenüber auf die Feindschaft der öffentlichen Meinung berufen zu können.

Am 10. April überreicht Herzog Ubarna dem Baron Burian das Aide-mémoire, in welchem die Forderungen, die Italien für die Aufrechthaltung der Neutralität gegenüber Oesterreich-Ungarn und Deutschland erhebt, zusammengefaßt sind. Baron Burian teilt die Forderungen dem Botschafter in Rom am 11. telegraphisch mit. Sie sind der Öffentlichkeit nach dem Kriegsarschbruch bekanntgegeben worden.

Am 14. April telegraphiert Baron Macchio, daß Fürst Bülow ihm nach Unterredung mit Sonnino mitteilte, dieser habe gesagt, er werde mit sich reden lassen. „Die Hauptelemente, welche die italienische Regierung dominieren, bleiben, so fügt Baron Macchio hinzu, dieselben: Angst vor England, Angst vor der Revolution (besonders bei Hof scheint man diese jetzt mehr zu fürchten als den Krieg), andererseits Ungewißheit über Kräfteverhältnis der zwei Gruppen.“

Am 16. April gibt Baron Burian dem Baron Macchio die Antwort bekannt, die er Ubarna erteilen wird. Ein großer Teil der Vorschläge, insbesondere betreffend Küstland, Triest und Dalmatien, sei unannehmbar; die Zone in Tirol könne erweitert werden, wofür Baron Burian die Grenze angibt, doch kann deutschsprachiges Gebiet nicht abgetreten werden. Eine eventuelle Abänderung des Uebereinkommens mit Albanien könne diskutiert werden. In das Neutralitätsversprechen Italiens müsse die Türkei einbezogen werden.

Am 18. April meldet Baron Macchio nach einer Unterredung mit Sonnino, er habe den Eindruck, daß dessen Forderungen auf keinem ernstern Studium beruhen und daß die Behauptung richtig sei, wonach dem Minister die Forderung vom Generalstab, das Berglangen nach den dalmatinischen Inseln vom Marineminister und die Forderung betreffend Triest von Barzilai oktroyiert wurde. Am 20. April hatte Baron Macchio ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Salandra,

der betonte, die Triester Frage stehe so sehr im nationalen Gefühl, daß der König Unpopularität, wenn nicht ärgeres riskiere, wenn diesem Gefühl nicht Rechnung getragen werde; die albanische Frage dagegen sei von sekundärer Wichtigkeit. Baron Macchio gab dem Ministerpräsidenten zu verstehen, „daß etwas Sicheres doch immer unsicheren Chancen vorzuziehen sei,“ worauf Salandra antwortete, man werde auch dies erwägen müssen.

Am 22. April betont Baron Burian, dem Ubarna am Tag vorher neuerdings die sofortige Uebergabe der abzutretenden Gebiete als unerlässlich bezeichnet hat, in einem Telegramm an Macchio den Zweifel, ob es Italien ernstlich um ein Einvernehmen zu tun sei oder ob es nur Zeit gewinnen oder nach erhaltener Orientierung über unser äußerstes Angebot schon demnächst zur Entente abzuweichen wolle. Der Botschafter möge die Konversation mit Baron Sonnino in Gang erhalten.

Eine Mission des Grafen Soluchowski.

Baron Burian telegraphiert am 27. April an Freiherrn v. Macchio:

„Es könnte dem Zustandekommen unsres Affords mit Italien förderlich sein und würde, nach mir zugekommenen Nachrichten, auch von Baron Sonnino nicht ungern gesehen werden, wenn eine angesehene politische Persönlichkeit der Monarchie Gelegenheit hätte, in Rom mit den italienischen Ministern eine eingehende Aussprache über den ganzen Komplex unsrer

gegenseitigen Interessen zu pflegen und auch bezüglich der Punkte, in welchen wir auf Italiens Präzedenzen nicht eingehen können, unsre Auffassung und unsre Gründe ausführlich darzulegen. Der vormalige Minister des Aeußern, Herrenhausmitglied Graf Soluchowski, welcher über meine Auffassungen völlig orientiert ist, wäre bereit, sich zu einem kurzen Aufenthalte nach Rom zu begeben und mit Baron Sonnino und Herrn Salandra eine derartige Aussprache über die politische Lage und speziell über die Gestaltung unsrer Beziehungen zu Italien zu pflegen. Ich ersuche Euer Exzellenz, dies vertraulich dem italienischen Minister des Aeußern mitzuteilen und sich hierbei darüber zu informieren, ob ihm eine solche Aussprache erwünscht erscheinen würde, in welchem Falle ich den Grafen Soluchowski über den Stand unsrer Bourparlers mit der italienischen Regierung in genaue Kenntnis setzen würde.“

Freiherr v. Macchio antwortet am 28. April: „Minister des Aeußern, welchem ich die mir bezüglich der eventuellen Reise des Grafen Soluchowski nach Rom aufgetragene vertrauliche Mitteilung sofort machte, wird selbstverständlich den Grafen Soluchowski mit Vergnügen empfangen. Ich konnte aber unschwer entnehmen, daß Baron Sonnino in diesem Vorschlag zunächst eine neuerliche Verzögerung argwöhnt. Ich war daher bemüht, dem Minister, welcher sich im Prinzip gegen den Wert von Spezialmissionen aussprach, klar zu machen, daß die Hieherreise des Grafen Soluchowski ohne jeden Aufschub erfolgen würde; zugleich hob ich den großen Vorteil hervor, welcher darin liegt, mit einer Persönlichkeit zu sprechen, welche nicht, wie ich, auf Grund schriftlicher Instruktionen informiert ist, sondern selbst so lange unsre auswärtige Politik geleitet hat und über Euer Exzellenz Ideen und Absichten auf Grund rezenter eingehendster Aussprache in einer viel lückenloseren Weise orientiert ist. Baron Sonnino schien dies allmählich einzusehen.“

Baron Burian am 29. April an Freiherrn v. Macchio: Euer Excellenz haben mit Telegramm vom 28. April gemeldet, daß Baron Sonnino selbstverständlich den Grafen Goluchowski mit Vergnügen empfangen werde und daß sich der italienische Minister des Aeußern bei diesem Anlaß allerdings im Prinzip gegen den Wert von Spezialmissionen ausgesprochen habe.

Heute teilte mir Herzog Avarna auf Grund eines Telegramms des Barons Sonnino mit, daß derselbe zwar keinen Grund habe, den Grafen Goluchowski nicht zu empfangen, daß er aber nicht einsehe, welchen Nutzen es hätte, eine dritte Mittelsperson in Anspruch zu nehmen angesichts der zwischen mir und dem hiesigen italienischen Botschafter sowie ihm selbst und Euer Excellenz bestehend guten persönlichen Beziehungen.

Mit Rücksicht auf diese, im Tone von Ihrer Meldung einigermaßen abweichende Mitteilung des Herzogs Avarna ersuche ich Euer Excellenz, an Baron Sonnino vertraulich die Anfrage zu stellen, ob — worüber er sich ganz aufrichtig äußern möge — ihm das Erscheinen des Grafen Goluchowski in Rom angenehm oder unerwünscht wäre.

Bei diesem Anlaß wollen Euer Excellenz neuerlich darlegen, daß mir bei der Entsendung des Grafen Goluchowski vornehmlich der Wunsch vorschwebte, der italienischen Regierung einen weiteren Beweis meines freundschaftlichen Entgegenkommens und meiner ernstlichen Absicht, mit Italien zu einem Einvernehmen zu gelangen, zu geben.

Freiherr v. Macchio telegraphiert am 1. Mai:

Minister des Aeußern erklärte auf meine bezüglich der Reise des Grafen Goluchowski an ihn im Sinne Euer Excellenz Telegramms vom 29. April gestellte alternative Frage, daß ihm Mission des Grafen Goluchowski gegenwärtig nicht

opportun und daher kaum nützlich erschiene.

Nebst der von Herzog Avarna vorgebrachten Begründung führte Baron Sonnino auch an, daß er von der hiesigen Anwesenheit des Grafen Goluchowski, da sie ja nicht verborgen bleiben könne, ein unerwünschtes Aufsehen in der Oeffentlichkeit sowie alle möglichen Kommentare besorge.

Das letzte Stadium.

Am 28. April teilte Baron Burian dem Botschafter die Antwort mit, die er dem Herzog Avarna erteilen werde. Baron Burian wird unter anderm erklären, daß er bereit sei, mit Baron Sonnino über jede Frage zu sprechen, die diesem sein Wunsch eingeben sollte, sich über die wahren Interessen Triests zu unterrichten, und daß er betreffend Albanien zu einem neuen Abkommen bereit sei, das die Sache wieder auf den europäischen Boden bringe und sogar ein Desinteressement Oesterreich-Ungarns enthielte, vorausgesetzt, daß sich auch Italien, ausgenommen in bezug auf Valona und dessen Gebiet, desinteressiere.

Am 28. April berichtet Baron Macchio über das Eintreffen Titonis in Rom, der, wie ihm gesagt wurde, französische Zugeständnisse mitbrachte, worunter eine Grenzberichtigung bei Ventimiglia, dafür aber auch das Verlangen nach einer italienischen Armee zur Unterstützung in Frankreich. Am 30. April berichtet Baron Macchio, daß die

Verhandlungen mit den Ententemächten hauptsächlich auf Initiative Barreres, ein fieberhaftes Tempo angenommen haben; auch soll der englische Botschafter eine billige Anleihe von zwei Milliarden, Erfüllung italienischer Wünsche in Kleinasien und Dodekanesos und Verhinderung jeder Förderung der Senussibewegung angeboten haben. Die italienische Regierung scheine die Angebote hüben und drüben hinaufstreben zu wollen. In der Umgebung Cadornas werde verbreitet, der Krieg gegen die Monarchie müsse jetzt gemacht werden, weil er doch unvermeidlich sei, da eine freiwillige Abtretung einen Revanchekrieg gegen das dann isolierte Italien zur Folge hätte. Der italienische Militärattaché in Wien stelle die Situation so dar, als handelte es sich um einen militärischen Spaziergang. Der Einfluß des Generalstabes wirkt verhängnisvoll.

Am 2. Mai teilt Baron Burian dem Freiherrn v. Macchio mit, daß er angesichts der Bedenken Sonninos vorläufig von der Entsendung des Grafen Goluchowski nach Rom Abstand nehme. Es wäre darauf hinzuweisen, daß kürzlich Sanotaur in Rom war.

Am selben Tage ersucht Baron Burian den Botschafter Freiherrn v. Macchio, die Konversation mit der italienischen Regierung lebhaft in Gang zu erhalten.

Am selben Tage berichtet Freiherr von Macchio, die Regierung halte, gedeckt durch das Versprechen der Geheimhaltung, den Glauben wach, daß Oesterreich-Ungarn wenig oder nichts biete.

Am 3. Mai telegraphierte er, im jetzigen Stadium sei es aussichtslos, kleine Zugeständnisse in Aussicht zu stellen; man müsse irgend etwas auch in den sogenannten heißen Fragen, etwa Ausbau der Triester Gemeindeautonomie, und irgendeine in die Augen springende Garantie bieten.

Am 4. Mai telegraphiert Baron Burian an Freiherrn v. Macchio, er könne Zugeständnisse betreffend die Isonzogrenze machen, die Errichtung einer Triester Universität und Revision des Municipalstatuts zugunsten des italienischen Elements versprechen, außerdemfalls auch unser Desinteressement in Albanien aussprechen, mit der Reserve, daß sich keine dritte Macht dort festsetzen dürfe, und als Sicherheit für die Uebergabe der abgetretenen Gebiete außer der Garantie Deutschlands und den gemischten Kommissionen eine jeden Zweifel ausschließende Kundgebung erwähnen.

Am 4. Mai teilt Herzog Avarna dem Minister des Aeußern Baron Burian die Aufhebung des Dreibundes mit.

Am selben Tage hatte Freiherr von Macchio eine anderthalbstündige Unterredung mit Baron Sonnino, der ihm von diesem Schritte nichts erwähnte. Freiherr v. Macchio empfing jedoch den Eindruck, daß der Abschluß mit der Entente zwar nicht vollzogen, daß aber der italienischen Regierung die Möglichkeit gegeben sei, dies jederzeit zustande zu bringen.

Am 5. Mai gibt Baron Burian dem Freiherrn v. Macchio das äußerste Ausmaß unserer Konzessionen bekannt, darunter uneingeschränktes Desinteressement an Albanien. Baron Macchio wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Fürsten Bülow auch die Redigierung des Textes des Abkommens in Angriff zu nehmen.

Am selben Tage berichtet Freiherr v. Macchio über die fieberhafte Aufregung in Rom. Am 6. Mai berichtet er über eine neue Unterredung mit Baron Sonnino, der in bezug auf die Trentinogrenze, die Nonzogrenze und Triest die letzten österreichisch-ungarischen Vorschläge bemängelt, aber sie dem Ministerrat zu unterbreiten verspricht. Fürst Bülow hat die Ermächtigung erhalten, nötigenfalls die deutsche Vermittlung anzutragen.

Am 9. Mai bezeichnet Baron Burian als ein Mittel, das vielleicht geeignet wäre, das Mißtrauen Italiens zu zerstreuen, die Bereitwilligkeit zur Anbahnung eines neuerlichen engeren Verhältnisses zu Italien. Am nächsten Tag telegraphiert er dem Botschafter, es müsse alles darangesetzt werden, um jetzt ein Abreißen der Verhandlungen mit Italien zu verhindern.

Systematisch falsch informiert.

Am 10. Mai berichtet Freiherr v. Macchio an Baron Burian:

Es hat sich herausgestellt, daß der König ebenso wie die meisten Kabinettsmitglieder sowohl über unsere Zugeständnisse als über die Stimmung des Landes systematisch von Baron Sonnino falsch informiert worden sind. Speziell ergibt sich, daß der Minister des Aeußern auch meine genauen Mitteilungen, die er sich notierte, mir vorlas und ausdrücklich erklärte, dem Ministerrate unterbreiten zu wollen, nur ganz mangelhaft, zum Beispiel mit Auslassung der die *Mise en effet* betreffenden Zugeständnisse, dort vorgebracht hat.

Zur Aufklärung der maßgebenden und zum Teil wenigstens dreibundfreundlichen, aber von dem allgemeinen Mißtrauen ergriffenen Stellen erschien es nunmehr notwendig, denselben raschestens eine vom Fürsten Bülow und mir authentifizierte Liste der österreichisch-ungarischen Konzessionen zukommen zu lassen. Auf diese Weise könnte das Spiel der Herren Salandra, Sonnino und Martini konterkariert werden. In diese Liste mußten, um im Sinne ursprünglicher italienischer Forderungen noch Aussichten auf weitere Zugeständnisse offen zu lassen, gewisse Einschaltungen gemacht werden.

Ich habe angesichts der Dringlichkeit der Situation es auf mich genommen, das nachfolgende mit meinem deutschen Kollegen gemeinsam verfaßte Schriftstück mit dem Fürsten Bülow, gleichzeitig zu unterschreiben und sowohl den Herren Salandra und Baron Sonnino wie andern politischen Persönlichkeiten zuzumitteln. (Die Konzessionen werden sodann aufgezählt.)

Baron Burian nimmt noch am selben Tage telegraphisch einige Aenderungen vor.

Am 13. Mai teilt Baron Macchio mit, daß Baron Sonnino unbedingt zum Kriege drängt, aber auf die einmütige Unterstützung seiner Kollegen nicht rechnen kann, man daher auf Zwischenfälle gefaßt sein müsse. Am 14. Mai teilt er die Demission des Ministeriums mit, dessen Rekonstruktion unter Präsidentschaft Salandras jedoch wahrscheinlich sei.

Am 15. Mai berichtet Freiherr von Macchio, er höre von verlässlicher Seite, daß „der treibende Geist, Kolonienminister Martini, der sich jeden Morgen bei dem englischen Botschafter seine Instruktionen holte“, zunächst vorschlug, sei es durch Garibaliner, sei es durch regelmäßige Truppen, einen Einfall zu organi-

fieren, während Baron Sonnino den Plan erwog, mit einem neuen verblüffenden Schriftstück wie seinerzeit mit jenem über die Bündnisrückbildung in Wien hervorzutreten, eventuell die beiden Mittel vereint anzuwenden. Da der Generalstab noch einen Aufschub von einigen Tagen verlangte, trat Herr Martini im Ministerrat mit Hinweis auf die Nachricht von der angeblichen Anwesenheit türkischer Offiziere bei den libyschen Rebellen mit der Idee hervor, zunächst den Vertrag von Lausanne zu kündigen; dadurch hoffte er, die Zentralmächte in zweiter Linie in den Krieg zu verwickeln und hätte die vom Generalstab verlangten Tage gewonnen. Der heutige Tag, der 15. Mai, war mit den Ententemächten zum Losschlagen vereinbart. Indessen war, als diese Anträge gestellt wurden, die Einheit im Ministerrat schon gesprengt und wurde der definitive Abschluß des Planes noch vereitelt.

Am 16. Mai berichtet der Botschafter über die Nichtannahme der Demission Salandras, der über Nacht populär geworden sei. Das Schwanken des Königs dauert noch an und seine Zweifel über die militärischen Chancen des Krieges seien dadurch gefördert worden, daß General Cadorna, verstimmt durch die den Alliierten zu leistende Hilfe, seine Demission angebotet hat.

Am 17. Mai telegraphiert Baron Burian an Freiherrn v. Macchio, er solle den nunmehr festgestellten Entwurf eines Übereinkommens mit Italien im Einvernehmen mit dem Fürsten Bülow dem Baron Sonnino mitteilen, und wenn sein Inhalt als ungenügend bezeichnet würde, weitere Wünsche zur Kenntnis nehmen.

Am 18. Mai berichtet Freiherr von Macchio, daß er den Vertragsentwurf Sonnino vorgelesen habe, der jedoch zu keiner Aeußerung zu bringen war und nur sagte, er werde den Entwurf dem Ministerrat vorlegen.

Am 21. Mai erteilte Baron Burian die bekannte Antwort auf die Mitteilung Avarnas betreffend die Außerkräftsetzung des Dreibundes.

Am 22. Mai sendet Baron Burian an Freiherrn v. Macchio folgendes Telegramm: Um unsre beiderseitigen Länder vor dem sinnlosen Kriege zu retten, ermächtige ich, *Guer Excellence*, einen letzten Versuch bei Baron Sonnino zu machen, und ihn zu fragen, ob er geneigt wäre, den Akkord nach unserm letzten Vorschlag vollinhaltlich zu unterfertigen, wenn wir, ohne aber die sofortige militärische Besetzung einzuräumen, Italien in der Frage der *Mise en effet* noch um einen Schritt entgegenkämen.

Vor der Kriegserklärung.

Freiherr v. Machio telegraphiert am 23. Mai an Baron Burian:

„Im Sinne Euer Excellenz gestrigen Telegramms habe ich heute Baron Sonnino in freundschaftlicher Weise daran erinnert, daß er mir keinerlei Antwort auf die letzten Propositionen, deren Vorlage an den Ministerrat er in Aussicht gestellt hätte, habe zukommen lassen. Sonnino wies auf die Kundgebungen der letzten Tage und auf die entscheidende Abstimmung des Parlaments hin, die in Uebereinstimmung mit den vorherigen Ministerconferenzen diese jüngste Proposition als verspätet erscheinen lassen.“

In Verwertung Euer Excellenz heutigen Telegramms sagte ich ihm hierauf, daß ich mich immer bemüht hätte, eine Verständigung bis zum letzten Momente zu fördern und daß ich auch jetzt noch einen Vorschlag machen wolle, um diesem Zwecke zu dienen. Ich würde mich nämlich anheischig machen, meine Regierung zu bestimmen, bezüglich der Mise en effet ungeachtet der letzten schon so wirksamen Terminbestimmung noch einen Schritt weiter zu gehen, wenn er geneigt wäre, den letzten Affordentwurf en bloc anzunehmen.

Der Minister erwiderte, es sei zu spät, er habe von Anfang an die Mise en effet als das Pivot der ganzen Verständigung betrachtet, aber auch in dem letzten Vorschlage biete der Beginn des Termines mit der Ratifizierung des Vertrages wieder das Mittel, um alles auf die lange Bank zu schieben.

Alle meine Versuche, das Thema fortzuspinnen, scheiterten an der stereotypen Phrase, „es sei zu spät.“

Am selben Tage überreichte Herzog Abrana in Wien die Kriegserklärung.

Der Dreibundvertrag!

Die im Anhang des Rotbuches reproduzierten Teile des Dreibundvertrages lauten:

Artikel I.

Die hohen Vertragsteile versprechen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft und werden in keine Allianz oder eine Verpflichtung eintreten, die gegen eine ihrer Staatengerichtet ist.

Sie verpflichten sich in einem Austausch der Anschauungen über die politischen und wirtschaftlichen Fragen allgemeiner Art, die sich ergeben könnten, vorzugehen und versprechen sich überdies einen gegenseitigen Beistand in den Grenzen ihrer eigenen Interessen.

Artikel III.

Wenn ein oder zwei der hohen Vertragsteile, ohne direkte Provokation ihrerseits, angegriffen werden und sich engagiert finden in einem Kriege mit zwei oder mehreren Großmächten, die nicht Signatäre des gegenwärtigen Vertrages sind, wird sich der Casus foederis gleichzeitig für alle hohen Vertragsteile präsentieren.

Artikel IV.

Im Falle, daß eine Großmacht, die nicht Signatar des gegenwärtigen Vertrages ist, die Sicherheit des Staates eines der hohen Vertragsteile bedrohen würde und der bedrohte Teil hiedurch gezwungen wäre, ihm den Krieg zu machen, verpflichten sich die beiden andern, im Hinblick auf ihren Verbündeten, eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Jeder reserviert sich in diesem Falle das Recht, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es angezeigt erachtet, gemeinsam Sache mit seinen Alliierten zu machen.

Artikel VII.

Oesterreich-Ungarn und Italien verpflichten sich, für die Aufrechthaltung, soweit als möglich, des territorialen Status quo im Orient ihren Einfluß zu gebrauchen, um jeder territorialen Aenderung vorzubeugen, die einer oder der andern Signatarmacht des gegenwärtigen Vertrages Nachteil zufüge. Zu diesem Zweck werden sie sich alle Aufschlüsse mitteilen, die geeignet sind, sich gegenseitig über ihre eigenen Dispositionen, ebenso wie über die anderer Mächte, aufzuklären. Jedemal, wenn sich in dem Falle, daß infolge der Ereignisse die Aufrechthaltung des Status quo in den Balkanländern oder an den Küsten der ottomanischen Inseln des Adriatischen und Ägäischen Meeres unmöglich würde und daß, sei es infolge der Aktion einer dritten Macht oder anderswie, Oesterreich-Ungarn und Italien die Notwendigkeit erblicken würden, dies durch eine zeitweilige oder permanente Okkupation ihrerseits zu modifizieren, wird diese Okkupation nur erfolgen nach einem vorgängigen Einvernehmen der beiden Mächte, basierend auf dem Prinzip einer reziproken Kompensation für jeden territorialen oder andern Vorteil, den eine derselben erlangen würde, über den aktuellen Status quo hinaus, die Genußnahme gibt für die Interessen und erstbegründeten Ansprüche der beiden Teile.

13. VII. 1915

Das Ende der „Königsberg“.

London, 13. Juli. (Meldung des „Reuterschen Büros“.) Die Admiralität teilt mit, daß die Monitore „Severn“ und „Mersey“ den deutschen Kreuzer „Königsberg“ in der Mündung des Rufidji am 4. und 11. Juli beschossen und gänzlich zerstört haben.

Zu der Meldung der englischen Admiralität gibt das „Reutersche Büro“ noch folgende Einzelheiten:

Die Lage des Kreuzers „Königsberg“ machte den Angriff höchst mühsam. Nur Fahrzeuge mit geringem Tiefgang konnten dicht genug herankommen. Nachdem ein Flieger genau den Platz festgestellt hatte, wo das Schiff lag, dampften die Monitore am 4. Juli flussaufwärts und eröffneten das Feuer. Die „Königsberg“ antwortete sofort mit gutgezielten schnellen Salven aus fünf Kanonen. Die „Mersey“ wurde zweimal getroffen. Eine Granate tötete vier Mann. Da die „Königsberg“ ganz im Gesiräuch lag, hatten die Flieger die größte Mühe, festzustellen, von wo aus geschossen wurde. Am Anfang des Gefechts wurde das deutsche Schiff fünfmal getroffen. Nach dem sechsten Schuß meldeten die Flieger, daß die Masten noch stünden. Dann traf eine Salve die „Königsberg“ so, daß die Flammen zwischen den Masten aufschlugen. Dennoch feuerten die Deutschen mit einer Kanone mit Unterbrechung weiter. Schließlich schwieg das Geschütz, entweder wegen Munitionsmangels, oder weil es beschädigt war. Die „Königsberg“ war zwar nicht gänzlich vernichtet, aber doch außerstande, zu

kämpfen. Am 11. Juli wurde die „Königsberg“ in einem zweiten Angriff ganz vernichtet. Die Kreuzer „Weymouth“ und „Pioneer“ halfen den Monitoren durch Beschießen der an der Küste aufgestellten Geschütze. Die „Weymouth“ hatte zwei Verwundete.

Von deutscher Seite liegen über die vorstehenden Nachrichten noch keine Meldungen vor.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Eine Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften hat vom 5. bis 7. Juli in Berlin getagt. Nach einer Aussprache über die inneren Wirren in der sozialdemokratischen Partei wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Correspondenz-Blatt“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können. Nur eine einig und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten. Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient. Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

In der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ bespricht der Gewerkschaftsführer August Winnig unter der Ueberschrift „Positive Arbeit“ den von der Generalkommission der Gewerkschaften für die Konferenz der Verbandsvorstände herausgegebenen Jahresbericht. Nach Ausbruch des Krieges gab die Regierung den Wunsch zu erkennen, daß die Gewerkschaften bei den sozialen Fürsorgemaßnahmen mitwirken möchten. Die Generalkommission der Gewerkschaften sagt jetzt in ihrem Bericht:

„Wir wissen wohl, daß es in der Arbeiterbewegung einzelne Personen gibt, die behaupten, das wäre nicht unsere Aufgabe gewesen; wer den Krieg verschuldet habe, solle auch für die Folgen aufkommen. Dieser törichten Auffassung konnte sich die Generalkommission nicht anschließen.“

Winnig hebt an der Hand des Berichts der Generalkommission hervor, in welchem Umfang ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Behörden während des Krieges erfolgt ist:

Die ersten Wochen brachten die größten Sorgen, es galt, dem Mangel an Arbeitskräften bei der Einbringung der Ernte und der riesigen Arbeitslosigkeit in den städtischen Industrien und Gewerben abzuwehren. Der erste Uebersieher hatte da manchen Schritt getan, der wohl gut gemeint war, aber in seiner Wirkung das Uebel nur verschlimmerte. Da war das Aufgebot der Jugend zu der Ernte. Da waren die Erlasse der Verwaltungsbehörden, in denen alle öffentlichen Betriebe zur Sparsamkeit ermahnt und naturgemäß zur Entlassung vieler Arbeiter bestimmt wurden. Da war die Einschränkung des Verbrauchs, die Annahme freiwilliger Hilfskräfte für öffentliche Dienste — alle jene dilettantenhaften Maßnahmen, die auf Vorstellung der Gewerkschaftsvertreter wieder rückgängig gemacht wurden. Dann aber galt es, positiv auf eine Besserung hinzuwirken. Vor allem kam es darauf an, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und einen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen. Das eine gelang nach mehreren Wochen des Uebergangs, das andere blieb ein Gegenstand dauernder Bemühungen. Bald erforderte die Regelung der Warenpreise und die Sicherung der Volksernährung die Mitarbeit der Gewerkschaften, dann galt es, die rückständigen Gemeinden zu besserer Arbeitslosenfürsorge zu veranlassen.

Die Ausfuhr aus Rumänien.**Keine Waggons über die Grenze.**

B. Bukarest, 11. Juli. Halbamtlich wird verlautbart, daß ab Sonntag neue Bestimmungen für die Ausfuhr von Getreide sowie jener Waren gelten, deren Ausfuhr nicht verboten ist. Ausgehend von der Notwendigkeit, keine rumänischen Waggons über die Grenze zu lassen, erfolgt die Beförderung von Waren bis an elf in der Nähe der Grenze gelegene Orte, von wo die Weiterbeförderung durch die Käufer zu erfolgen hat. Auf diese Art werden täglich an verschiedene Grenzorte 361 Waggons befördert werden. Eine Verfügung des Ministeriums stellt gleichzeitig fest, in welchem Umfang an diesem Export die Grundbesitzer, die landwirtschaftlichen Syndikate, die Bauern und die übrige Bevölkerung beteiligt sein werden.

Die Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister.

Berlin, 12. Juli. (B. L. B. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der am 10. Juli stattgehabten Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister gab der Staatssekretär des Reichsschatzamtes einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches und die zur Durchführung des Krieges bisher ergriffenen und weiterhin geplanten Maßnahmen. Die hierauf folgende Aussprache ergab allseitige Uebereinstimmung in der günstigen Beurteilung der deutschen Finanzkraft und die einstimmige Bekundung des unerschütterlichen Entschlusses des opferbereiten Zusammenwirkens bis zum siegreichen Frieden. Die vom Reichsschatzsekretär in Aussicht genommenen finanziellen Maßnahmen, insbesondere seine Vorschläge über die bei den gesetzgebenden Körperschaften in der nächsten Tagung dem Reichstage einzubringende neue Kreditvorlage fanden einhellige Zustimmung. Auch über die Frage der Besteuerung der sogenannten Kriegsgewinne fand ein Meinungsaustausch statt, der eine Uebereinstimmung darin ergab, daß die Erhebung einer Sondersteuer auf den durch den Krieg und während des Krieges entstandenen Vermögenszuwachs dem Reiche zustehe.

Finanzfragen des Reichs.

N Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Es war in engeren politischen Kreisen schon bekannt, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heute in einer halbamtlichen Notiz mitteilt, daß der Vortrag, den der Schatzsekretär Dr. Helfferich vor den bundesstaatlichen Finanzministern am Samstag über die Finanzen des Reiches in der Kriegszeit, über die finanziellen Maßregeln, die schon geschehen und diejenigen, die noch hervorstecken, gehalten hat, die einhellige Zustimmung der Versammelten gefunden hat, und daß dem Schatzsekretär für seine Tätigkeit und für seine Vorschläge sehr warmer Dank ausgesprochen worden ist. Es bleibt bei dem, was schon bei der Ankündigung dieser Zusammenkunft der Finanzminister gesagt worden ist, daß nämlich Steuervorlagen dem Reichstag in seiner nächsten im August stattfindenden Tagung nicht zugehen werden. Er wird sich nur mit der neuen Kriegsanleihe zu beschäftigen haben, die in der Höhe der vorausgegangenen eingebracht werden dürfte.

Der Meinungsaustausch über die Besteuerung der sogenannten Kriegsgewinne hat nicht den Zweck und daher auch nicht etwa den Erfolg gehabt, die Grundlagen eines solchen Steuergesetzes schon festzulegen. Das wird eine Aufgabe späterer Zeit sein; der Krieg und die in ihm gemachten Gewinne sind ja noch nicht abgeschlossen. Es ist lediglich in der Versammlung darüber eine Uebereinstimmung erzielt worden, daß diese Sondersteuer auf Vermögenszuwachs, der durch den Krieg und während des Krieges entstanden ist, dem Reiche zusteht, das heißt also, es ist damit ausgeschlossen, daß einzelne Bundesstaaten, wie das hier und da schon verlautete und in formulierten Anträgen verlangt wurde, die Kriegsgewinnsteuer einführen.

**Gegen den Mißbrauch der schwedischen
Flagge.****Eine Verordnung des Königs.**

Stockholm, 13. Juli.

Gegen den Mißbrauch der schwedischen Flagge erließ der König an die Lotsen und an die Zollbehörden eine Verordnung, wonach sofort, wenn ein ausländisches Schiff mit Abzeichen einer anderen Nationalität als dem Schiff wirklich zusteht, in einem schwedischen Hafen einläuft, der Sachverhalt der Generalzollverwaltung telegraphisch zu melden und die Ausglasierung nicht eher zu bewerkstelligen ist, als bis die Genehmigung des Königs hiezu eintrifft. Das Schiff darf bis auf weiteres nicht abgehen oder hinausgelost werden. Ein ausländische Schiff, welches fälschlich die schwedische Flagge oder schwedische Nationalitätsabzeichen führt, darf außer in Seenot nur bis zum nächsten Zollplatz gelost werden. Der betreffende Lotse hat bei der betreffenden Zollbehörde die Einloftung anzumelden.

„Stockholms Taqblad“ bemerkt hiezu, daß diese Bestimmungen von allen, die die Notwendigkeit einsehen, die Würde des Reiches und das Recht der schwedischen Flagge zu wahren, mit Befriedigung begrüßt werden dürften.

Die Rechte der Neutralen.

Von Stadtrat Dr. Heinrich Mataja,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Die französischen Zeitungen zu lesen, wird nachherade widerwärtig. In allen Blättern, in jeder Nummer lehren mit geringen Veränderungen und Ausschmückungen dieselben Phrasen wieder. Thema: Erstens die von der deutschen Armee begangenen Schreulichkeiten, zweitens der bevorstehende Zusammenbruch Deutschlands, drittens Frankreich als Verteidiger der Menschlichkeit, der Zivilisation und der Rechte der Neutralen. Das Jahr 1870 in zweiter Auflage. Heute wird berichtet, daß zwölf deutsche Prinzen, darunter Mitglieder des Kaiserhauses und ein Nachkomme des Fürsten Bismarck, sich als Drückeberger nach einer gesicherten Garnison versetzen ließen, morgen liest man, daß Ärzte des „Roten Kreuzes“ Schränke, Betten, Oefen und Sessel stehlen, und was dergleichen alberne Erfindungen mehr sind, „Lügen, groß und breit wie Berge, offenbar, handgreiflich.“ Der deutschen Sozialdemokratie wird nachgesagt, sie spiele unter einer Decke mit der deutschen Regierung, um die Stimmung in Frankreich und England für einen vorschnellen Friedensschluß zu gewinnen. Dies sei der Herzenswunsch Deutschlands, und so solle Frankreich, England und Rußland gewonnen werden, dem Deutschen Reich zu gestatten, de liquider avant la baisse, „vor der Niederlage abzubrechen“. Dies wagt die französische Presse ihren Lesern nach elf Kriegsmonaten vorzusetzen, in denen die Alliierten nicht einen einzigen Erfolg erzungen haben, jetzt, da die deutschen Heere in Belgien und Nordostfrankreich, die verbündeten Armeen in Russisch-Polen und Bessarabien stehen, die italienische Offensive auch die bescheidensten Erwartungen weit unterboten hat und der Angriff auf die Dardanellen nach dem eigenen Zugeständnis der englischen Blätter zusammengebrochen ist. Was aber die Rechte der Neutralen anlangt und den Schutz, oder sagen wir nur die Achtung dieser Rechte durch die Entente, dafür gibt ein kurzer Aufenthalt im neutralen Auslande den besten Anschauungsunterricht.

nicht ausgeführt werden dürfen. England hat — in welcher Form ist nicht festzustellen — diesfalls mit der sofortigen Absperrung Hollands und mit der Wegnahme seiner Kolonien gedroht. Als ob überhaupt ein siegreiches England daran dächte, Java und Sumatra in Hollands Hand zu belassen! So achtet England die Rechte der Neutralen, so übt es Zivilisation und Menschlichkeit und Herr Viviani darf das Wort wagen, daß die Zivilisation der Alliierten Achtung vor sich selbst hat und sich über

das Urteil der Menschlichkeit und über den Spruch der Geschichte nicht hinwegsetzt!

Es ist kaum verständlich, daß die Pariser und Londoner Blätter angesichts dieses barbarischen Vorgehens noch wagen, gegen den deutschen Unterseebootkrieg mit der Miene der moralischen Entrüstung zu protestieren. England und Frankreich verhindern, so weit sie es können, die Ernährung unserer Zivilbevölkerung. Nur ein Narr kann uns das Recht bestreiten, uns zu wehren, indem wir Gleiches mit Gleichem vergelten. Soll der Krieg nicht auf den Schlachtfeldern, sondern an den kalten Herden und den leeren Tischen der Zivilbevölkerung entschieden werden, bleibt England bei diesem Weg, dann soll auch uns jedes Mittel zur Erreichung dieses Kriegszwecks billig und gerecht sein.

Hohle Phrasen, die die Barbarei des Aushungerungsplanes überbieten sollen, werden die deutsche Marine in den Tiefen der Nordsee nicht beirren. Es ist auch ganz vergeblich, die Mittelmächte auf diesem Wege niederzuringen zu wollen, denn Gott sei Dank liegt ja unsere Landwirtschaft nicht darnieder und wir können uns selbst versorgen. Aber ein Verbrechen ist es, unter dem gleißenden Schein verlogener Schlagwörter so ungeheuren Haß zwischen den Völkern zu säen, die doch einmal wieder im gemeinsamen Weltverkehr für die wahre Zivilisation und für die wahre Menschlichkeit wirken müssen.

Nun ist ja nicht zu verkennen, daß auch in den neutralen Ländern die großen Händler und Industriellen sehr gute Geschäfte gemacht haben. Vor allem haben sie am Beginn des Krieges ihre Vorräte zu sprunghaft steigenden Preisen abgesetzt. Aber seither stockt auch der neutrale Handel durch die Absperrpolitik Englands, während gleichzeitig die Lebensmittelpreise — zum mindesten in Holland — eine riesige Höhe erreicht haben. Auch der amerikanische Handel ist schwer geschädigt, denn der Verkauf von Munition und Waffen kann den sonstigen Entgang nicht aufwiegen und zudem waren die amerikanischen Fabriken auf die Erzeugung so ungeheurer Mengen nicht eingerichtet. Es ergaben sich daher Ungenauigkeiten bei der Herstellung, die große Mengen unbrauchbar machten und zu vielfachen Schwierigkeiten bei der Uebernahme führten.

So wird also der Handel der Neutralen durch den Dreiverband lahmgelegt, ihre Flagge von den Schiffen des Dreiverbandes mißbraucht, ihre Bürger werden auf Fahrzeugen befördert, die insgeheim mit Munition beladen und daher der Kriegsgefahr unterworfen sind. Nur die neutralen Staaten selbst können daraus die Schlußfolgerung ziehen, ob es ihrem Interesse, ob es ihrer Souveränität entspricht, auch weiterhin ihre Interessen durch das Wortgeklänge des Dreiverbandes schirmen — und zugrunde richten zu lassen.

Sozialdemokratische Förderer der Reaktion.

Der sozialdemokratische „Volkfreund“ in Karlsruhe weist nachdrücklich auf das verbrecherische Treiben der Parabellum-Leute hin. Unter der Überschrift: „Bloß Phantast oder —?“ hebt das Hauptorgan der badischen Sozialdemokratie hervor, daß Sobelsohn-Nadel-Parabellum Manifest des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie wie folgt zu hegen:

„Der Parteivorstand gedenkt keinen Finger zu rühren, um die Massen zum Kampfe gegen den Krieg aufzurufen. Denn wollte er dies, so könnte er keinen Kreuzzug gegen den Teil der Partei organisieren, der seit Monaten dem Kriege den Krieg erklärt hat. . . . Wenn die Tatsache, daß der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie als aktive Kraft im Kampfe gegen den Krieg nicht mitzählt, viele ausländische Sozialdemokraten mit großem Pessimismus erfüllen wird, so ist es die Sache der revolutionären Elemente im deutschen Sozialismus, durch Taten zu beweisen, daß dieser Pessimismus unbegründet ist daß der Kampf gegen den Krieg von Deutschland aus den Ausgangspunkt nehmen wird auch ohne die Hilfe des deutschen Parteivorstandes. Wie auch die Politik der offiziellen Parteileitung sein mag, die revolutionären Elemente in der französischen Sozialdemokratie können getrost allen französischen Arbeitern sagen: Wenn ihr zum Kampfe gegen die Politik des Weißblutens aufsteht, so seid ihr nicht allein; es gibt jenseits der Vogesen eine wachsende Bewegung, die mit euch solidarisch, ein geschworener Feind des Imperialismus ist. Der Moment des gemeinnützigen Handelns der deutschen und französischen revolutionären Elemente muß und kann beschleunigt werden.“

Mit Recht sagt der Karlsruher „Volkfreund“ zu diesem Heilveruch: „Wer in so verbrecherischer Weise wie Sobelsohn-Nadel-Parabellum zum „gemeinsamen Handeln der revolutionären Elemente“ auffordert, der ist entweder geistig nicht normal oder er besorgt die Geschäfte der tollsten Reaktion.“

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ mit der Spitzmarke „Was die Quertreiber erreicht haben“ hervorhebt, daß die Verhängung des Kriegsrechts über Kiel durch Admiral von Ingenohl mit der Begründung erfolgt ist, es seien Flugblätter in verschiedenen Teilen Deutschlands hergestellt worden, die trotz des Verbots der Regierung die Kriegs- und Friedensziele Deutschlands und seiner Verbündeten unsachlich, unrichtig und irreführend behandeln. Das „Hamburger Echo“ verurteilt das Treiben, das zu der Verschärfung der Maßnahmen der Militärbehörden in Kiel Anlaß gegeben hat, wie folgt:

„Diese Druckerzeugnisse, verfaßt von einer verschwindenden Minderheit, die nicht imstande ist, die militärische und diplomatische Lage zu beurteilen, erzielen gerade das Gegenteil des gewollten Erfolges, denn sie ermutigen unsere Feinde, erst recht ihre Kräfteanstrengungen zu machen und den schon wankend gewordenen Glauben an ihren Sieg wieder aufzurichten. Es ist deshalb notwendig, gegen alle solche Kundgebungen sofort und unmittelbar vorgehen zu können.“

Die Uebergabe-Bedingungen in Deutsch-Südwestafrika.

Eigener Drohtbericht.

* Amsterdam, 13. Juli.

Die Uebergabe-Bedingungen, die von Gouverneur Seih angenommen wurden, sind folgende:

1. Die militärischen Streitkräfte des Protektorats Deutsch-Südwest-Afrika übergeben sich hiermit dem General Louis Botha.
2. Die Offiziere sollen ihre Waffen behalten und können ihr Ehrenwort geben und ein jeder von ihnen mag an einem selbstgewählten Plage leben. Wenn die Regierung Südafrikas diesbezügliche Wünsche der Offiziere nicht erfüllen kann, muß der Offizier einen Platz wählen, mit Bezug auf welchen keine Schwierigkeiten herrschen.
3. Andere Militärgrade werden unter geeigneter Bewachung an solchen Plätzen interniert, über die die Regierung der Union entscheiden wird. Jeder Unteroffizier und jeder Mann darf sein Gewehr, aber keine Munition behalten. Ein Offizier soll die Erlaubnis erhalten, mit den Mannschaften der Artillerie, ein anderer mit den Mannschaften der übrigen Truppen und ein dritter mit den Mannschaften der Polizeitruppe interniert zu werden.
4. Alle Reservisten, Landwehr- und Landsturm-männer, die jetzt unter Waffen im Felde stehen, mit Ausnahme der in Artikel 6 Bezeichneten, sollen ihre Waffen abliefern und können, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben haben, nach Hause zurückkehren und ihrer Zivil-Beschäftigung nachgehen.
5. Alle Reservisten, Landwehr- und Landsturm-männer, die bereits Kriegsgefangene sind, können nach Abgabe ihres Ehrenworts ihrer Zivilbeschäftigung im Protektorat nachgehen.
6. Die Offiziere der Reserve, Landwehr und Landsturms können ihre Waffen behalten, wenn sie ihr Ehrenwort geben.
7. Alle Offiziere, die ihr Ehrenwort geben, können die Pferde behalten, die ihnen in ihrer militärischen Eigenschaft nominell zugestanden sind.
8. Die Polizei soll, soweit sie mobilisiert war, wie eine aktive Truppe behandelt werden; die auf entfernten Stationen in Dienst stehenden Polizeimannschaften sollen ihren Dienst solange verrichten, bis sie durch Truppen der Union abgelöst werden, damit Leben und Eigentum von Nicht-Kombattanten beschützt bleibt.
9. Zivilbeamte dürfen in ihren Wohnungen verbleiben, wenn sie ihr Ehrenwort geben.

Nichts in dieser Erklärung darf jedoch dahin ausgelegt werden, daß sich Offiziere berechtigt glauben, die Funktionen ihres Postens auszuüben oder von der Regierung der Union die Vorteile aus ihrer Stellung verlangen zu können. Anscheinend meint die Erklärung hiermit die Gehälter.

Aus diesen Bedingungen spricht die Mächtung, die auch der Gegner für diese kleine Schar empfindet, die sich, von jeder Verbindung mit der Heimat abgeschnitten, im Kampf mit der zehnfach überlegenen Streitmacht der Engländer elf Monate hindurch gehalten hat und nun ruhmvoll unterlegen ist.

Prätorja, 13. Juli.

Amtlich wird die nachgeprüfte Ziffer der deutschen Gefangenen auf 204 Offiziere und 3293 Mann angegeben. 7 Feldegeschütze und 22 Maschinengewehre wurden erbeutet.

Kommission für Menschheitsinteressen.

Gegen Annexionen und gegen eine längere Kriegsdauer.

N. Lausanne, 12. Juli. Hier tagen die Vertreter zahlreicher Kulturvereine aus den kriegführenden und den neutralen Staaten zur Bildung einer ständigen internationalen Kommission zum Schutze der bedrohten Menschheitsinteressen. Vierzig Ber-

bände aus verschiedenen Ländern haben bereits ihren Beitritt angemeldet. Die Kommission beschloß, die Sekretariatsarbeiten dem Vorstande des Bundes für Menschheitsinteressen in Bern, Erlachstraße 23, anzuvertrauen. Zum Präsidenten wurde Professor Broda gewählt. Die Kommission nahm eine Resolution an, worin die Kulturvereine aller Länder aufgefordert werden, den gemeinsamen Kampf gegen die unser kulturelles Erbgut bedrohenden Gefahren sowie die solidarische Arbeit für Fortschritt und Kultur wieder aufzunehmen.

Darauf wurde die Gefahr der Annexion irgend welchen Landgebietes gegen den Willen seiner Bewohner behandelt. Man sprach sich gegen die Annexion Belgiens durch Deutschland, des slawischen Dalmatien durch Italien, des türkischen Kleinasien durch Rußland und Persiens durch irgend welche europäische Mächte aus.

Die Kommission wandte sich gegen eine längere Kriegsdauer und befürwortete die Verbesserung des Loses der Gefangenen. Sie begrüßte den von schweizerischen Delegierten unternommenen Versuch, in Frankreich und Deutschland zu berichten, was sich über die gute Behandlung der Gefangenen in den anderen Ländern sagen läßt, und so die Stimmung in der Richtung auf eine beiderseitige Besserung der Behandlung der Gefangenen umzuwandeln. Schließlich erhob die Kommission Einspruch gegen das harte Vorgehen der russischen Regierung gegen die jüdische Bevölkerung in Rußland.

Die Note an Amerika.

Der k. u. k. Minister des Aeußern hat an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Wien eine Note nachstehenden Wortlautes gerichtet:

Wien, den 29. Juni 1915.

Die tiefgreifenden Wirkungen, welche sich aus der Tatsache ergeben, daß sich seit geraumer Zeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und Großbritannien und dessen Verbündeten andererseits ein Handelsverkehr mit Kriegsbedarf in größtem Umfang abspielt, während Oesterreich-Ungarn, gleich Deutschland, vom amerikanischen Markt völlig abgeschlossen ist, haben von allem Anfang an die ernsteste Aufmerksamkeit der k. u. k. Regierung auf sich gezogen. Wenn nun der Unterzeichnete sich erlaubt, in dieser Frage, mit welcher das Washingtoner Kabinett bisher bloß von der kaiserlich deutschen Regierung befaßt worden ist, das Wort zu nehmen, so folgt er hierbei dem Gebote der unabweislichen Pflicht, die ihm anvertrauten Interessen vor weiterer schwerer Schädigung zu bewahren, die aus

dieser Situation, gleichwie für das Deutsche Reich, so auch für Oesterreich-Ungarn erwächst.

Ist auch die k. u. k. Regierung durchaus davon überzeugt, daß die Haltung, welche die Bundesregierung in dieser Angelegenheit einnimmt, keiner andern Absicht entspringt, als der, die strikteste Neutralität zu wahren und sich in dieser Beziehung den in Betracht kommenden Bestimmungen der internationalen Verträge bis auf den Buchstaben anzupassen, so drängt sich doch die Frage auf, ob die Verhältnisse, wie sie sich im Laufe des Krieges gewiß unabhängig von dem Willen der Bundesregierung herausgebildet haben, nicht derart beschaffen sind, daß die Intentionen des Washingtoner Kabinetts der Wirkung nach durchkreuzt, ja geradezu ins Gegenteil verkehrt werden. Wird aber diese Frage bejaht — und ihre Bejahung kann nach der Meinung der k. u. k. Regierung nicht zweifelhaft sein —, dann knüpft sich hieran von selbst die weitere Frage, ob es nicht möglich, ja sogar geboten erscheint, daß Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, dem Wunsch der Bundesregierung, den beiden Kriegsparteien gegenüber eine streng paritätische Haltung einzunehmen, volle Geltung zu verschaffen. Die k. u. k. Regierung zögert nicht, auch diese Frage unbedingt zu bejahen.

Der amerikanischen Regierung, die am Haager Werk in so hervorragender Weise mitgewirkt hat, ist es sicherlich nicht entgangen, daß sich Wesen und Inhalt der Neutralität in den fragmentarischen Vorschriften der einschlägigen Verträge nicht annähernd erschöpfen. Faßt man speziell die Entstehungsgeschichte der Artikel 7 der V., beziehungsweise XIII. Konvention ins Auge, auf die sich die Bundesregierung im vorliegenden Fall offenbar stützt und deren Wortlaut ihr, wie durchaus nicht geleugnet werden soll, eine formale Sandhabe für die Duldung des von den Vereinigten Staaten gegenwärtig betriebenen Handels mit Kriegsmaterial bietet, so bedarf es, um den wahren Geist und die Tragweite dieser Bestimmung zu ermessen — die übrigens schon durch das Verbot der Lieferung von Kriegsschiffen und durch das Verbot gewisser Lieferungen an Kriegsschiffe krieg-

führender Länder durchbrochen erscheint —, nicht erst des Hinweises darauf, daß die den neutralen Staaten im einzelnen eingeräumten Befugnisse im Sinne des Präambule zur letztgenannten Konvention ihre Grenze finden an den Forderungen der Neutralität, wie sie den allgemein anerkannten Prinzipien des internationalen Rechtes entsprechen.

Nach allen Autoritäten des Völkerrechtes, die sich mit der hier zunächst in Betracht kommenden Frage des näheren beschäftigen, darf die neutrale Regierung den Handel mit Kriegskontrebande nicht ungehindert sich vollziehen lassen, wenn dieser Handel eine solche Gestalt oder solche Dimensionen annimmt, daß dadurch die Neutralität des Landes in Mitleidenschaft gezogen wird.

Mag man nun der Beurteilung der Zulässigkeit des Konterbandehandels welches der verschiedenen Kriterien immer zugrundelegen, die in dieser Hinsicht in der Wissenschaft aufgestellt wurden, so gelangt man nach jedem einzelnen derselben zum Schluß, daß der Export von Kriegsbedarf aus den Vereinigten Staaten, wie er im gegenwärtigen Krieg betrieben wird, mit den Forderungen der Neutralität nicht in Einklang zu bringen ist. Es handelt sich jetzt nicht etwa um die Frage, ob die amerikanische Industrie, die sich mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigt, davor bewahrt werden soll, daß der Export, den sie zu Friedenszeiten betrieben hat, eine Einbuße erleide. Vielmehr hat diese Industrie gerade infolge des Krieges eine ungeahnte Steigerung erfahren. Um die ungeheuren Mengen von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial aller Art zu fabricieren, welche Großbritannien und dessen Verbündete im Laufe der vergangenen Monate in den Vereinigten Staaten von Amerika bestellt haben, bedurfte es nicht nur der vollen Ausnützung, sondern sogar der Umwandlung und Erweiterung der bestehenden und der Schaffung neuer großer Betriebe sowie des Zufließens von Massen von Arbeitern aller Branchen zu diesen Betrieben, kurz tiefgreifender, das ganze Land erfassender Änderungen des wirtschaftlichen Lebens. Der amerikanischen Regierung kann sonach von keiner Seite das Recht bestritten werden, durch Er-

Die Note an Amerika

lassung eines Ausfuhrverbotes diesen offen am Tag liegenden enormen Export von Kriegsbedarf zu inhibieren, von welchem überdies notorisch ist, daß er nur einer der Kriegsparteien zugute kommen kann. Würde die Bundesregierung von dieser ihr zustehenden Befugnis Gebrauch machen, so könnte sie ein Vorwurf auch dann nicht treffen, wenn sie, um mit den Anforderungen der nationalen Gesetzgebung in Einklang zu bleiben, den Weg der Erlassung eines Gesetzes beschritte. Denn wenn es auch prinzipiell zutrifft, daß ein neutraler Staat die in seinem Bereich geltenden Vorschriften betreffend sein Verhalten zu den Kriegführenden nicht abändern soll, solange der Krieg dauert, so erleidet dieser Grundsatz doch, wie sich aus dem Preambule der XIII. Haager Konvention klar ergibt, in dem Fall eine Ausnahme, „où l'expérience acquise en démontrerait la nécessité pour la sauvegarde de ses droits“. Dieser Fall ist übrigens für die amerikanische Regierung schon mit der Tatsache gegeben, daß Oesterreich-Ungarn, ebenso wie Deutschland, von jedem Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschnitten ist, ohne daß die rechtliche Voraussetzung hierfür — eine rechtsgültige Blockade — vorläge.

Dem etwaigen Einwand gegenüber, daß es bei aller Bereitwilligkeit der amerikanischen Industrie, wie an Großbritannien und dessen Verbündete, so auch an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu liefern, den Vereinigten Staaten von Amerika eben nur infolge der Kriegslage nicht möglich sei, mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland Handel zu treiben, darf wohl darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung zweifellos in der Lage wäre, dem geschilderten Zustand abzuhelfen. Es würde wohl voll auf genügen, den Gegnern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands die Sistierung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für den Fall in Aussicht zu stellen, daß der legitime Handel in diesen Artikeln zwischen der Union und den beiden Centralmächten nicht freigegeben wird.

Wenn sich das Washingtoner Kabinett zu einer Aktion in diesem Sinne bereit fände, so würde es nicht nur der in den Vereinigten Staaten stets hochgehaltenen Tradition folgen, für die Freiheit des legitimen Seehandels einzutreten, sondern sich auch das hohe

Verdienst erwerben, das frevelhafte Bestreben der Feinde Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, sich des Hungers als Bundesgenossen zu bedienen, zu nichte zu machen.

Die k. u. k. Regierung darf sonach im Geiste der ausgezeichneten Beziehungen, die niemals aufgehört haben zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Vereinigten Staaten von Amerika zu bestehen, an die Bundesregierung den von aufrichtiger Freundschaft getragenen Appell richten, sie möge unter Bedachtnahme auf die hier entwickelten Darlegungen den von ihr in dieser so hochbedeutungsvollen Frage bisher eingenommenen Standpunkt einer reiflichen Ueberprüfung unterziehen. Eine Revision der seitens der Unionsregierung beobachteten Haltung im Sinne der von der k. u. k. Regierung vertretenen Auffassung würde nach deren Ueberzeugung nicht nur im Rahmen der Rechte und Obliegenheiten einer neutralen Regierung, sondern auch in den Richtlinien jener von wahrer Menschlichkeit und Friedensliebe beherrschten Grundsätze liegen, welche die Vereinigten Staaten von Amerika von jeher auf ihr Banner geschrieben haben.

Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, die sehr gefällige Vermittlung Seiner Excellenz des außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Frederic Courtland Benfield, mit der Bitte ganz ergebenst in Anspruch zu nehmen, die vorstehenden Ausführungen auf telegraphischem Wege zur Kenntnis des Washingtoner Kabinetts bringen zu wollen, heüßt er zugleich auch diesen Anlaß, um Seiner Excellenz dem Herrn amerikanischen Botschafter den Ausdruck seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Burian m. p.

15. III. 1915

Im Namen der Menschlichkeit. Die amerikanische Humanitätsliga an Wilson.

Die „Amerikanische Humanitätsliga“ („American Humanity League“) hat an den Präsidenten Wilson, der sich in seiner letzten Note an Deutschland als Vorkämpfer der Menschlichkeit aufspielte, folgende mit vielen Tausenden von Unterschriften versehene Denkschrift gerichtet:

„Wir Unterzeichneten, Bürger der Vereinigten Staaten, einig in dem ernsthaften Protest gegen die Waffenausfuhr an die jetzt in Europa im Kampfe liegenden Völker, richten hiedurch im Namen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, wie im Interesse unsres eigenen Volkes an Sie ergebenst und respektvoll die Bitte, sofort den Kongreß zu einer Sonder Sitzung einzuberufen zwecks Beratung und Beschlußfassung über eine Resolution, die Ihnen als Präsidenten der Vereinigten Staaten die Machtvollkommenheit gibt, jetzt und für alle Zeiten die Ausfuhr von Waffen, Munition und anderm Kriegsmaterial zu verbieten.

Wir gründen unsre Bittschrift auf die unumstößliche Tatsache, daß der Krieg ohne Waffenzufuhr bald in sich selbst ersterben muß und daß wir als neutrale Nation uns billigerweise nicht dazu hergeben dürfen, den Konflikt zwischen unsern Schwesternationen zu verlängern.

Zwar hält das geltende Völkerrecht die Praxis, gegen die wir feierlich und aufrichtig Verwahrung einlegen, für zulässig, aber wir gründen unsre Bittschrift darauf, daß eben dieses Recht doch keine Bestimmung enthält, die die Regierung tatsächlich zwingt, die Waffenausfuhr zuzulassen. Im Gegenteil, die Geschichte unsrer Republik zeigt, daß die Regierung unsres Landes wie auch die anderer Völker eifrig darauf bedacht gewesen sind, sich das Recht eines Waffenausfuhrverbotes zu wahren, wenn es die Umstände erforderten. Viele Beispiele von der Ausübung dieses Rechtes finden sich in der Geschichte der Vereinigten Staaten, wir führen zur Bekräftigung unsrer Behauptung folgende an:

1. Am 26. März 1794 hat der Kongreß ein Waffenausfuhrverbot auf dreißig Tage beschlossen.
2. Am 17. April 1794 ist dieses Verbot vom Kongreß bis zum 25. Mai 1794 verlängert worden.
3. Am 22. Mai 1794 ist die Ausfuhr von Kriegsmunition durch den Kongreß auf die Dauer eines Jahres verboten worden.
4. Im Jahre 1807 ist durch den Kongreß ein allgemeines Ausfuhrverbot festgelegt worden.
5. Am 6. April 1812 ist ein allgemeines Ausfuhrverbot beschlossen worden.
6. Am 22. April 1898 ist die Ausfuhr von Kohlen und Waffen durch Kongreßakte verboten worden.
7. Am Jahre 1905 hat Präsident Roosevelt auf Grund der eben erwähnten Akte eine Proklamation erlassen, die die Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach der Dominikanischen Republik verbietet.
8. Am 14. März 1912 hat der Kongreß ein Ausfuhrverbot auf Waffen usw. nach allen amerikanischen Staaten erlassen, wo der Ausbruch einer Revolution zu befürchten war. Am selben Tage hat Präsident Taft ein Ausfuhrverbot nach Mexiko erlassen.
9. Im Jahre 1913 hat Präsident Wilson ein Waffenausfuhrverbot gegen Mexiko erlassen.
10. Im Jahre 1898 hat die deutsche Regierung die Verschiffung von Waffen nach Spanien verhindert.
11. Seit Beginn dieses Krieges haben praktisch alle neutralen Staaten Europas Ausfuhrverbote für Waffen und Kriegsmunition erlassen.
12. Im Jahre 1853 hat das britische Parlament die Regierung ermächtigt, zu jeder Zeit ein Ausfuhrverbot auf Waffen und Munition zu erlassen.

Als im Jahre 1870 die deutsche Regierung um Inkraftsetzung dieser Akte ersuchte, antwortete Ihrer Majestät Erster Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten: „Es ist wahr, das Parlament hat uns ermächtigt, ein Ausfuhrverbot für Waffen und Munition zu erlassen... Es ist dies eine rein nationale, interne Angelegenheit. Wir können die Akte anwenden oder nicht, je nachdem es die Interessen unsres Landes erfordern.“

Wir sind daher der Ansicht, daß die Interessen unsres Landes im gegenwärtigen Augenblick es erfordern, dieses nach Herkommen gebilligte Recht bald und wirkungsvoll auszuüben. Denn andernfalls würden jene berühmten Worte unsrer eigenen Neutralitätsklärung hinfällig werden, die da sagen: „Wir müssen neutral sein der Sache und dem Namen nach und jede Handlung unterlassen, die einer der ringenden Parteien einen Vorteil über die andre bringen würde.“

Kriegskalender.

4. Juli: In Ostgalizien werden die Russen gegen die Flota Lipa zurückgeworfen; auch in der Gegend von Przemyślany und Gliniany ist der Feind im Rückzuge gegen Ost; in Russisch-Polen werden an mehreren Frontabschnitten heftige Gegenangriffe verstärkter russischer Kräfte abgewiesen; heiderseits Studziank wird der Feind geworfen; nach schwerem Kampfe sind den Russen die Höhen nördlich von Krasnik abgerungen. — Ein Angriff von vier italienischen Infanterie-Regimentern gegen das Plateau von Doberdo wird abgewehrt; in der Nordadria wird das italienische Torpedoboot „17 O S“ vernichtet. — In den Argonnen setzen die Deutschen ihre Angriffe erfolgreich fort; auf den Maashöhen greifen die Franzosen viermal vergeblich an, um ihre verlorenen Stellungen bei Les Eparges wieder zu gewinnen. — Auf Long Island wird auf den Milliarden Morgan ein Anschlag verübt.

5. Juli: Die verbündeten Truppen der Armee Einsingen erreichen auf ihrer ganzen Front die Flota Lipa; das Westufer ist von den Russen gesäubert; im Bugabschnitte Kämpfe gegen feindliche Nachhut; der Feind räumt nachts den Brückenkopf Krylow und brennt den Ort Krylow nieder; nördlich des Porbaches werfen die verbündeten Truppen den Feind aus seinen Stellungen und bringen bis Plonta vor; westlich anschließend durchbricht die Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand die russische Front heiderseits Krasnik. — Südlich von Polazzo wird ein Angriff zweier italienischer Divisionen abgeschlagen. — Ein englischer Angriff nördlich von Ypern und ein französischer Vorstoß auf Souchez werden blutig abgewiesen; heiderseits Croix de Carnes stürmen die Deutschen die feindliche Stellung in einer Breite von 1500 Meter. — Ein größerer Flugzeugangriff der Engländer gegen die deutschen Stützpunkte in der Deutschen Bucht wird vereitelt. — Vor Sedbil Bahr wird das französische Transportschiff „Carthage“ versenkt.

15. / VII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Eine unerwartete Antwort aus Frankreich. In dem Flugblatt der sozialdemokratischen Opposition, das den Parteivorstand aufforderte, den Burgfrieden aufzusagen und auf der ganzen Linie „den sozialistischen Kampf für den Frieden zu eröffnen“, ist behauptet worden:

Hervé und seine Anhänger sehen sich immer mehr einer Bewegung für einen baldigen Frieden ohne Annexionen gegenüber, die sie vergeblich aufzuhalten suchen.

Der französische Sozialist Gustave Hervé hat darauf in seiner „Guerre sociale“ vom 3. Juli ausführlich geantwortet. Es genügt, daraus zu erwähnen:

„Ich glaube, kein französischer Sozialist . . . ist geistig und moralisch so heruntergestimmt, um die Annäherung, die 500 große Kanonen des deutschen Sozialismus durch ihr letztes Manifest an uns versuchen, günstig aufzunehmen zu können . . . Die französischen Sozialisten müßten heufressende Viecher sein und Feiglinge, die Fußtritte auf den Hintern verdienen, wenn sie der Einladung ihrer Exbrüder und Freunde jenseits des Rheins entsprechen würden.“

Einen Frieden ohne Annexionen nennt Hervé einen Schandfrieden.

Kautsky und die Gewerkschaften. In der „Internationalen Korrespondenz“, einem Organ der freien Gewerkschaften, war neulich behauptet worden, Kautsky hätte in einer Sonderkonferenz des Mannheimer Parteitages von 1906 einen von ihm eingebrachten Antrag mit den bezeichnenden Worten begründet: „Das ist die Gelegenheit, um die Gewerkschaftsführer zu ducken“. Kautsky bestritt' darauf in einer Zuschrift an den „Vorwärts“, diese Worte gebraucht zu haben. Aber jetzt meldet sich ein Teilnehmer jener Konferenz, der Abg. Robert Schmidt, und erklärt, „daß die Aeußerung vom Genossen Kautsky gebraucht wurde, daran ändert nichts, daß er es jetzt bestreitet“.

Organisation und Sonderbestrebungen. Der sozialdemokratische Zentralvorstand für Groß-Berlin hat in einer Resolution u. a. erklärt:

Der Zentralvorstand verurteilt die Benutzung des Namens der Arbeiter-Bildungsschule oder anderer Parteieinrichtungen für Zusammenkünfte, die außerhalb der Organisation veranstaltet werden.

Die sozialdemokratischen Funktionäre des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises haben in ihrer letzten Kreiskonferenz als Antwort auf diese Kundgebung des Zentralvorstandes von Groß-Berlin folgenden Beschluß gefaßt:

Die Kreiskonferenz erklärt, daß sie jede Sonderorganisation verurteilt. Sie kann aber darin, daß einige Parteigenossen zusammenkommen, um sich über Maßnahmen innerhalb der Organisation zu besprechen und ihre Ansicht zur Geltung zu bringen, keine Sonderorganisation erblicken. Ebenso wenig kann von einer Sonderorganisation die Rede sein, wenn unter dem Belagerungszustand Genossen, welche mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite nicht einverstanden sind, ihre Meinung schriftlich oder mündlich den Parteigenossen zur Kenntnis bringen.

„Vorwärts“ und Reichstagsfraktion. Der Bezirkssekretär für den sozialdemokratischen Verband Nordwest, Waigand, teilt in der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“ einige Äußerungen mit, die der Reichstagsabg. Henke in einer vertraulichen Vorstandssitzung gemacht hat. Die „Bremer Bürgerzeitung“ antwortet darauf mit folgender für das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der „Vorwärts“-Redaktion bezeichnenden Mitteilung: „Genosse Waigand macht für sich offenbar eine Regel daraus, der Dessenlichkeit mitzuteilen, was in den Vorstandssitzungen gesagt worden ist. Wenn ihm der Vorstand dafür nicht auf die Finger klopft, so ist das ja zunächst dessen Sache; indes: als der Genosse Ströbel vom „Vorwärts“ kürzlich ein Gleiches in Sachen der Reichstagsfraktion tat, beschloß der Fraktionsvorstand, ihn künftig zu den Fraktionsitzungen nicht mehr zuzulassen.“

Die Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei hat eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: „Die Landesversammlung sieht sich genötigt, jener Gruppe von Genossen, die seit Kriegsausbruch die Haltung und die Maßnahmen der Partei herabsetzt und verdächtigt und planmäßig und mit nicht immer einwandfreien Mitteln zu durchkreuzen sucht, den ernsthaftesten Tadel auszusprechen. Die Landesversammlung erwartet daher von allen Genossen, daß sie diesen unheilvollen Treiben rücksichtslos entgegentreten.“

„Reuter, Havas, Wolff, Telegraphen-Korrespondenzbureau.“

Ein Beitrag zu den Lehren des Krieges.

In der nächsten Nummer der „Oesterreichischen Rundschau“ veröffentlicht unser Kollege Dr. Friedrich Leiter eine außerordentlich lesenswerte Studie, die sich als ein wertvoller Beitrag zu den Lehren des Krieges darstellt und zweifellos auch das große Publikum interessieren wird, das keinen Einblick in die Werkstatt der Journalistik besitzt. Der Verfasser beschäftigt sich mit den großen internationalen Nachrichtenagenturen, deren Wichtigkeit eben jetzt auch in den weitesten Kreisen erkannt wurde, und erörtert in überaus übersichtlicher Weise den gewaltigen Unterschied, der die staatlichen Bureaus von den privaten Unternehmungen desselben Genres trennt. Während die in Wahrheit offiziellen Agenturen im vorhinein sozusagen den Staatsiegel an der Stirne tragen und dafür eine Art staatliche Garantie für jede Nachricht mit sich bringen, sind die Privatagenturen, denen man irrtümlich offiziellen Charakter beimisst, Geschäftsunternehmungen ihrer Eigentümer, die auf diese Weise unter dem Scheine des spezifisch nationalen Charakters allen möglichen andern Interessen dienen können, wie während des jetzigen Weltkrieges das Reuterbureau und die Agence Havas.

Dr. Leiter bespricht zunächst die Anfänge und die Entwicklung der internationalen Nachrichtenagenturen, widmet sodann unserm I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau und seiner Einrichtung ein eigenes Kapitel und erörtert sodann den bereits angedeuteten großen Unterschied zwischen staatlichen und privaten Bureaus. Er beschäftigt sich weiter in einem besondern Abschnitt mit dem Nachrichten-Kartell und dem Verhalten der Agenturen während des Krieges, um sodann in einem interessanten Resümee die notwendige Reform des internationalen Nachrichtendienstes nach dem Kriege zu detaillieren. „Es muß“, führt er aus, „eine gerechte Verteilung des Einflusses und der Macht erreicht werden. Und da dies mit Reuter und Havas gewiß nicht möglich sein wird, muß die Parole lauten: „Ohne Reuter und Havas!“ Doktor Leiter verweist auf die Reformbestrebungen, die in Berlin in dieser Richtung im Vorjahr vor dem Kriegsausbruch unternommen wurden und bemerkt anknüpfend an die Bemühungen, das politische Bündnis zwischen der Monarchie und Deutschland durch ein Wirtschaftsbündnis zu festigen, daß sich auch ein engeres Zusammengehen zwischen dem deutschen Wolffbureau und dem österreichischen Telegraphen-Korrespondenzbureau als geboten und angemessen erweisen wird.

„Was namentlich den wirtschaftlichen und kommerziellen Dienst anlangt“, schreibt Dr. Leiter, „bietet sich bei uns die Institution, die in Berlin erst Projekt ist, als eine durchaus festgefügte und umfassende Organisation dar. Das Telegraphen-Korrespondenzbureau in Wien besteht aus einer „politischen“ und einer „kommerziellen“ Abteilung. Im staatlichen Charakter des Bureaus liegt es, daß es der Initiative entbehren und sich nur darauf beschränken muß, das ihm zugehende offizielle oder sonstige Berichterstattungsmaterial, letzteres nur unter besonders sorgfältiger Auswahl und Redigierung, gewissermaßen als Exekutiv- oder Expeditionsstelle, weiterzugeben, eine Aufgabe, die es vollumfänglich erfüllt. Ausschließliche Abgabestelle für andre Länder ist das Telegraphen-Korrespondenzbureau bisher auf Grund der Kartellverträge nur in engbegrenztem Umfange. Es ist deshalb auch nur wenig in der Lage, den österreichischen und österreichisch-ungarischen Interessen im Auslande entsprechend zu dienen. Dies gilt in noch höherem Grade von der „kommerziellen“ Abteilung. Die kommerzielle Abteilung des Telegraphen-Korrespondenzbureaus ist, insoweit Auslandsbeziehungen in Betracht kommen, in erster Linie Anlaufstelle für die ausländischen Effekten- und Warenurse, worunter auch die überseeischen, die ihr seit zur Gänze von Wolff in Berlin

zugehen. Wenn man indes wahrnimmt, in welchem Maße Reuter die englische Volkswirtschaft in ausländischen und überseeischen Gebieten zur Geltung gebracht, so drängt sich von selbst die Erkenntnis auf, daß auch bei uns noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Die Möglichkeit ist insofern erleichtert, als im Oesterreichischen Handelsmuseum in Wien eine Einrichtung herangezogen werden könnte, die bereits ein ausgebreitetes Netz erprobter Korrespondenten im Auslande besitzt, demgemäß über die geeignete Organisation und das Nachrichtenmaterial aus weiten Gebieten des Auslandes, ganz besonders aus dem Balkan, dem näheren und entfernteren Orient verfügt und zugleich auch die Verarbeitung unter dem Gesichtspunkte der Interessen der Monarchie schon jetzt durchführt. Es wäre nicht schwer, mit relativ geringen Mitteln zu bewerkstelligen, daß durch ein entsprechendes Zusammenarbeiten des Handelsmuseums einerseits mit den konsularischen und diplomatischen Vertretungen, andererseits mit dem Telegraphen-Korrespondenzbureau Vorkehrungen geschaffen werden, durchaus geeignet, den Wettbewerb mit den internationalen Nachrichtenagenturen im Interesse der wirtschaftlichen Produktion der Monarchie aufzunehmen. Gewiß eine wichtige Aufgabe für die Zeit nach dem Kriege, da man darangehen wird, die Schäden zu tilgen und aus den gewonnenen Erfahrungen Nutzen zu ziehen.

Als ein natürliches Bündnis würden sich auch für diesen Fall geeignete Vereinbarungen zwischen Wolff und dem Telegraphen-Korrespondenzbureau sowie dem ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureau ergeben. Die Abgrenzung der Interessensphären ließe sich sicherlich zweckentsprechend herstellen; ohne jede Uebervorteilung des einen Teiles auf Kosten des andern, wie dies in den Kartellverträgen mit Reuter u. zum Nachteile Deutschlands sowie zur Schädigung unsrer Interessen vor dem Kriege festgelegt war. „Was das Schwert errungen, sollen die Federn der Diplomaten nicht wieder verderben!“ eine schon seit Napoleon immer wieder zitierte Richtschnur; nunmehr ist diese Sentenz dahin abzuändern: „Was das Schwert errungen, sollen die Nachrichtenagenturen nicht verderben.“ Daraus folgt von selbst für uns das Gebot, daß die telegraphischen Nachrichtenagenturen in Berlin und Wien nicht aus fremden, uns gegnerischen Quellen gespeist werden dürfen, damit auf diese Weise vermieden werde, daß Berlin und Wien zur Verbreitung von Material beitragen, welches vom Feinde herrührt und irreparable Nachteile heraufbeschwört.

Man wird den Kampf gegen das Reutermonopol aufnehmen müssen unverzagt und ohne sich durch die nicht zu leugnenden Schwierigkeiten abschrecken zu lassen. Es wäre jedenfalls gefehlt, sich bloß auf die Kritik zu beschränken und sich über die Skrupellosigkeit von Reuter und Havas zu entrüsten. Statt dessen empfiehlt es sich vielmehr, den Wettbewerb aufzunehmen und mit den gleichen Mitteln nach der gleichen Macht zu streben. Die Behandlung des umständlichen Apparats der Nachrichtenbeschaffung und -verbreitung setzt eine besondere Kundigkeit voraus; eine Vertrautheit mit der Praxis und Erfahrung, die auch die Eignung verleiht, die unzähligen subtilen Imponderabilien, die gerade auf diesem Gebiete von großem Einflusse sind, zu berücksichtigen und richtig zu werten. Demgemäß wird volle Aufmerksamkeit auf eine verlässliche und tünlichst vollkommen funktionierende Konstruktion dieses unentbehrlichen Friedens- und Kriegsinstrumentes gewendet werden müssen. Vor allem aber: Keine Unterschätzung mehr des internationalen Zeitungs- und Nachrichtendienstes. An diesem Problem darf man fürderhin nicht lässig vorübergehen!“

Sozialdemokratische Auseinandersetzungen. Das Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die „Parteizerrüttung“ der Minderheit hat einen deutschen Genossen veranlaßt, in der radikalen „Berner Tagwacht“ eine blutige Verhöhnung des sozialdemokratischen Mehrheitsprinzips zu veröffentlichen. Ihr ungenannter Urheber belehrt den Parteivorstand, daß er aus der Geschichte und aus der Parteigeschichte „nichts, absolut gar nichts“ gelernt habe und beweist eingehend, wie Wahrheit, geschichtlicher Fortschritt, Zukunft meist bei der Sache von Minderheiten gewesen wären. Gleichzeitig erfährt der angebliche Verrat sozialdemokratischer Grundsätze und Ueberlieferungen durch die „offizielle“ Partei u. a. folgende Beleuchtung:

„Da wird Liebknecht in den Wandelgängen des Parlaments vor den Augen und Ohren der Gegner als „ehrgeiziger Narr“, „Komödiant“ usw., in den Fraktionsitzungen als Lump, Lummel, Hampelmann usw. beschimpft; da ist Ledebour ein „politischer Fackel“, Bernstein ein „politisches Kind, das nicht ernst genommen werden könne“. Da hat ein Reichstagsabgeordneter Rauch die zynische Roheit, von der Genossin Luxemburg zu sprechen als von „einem Frauenzimmer, das noch viel mehr verdient hätte als ein Jahr Gefängnis“. Da wird Borchardt von der Chemnitzerin öffentlich als Lump, von anderer Seite als gewissenloser Geschäftspolitiker hingestellt. Da eifert Heine gegen die „Quertreiber“ und denunziert der Polizei eine bekannte Genossin als Anstifterin einer polizeilich verfolgten Demonstration. Da schreit sich ein Pöus die Kehle heiser: Ausschluß aus der Partei, da übt in Stuttgart ein Keil sein unsagbar schmutziges Gewerbe. In welche Abgründe moralischer Strupellosigkeit und Verwilderung lassen allein diese Beispiele blicken. Und ihre Zahl wäre leicht auf eine Million zu bringen. Aller Unflat der Amtsblätter, seit 50 Jahren gegen die Partei geschleudert, schrumpft zu einem kleinen Häuflein zusammen, alle Leistungen des Reichverbandes verblaffen. Wie sie verdächtigt, verleumdet, gespuckt, man hat es ihnen glücklich abgequakt!“

Wie man sieht, befindet sich das Geblüt des Anwaltes der Minderheit in nicht geringer Wallung.

16./VIII. 1915

„Pamphletisten“.

Unter dieser Ueberschrift berichten sozialdemokratische Blätter in Württemberg, daß dort die aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschiedenen Anhänger der Westmeyer-Crispien-Liebnecht-Gruppe ein Flugblatt verbreiten, über dessen Inhalt die sozialdemokratische „Volksztg.“ in Göttingen sagt:

Die Antwort, die den Hegern durch den Parteivorstand, den Vorstand der Fraktion und durch den Genossen Scheidemann selbst zuteil wurde, scheint gelesen zu haben. Man versucht sie deshalb, unter dem Titel „Entschuldigungsgestammel der Entlaroten“ mit persönlichen Verunglimpfungen einer Anzahl führender Genossen zu verhöhnen. Von dem Genossen Südekum wird als einem „Petroleumreisenden“ gesprochen, der auf dem Balkan ein weiteres Kriegsfeuerchen habe anzünden wollen! Eine dreiste Lüge, die einer weiteren Widerlegung nicht bedarf. Man faselt von dem Parteivorstandsmitglied Genossen Braun, er habe in der Schweiz das Weißbuch der deutschen Regierung verbreitet, und spricht von sozialdemokratischen Abgeordneten, die bürgerlichen Blättern Mitteilungen über Sitzungen aus Fraktionsberatungen gemacht haben sollen. Denkt man dabei etwa an Kühle, der dem „Allgemeinen Anzeiger“ in Dresden solche Nachrichten tatsächlich übermittelte? Dann wird im Flugblatt gefragt, was dagegen geschehe. Nur gemächlich. Der Parteitag wird Abrechnung halten. Daß dabei die Heger gegen die Parteeinheit nicht zu kurz kommen, kann vorausgesetzt werden. Völlig ohne Scham sei, so ist der Endabsatz des Pamphlets überschrieben, Philipp Scheidemann. Wir würden den Genossen Scheidemann beleidigen und den biblischen Anwürfen, die in dem Schimpfblättchen gemacht wurden, zu viel Ehre antun, wollten wir darauf eingehen und das lügenhaft verleumderische Tun brandmarken.

10. VII. 1915

„Bothaland.“

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Frankfurt am Main, 15. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London:
Die englische Regierung beschloß, das Gebiet von
Deutsch-Südwestafrika „Bothaland“ zu
nennen.

Eine Rede Poincarés.

Anlässlich der Rouget de Lisle-Feier.
(Tel. des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbüreaus.)
Paris, 15. Juli. Die Ueberführung der
Asche Rouget de Lilles in den In-
validendom bildete den Anlaß einer großen

Rundgebung, der sich die Pariser Bevölkerung anschloß. An dem Zug, der vom Triumpfbogen Croix seinen Ausgang nahm, nahmen teil Präsident Poincaré, alle Deputierten und Senatoren, das diplomatische Korps und Abordnungen verschiedener Gesellschaften.

Der Sarg, der sich auf einer Artillerielafette befand, war von den Truppen der Pariser Garnison umgeben. Im Invalidendom hielt der Präsident eine Ansprache, worin er den Charakter unterstrich, der zwei große Seiten in der Geschichte Frankreichs einander näherte. Er pries die Marseillaise als jene unvergleichliche Hymne, deren Klänge in den Herzen der Nation übermenschliche Tugenden erwecken. Der Präsident erinnerte daran, daß die Umstände, unter denen Rouget de Lisle seine Hymne komponierte, den heutigen Umständen entsprechen. Die französische Demokratie, weit von jedem kriegerischem Geist entfernt, blieb den Herausforderungen gegenüber schweigsam und unbewegt, und bemühte sich, das europäische Konzert zu organisieren und zu erhalten.

Poincaré fuhr sodann fort: Nach Tanger, nach Agadir und nach den Balkankriegen hat Frankreich seinen Friedenswillen bestätigt, indem es in neue Unterhandlungen einwilligte, um zwischen Deutschland und sich die letzten latenten Gründe für Schwierigkeiten und Zusammenstöße zu erstriden. Am Tage, nach welchem das französisch-deutsche Abkommen geschlossen war, das die orientalischen Interessen regelte, und als Europa beruhigt schien, brachte ein unvorhergesehener Donnerschlag die Welt zum Erzittern.

Poincaré führte sodann in seiner Rede aus, wie Frankreich das Opfer eines brutalen, bis ins kleinste vorbedachten Angriffes geworden sei. Da man Frankreich gezwungen habe, das Schwert zu ziehen, habe es nicht das Recht, das Schwert in die Scheide zurückzustecken, bevor die Toten gerächt seien und der gemeinsame Sieg den Verblüdeten gestatten werde, die Ruinen wieder aufzubauen, Frankreich in seiner Gesamtheit neu zu schaffen und es wirksam gegen die periodische Wiederkehr solcher Provokationen zu schützen. Mit dem Willen zum Siege habe Frankreich auch die Gewißheit zu siegen. Die Feinde dürften sich nicht darüber täuschen. Nicht um einen unsicheren Frieden, nicht um einen unruhigen, flüchtigen Waffenstillstand zwischen einem abgekürzten Kriege und einem noch schrecklicheren Kriege zu unterzeichnen, nicht um kommenden neuen Angriffen und tödlichen Gefahren ausgesetzt zu bleiben, habe sich Frankreich bebend bei den mächtigen Klängen der Marseillaise erhoben. Der Endsieg werde der Preis für die moralische Kraft und Ausdauer sein.

Der Redner forderte weiter auf, alle Kraft und Energie auf ein einziges Ziel zu richten, nämlich den Krieg, so lange er auch dauern möge, bis zur endgültigen Niederlage des Feindes und bis zum Ende des Alpdrucks fortzusehen, den die deutsche Gucht nach Größe auf Europa lasten lasse. Der Präsident schloß seine Ansprache, indem er sagte: Schon erhebt der Tag des Ruhmes, den die Marseillaise feiert, den Horizont, schon bereicherte das Volk in einigen Monaten die Annalen Frankreichs um eine große Zahl wunderbarer Taten und epischer Geschehnisse. Jene wunderbaren Volkstugenden erhoben sich nicht umsonst an allen Stellen Frankreichs. Lassen wir sie ihr heiliges Werk beenden, sie bahnen dem Siege und der Gerechtigkeit den Weg!

Paris, 15. Juli. Präsident Poincaré führte in seiner Rede im Invalidendom noch

aus, wie Oesterreich-Ungarn trotz der Warnungen Italiens und trotz der Nachgiebigkeit Serbiens den Angriff auf Serbien ausführte. Die Geschichte werde bestätigen, daß Rußland und Frankreich alles taten, um den Frieden zu erhalten. Aber der militärische Imperialismus der Centralmächte wollte den Krieg. Die Nachwelt werde eines Tages mit Verblüffung erfahren, daß nach der brüskten Kriegserklärung an Rußland eines Tages der deutsche Botschafter vergeblich versuchte, sich von der Pariser Bevölkerung beleidigen zu lassen, und dann, ohne zu lachen, auf dem französischen Ministerium des Aeußern die von den Bureaug in der Wilhelmstraße ausgeheckte Fabel als Casus belli vorlegte, ein französischer Flieger habe, ohne dabei von jemand gesehen worden zu sein, was wohl seinen Grund habe, Bomben auf Nürnberg geworfen. Die rächende Geschichte werde auch alle weiteren schmachvollen Handlungen erzählen: Jene feigen Vorschläge an England, die Verletzung der Neutralität Belgiens, die Mißachtung aller Verträge, die Terrorisierung der Bevölkerung der besetzten Gebiete durch die barbarischsten Mittel und die barbarische, unmenschliche Kriegsführung. Jeder Franzose könne ruhigen Gewissens behaupten, nichts vernachlässigt zu haben, damit der Friede erhalten bleibe. Frankreich sei das unschuldige Opfer der brutalsten, bis ins kleinste vorbedachten Angriffe geworden.

An einer späteren Stelle seiner Rede führte Präsident Poincaré aus: Es gibt nicht einen einzigen unsrer Soldaten, nicht einen Bürger und nicht eine Frau in Frankreich, die es nicht klar verstehen, daß die ganze Zukunft unsrer Rasse, nicht nur ihre Ehre, sondern die Existenz von den schweren Minuten dieses Krieges abhängen.

16. VII. 1915

Lensch und Hué gegen Ströbel.

Vor kurzem hat der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Lensch in der Chemnitzer „Volksstimme“ versichert, daß der „Vorwärts“-Redakteur und Landtagsabgeordnete Ströbel die deutsche sozialdemokratische Parteileitung bedrängte, sie möge ihren Einfluß bei der Regierung dahin geltend machen, daß Oesterreich-Ungarn der italienischen Revolverpolitik soweit Rechnung trage, daß alle italienischen Forderungen auf Landabtretungen erfüllt würden. Ströbels Fraktionskollege, Landtagsabg. Hué, erklärt nunmehr in dem sozialdemokratischen Blatt in Bochum, daß er über diese Angaben so verblüfft gewesen sei, daß er ihnen anfänglich nicht Glauben geschenkt habe. Um so größer sei seine Ueberraschung gewesen, daß Ströbel im „Vorwärts“ in der Hauptsache zugebe, so gehandelt zu haben, wie ihm Lensch vorwirft. Hué kommt zu folgender Frage:

Warum hat Ströbel der Landtagsfraktion, als sie in ihrer letzten sehr ausgedehnten Sitzung auch die Annexionspolitik ausführlich erörterte, nichts von seinem merkwürdigen Schreiben an den sozialdemokratischen Parteivorstand mitgeteilt? Kein Sterbenswörtchen hat er uns, obgleich das Thema: Annexionspolitik nach allen Seiten hin erörtert worden ist, von seiner Bemühung, den Parteivorstand für die österreichisch-italienische „Grenzberichtigung“ zu interessieren, gesagt! Was das besagen will, wird erst vollkommen verständlich, damit auch meine Verblüffung über den Artikel von Lensch, wenn ich, soweit dies heute schon möglich ist, angebe, wie sich innerhalb der Landtagsfraktion die Annexionsdebatte gestaltete. Ströbel nämlich, der nun selbst zugibt (gemäß seiner spätestens wohl im Mai abgesetzten Eingabe an den Parteivorstand), „unter gewissen Umständen“ bedeutende politische Landartenänderungen, ohne Rücksicht auf die Stimmung der fraglichen Bevölkerung zu befürworten. Derselbe Ströbel hat sich im Juni in der Landtagsfraktion mit aller Schärfe gegen jede Annexion, namentlich, wenn sie gegen den Willen der betreffenden Bevölkerung vor sich gehen solle, ausgesprochen! Mehr noch! Einige Fraktionskollegen meinten, wenn man auch solchen Annexionen, da sie den Keim zu künftigen Kriegen legten, widersprechen müsse, so sei doch gegen eine „wirtschaftliche Angliederung“ durch eine Zollunion (wie die Deutschlands mit Luxemburg), die sich vielleicht auf Verabredungen auf militärischem und maritimem Gebiete zwecks besserer Grenz- und Uebersee-Handelsicherheit stütze, prinzipiell kaum etwas einzuwenden. Selbst gegen diese, wie er meinte, „verkappte Annexionspolitik“ sprach sich Ströbel mit aller Schärfe aus, denn diese sogenannte „wirtschaftliche Angliederung“ könne unter bewandten Umständen nur durch den Druck der Waffengewalt herbeigeführt werden. Mit Rücksicht auf diese Erörterung ging Ströbel mit seinen Freunden sogar eine fraktionsoffizielle Erklärung „gegen alle Annexionen“ nicht weit genug, weil „man“ dabei doch an „Angliederungen“ denken könne. . . . Aber der gestrenge Kato-Ströbel teilte uns nicht offen und ehrlich mit, daß gerade er selbst kurz vorher sich für die Befürworter einer bedeutenden „Grenzberichtigung“ ins Zeug gelegt hatte! Ich glaube die Pflicht zu haben, nunmehr Ströbel öffentlich zu fragen: Warum haben Sie der Landtagsfraktion von Ihrer Eingabe an den Parteivorstand keine Mitteilung gemacht?

Nachdem Dr. Lensch Ströbels Annexionspolitik mit doppeltem Boden hervorgehoben hatte, hat Abg. Ströbel im „Vorwärts“ geantwortet, daß er in der Annexion fremdsprachiger Völker „einen höchst vernünftigen politischen Akt“ (!) erblicke, wenn sich dadurch Leben und Gesundheit von Hunderttausenden (wenn nicht viel mehr noch) ersparen lasse. Dr. Lensch erwidert darauf jetzt in der Chemnitzer „Volksstimme“:

Sicherlich kann man auf diesem Standpunkte stehen, nur ist man dann kein berufener Borkämpfer für das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker, und vollends hat man jede moralische Möglichkeit, alle Annexionen unbedingt und in jeder Gestalt zu bekämpfen, wie Ströbel in aller Naivität nach wie vor tut, endgültig preisgegeben.

Der „Vorwärts“ hat den Abdruck der Antwort von Dr. Lensch abgelehnt, wenn nicht zuvor die Entgegnung von Ströbel in der Chemnitzer „Volksstimme“ veröffentlicht werde. Die „Volksstimme“ verweigert aber den Abdruck der Erklärung von Ströbel, und zwar mit der Begründung:

Der größte Teil des Ströbelschen Artikels enthält Anrempelungen des Genossen Lensch, die mit der Streitfrage nicht im Zusammenhang stehen. Allenfalls mußte man beim Lesen derselben sich fragen, wie ausgerechnet Ströbel den Mut dazu fand, sich zu entrüsten, nachdem ihm kürzlich erst eine förmlich moralische Abschlächtung zuteil wurde, die nicht geringe Beachtung erfahren wird, wenn sie bekannt gegeben werden sollte.

Verluste der feindlichen Kriegslotten.

Seeben ist, herausgegeben von Kapitänleutnant Weyer, in J. F. Lehmanns Verlag in München der Jahrgang 1915 des „Taschenbuchs der Kriegslotten“ erschienen. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Flotte sind darin nach dem Stande vor dem Kriegsausbruch aufgenommen worden. Besonders bemerkenswert ist eine Liste, in der die bis Ende Mai bekanntgewordenen Kriegsschiffsverluste von England, Frankreich, Japan, Rußland und Italien unter Angabe von Zeit, Ort und Art des Verlustes aufgeführt sind, sowie ein Verzeichnis der nach den vorliegenden Nachrichten in England, Frankreich und Italien für Kriegszwecke eingestellten Dampfer der Handelsmarine.

Für Zwecke der englischen Marine wurden seit Kriegsbeginn als Hilfskreuzer zum Handelschutz und zum Truppentransport 88 Dampfer eingestellt, für sonstige Kriegszwecke 24 Dampfer. Außerdem werden weit über tausend kleinere Fahrzeuge für Zwecke der englischen Kriegsmarine verwendet. Für Zwecke der französischen Kriegsmarine sind, soweit bekannt, 13 Handelsschiffe in Dienst gestellt worden. In Italien wurden Ende Mai als Hilfskreuzer und Hilfschiffe etwa 30 Dampfer in die Kriegslotte eingestellt.

Ueber die Schiffsverluste der Feinde bis Ende Mai gibt das „Taschenbuch der Kriegslotten“ folgende Uebersicht:

England hat verloren: 9 Linienschiffe, 7 Panzerkreuzer, 5 geschützte Kreuzer, 1 Kanonenboot, mindestens 6 Torpedobootszerstörer, 1 Torpedoboot, 10 Unterseeboote, 1 Minensuchkanonenboot, 1 Minensuchdampfer, 1 Schulhull, 5 Hilfskreuzer, 1 Hospitalsschiff.

Die französische Kriegslotte hat verloren: 2 Linienschiffe, 2 Panzerkreuzer, 1 Kanonenboot, 2 Torpedobootszerstörer, 6 Torpedoboote, 2 Unterseeboote, 1 Minensucher.

Die japanische Flotte hat eingebüßt: 1 Panzerkreuzer, 1 geschützten Kreuzer, 1 Torpedobootszerstörer, 1 Torpedoboot, 1 Minensucher.

Die russische Flotte hat verloren: 1 Linienschiff, 1 Panzerkreuzer, 1 geschützten Kreuzer, 1 Torpedobootszerstörer, 1 Kanonenboot, 1 Minenleger.

Als Verlust der italienischen Flotte endlich wird aufgeführt: 1 Torpedobootszerstörer, „Turbine“, der am 24. Mai bei Barleta durch ein österreichisches Schiff zum Sinken gebracht wurde. — Die Verluste im einzelnen verteilen sich folgendermaßen:

England:

Die englische Flotte hat eingebüßt, wobei in Klammern angefügt sind die Tonnenzahl, das Datum und der Ort des Untergangs:

9 Linienschiffe:

„Audacious“ (23 400 — 27. 10. — Irische See), „Bulwark“ (15 250 — 26. 11. — Sheerneck), „Formidable“ (15 250 — 1. 1. — Kanal), „Irresistible“ (15 250 — 18. 3. — Dardanellen), „Decean“ (13 150 — 18. 3. — Dardanellen), „Superb“ (19 000 — 7. 4. — Bergen), „Goliath“ (13 150 — 13. 5. — Dardanellen), „Triumph“ (12 000 — 25. 5. — Golf von Saros), „Majestic“ (15 150 — 27. 5. — Sebdi-ül-Bahr).

7 Panzerkreuzer:

„Hogue“, „Aboukir“ und „Cressy“ (je 12 000 — 22. 9. — Kanal), „Monmouth“ (9 950 — 1. 11. — Coronel), „Goodhope“ (14 300 — 1. 11. Coronel), „Tiger“ (28 500 — 24. 1. — Doggerbank), „Warrior“ (13 750 — 7. 4. — Bergen).

5 geschützte Kreuzer:

„Amphion“ (3500 — 6. 8. — Themsemündung), „Pathfinder“ (3000 — 5. 9. — Nordsee), „Pegasus“ (2200 — 19. 9. — Sansibar), „Hawke“ (7450 — 15. 10. — Nordsee), „Hermes“ (5700 — 31. 10. — Kanal).

1 Kanonenboot:

„Riger“ (820 — 11. 11. — Dover).

Mehr als sechs Torpedobootszerstörer: „Recruit“ (1. 5. Galloper Feuer Schiff), „Maori“ (7. 5. — Seebrügge).

Außerdem zwei Fahrzeuge im Sturm (27. 12. und 6. 2.), zwei Fahrzeuge in den Dardanellen sowie eine unbekannt Zahl von Fahrzeugen im Gefecht bei Helgoland (28. 8.), bei den Vorstößen gegen die englische Küste am 2. 11. und 16. 12. sowie im Gefecht bei der Doggerbank (24. 1.).

10 Unterseeboote:

„A E 1“ (14. 9. — Australien), „E 3“ (18. 10. — Nordsee), „D 5“ (3. 9. — Nordsee), „E 15“ (16. 4. — Dardanellen), ein Fahrzeug unbekannt Namens (17. 4. — Nordsee), „A E 2“ (Ende April — Dardanellen), zwei Unterseeboote unbekannt Namens (2. 5. — Dardanellen, und 3. 5. — Nordsee), „B 11“ und „E 2“ (Ort und Tag des Untergangs unbekannt).

5 Hilfskreuzer:

„Oceanic“ (17 300 — 9. 9. — Schottland), „Viknor“ (1950 — 14. 1. — Irland), „Clan Mac Naughton“ (4985 — seit 3. 2. vermisst), „Bayano“ (5950 — 13. 3. — Irische See), „Prinzeß Irene“ (6000 — 27. 5. — Sheerneck).

Eine große Zahl von im Minensuchdienst in der Nordsee und den Dardanellen verwendeten Fischdampfern ist durch Auslaufen auf Minen und Geschützfeuer verloren gegangen.

Frankreich:

2 Linienschiffe:

„Bouvet“ (12 000 — 18. 3. — Dardanellen). Außerdem „Gaulois“ (11 300 — 18. 3. — Dardanellen sehr schwer beschädigt, so daß er nicht mehr zu rechnen ist).

2 Panzerkreuzer:

„Montcalm“ (9 500 — Ende 1914 — wahrscheinlich gestrandet), „Leon Gambetta“ (12 600 — 26. 4. — Otrondo).

1 Kanonenboot:

„Zéléé“ (22. 9. — Haiti).

2 Torpedobootszerstörer:

„Mousquet“ (28. 10. — Pulo Penang), „Dague“ (24. 2. — Antivari).

3 Torpedoboote:

Nr. 338 und 347 (9. 10. — Toulon), Nr. 219 (Ende Januar — Rieuport).

2 Unterseeboote:

„Curie“ und „Saphir“ (23. 12. — Pola, bzw. 15. 1. — Dardanellen).

Japan:

1 Panzerkreuzer:

„Asama“ (10 000 — 3. 12. — gestrandet in der Turtle Bay).

1 geschützten Kreuzer:

„Tatschiō“ (3700 — 17. 10. — Kiantschou); Torpedobootszerstörer „Schirotaje“ (4. 9. — Kiantschou); 1 Torpedoboot und einen Minensucher bei Kiantschou.

Rußland:

1 Linienschiff:

„Panteleimon“ (12 800 — 22. 5. — Schwarzes Meer). Der Verlust wird von der russischen Admiralität bestritten.

1 Panzerkreuzer:

„Pallada“ (8 000 — 11. 10. — Finnischer Meerbusen).

1 geschützten Kreuzer:

„Schemtschug“ (3 180 — 28. 10. — Pulo Penang); das Kanonenboot „Donez“ (29. 10. — Odessa), den Minenleger „Prut“ (29. 10. — Schwarzes Meer) und einen Torpedobootszerstörer (Oktober — Ostsee).

Der Gewerkschaftsführer Legien über die Quertreiber.

← Frankfurt, 17. Juli. (Telegr.) Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, äußerte sich im Rahmen einer Rede, die er im Saal des Zoologischen Gartens hielt, auch über den Streit in der Sozialdemokratie. Er betonte dabei vorweg, daß er als Sekretär der internationalen Gewerkschaftsorganisation wohl gegen den Vorwurf gefeit sei, chauvinistisch angekränkt zu sein. Er müsse sich aber dennoch gegen den kleinen Teil deutscher Sozialdemokraten wenden, der ein einheitliches Vorgehen der Partei außerordentlich erschwere und der hauptsächlich aus Leuten bestehe, die ihren Leib rechtzeitig in der Schweiz in Sicherheit gebracht hätten. Für das Deutsche Reich sei es doch wirklich nicht gleichgültig, ob es in Zukunft als Grenze den Rhein im Westen und die Weichsel im Osten habe. Von einem ungünstigen Ausgang des Krieges würde die Arbeiterschaft in Deutschland am stärksten betroffen, da sie sich eine Arbeiterkultur geschaffen habe, wie man sie in keinem andern Lande finden könne. Deshalb müsse die deutsche Sozialdemokratie wie vor dem Krieg so auch künftig wieder die eigentliche Trägerin der ganzen internationalen Arbeiterbewegung sein. Das Klassenbewußtsein habe die Sozialdemokratie nicht preisgegeben, weil sie vaterländisch gesinnt sei und weil sie Kriegstredite bewilligt habe, die übrigens bereits vorher von den französischen Sozialisten angenommen worden seien. Gewiß wäre es ein Verbrechen, wenn die Sozialdemokratie nicht mithelfen wollte, den Frieden so bald als möglich herbeizuführen, aber das könnte sie nicht gegen den Willen der Feinde Deutschlands, die trotz aller Ausichtslosigkeit ihrer Lage und der Unmöglichkeit, Deutschland militärisch oder wirtschaftlich niederzuzwingen, auf nichts eingehen wollten. Schließlich sei es falsch, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteileitung vorzuwerfen, sie treibe nur eine Eingabepolitik, sie schwämme ganz im Fahrwasser der Regierung usw. Beide hätten im Gegenteil alles getan, um die geeigneten kriegssozialistischen Maßnahmen innerhalb der bürgerlichen Staatsordnung herbeizuführen. Das sei freilich nicht so einfach. Die Opposition aber, die in der Schweiz ihren Sitz habe, biete dem Volk Steine statt Brot.

Aus der Sozialdemokratie.

Ein neues sozialdemokratisches Flugblatt gegen die Parteileitung. Die Chemnitzer „Volkstimme“ teilt mit, daß in Berlin am Freitag, den 9. Juli, in ganz systematischer Weise von der organisierten Parteiopposition ein Flugblatt verbreitet worden ist, das mit den schärfsten Waffen gegen die Beschlüsse der Parteinstanzen, Reichstagsfraktion und Parteivorstand vorgeht. Das Flugblatt wiederholt in ganz zusammenfassender Weise all den „Phrasenschwall“, der in der „Berliner Tagwacht“, in der Rundgebung der „Parteirotablen“ und in dem bekannten Pronunziamento über die strittige Frage gesagt worden ist. U. a. heißt es in dem Flugblatt:

„Wir denken gar nicht daran, die Partei zu verlassen oder sie zu spalten . . . Wir wollen drin bleiben und nach Kräften arbeiten, der Partei den sozialdemokratischen Charakter zu wahren. Wir wollen dafür sorgen, daß die Reden der Sozialdemokratie wieder im Einklang stehen mit ihren Taten und die Taten mit ihren Reden . . . Darum Genossinnen und Genossen, eure verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, die gelichteten Reihen zu schließen, das Parteileben nicht einschläfern zu lassen. Versäumt keine Parteiveranstaltung. Fehlt bei keiner Parteiarbeit, übernehmt alle verwaigten Posten! Und vor allen Dingen: Erscheint an jedem Jahlabend. Tu jeder seine Pflicht im Sinne unserer sozialdemokratischen Grundsätze.“

Angeichts dieses Flugblatts wirft die Chemnitzer „Volkstimme“ die Frage auf:

Darf ein Parteigenosse gleichzeitig Mitglied einer Sonderorganisation sein, die mit den insamsten Beschimpfungen gegen die Beschlüsse der Parteinstanzen systematisch agitiert? Der einzelne Parteigenosse mag das Recht haben, innerhalb der Organisation ohne Rücksicht auf die Folgen die Parteibeschlüsse zu kritisieren, aber es ist unmöglich, die Parteieinheit aufrechtzuerhalten, wenn die Minderheit resp. der mit den Beschlüssen der Parteinstanzen zufriedene Teil der Partei Sonderorganisationen bildet und das, was die Aufgabe der Partei ist, die Klärung der Ansichten herbeizuführen, innerhalb dieser Sonderorganisation vorwegnimmt. Was gedenkt das sozialdemokratische Groß-Berlin gegen diese skandalösen Umtriebe zu tun?

Reichstagsabg. Regien über den Parteistreit. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Regien, sprach gestern abend im Zoologischen Garten zu Frankfurt a. M. in einem Vortrag über die Verteuerung der Lebensmittel während des Krieges, auch auf die Wirren in der sozialdemokratischen Partei kam er zu sprechen. Er sagte, wie uns aus Frankfurt gedrahtet wird: Ein kleiner Teil solcher Leute, die rechtzeitig ihren Leib in der Schweiz in Sicherheit gebracht haben, wollen uns von dort aus vorschreiben, wie wir hier in Deutschland unsere Politik einrichten sollen. Ich bin als Sekretär der internationalen Gewerkschaftsorganisation sicherlich nicht chauvinistisch angekränkt, aber wenn dieser Krieg für uns ungünstig ausgeht, dann werden wir am stärksten getroffen, denn wir haben uns in Deutschland eine Arbeiterkultur geschaffen, wie sie in keinem anderen Lande zu finden ist. Aber nicht allein unsere Arbeiterkultur steht auf dem Spiele. Es ist auch sonst nicht gleichgültig, ob das Deutsche Reich in Zukunft als Grenze den Rhein im Westen und die Weichsel im Osten hat. Wir haben das sozialdemokratische Klassenbewußtsein nicht preisgegeben. Aber wir sind auch vaterländisch gesinnt in dem Sinne, daß wir eine Höchstleistung der kulturellen Entwicklung unserer Volksgemeinschaft erstreben. Leider lehnt es

die Sozialdemokratie im Auslande ab, mit uns zur Herbeiführung des Friedens zusammenzuarbeiten, ehe Deutschland niedergeworfen ist.

Eine Erklärung des internationalen sozialistischen Büros. Im Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie „Het Volk“ veröffentlicht das Internationale sozialistische Büro, das gegenwärtig bekanntlich seinen Sitz im Haag hat, eine Erklärung, die sich gegen eine Stelle des vom deutschen Parteivorstande am 23. Juni verfaßten Manifestes „Sozialdemokratie und Frieden“ richtet. Aus diesem Manifest, sagt die Erklärung, könne man den Schluß ziehen, als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe, an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des I. S. B. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine Gesamtsitzung mit der Tagesordnung „Einleitung einer Friedensaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr! Die in Belgien verbliebenen Mitglieder des allgemeinen belgischen Parteivorstandes hätten, trotzdem zurzeit in Belgien keinerlei politische Zusammenkunft möglich sei, und somit eine Befragung der Parteigenossen undurchführbar war, nicht nur ihre Einverständnis mit einer solchen Sitzung des Büros erklärt, sondern auch ganz bestimmte, dahingehende Anfragen nach dem Haag gerichtet. Die „Berliner Tagwacht“ bemerkt dazu: Diese Erklärung richtet sich somit nicht nur gegen den deutschen Parteivorstand, sondern auch gegen den Genossen Banderwede, der erklärt hat, daß, so lange auch nur ein deutscher Soldat auf belgischem und französischem Boden stehe, von einer Friedensaktion keine Rede sein kann.“

187/III. 1915

Ein Vorschlag Frankreichs zur Verhinderung der Zufuhren nach Deutschland.

London, 16. Juli.

In der „Daily Mail“ schreibt Edward Price: Der französische Nationalökonom Edmond Thery, der mit wichtigen Arbeiten im Kriegsministerium betraut ist, teilt mit: Frankreich hat den Vorschlag gemacht, eine dauernde internationale Kommission ins Leben zu rufen, in welche alle Verbündeten Delegierte zu entsenden hätten. Zweck der Kommission ist die Verhinderung der Zufuhr aller Erzeugnisse, die Deutschland zur Fortsetzung des Krieges nötig hat. Thery glaubt, daß dadurch der Krieg abgetürzt werden kann.

Vor kurzem hat die französische Regierung den Verbündeten vorgeschlagen, die diesjährige rumänische Getreideernte auszukaufen. Es ging aber über den Verhandlungen viel Zeit verloren und Deutschland kam ihnen zuvor.

Was die Baumwolle betrifft, so kann die französische Regierung ohne Zustimmung Englands nicht handeln, wie sie will. Die Politik, die nach Therys Meinung eingehalten werden müßte, wäre die, den Durchschnitt der Baumwollzufuhr der neutralen Länder während der letzten drei Jahre zu nehmen und die dauernde Zufuhr dieser Menge zuzugestehen, was darüber aber hinausgeht, nicht zuzulassen.

Dann ist die Frage der Zufuhr von Pflanzenölen, Fetten und Deltsaaten, die für die Erzeugung von Explosivstoffen Bedeutung haben, zu erwägen.

Im Anfang des Monats Juni wurde der Plan dieser Aktion in den Hauptzügen der britischen Regierung und den anderen verbündeten Mächten mitgeteilt. Die britische Regierung antwortete aber noch nicht, obwohl von Rußland und Italien bereits günstige Antworten vorliegen. Der Plan entstand auf folgende Weise: Ehe sich Italien am Kriege beteiligte, war es eine Haupteinfuhrquelle für Deutschland. Die Güter wurden dorthin über die Schweiz geschickt. Als Italien dem Dreiverband beitrug, entstand die Frage, wie der Handel mit der Schweiz zu gestalten sei. Italien bestand auf einer Zusammenkunft von Abgeordneten der Bundesgenossen in Paris, um die Frage zu erwägen. Die Konferenz kam auch Anfang Juni zusammen. Die Beratungen wurden im Ministerium des Aeußern abgehalten, wobei die Frage des italienischen Handels mit der Schweiz geregelt wurde. Die französische Regierung schlug aus diesem Anlasse vor, die erwähnte ständige Konferenz ins Leben zu rufen, die in Paris bis zum Ende des Krieges tagen und alle Handelsfragen regeln soll.

Der französische Botschafter in London, Cambon, meldete, daß die Angelegenheit noch von der britischen Regierung erwogen würde.

Nach der Meinung Therys würde eine solche dauernde Körperschaft eine Unmasse Schreibereien ersparen und Englands Stellung in allen Verhandlungen, die vielleicht mit den Vereinigten Staaten über die Regelung der Baumwollzufuhr nach den neutralen Ländern geführt werden, stärken.

Die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen im Jahre 1912.

Beharrliche Ablehnung eines Neutralitätsvertrages durch Sir Edward Grey.

Berlin, 17. Juli.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Nach hier vorliegenden Meldungen der englischen Presse hielt Lord Haldane am 15. Juli im national-liberalen Klub eine Rede, in der er unter anderem als ehemaliger Kriegsminister die Gesichtspunkte darlegte, von denen sich das englische Reichsverteidigungskomitee bei seinen Maßnahmen für die Verteidigung des Reiches habe leiten lassen. Angesichts der vom Reichsverteidigungskomitee geübten Kritik und der vielfachen Klagen der Verbündeten, daß England im gegenwärtigen Kriege zu wenig leiste, fühlte Lord Haldane das Bedürfnis, sich zu rechtfertigen und darauf hinzuweisen, daß er als sein Verdienst in Anspruch nehmen könne, England für den Krieg mit Deutschland unauffällig vorbereitet zu haben. Lord Haldane fühlte das Bedürfnis, diese seine Tätigkeit mit Gefühlen für Deutschland in Einklang zu bringen, die er früher des öfteren nach außen hin bekundete, indem er behauptete, in die geheimen Ziele der in Deutschland nach seinen Beobachtungen bestehenden Kriegspartei eingeweiht gewesen zu sein. Lord Haldane will bestrebt gewesen sein, die friedlich gesinnten Bestandteile des deutschen Volkes von dem Einfluß dieser Kriegspartei und der von ihr genährten Vorstellung, als drohe Deutschland ein Ueberfall durch England im Verein mit Frankreich und Rußland, freizumachen. Deshalb habe er freundliche Reden für Deutschland gehalten. Er habe aber sein Ziel nicht erreicht, sondern die Kriegspartei habe das Feld behauptet. Als der Krieg ausgebrochen war, habe er daher nicht an Frankreich oder Belgien gedacht, sondern ohne Zögern der Kriegserklärung Englands an Deutschland das Wort geredet, da es ihm nicht zweifelhaft gewesen sei, daß es sich um Englands eigene Existenz handle.

Es erübrigt sich, auf das einzugehen, was Lord Haldane über die deutsche Kriegspartei und deren geheime Ziele sagte. An diese Annemmärchen glaubt selbst in England wohl niemand mehr.

Angesichts der sich immer wiederholenden Versuche der englischen Minister, die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg, die sie durch ihre auf die Einkreisung Deutschlands gerichtete Entente politik auf sich luden, von sich auf Deutschland abzuwälzen, sehen wir uns aber zu folgenden Feststellungen bezüglich der deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen des Jahres 1912 veranlaßt, an denen gerade Lord Haldane in hervorragendem Maße beteiligt war.

Die deutsche Regierung war bei diesen Verhandlungen bemüht, mit England zu einer den allgemeinen Frieden sichernden Verständigung auf Grund eines kriegsrische Konflikte zwischen beiden Mächten ausschließenden gegenseitigen Schutzabkommens zu gelangen. Als geeigneteste Grundlage hierfür erschien der Abschluß eines gegenseitigen Neutralitätsvertrages. Die von deutscher Seite dafür zuerst vorgeschlagene Formulierung hatte folgenden Wortlaut:

„Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, so wird der andere Vertragschließende dem in Krieg verwickelten Vertragschließenden gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung des Konfliktes bemüht sein.“

England lehnte diesen Vorschlag als zu weitgehend ab und machte folgenden Gegenvorschlag:

„England wird keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten. Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrag enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zurzeit angehört, und England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt.“

Dieser Vorschlag war für Deutschland unannehmbar. Abgesehen von der Dehnbarkeit des Begriffes „unprovokierter Angriff“ konnte lediglich das Versprechen, über den anderen Vertragschließenden nicht grundlos herzufallen und keine aggressive Politik gegen ihn treiben zu wollen, unmöglich die Grundlage zu einem besonderen Freundschaftsvertrag bilden. Die in dem englischen Vorschlag enthaltenen Zusicherungen sind Selbstverständlichkeiten in den gegenseitigen Beziehungen zwischener Staaten. Den von England geäußerten Bedenken gegen den deutschen Vorschlag suchte die kaiserliche Regierung dadurch entgegenzukommen, daß sie nunmehr folgende Formulierung vorschlug:

„Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, bei welchem man nicht sagen kann, daß er der Angreifer war, so wird ihm gegenüber der andere zum mindesten eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konfliktes bemüht sein. Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, sich gegenseitig über ihre Haltung zu verständigen, falls einer von ihnen durch eine offenkundige Provokation eines Dritten zu einer Kriegserklärung gezwungen sein sollte.“

Auch diesen Vorschlag lehnte Sir Edward Grey ab, beschränkte sich vielmehr darauf, den ersten Absatz seines früheren Vorschlages in folgender, inhaltlich jedoch bedeutungsloser Form abzuändern:

„Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland machen und sich an einem solchen auch nicht beteiligen wird. Auch wird es sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten.“

Um im Interesse des europäischen und des Weltfriedens ein äußerstes Entgegenkommen zu beweisen, ist die

kaiserliche Regierung in die Diskussion auch dieses Vorschlages eingetreten, machte aber die weiteren Verhandlungen von der Ergänzung durch folgenden Zusatz abhängig:

„England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden.“

Sir Edward Grey lehnte es ab, über die auf Grund eines Beschlusses des englischen Kabinetts angebotene Formel hinauszuweichen. Er begründete seine Ablehnung mit der Besorgnis, andernfalls die bestehenden Freundschaften Englands mit den anderen Mächten zu gefährden. Hierauf verzichtete Deutschland auf die Fortführung der Verhandlungen.

Die vorstehenden Mitteilungen erweisen, wie konsequent und entschieden England gerade dasjenige abgelehnt hat, worauf es praktisch ankam, das Neutralitätsversprechen, das heißt die Gewißheit für Deutschland, von England weder direkt noch in einem ihm von dritter Seite angezwungenen Kriege angegriffen zu werden. Nur auf dieser in der Gegenseitigkeit verbürgten Gewißheit konnte sich dasjenige Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und England aufbauen, das Europa und der Welt den Frieden gesichert haben würde. England hat in die Hand nicht eingeschlagen, die ihm Deutschland entgegenstreckte, weil ihm die Aufrechterhaltung seiner Freundschaften mit Frankreich und Rußland, die Aufrechterhaltung des sogenannten Gleichgewichtes der Kräfte, das ihm die Niederhaltung Deutschlands ermöglichen sollte, mehr am Herzen lag als die Erhaltung des Friedens.

Wie die vorstehend wiedergegebenen Formeln erweisen, hat Deutschland nicht auf dem Versprechen absoluter, bedingungsloser Neutralität bestanden, wie das von englischer Seite häufig behauptet worden ist, und wie das fälschlicherweise auch Herr Asquith in einer nach dem Kriegsausbruch gehaltenen Rede erklärt hat. Gerade weil der Gedanke an einen Angriffskrieg gegen irgendwelche Macht Deutschland jederzeit ferngelegen hat, konnte es sich mit der Zusage der englischen Neutralität für den Fall begnügen, daß ihm ein Krieg aufgezwungen würde.

Die Beteiligung Englands an dem gegenwärtigen Kriege, den die Kriegspartei in Rußland im Vertrauen auf die Unterstützung Englands provoziert hat, erweist, wie gut die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik beraten waren, als sie die Angebote Sir Edward Greys als ungenügend zurückwiesen und wie richtig sie die englische Politik einschätzten. Schon im November desselben Jahres erfolgte der bekannte Notenwechsel zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter, Herrn Cambon, der den Charakter eines französisch-englischen Defensivbündnisses gehabt hätte, wenn nicht daneben militärische Abmachungen zwischen England und Frankreich getroffen worden wären, deren Ergänzung durch analoge Abmachungen mit Rußland im vorigen Frühjahr bevorstand. Mit dem Moment, wo England die Verpflichtung zum Schutz der französischen Nordküste übernommen hatte, hatte es sich seiner Handlungsfreiheit begeben und wurde zum Komplizen der russischen und französischen Aggressivpolitik, die den gegenwärtigen Krieg heraufgeführt hat.

18. VII. 1915

Die deutsch-englischen Verständigungsversuche des Jahres 1912.

WTB Berlin, 17. Juli. (Telegr.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Nach hier vorliegenden Meldungen der englischen Presse hielt Lord Haldane am 15. Juli im Nationalliberalen Klub eine Rede, worin er u. a. als ehemaliger Kriegsminister die Gesichtspunkte darlegte, wovon das englische Reichsverteidigungskomitee sich bei seinen Maßnahmen für die Verteidigung des Reiches habe leiten lassen. Angesichts der am Reichsverteidigungskomitee geübten Kritik und der vielfachen Klagen der Verbündeten, England leiste im gegenwärtigen Krieg zu wenig, fühlte Lord Haldane das Bedürfnis, sich zu rechtfertigen und darauf hinzuweisen, daß er es als sein Verdienst in Anspruch nehmen könne, England für den Krieg mit Deutschland unauffällig vorbereitet zu haben. Lord Haldane fühlt das Bedürfnis, diese seine Tätigkeit mit den Gefühlen für Deutschland in Einklang zu bringen, die er früher des öftern nach außen hin bekundete, indem er behauptet, im geheimen in die Ziele der in Deutschland nach seinen Beobachtungen bestehenden Kriegspartei eingeweiht gewesen zu sein. Lord Haldane will befreit gesehen sein, die friedlich gesinnten Bestandteile des deutschen Volkes von dem Einfluß dieser Kriegspartei und der von ihr genährten Vorstellung, als drohe Deutschland ein Überfall durch England, im Verein mit Frankreich und Rußland, freizumachen. Deshalb habe er freundliche Reden in Deutschland gehalten. Er habe aber sein Ziel nicht erreicht, sondern die Kriegspartei habe das Feld behauptet. Als der Krieg ausgebrochen sei, habe er daher nicht an Frankreich oder Belgien gedacht, sondern ohne Zögern der Kriegserklärung Englands an Deutschland das Wort geredet, da es ihm nicht zweifelhaft gewesen sei, daß es sich um Englands eigene Existenz handelte.

Es erübrigt sich, auf das einzugehen, was Lord Haldane über die deutsche Kriegspartei und deren geheime Ziele sagt. An diese Ammenmärchen glaubt selbst in England heute wohl niemand mehr. Angesichts der immer wiederholten Versuche der englischen Minister, die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg, die sie durch ihre auf Einkreisung Deutschlands gerichtete Entente-politik auf sich luden, von sich auf Deutschland abzuwälzen, sehen wir uns aber zu folgenden Feststellungen bezüglich der deutsch-englischen Verständigungsversuche des Jahres 1912 veranlaßt, an denen gerade Lord Haldane in hervorragendem Maße beteiligt war. Die deutsche Regierung war bei diesen Verhandlungen bemüht, mit England zu einer allgemeinen, den Frieden sichernden Verständigung auf Grund eines kriegerischen Konflikts zwischen den beiden Mächten ausschließenden gegenseitigen Schutzabkommens zu gelangen. Als geeignete Grundlage hierfür erschien der Abschluß eines gegenseitigen Neutralitätsvertrages. Die von deutscher Seite dafür zuerst vorgeschlagene Formulierung hatte folgenden Wortlaut:

Sollte einer der hohen Vertragsschließenden in den Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, so wird der andere Vertragsschließende dem in den Krieg verwickelten Vertragsschließenden gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein.

England lehnte diesen Vorschlag als zu weitgehend ab und machte folgenden Gegenvorschlag:

England wird keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten. Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrag enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zurzeit angehört, und England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt.

Dieser Vorschlag war für Deutschland unannehmbar, abgesehen von der Dehnbarkeit des Begriffes „unprovokierter Angriff“, konnte lediglich das Versprechen, über den andern Vertragsschließenden nicht grundlos herzufallen und keine aggressive Politik gegen ihn treiben zu wollen, unmöglich die Grundlage zu einem besonderen Freundschaftsvertrage bilden. Die in dem englischen Vorschlag enthaltenen Zusicherungen sind selbstverständlich leiten in den gegenseitigen Beziehungen zivillistierter Staaten. Den von England geäußerten Bedenken gegen den deutschen Vorschlag suchte die kaiserliche Regierung dadurch entgegenzukommen, daß sie nunmehr folgende Formulierung vorschlug:

Sollte einer der hohen Vertragsschließenden in den Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, bei welchem man nicht sagen kann, daß er der Angreifer war, so wird ihm gegenüber der andere zum mindesten eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein. Die hohen Vertragsschließenden verpflichten sich gegenseitig, über ihre Haltung sich zu verständigen, falls einer von ihnen durch offensündige Provokation eines Dritten zur Kriegserklärung gezwungen sein sollte.

Auch diesen Vorschlag lehnte Sir Edward Grey ab, beschränkte sich vielmehr darauf, den ersten Absatz seines früheren Vorschlages in folgender, inhaltlich jedoch bedeutungslosen Form abzuändern:

Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland machen und sich an einem solchen auch nicht beteiligen wird, auch wird es sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten.

Um im Interesse des europäischen und des Weltfriedens sein äußerstes Entgegenkommen zu beweisen, trat die kaiserliche Regierung in die Diskussion auch dieses Vorschlages ein, machte aber weitere Verhandlungen von der Ergänzung durch folgenden Zusatz abhängig:

England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden.

Sir Edward Grey lehnte es ab, über die auf Grund des Beschlusses des englischen Kabinetts angebotene Formel hinauszugehen. Er begründete seine Ablehnung mit der Befürchtung, andernfalls die bestehenden Freundschaften Englands mit andern Mächten zu gefährden. Hierauf verzichtete Deutschland auf die Fortführung der Verhandlungen.

Die vorstehenden Mitteilungen erweisen, wie konsequent und entschieden England gerade dasjenige abgelehnt hat, worauf es praktisch ankam, das Neutralitätsversprechen, d. h. die Gewißheit für Deutschland, von England weder direkt noch in einem ihm von dritter Seite aufgezwungenen Krieg angegriffen zu werden. Nur auf dieser, in Gegenseitigkeit verbürgten Gewißheit konnte sich dasjenige Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und England aufbauen, das Europa und der Welt den Frieden gesichert haben würde. England hat in die Hand nicht eingeschlagen, die ihm Deutschland entgegenstreckte, weil ihm die Aufrechterhaltung seiner Freundschaften mit Frankreich und Rußland und die Aufrechterhaltung des sogenannten Gleichgewichts der Kräfte, das ihm die Niederhaltung Deutschlands ermöglichen sollte, mehr am Herzen lag, als die Erhaltung des Friedens. Wie die vorstehend wiedergegebenen Formeln erweisen, hat Deutschland nicht auf dem Versprechen absoluter, bedingungsloser Neutralität bestanden, wie das von englischer Seite häufig behauptet worden ist und wie das fälschlicherweise auch Herr Asquith in einer nach Kriegsausbruch gehaltenen Rede erklärt hat. Gerade weil der Gedanke an einen Angriffskrieg gegen irgendwelche Macht Deutschland jederzeit ferngelegen hat, konnte es sich mit der Zusage der englischen Neutralität für den Fall begnügen, daß ihm ein Krieg aufgezwungen würde. Die Beteiligung Englands an dem gegenwärtigen Kriege, den die Kriegspartei in Rußland im Vertrauen auf die Unterstützung Englands provoziert hat, erweist, wie gut die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik beraten waren, als sie die Angebote Sir Edward Greys als ungenügend zurückwiesen, und wie richtig sie die englische Politik einschätzten. Schon im November desselben Jahres erfolgte der bekannte Notenwechsel zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter Herrn Cambon, der den Charakter eines französisch-englischen Devisenbündnisses gehabt hätte, wenn nicht daneben militärische Abmachungen zwischen England und Frankreich getroffen worden wären, deren Ergänzung durch analoge Abmachungen mit Rußland im vorigen Frühjahr bevorstand. Mit dem Moment, wo England die Verpflichtung zum Schutz der französischen Nordküste übernommen hatte, hatte es sich seiner Handlungsfreiheit begeben und wurde zum Komplizen der russischen und französischen Aggressivpolitik, die den gegenwärtigen Krieg herbeigeführt hat.

Kriegschronik.

Die Kriegschronik ist als Sonderausgabe („Kriegskalender“) vom Verlag zu beziehen:

Heft 1, 64 Seiten stark, die Ereignisse bis 30. April 1915 umfassend, gegen Voreinsendung von 60 Pfg. oder gegen Post-Nachnahme von 80 Pfg. Weitere Hefte je 32 Seiten zu 30 Pfg. folgen etwa alle 4 Monate.

11. Juli.

Englischer Angriff am Kanal bei Ypern abgeschlagen. Kampf bei Souchez-Ablain. Fünf Angriffe der Franzosen auf einen ihnen entrissenen Graben bei Beausejour-Ferme abgewiesen.

Für uns günstige Gefechte bei Krasnostaw.

Die Hafeneinfahrt von Libau freigemacht.

12. Juli.

Der Kirchhof südlich von Souchez von den Deutschen wieder erstürmt.

Bei Combres und im Walde von Willy französische Angriffe zurückgeschlagen.

Erstürmung russischer Vorstellungen in Breite von 4 Km. bei Lipina.

Der englische Fischerdampfer „Syrian“ und die russische Bark „Leo“ von U-Booten versenkt.

50 französische Offiziere nach Fort Zorndorf bei Küstrin in gleiche Gefangenschaft wie 50 deutsche Offiziere in Fort Entrevaux (Frankreich) übergeführt. Androhung weiterer Vergeltungsmaßnahmen.

Befehung von 14 albanischen Dörfern durch griechische Truppen.

13. Juli.

Weitere Fortschritte bei dem Kirchhof südlich von Souchez und an der Straße nach Arras.

Die Fischdampfer „Hainton“, „Merlin“, „Emerald“ durch U-Boote versenkt.

Zerstörung der „Königsberg“ in der Rufidjimündung durch zwei englische Monitore am 4. und 11. Juli.

14. Juli.

In den Argonnen bei Bienne-De Chateau und Boureuilles feindliche Stellungen von 1 Km. und 3 Km. Breite erstürmt. 2581 Franzosen gefangen; Geschütze erbeutet.

Bei Ari Burnu und Seddul Bahr am 12. Juli teils feindliche Angriffe durch die Türken abgeschlagen, teils schwere Schützengrabenkämpfe. Am 13. Zurückeroberung von Schützengräben durch die Türken. (Laut türkischem Bericht.)

Veröffentlichung einer österreichisch-ungarischen Note an die Vereinigten Staaten vom 29. Juni.

15. Juli.

Verlustreiche, ergebnislose französische Angriffe auf die von uns eroberten Stellungen in den Argonnen. Die Gefangenen vermehren sich bis zu 68 Offizieren, 3688 Mann.

Zwei französische Flugzeuge bei Souchez und Hénin Liétard heruntergeschossen.

Windau in Flammen.

Bei Franciszkowo und Osowa, Olzanka, Krusca und Tartal-Lipniki russische Stellungen erobert. 2700 Russen gefangen.

Prasznysz wieder von den Deutschen besetzt.

Italienische Angriffe am Plateau von Doberdo, namentlich zwischen Sdraussina und Polazzo abgewiesen. Den norwegischen Dampfer „Rynn“ durch ein U-Boot versenkt.

Englische Niederlage bei Muntefit und Dattiers im Irak.

Deutscher Angriff bei Abercorn am 29. Juni.

Großer Aufruhr in Südwales. 120 000 bis 150 000 Bergarbeiter weigern sich, die Arbeit auf Befehl der Regierung aufzunehmen.

16. Juli.

Die Windau nördlich von Popeljany überschritten. Siegreiche Fortschritte von Kolno und südlich Prasznysz.

Laut englischer Meldung vom 12. bis 14. Juli türkische Gräben von Engländern und Franzosen erobert und trotz teilweise gelingender türkischer Gegenangriffe behauptet.

Die französischen Verluste bei Arras auf 78 300 Mann berechnet.

Russische Stützpunkte bei Sokal am Bug erstürmt.

Italienische Angriffe bei Ruffredo und zwischen Schluderbach und Beutelstein abgewiesen.

Rgaundere in Mittelamerika am 29. Juni von den Verbündeten besetzt.

17. Juli.

Siegreiches Fortschreiten der Armee v. Below bei Ruchany östlich der Windau. 2460 Russen gefangen. Die Russen durch die Armeen v. Gallwitz und Scholtz zwischen Pissa und Weichsel gegen den Narew zurückgeworfen. 20 100 Russen gefangen.

Sieg Mackensens bei Krasnostaw. 6400 Russen gefangen.

Erstürmung eines russischen Stützpunktes westlich Grabowiec und russischer Vorstellungen an der Bystrzka und nördlich Krasnil durch österreichisch-ungarische Truppen.

200 000 ausländische Bergarbeiter in Südwales trotz dem Munitionsgefeh. Belagerungszustand im Bergbaugebiet.

Umlernen oder Zulernen?

Unter dieser Ueberschrift hebt der Gewerkschaftsführer August Winnig in der Chemnitzer „Vollstimme“ hervor, daß Karl Kautsky vor kurzem das Geständnis abgelegt habe, er für seine Person könne nicht umlernen. Winnig erklärt gegenüber dieser Versicherung Kautskys:

Eines schickt sich nicht für alle. Wir Jüngeren haben das Recht, etwas unbefangener die Dinge anzusehen. Aller mißbilligenden Blicke ungeachtet, glauben wir nach manchen Dingen hin eine Frontveränderung vornehmen zu müssen. Ja, wir wollen umlernen! . . . Unsere ganze Stellung zu den Aufgaben, die sich von der Außenpolitik ableiten, ist auf die Annahme einer weitreichenden und starken internationalen Solidarität des Proletariats gegründet. Streichen wir die Voraussetzung einer solchen Solidarität, so erhalten die wichtigsten Fragen der inneren Politik für uns sofort ein gründlich anderes Gesicht. Und wie ist es nun um diese Voraussetzung bestellt? Für Karl Kautsky ist noch alles beim guten alten, man braucht nur überall seine Artikel zu lesen und zu befolgen und der alte Zustand wäre wieder hergestellt, wir sähen wieder in Brüssel oder sonstwo beisammen und sängen: Wir sitzen so fröhlich beisammen und haben einander so lieb, und entwürfen und beschloßen wunderbare prinzipielle Resolutionen. Die ganze Sache ist eigentlich nur ein Mißverständnis! Man hätte sich vorher nur auf eine Resolution zu einigen brauchen! . . . Aber welche graufame Täuschung haben in diesen letzten Wochen selbst die unter uns erleben müssen, die sich gegenüber der internationalen Solidarität eine reichliche Dosis Skeptizismus bewahrt hatten!

Winnig setzt auseinander, wie schroff ablehnend sich gegen die deutschen Sozialdemokraten die Sozialdemokraten der feindlichen Staaten verhalten. Dann fährt er fort:

Und nun erinnere man sich unserer früheren Vorstellungen von der Festigkeit der internationalen Solidarität, erinnere sich der Reden und Resolutionen von Stuttgart, von Kopenhagen, von Basel, und dann gebe man sich Rechenschaft, ob es hier wirklich nichts umzulernen gibt. Einige Theoretiker werden freilich sagen: Umlernen? Pah! Keine Veranlassung! Und werden die Konzepte schöner Artikel und Resolutionen durchsehen, bis das passende Muster für den vorliegenden Fall gefunden worden ist. Kautsky, Haase und Bernstein können das. Aber es fragt sich, ob die Arbeiterbewegung es kann. Nein, die Arbeiterbewegung kann es nicht! Denn ihr Reich ist von dieser Welt, und ihre Aufgabe besteht darin, Tatsachen zu verändern, alte, schlechte Tatsachen abzutun, gute, neue Tatsachen zu schaffen. Darum kann sie sich nicht darauf einlassen, zu den alten zerbrochenen Illusionen neue Illusionen hinzuzulernen, sondern sie muß umlernen, aus dem Illusionären umlernen ins Tatsächliche. Freilich ist dies Umlernen zugleich ein Zulernen. Das wußten wir auch bisher schon, daß der Internationalismus nicht der ausschließliche Kompaß der Arbeiterklasse sein kann, daß die Richtungslinien unseres Tageskampfes immer durch die national gegebenen Bedingungen festgelegt werden. Aber wir haben während des Krieges hinzulernen müssen, daß das nationale Band der Klassen viel stärker und das internationale Band des Proletariats viel schwächer ist als wir in der lauen Luft internationaler Kongresse glauben mochten.

Die schwedische Neutralität und die Friedensagitation.

Eine wichtige Rede des schwedischen Ministerpräsidenten.

Stockholm, 18. Juli.

Das Svenska Telegrambyran meldet:

In Gegenwart des Ministers des Aeußern empfangt Ministerpräsident Hamnerkjöld eine Abordnung welche die von dem allgemeinen schwedischen Friedenskongreß in Warberg angenommenen Beschlüßanträge überreichte.

Hierbei erklärte der Ministerpräsident: In Uebereinstimmung mit den abgegebenen Neutralitätserklärungen sowie mit den verschiedentlich vom Könige ausgegangenen unzweideutigen Kundgebungen ist es unser heißer Wunsch, den Frieden zu bewahren, ist es unsere Pflicht, mit allen Kräften hiefür zu wirken. Aber wir rechnen auch mit Eventualitäten, wo die Aufrechterhaltung des Friedens trotz aller Bemühungen für Schweden nicht mehr möglich wäre. Welches diese Eventualitäten in diesem Weltkriege sind, wäre aus verschiedenen Gesichtspunkten ungeeignet, jetzt anzugeben. Gewiß ist, daß es außer dem äußersten Falle einer feindlichen Invasion unseres Landes noch andere Fälle gibt, die als mit diesem gleichbedeutend in Betracht gezogen werden müßten. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Neutralitätspolitik in allen Lagern des schwedischen Volkes und bei allen politischen Parteien eine mächtige Stütze finden werde. Er wolle nicht glauben, erklärte Hamnerkjöld, daß die schwedischen Friedensfreunde, die kräftig gegen Mißstände auftraten, auch gegenüber drohenden äußeren Mißständen, die nur mit Gewalt abgewendet werden könnten, eine einfache Friedenspolitik empfehlen würden, die darin bestände, alles zu ertragen, ohne etwas für das schwedische Recht und die schwedische Freiheit einzusetzen. Es wäre tatsächlich gefährlich, wenn durch eine Empfehlung des Krieges als wünschenswert die Vorstellung Wurzel faßte, daß Schweden den Krieg wünsche, aber gleich gefährlich wäre es, wenn man auf gewisser Seite die Ueberzeugung bekäme, daß Schweden unter allen Umständen den Frieden wolle und deshalb ohne eigentliche Gefahr nach Belieben behandelt werden könne.

Der Ministerpräsident wies auf die besondere Gefahr hin, die sowohl die Kriegs- wie die Friedensagitation mit sich bringen könne, weil beide Parteien einander zu immer größerer Einseitigkeit aufsetzten. Dadurch kann, fuhr der Ministerpräsident fort, die Einigkeit verdunkelt werden, sogar teilweise verschwinden, diese Einigkeit, die doch hoffent-

lich im großen und ganzen vorhanden, die mehr als jemals notwendig ist. Jetzt ist es nicht an der Zeit, für extreme Doktrinen oder Lieblingsideen zu kämpfen, sondern es gilt, zusammenzuhalten, um unser Erbe in allem unvermindert und unverletzt für unsere Nachkommen zu bewahren. Es sei erklärlich, meinte Hamnerkjöld, daß die schwedischen Friedensfreunde Schwedens Eingreifen zugunsten des allgemeinen Friedens wünschten; aber die Sache sei nicht so einfach, wie mancher vielleicht glaube. Auf internationalem Gebiete gelte in besonders hohem Maße der wenig ermunternde Satz: „Wer sich ungebeten einmischet, erntet Un dank.“ Was noch schlimmer sei — ein Eingreifen zu ungelegener Zeit, in ungeeigneter Weise nütze nicht nur nicht, sondern bringe großen, unheilbaren Schaden.

Die große Friedenskundgebung in Newyork.

Die Friedenskundgebung des amerikanischen Volkes in Newyork am 24. Juni nahm nach den nunmehr vorliegenden ausführlichen Berichten einen weit glänzenderen Verlauf, als die englischen Kabelmeldungen zugeben wollten. Nicht weniger als 70 000, nach anderer Schätzung gar gegen 100 000 Menschen, Angehörige aller Nationalitäten, waren an dem in der Geschichte Newyorks beispiellos dastehenden denkwürdigen Abend zum Madison Square Garden geströmt, um den zurückgetretenen Staatssekretär Bryan sein Friedensprogramm entwickeln zu hören. Nicht endenwollender Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Sein Triumph fand in den folgenden Tagen den stärksten Widerhall in allen Teilen der großen Republik. Die von der Massenversammlung angenommene Entschliebung lautet in Uebersetzung folgendermaßen:

Angeichts der entsetzlichen Bluttragödie in der Alten Welt, die ihresgleichen in der Geschichte der Menschheit nicht findet, angeichts der offenkundigen Absicht einer der kriegführenden Parteien, die Vereinigten Staaten mit in diese Schrecknisse hineinzuziehen (gemeint ist England. D. Schrift.), beschließt und erklärt diese Massenversammlung amerikanischer Bürger, durchdrungen von freiesittlicher Vaterlandsliebe und in treuer Anhänglichkeit an die Ueberlieferung ihrer Vorfäter, auf einem Boden, der bisher glücklich von dem die halbe Welt gleich einer Sturmflut verschlingenden Ringen unberührt blieb, folgendermaßen:

1) Das amerikanische Volk fordert Frieden mit aller Welt.

2) Es verlangt von Regierung und Volk die Einhaltung der strengsten Neutralität gegenüber den kriegführenden Mächten, nicht nur in Wort, sondern in der Tat, es fordert die Einhaltung einer Neutralität, die nicht auf buchstabenmäßiger Auslegung der Gesetze beruht, sondern die Tatsachen der Wirklichkeit wie die praktischen Folgen berücksichtigt.

3) Aus vollem Herzen und mit ganzer Seele, wie es nur einem in seinem Inneren frevelhaft verletzten Volke möglich ist, verdammen wir die nichts als heilig achtende Kriegspropaganda, die unter der Maste des Patriotismus und im schändlich mißbrauchten Namen der Menschlichkeit von Deuten, die am Kriege verdienen, in diesem Lande betrieben worden ist und noch betrieben wird. Frühere Vorurteile, die von jedem nach Amerika eingewanderten Bürger längst abgelegt sind, zu neuem Leben zu erwecken, ist ein Frevel gegen die öffentliche Moral. Die Grundlagen der Vereinigten Staaten ruhen auf der Eintracht der von der ganzen Welt gesammelten Volksteile, ihre Stärke liegt in der Vereinigung von Rassenunterschieden, Rassenunterschieden, die so mannigfaltig sind wie die Völker der Erde. Darum ist es ein Kapitalverbrechen gegen die Gesamtheit, verfestigte nationale unfreundliche Gefühle zu Haßgefühlen aufstacheln zu wollen. Es ist Hochverrat gegen Einheit und Bestand der Vereinigten Staaten, jemanden zur politischen Parteinahme veranlassen zu wollen in einem Kriege zwischen Ländern, aus denen jeder einzelne Bürger der Vereinigten Staaten doch seinen Ursprung herleitet.

4) Ganz besonders verurteilt die Versammlung die elenden Machenschaften eines großen Teiles der Zeitungen, die in den letzten sechs Monaten ihr denkbar äußerstes getan haben, um unser Volk an den Rand des Krieges zu zerren. Es erscheint unglaublich, daß eine von finanziellen Interessen beherrschte Presse monatelang einen Feldzug der Täuschung führen konnte, der darauf berechnet ist, durch Verbreitung böswilliger Gerüchte, durch Ermütigung politischer Spitzel, durch unablässige, systematische Erfindung, Verdrehung und Unterdrückung, durch wohlüberlegte, skrupellos fortgesetzte Fälschung ein friedliebendes Volk in den Krieg zu hetzen, wäre das amerikanische Volk nicht durch die jüngsten Tatsachen eines besseren belehrt worden.

5) In ihren Verhandlungen mit den Regierungen von England und Deutschland sollten die Vereinigten Staaten unentwegt darauf bestehen, daß die Rechte der neutralen Schiffsfahrt gewahrt werden, daß die dem friedlichen Handel dienenden Schiffe ihre Ladungen ungehindert am Bestimmungsort löschen können, falls nicht die völkerrechtlichen Bestimmungen der Londoner Deklaration vom Jahre 1909 dem entgegenstehen.

6) Das Leben amerikanischer Bürger, die unter dem Schutze der Gesetze zu erlaubten Zwecken die Meere befahren, muß unter allen Umständen geachtet und gesichert werden.

7) Mit der Pflicht der Regierung, die im Auslande befindlichen Bürger zu schützen, geht Hand in Hand die Pflicht der Bürger, sich nicht auf unbesonnene Abenteuer einzulassen, welche der Regierung bei ihren Bemühungen Schwierigkeiten bereiten könnten.

8) Kein amerikanischer Bürger hat das Recht, irgendeiner kriegführenden Macht dadurch Deckung zu geben, daß er auf einem mit Munition beladenen Dampfer als Fahrgast fährt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Pflicht, die Bürger hier vor zu warnen.

9) Die Interessen des amerikanischen Volkes und der Menschlichkeit verlangen, daß die Ausfuhr von Waffen und Munition an die Kriegführenden verboten wird. Arbeitskraft und Fertigkeit amerikanischer Arbeiter in solche Bahnen leiten und amerikanisches Kapital von friedlicher, natürlich gesunder und Wohlstand schaffender Industrie zur Herstellung von Mordwaffen abzulenken, ist eine volkswirtschaftliche Torheit und ein Verbrechen gegen die Moral. Wir verwerfen als einer großen Nation unwürdig das blendende Schlagwort, daß ein selbständiger Staat seine Ausfuhrgesetze nicht ändern dürfe, weil gerade ein Krieg zwischen anderen Völkern im Gange ist. Nicht die kleinste Stelle im Völkerrecht, kein Präzedenzfall, kein analoger Fall kann als Stütze für diese haltlose, widersinnige Behauptung beigebracht werden, durch welche das Publikum von Geldinteressenten in dieser Frage betrogen werden soll. Die erste Pflicht einer Regierung ist die Sorge für das Wohlergehen der eigenen Staatsangehörigen, demgegenüber spielen die Ansichten fremder Regierungen über unsere innere Landesgesetzgebung eine untergeordnete Rolle. Die Einigkeit und Ruhe unserer eigenen Volksgenossen hat der Sucht nach ausländischer Gunst voranzustehen. Wenn einmal die Gefühle anderer Nationen berücksichtigt werden sollen, so liegt doch auf der Hand, daß der Unwille von Millionen, denen Väter, Brüder und Söhne durch amerikanische Kugeln getötet werden, ungleich tiefer und bleibender sein muß, als die Enttäuschung derer, denen wir unsere Beihilfe bei Abschlagung ihrer Feinde verweigern. Fast während eines Jahres haben amerikanische Waffen- und Munitionsfabriken ausschließlich die Völker unter britischer Führung gegen die drei Völker des teutonischen Bundes mit Waffen versorgt. Die Behauptung, es würde unneutral sein, nach einjähriger Ausfuhr, die in Wirklichkeit nur zugunsten Englands und seiner Verbündeten gearbeitet hat, alle kriegführenden zu zwingen, sich auf ihre eigenen Hilfsquellen zu verlassen, ist das Eingeständnis einer Parteilichkeit, die alle unsere Neutralitätserklärungen in Mißkredit bringt, die der gewöhnliche Menschenverstand klar durchschaut und die der gesunde Sinn des amerikanischen Volkes, das in Wahrheit human und unparteiisch sein will, nicht dulden wird. Wir verlangen daher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ausfuhr von Waffen und Munition verbietet und damit der Welt einen Beweis von praktischer Weisheit, Humanität, Charakter und möglichst vollkommener Einhaltung strengster Neutralität liefert.

Schutz unserer Interessen in den feindlichen Staaten.

Im nachstehenden wiederholen und ergänzen wir die früher veröffentlichten Angaben über die Übernahme des Schutzes unserer Nationalen und Interessen in den feindlichen Staaten, beziehungsweise in jenen Gebieten, welche die A. und U. Vertretungsbehörden infolge des Kriegszustandes verlassen haben.

Es haben diesen Schutz übernommen: in Serbien die Vereinigten Staaten von Amerika (der amerikanische Gesandte für Serbien residirt in Bukarest); in Rußland die Vereinigten Staaten (in Moskau die amerikanische Gesandtschaft in Teheran); in Frankreich die Vereinigten Staaten (in Toulon das dortige niederländische Konsularamt); in Großbritannien (einschließlich Indien) die Vereinigten Staaten; in Montenegro Griechenland (in Skutari das dortige griechische Konsularamt); in Belgien (mit Ausschluß der von Deutschland besetzten Gebiete) die Vereinigten Staaten; in Japan die Vereinigten Staaten; in Ägypten die Vereinigten Staaten; in Italien Spanien (in Livorno, Palermo, Turin und Venedig die dortigen schweizerischen Konsulate); in Tripolis das dortige amerikanische Konsularamt.

Den Schutz der Angehörigen und Interessen der feindlichen Staaten in der österreichisch-ungarischen Monarchie haben übernommen: für Serbien Spanien, für Rußland Spanien (in Budapest, Fiume, Karlsbad, Prag und Triest wurde der Schutz der Staatsangehörigen und Interessen Rußlands und Serbiens von den in den genannten Städten residierenden amerikanischen Konsuln übernommen. In Budapest obliegt die Schutzerteilung an russische Staatsangehörige auch dem dortigen dänischen Generalkonsulat); für Frankreich die Vereinigten Staaten von Amerika; für Großbritannien die Vereinigten Staaten; für Montenegro Griechenland; für Belgien Spanien; für Japan die Vereinigten Staaten; für Italien die Vereinigten Staaten.

Eine internationale Rundgebung der Genossenschaftlerinnen.

Wie so viele internationale Beziehungen wurden auch die zwischen den genossenschaftlich organisierten Frauen durch den Krieg außerordentlich erschwert. Erst nach Monaten gelang es wieder, auch mit England Verbindung zu erlangen, mit Frankreich ist es leider bis heute nicht gelungen. Bald nachdem diese Verbindungen wiedererlangt waren, haben die Frauen erwogen, ob eine internationale Konferenz möglich wäre. Die englische Regierung hat damals die Pässe verweigert und eine Konferenz war nicht möglich. Die Frauen haben sich deshalb nicht an einer internationalen Rundgebung hindern lassen und allen Post- und Zensurhindernissen zum Trotz wurde nach langen Mühen eine internationale Rundgebung zustande gebracht. Deutschland besitzt innerhalb seiner Genossenschaften keine Frauenorganisation und deshalb konnten die deutschen Genossenschaftlerinnen an dieser Rundgebung nicht teilnehmen. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine konnte für die Frauen nicht zeichnen, er hat aber den Proponentinnen mitgeteilt, daß er gegen den Inhalt der Resolution selbstverständlich nichts einzuwenden habe und daß er jederzeit bereit ist, alles zu tun, um die genossenschaftliche Internationale lebensfähig zu machen. Wir können diese prinzipielle Zustimmung gewiß nur freudig begrüßen, weil dadurch die Tat-

sache gegeben ist, das englische und deutsche Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler gemeinsam unsere Ideale bekräftigen, sich gemeinsam zur internationalen Solidarität bekennen. Die englischen Genossenschaftlerinnen haben unsere Bemühungen mit Freude und Hingabe unterstützt, ebenso die Schweizer und die holländischen Frauen. Es war allen ein Bedürfnis, wieder zu bekunden, daß es doch noch gemeinsame Ziele und Ideale gibt, die auch diesen Weltkrieg überdauern werden. Die österreichischen Genossenschaftlerinnen hat dieser Gedanke mit freudiger Zuversicht erfüllt und wir hoffen, daß er den Weg ebnet wird zu einer internationalen Rundgebung aller Zentralverbände, vor allem des englischen und des deutschen Zentralverbandes. Die Resolution wird von den Holländerinnen an alle Länder verschickt werden, die noch nicht zugestimmt haben, damit alle Frauen an ihr teilnehmen können. Die Resolution, die alle Landesgrenzen anstandslos passiert hat, lautet:

Die Kongresse der genossenschaftlichen Organisationen der ganzen Welt haben stets feierlich bekundet, daß die Gefühle der Brüderlichkeit und der Solidarität alle Bruderorganisationen auf der ganzen Welt vereinen. Vor allem hat der internationale Kongress, der vor zwei Jahren in Glasgow getagt hat, das Gelübnis internationaler Solidarität aller Genossenschaftler der Welt erneuert und befestigt. Der Krieg hat die herzlichsten Beziehungen der genossenschaftlichen Internationalen wohl unterbrochen, aber er hat nicht vermocht, die Gefühle internationaler Solidarität, wenn er sie auch hie und da getrübt hat, zu unterdrücken.

Wenn der Krieg im allgemeinen eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln genannt wird, so ist dieser Weltkrieg sicherlich eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Kampfes mit politischen und gewaltsamen Mitteln. Unsere Bewegung beruht auf dem Prinzip, diesen Weltkampf durch die Zusammenarbeit, die Konkurrenz durch die Genossenschaft zu ersetzen, ihr Wesen sind der Friede und die Eintracht.

Der Kapitalismus beruht auf dem Prinzip der Ausbeutung und der Konkurrenz. Jeder, der ihm dienstbar ist, sei es als Arbeiter oder als Käufer, muß ihm den größten Tribut zahlen. Jeder, der an dieser kapitalistischen Ausbeutung teilnimmt, kann nur durch die Konkurrenz Raum für seine Bereicherung gewinnen. Im Konkurrenzkampf gegen die Heimarbeit ist der industrielle Kapitalismus erstarkt, im Konkurrenzkampf gegen das Industrie- und Handelskapital erstarkt das Finanzkapital, der Konkurrenzkampf der Nationen um den freien Markt war der letzte Grund zum Weltkrieg. Die genossenschaftlichen Organisationen dagegen wollen die Konkurrenz im eigenen Lande ausschließen und die Konkurrenz zwischen den Nationen durch den freien Warenverkehr ablösen, den nicht Schutzzölle noch Handelskriege stören sollen. Die Genossenschaftler wollen durch die Organisation des inneren Marktes eine Neuorganisation der volkswirtschaftlichen Grundlage der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation vorbereiten und sie erstreben den friedlichen freien Warenverkehr und die offene Tür auf dem Weltmarkt. Sie lehnen jene Grundtendenzen der heutigen Gesellschaft, die zum Weltkrieg geführt haben, ab und beharren nach wie vor auf den Grundsätzen der internationalen Solidarität und des Friedens der Völker.

Mehr noch als die Männer sind die Frauen dieser Organisationen bereit, auch jetzt im Kriege treu zu den alten Idealen zu stehen und allen Hindernissen zum Trotz, die der Weltkrieg und seine Begleiterscheinungen zwischen den Nationen ausgetürmt haben, sich die Hände zu reichen und für den Frieden zu wirken.

Die Genossenschaftlerinnen Hollands, Englands, der Schweiz und Oesterreichs rufen den Frauen aller Länder zu: Wirket für den Frieden, arbeitet unermüdblich an dem Fortbestand der internationalen Beziehungen, damit der Gedanke der internationalen Solidarität immer leidenschaftlicher in den Herzen aller Kameraden erzieht und unsere internationalen Beziehungen mithelfen, das völkermordende Ringen zu beenden und das Ideal der Völkersolidarität neu erstehen zu lassen!

Wenn diese Resolution auch auf die kriegerischen Ereignisse keinen Einfluß auszuüben imstande sein dürfte, so ist sie doch der Ausdruck der brüderlichen Gefühle, die die Frauen befeelen, deren hohe Aufgabe es sein wird, nach dem Kriege die neue Verbindung der Nationen mitzuschaffen. Es ist aber auch die erste gemeinsame Rundgebung, die auch feindliche Länder verbindet, und darin liegt gewiß vor allem ihr Wert.

25. VII. 1915

Rumänien und seine Vertragspflichten.

N Berlin, 19. Juli. (Priv.-Tel., Str. Bln.) Die „Independance Roumaine“ weist Betrachtungen über die Haltung Rumäniens, das heißt über die Nichterfüllung der einfachen Pflichten, die ihm aus dem bestehenden Vertrag mit Deutschland erwachsen, als eine unnötige Einmischung zurück und meint, Rumänien kenne seine Rechte und Pflichten und habe jene immer mit Mäßigung wahrgenommen und diese gewissenhaft erfüllt. Es wird erfreulich sein, in nächster Zeit zu sehen, daß diese Erfüllung übernommenen Pflichten wirklich gewissenhaft erfolgt. Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu den Äußerungen des rumänischen Blattes: „Diese Auslassung wird man denn doch in aller Ruhe zurückweisen müssen. Wo Verträge bestehen, hat jeder von beiden Teilen das wohlbegründete Recht, seine Meinung zu sagen, wenn der andere Teil seiner Auffassung nach den Verpflichtungen, die die Verträge auferlegen, etwas schuldig bleibt. Das aber dürfte im vorliegenden Falle nicht zu bestreiten sein. Das Verbot der Munitionsdurchfuhr ist eine einseitige Begünstigung unserer Gegner, deren sich ein Bundesgenosse nicht schuldig machen darf. Eine Zwangslage, die Rumänien früher allenfalls für sich geltend machen konnte, dürfte nach den russischen Niederlagen der letzten Wochen kaum mehr vorliegen. Wir möchten deshalb glauben, daß Rumänien sich nunmehr zur Aufhebung des Verbots entschließen wird, umsomehr, als der außerordentliche deutsche Botschafter für Konstantinopel, Fürst Hohenlohe-Langenburg, nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ in Bukarest vom Hofe sowohl wie von der Regierung mit besonderer Auszeichnung empfangen worden sein soll. Das würde doch den Schluß gestatten, daß Rumänien auf gute Beziehungen zum Deutschen Reiche Wert legt.“

Aus der Sozialdemokratie.

„Gegen Parteizerrüttung.“

Zu der bekannten Erklärung des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes: „Gegen Parteizerrüttung“ bemerkt in der Nummer vom 16. Juli die Elberfelder Freie Presse:

„Was uns veranlaßt, dieser und ähnlichen Kundgebungen mit einigermaßen gemischten Gefühlen gegenüberzutreten, ist die Methode der „Linkshändigkeit“, die neuerdings in der offiziellen Parteipolemik zu merken ist. Gewiß, man hat in Berlin nicht ganz gegen rechts zu schreiben verlernt, aber man stellt diese Tätigkeit unseres Erachtens heute doch etwas allzusehr unter den Scheffel. Nachdem die Kundgebung „Gegen Parteizerrüttung“ herausgekommen, es ist stark vierzehn Tage her, wehrte der Vorwärts einig ihrer Angriffe auf die äußerste Linke ab und wies den Parteivorstand auf Äußerungen von Mitgliedern der Rechten in der Partei hin, die alle Merkmale der Parteizerrüttung tragen. Dann erst, in einer Polemik gegen den Vorwärts, sagte der Parteivorstand das Selbstverständliche, daß sein Aufruf sich gegen jeden richte, der mit der Parteispaltung drohe. Das war aus dem Aufruf „Gegen Parteizerrüttung“, der eine bestimmte Oppositionsfundgebung von links unter die Lupe nahm, nicht ohne weiteres zu folgern, soll aber nun festgehalten werden.

Wir sind auch gegen jede Parteizerspaltung und suchen das jeden Tag durch unser Verhalten zu beweisen. Kein schlimmeres Vergehen an der Arbeiterbewegung, als jetzt auf „besondere Aktionszentren“ der eigenen Meinung hinzuwirken, um mit den Worten des Grundstein zu reden. Wir verurteilen solche Treibereien, wo wir sie finden, rechts oder links — wenn man für individualistische Bestrebungen die gute, ehrliche Bezeichnung „links“ anwenden will. Aber wir urteilen nach dem Kern der Dinge, nicht nach ihren äußerlichkeiten. Wenn man sich bemüht, die Dinge in diesem Sinne objektiv zu betrachten, dann findet man, daß es besser ist, genau umgekehrt zu verfahren als jetzt: nämlich öfter und jedenfalls zuerst nach rechts zu mahnen und zu verdammen, als nach links. Der sozialdemokratischen Einheit würde damit mehr als mit der heutigen Methode gedient.“

Der Gewerkschaftsführer Legien über die Quertreiber.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, äußerte sich im Rahmen einer Rede, die er in Frankfurt a. M. hielt, auch über den Streit in der Sozialdemokratie. Er betonte dabei vorweg, daß er als Sekretär der internationalen Gewerkschaftsorganisation wohl gegen den Vorwurf gefeit sei, chauvinistisch angekränkt zu sein. Er müsse sich aber dennoch gegen den kleinen Teil deutscher Sozialdemokraten wenden, der ein einheitliches Vorgehen der Partei außerordentlich erschwere, und der hauptsächlich aus Leuten bestehe, die ihren Leib rechtzeitig in der Schweiz in Sicherheit gebracht hätten. Für das Deutsche Reich sei es doch wirklich nicht gleichgültig, ob es in Zukunft als Grenze den Rhein im Westen und die Weichsel im Osten habe.

Von einem ungünstigen Ausgang des Krieges würde die Arbeiterschaft in Deutschland am stärksten betroffen sein, da sie sich eine Arbeiterkultur geschaffen habe, wie man sie in keinem andern Lande finden könne. Deshalb müsse die deutsche Sozialdemokratie wie vor dem Krieg so auch künftig wieder die eigentliche Trägerin der ganzen internationalen Arbeiterbewegung sein. Das Klassenbewußtsein habe die Sozialdemokratie nicht preisgegeben, weil sie vaterländisch gesinnt sei und weil sie Kriegskredite bewilligt habe, die übrigens vorher von den französischen Sozialisten angenommen worden seien.

Gewiß wäre es ein Verbrechen, wenn die Sozialdemokratie nicht mithelfen wollte, den Frieden so bald als möglich herbeizuführen, aber das könnte sie nicht gegen den Willen der Feinde Deutschlands, die trotz aller Aussichtslosigkeit ihrer Lage und der Unmöglichkeit, Deutschland militärisch oder wirtschaftlich niederzuzwingen, auf nichts eingehen wollten. Schließlich sei es falsch, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteileitung vorzuwerfen, sie treibe nur eine Eingabepolitik, sie schwämme ganz im Fahrwasser der Regierung usw. Beide hätten im Gegenteil alles getan, um die geeigneten kriegssozialistischen Maßnahmen innerhalb der bürgerlichen Staatsordnung herbeizuführen. Das sei freilich nicht so einfach. Die Opposition aber, die in der Schweiz ihren Sitz habe, biete dem Volk Steine statt Brot.

Eine Erklärung des internationalen sozialistischen Büros.

Im Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie Het Volk veröffentlicht das Internationale sozialistische Büro, das gegenwärtig seinen Sitz im Haag hat, eine Erklärung, die sich gegen eine Stelle des deutschen Parteivorstandes am 23. Juni verfaßten Manifestes „Sozialdemokratie und Frieden“ richtet. Aus diesem Manifest, sagt die Erklärung, könne man den Schluß ziehen, als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe, an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des I. S. V. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine Gesamtaktion mit der Tagesordnung „Einleitung einer Friedensaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr! Die in Belgien verbliebenen Mitglieder des allgemeinen belgischen Parteivorstandes hätten, trotzdem zurzeit in Belgien keinerlei politische Zusammenkunft möglich sei, und somit eine Befragung der Parteigenossen undurchführbar war, nicht nur ihr Einverständnis mit einer solchen Sitzung des Büros erklärt, sondern auch ganz bestimmte, dahingehende Anfragen nach dem Haag gerichtet.

Die Berner Tagwacht bemerkt dazu: „Diese Erklärung richtet sich somit nicht nur gegen den deutschen Parteivorstand, sondern auch gegen den Genossen Vandervelde, der erklärt hat, daß, so lange auch nur ein deutscher Soldat auf belgischem und französischem Boden stehe, von einer Friedensaktion keine Rede sein kann.“

Aus der Sozialdemokratie.

Deutsche und holländische Sozialdemokraten. Das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros in Haag, hat jüngst in einer Erklärung gesagt, man könne aus dem Aufruf des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie „Sozialdemokratie und Frieden“ den Schluß ziehen, „als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe, an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des I. S. B. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine Gesamtsitzung mit der Tagesordnung „Einleitung einer Friedensaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr.“ Dazu schreibt der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie im „Vorwärts“:

„In unserem Aufruf ist über die Haltung des belgischen Parteivorstandes zur Einberufung einer Sitzung des I. S. B. tatsächlich gar nichts gesagt. Es war uns schon im März mitgeteilt worden, daß Mitglieder des belgischen Parteivorstandes mit dem Exekutivkomitee des I. S. B. verhandelt hatten. Bei diesen Verhandlungen erklärten die belgischen Parteivorstandesmitglieder u. a., wie uns damals mitgeteilt wurde, daß vom Frieden erst geredet werden könne, wenn der deutsche Militarismus vernichtet sei.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt: „Durch die Erklärung des Internationalen Sozialistischen Büros wird nicht das geringste an der Tatsache geändert, daß die Mitglieder des deutschen Parteivorstandes, als sie im März nach dem Haag kamen, dort weder Engländer, noch Franzosen, noch Belgier vorgefunden haben, mit denen sie in eine Unterhandlung hätten eintreten können.“

Ein neues Strafverfahren gegen Rosa Luxemburg. Nach dem „Vorwärts“ ist gegen Rosa Luxemburg, die gegenwärtig eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt, sowie gegen Klara Zetkin, Franz Mehring und die Sozialdemokraten Berten und Pfeiffer in Düsseldorf ein neues Verfahren anhängig gemacht worden, das sich auf die in der Monatschrift „Die Internationale“ veröffentlichten Aufsätze stützt. — Mit Recht ist s. Z. gerügt worden, daß Frau Luxemburg in dem „grünen Wagen“ in das Frauengefängnis in der Barnimstraße zur Verbüßung ihrer politischen Strafe transportiert worden ist. Aber auch der Minister des Innern aber hat nach dem „Vorw.“ jetzt dieses Verfahren gebilligt.

21. VII. 1915

**Schutz unserer Nationalen und Interessen
in den feindlichen Staaten.**

Im nachstehenden wiederholen und ergänzen wir die früher veröffentlichten Angaben über die Uebernahme des Schutzes unserer Nationalen und Interessen in den feindlichen Staaten, beziehungsweise in jenen Gebieten, welche die k. und k. Vertretungsbehörden infolge des Kriegszustandes verlassen haben.

Es haben diesen Schutz übernommen: in Serbien die Vereinigten Staaten von Amerika (der amerikanische Gesandte für Serbien residirt in Bukarest); in Rußland die Vereinigten Staaten (in Azerbeidjan die amerikanische Gesandtschaft in Teheran); in Frankreich die Vereinigten Staaten (in Toulon das dortige niederländische Konsulat); in Großbritannien (einschließlich Indien) die Vereinigten Staaten; in Montenegro Griechenland (in Skutari das dortige griechische Konsularamt); in Belgien (mit Ausschluß der von Deutschland besetzten Gebiete) die Vereinigten Staaten; in Japan die Vereinigten Staaten; in Aegypten die Vereinigten Staaten; in Italien Spanien (in Livorno, Palermo, Turin und Venedig die dortigen schweizerischen Konsulate); in Tripolis das dortige amerikanische Konsularamt.

21./III. 1915

**Schutz der Angehörigen und Interessen
der feindlichen Staaten in der österreichisch-
ungarischen Monarchie.**

Im nachstehenden wiederholen und ergänzen wir die früher veröffentlichten Angaben über den Schutz der Angehörigen und Interessen der feindlichen Staaten in der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Es haben diesen Schutz übernommen: Für Serbien Spanien, für Rußland Spanien (in Budapest, Fiume, Karlsbad, Prag und Triest wurde der Schutz der Staatsangehörigen und Interessen Rußlands und Serbiens von den in den genannten Städten residierenden amerikanischen Konsulen übernommen; in Budapest obliegt die Schutzeroberwachung an russische Staatsangehörige auch dem dortigen dänischen Generalkonsulat); für Frankreich die Vereinigten Staaten von Amerika; für Großbritannien die Vereinigten Staaten; für Montenegro Griechenland; für Belgien Spanien; für Japan die Vereinigten Staaten; für Italien die Vereinigten Staaten.

Kriegskalender.

6. Juli: Die Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand bringt nach ihrem Durchbruche bei Krasnik weiter nach Norden vor und erkämpft die Gegend von Zielczew; unter dem Druck dieses Vorgehens weicht der Gegner auch am Wiepr über Larnogora zurück. Die Deutschen stürmen westlich der Straße Suwalki-Stalmarja den stark befestigten Wald bei Viale-Blotow. — Vier italienische Korps gehen unter mächtiger Artillerieunterstützung gegen unsere Front vom Görzer Brückenkopf bis zum Meere vor; sie werden unter furchtbaren Verlusten vollständig zurückgeschlagen. — Bei Les Eparges werden zwei französische Nachtangriffe abgewiesen. — Rußland spricht Schweden sein Bedauern über die Neutralitätsverletzung aus.

7. Juli: Im Raume von Krasnik werden Angriffe neuerlich verstärkter russischer Kräfte von der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand unter großen Verlusten zurückgeschlagen. In Polen südlich der Weichsel erobern die Deutschen die Höhe 95 östlich Dolomatta. — Auf den Höhen östlich von Trebinje wird eine montenegrinische Brigade geworfen. — Mehrere italienische Nachtangriffe gegen den Görzer Brückenkopf und die Plateaufstellungen werden abgewiesen; italienische Flieger werfen auf Triest Bomben ab, ohne erheblichen Schaden anzurichten. — Bei der Beschließung feindlicher Truppenansammlungen in Arras gerät die Stadt in Brand; die Kathedrale fällt der Feuersbrunst zum Opfer; zwischen Maas und Mosel scheitern französische Vorstöße; halbwegs Villh-Apremont erobern die Deutschen die feindliche Stellung in einer Breite von 1500 Meter.

8. Juli: In Rußisch-Polen östlich der Weichsel werden zahlreiche heftige russische Angriffe abgeschlagen; auf den Höhen nördlich Krasnik heiderseits der Chaussee werden unsere Truppen vor überlegenen feindlichen Kräften, die zur Deckung von Lublin herangeführt wurden, zurückgenommen; westlich der Weichsel werden einige russische Vorstellungen erstürmt. — Auf den Grenzhöhen östlich Trebinje bricht ein montenegrinischer Nachtangriff zusammen. — Italienische Vorstöße gegen den Görzer Brückenkopf werden abgewiesen; in der Nordadria wird der italienische Panzerkreuzer „Amalfi“ von einem unserer Tauchboote versenkt. — Gegen die von den Deutschen genommenen Stellungen westlich Apremont dauern feindliche Angriffe Tag und Nacht ohne jeden Erfolg an; westlich von Souchez heftige Nahkämpfe; sonst auf der ganzen Westfront lebhafteste Geschützkämpfe. — Fürst Trubekoi wird als Gesandter Rußlands in Serbien enthoben. — In Frankreich wird die Ausfuhr von Gold verboten.

9. Juli. Auf den Höhen nördlich Krasnik werden mehrere äußerst heftige russische Angriffe zurückgeschlagen; westlich der Weichsel werden alle genommenen russischen Vorstellungen behauptet. — Ein Angriffsversuch zweier italienischer Bataillone auf den Col di Lana (bei Buchenstein) abgewiesen. — Bei Souchez fortgesetzte Kämpfe; anschließend an die von den Deutschen neugewonnenen Stellungen im Priesterwalde werden abermals einige französische Grabenlinien erstürmt; auf der Höhe 631 bei Bande Sapt räumen die Deutschen die vollkommen verschütteten Gräben auf der Kuppe. — Die deutsche Regierung macht in Beantwortung der „Lusitania“-Note Amerikas neue Vorschläge zur Sicherung des Passagierverkehrs. — Der Zeichnungstermin auf die italienische Kriegsanleihe wird infolge des schlechten Ergebnisses bis 18. Juli verlängert.

**Rücktritt des griechischen Ministers des
Aeußern.**

A. Athen, 19. Juli. Das Amtsblatt verlautbart die Demission des Ministers des Aeußern Zographos. Ministerpräsident Gunaris übernimmt provisorisch dessen Portefeuille.

Gleichzeitig wird die Vertagung der Eröffnung der Kammer auf den 16. August n. St. kundgemacht.

Aus der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ und die französische Sozialdemokratie. Zu der Rundgebung der französischen Sozialdemokratie schreibt die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme“ vom Dienstag:

Der Berliner „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, muß die Depesche, die über den französischen Beschluß berichtete, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend erhalten haben. Alle Berliner Blätter vom Sonnabend Morgen enthalten die Meldung. Der „Vorwärts“ brachte darüber kein Wort. Seitdem sind zwei weitere Ausgaben des Blattes erschienen. Aber auch die Nummern vom Sonntag und Montag enthalten keine Silbe über die Tagung des Generalrats der französischen Sozialdemokratie und die beschlossene Erklärung. Die Leser des „Vorwärts“ haben noch immer keine Ahnung davon, wie die französischen Sozialdemokraten über die Fortsetzung des Krieges, die Annegionsfrage und das Problem des Selbstbestimmungsrechts der Völker denken.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ betont dabei, daß besonders diejenigen Parteiblätter in Deutschland auf den Beschluß der französischen Sozialdemokratie gespannt sein mußten, die sich von dem Ausruf Haase—Bernstein—Kautskys nicht nur in Deutschland, sondern ganz besonders auch in Frankreich die Ermedung eines lebhaften Echos versprochen hatten, denn der Beschluß der französischen Parteivertretung stellt „die klipp und klare Antwort auf die deutschen Manifestationen dar“. Das Chemnitzer Blatt schreibt darüber:

„Die sozialistische Partei Frankreichs erklärt sich von neuem bereit, ihre Hilfe dem Werke der Landesverteidigung ohne Zurückhaltung, ohne Entmutigung oder Mattigkeit weiter zu bringen. Und über die Landesverteidigung hinaus setzt sie sich ein für die Eroberung und Annexion deutscher Provinzen, nämlich Elsaß-Lothringens. An der Tagung haben die sozialistischen Minister Guesde und Sembat sowie der neue Unterstaatssekretär Thomas, ferner Vandervelde und ausgerechnet Herr — Georg Weill, ehemaliger deutscher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Metz, teilgenommen. Einen Kommentar zu dem Beschluß hat inzwischen Hervé in seinem Blatte gegeben, indem er nachdrücklich die Selbstverständlichkeit der Annexion von Elsaß-Lothringen betont.“

Eine „bedeutungslose“ Rundgebung? Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. hat sich einstimmig mit der bisher von der Mehrheit der Reichstagsfraktion und vom Parteivorstand eingenommenen Haltung zum Krieg einverstanden erklärt und die Art, wie Abg. Haase als Vorsitzender der Partei gehandelt hat, gemißbilligt. Zu diesem Beschluß wird dem „Vorwärts“ aus Frankfurt geschrieben:

„Wir erachten diese Rundmachung für bedeutungslos, weil sie lediglich vom engeren Vorstand der Partei, einem Sieben-Männer-Kollegium, ausgeht, während der erweiterte Vorstand, der Vertrauensmannstörper und ebensowenig eine Mitgliederversammlung der Partei vor Erlaß dieser Rundgebung wohlweislich nicht gehört wurden, weil dabei die vom Vorstand betonte Einstimmigkeit nicht erzielt worden wäre. Die vor einiger Zeit in Frankfurt stattgefundene Versammlung, in der Genosse Abg. Haase sprach, hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß auch in Frankfurt a. M. eine sehr starke Minderheit mit der gegenwärtigen Taktik und den von Heine-David vertretenen neuen Zielen der Partei nicht einverstanden ist.“

Aus der Sozialdemokratie.

„Schande“ ruft der sozialdemokratische „Volkfreund“ in Karlsruhe. Weshalb? Mit dem Manifest des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes, betreffend die Herbeiführung eines Friedens, beschäftigt sich der „Labour Leader“, das Organ der „Independent Labour Party“ in England. Das Blatt konstatiert, daß das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch bittere Enttäuschung hervorgerufen habe. Aber es gibt jetzt einem Gefühl der Bewunderung Ausdruck „angesichts der mutvollen Bestrebung der deutschen Sozialisten, dem Krieg ein Ende zu bereiten“. Das Blatt erwartet zuversichtlich, daß die österreichischen und russischen Sozialisten auf den Vorschlag eingehen werden, sie möchten auf ihre Regierungen im Sinne der Herbeiführung eines baldigen Friedens einwirken. Daß in Frankreich die offizielle Partei sich weigern wird, den deutschen Sozialdemokraten offiziell zu antworten, hält das Blatt für wahrscheinlich. Es sagt weiter, es sei auch vielleicht zuviel, anzunehmen, daß die britische Sektion der Internationalen dem Beispiele der deutschen Partei folgen werde. Das heißt, so schreibt der „Volkfreund“, „in klarem Deutsch übertragen, daß die russischen Sozialisten, die in ihrem Lande so gut wie bedeutungslos sind, allenfalls etwas unternehmen möchten, daß von der französischen Parteileitung nichts zu erwarten sei, und daß vorerst auch auf eine nennenswerte Friedensbewegung der englischen Arbeiter nicht zu rechnen ist.“ Der „Volkfreund“ kommt zu dem Schluß:

Was ausländische Sozialisten sich der deutschen Sozialdemokratie gegenüber glauben erlauben zu dürfen, das beweist wieder dieser Artikel in „Labour Leader“. Das Blatt besißt, gelinde gesagt, die Unverfrorenheit, den deutschen Sozialdemokraten zu sagen, sie hätten „die Schande zu ertragen“, die ersten Sozialisten gewesen zu sein, die für die Kriegskredite stimmten. Diese Beschimpfung wird durch den Ausdruck der Bewunderung für die jetzige Haltung der deutschen Partei nicht aufgehoben. Die deutsche Partei und ihre Vertretungen haben sehr sorgsam überlegt, was sie im Interesse ihres Landes und ihres Volkes zu tun hatten, und müssen es sich sehr energisch verbitten, deswegen mit Rippeleien bedacht zu werden, weil sie genau dasselbe taten wie die Abgeordneten der französischen und der englischen Arbeiterschaft.

Gegen den sozialdemokratischen Parteiausschuß haben die Dresdner Sozialdemokraten in einer Bezirksitzung, an der auch die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Dresdner Wahl-

kreise teilnahmen, scharf Stellung genommen. Sie haben abgelehnt, den Beschluß des Parteiausschusses zum 1. Juli zu unterschreiben, soweit er sich gegen die Minderheit richtete und soweit er dem Vorsitzenden der Partei, dem Abgeordneten Haase, einen Tadel aussprach. Lediglich die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit sowie ihre Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den sozialistischen Parteien der feindlichen Länder wurden gebilligt und anerkannt, indessen auch diese nur mit einer ganz kleinen Mehrheit. Dagegen wurde mit etwa 20 Stimmen Mehrheit ein Beschluß angenommen, der die Maßnahmen der Parteinstanzen verurteilt, die eine Unterbindung der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei bezwecken. Auch das gegen den Abgeordneten Haase beliebte Verfahren wurde verurteilt. Man sprach ihm ferner das Vertrauen für seine „mannhafte Haltung“ aus und erklärte das Einverständnis mit seinem Artikel „Das Gebot der Stunde“.

Eine Abfertigung des sozialdemokratischen „Labour Leader“. Mit der Erklärung des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes, betreffend die Herbeiführung eines Friedens, beschäftigt sich der „Labour Leader“, das Organ der „Independent Labour Party“ in England. Das Blatt stellt fest, daß das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch bittere Enttäuschung hervorgerufen habe. Aber es gibt jetzt einem Gefühl der Bewunderung Ausdruck „angesichts der mutvollen Bestrebung der deutschen Sozialisten, dem Krieg ein Ende zu bereiten“. Das Blatt erwartet zuversichtlich, daß die österreichischen und russischen Sozialisten auf den Vorschlag eingehen werden, sie möchten auf ihre Regierungen im Sinne der Herbeiführung eines baldigen Friedens einwirken. Daß in Frankreich die Partei sich weigern wird, den deutschen Sozialdemokraten zu antworten, hält das Blatt für wahrscheinlich. Es sagt weiter, es sei auch vielleicht zuviel anzunehmen, daß der britische Teil der Internationalen dem Beispiele der deutschen Partei folgen werde. „Das heißt“, so schreibt der in Karlsruhe erscheinende „Volksfreund“, „in klarem Deutsch übertragen, daß die russischen Sozialisten, die in ihrem Lande so gut wie bedeutungslos sind, allenfalls etwas unternehmen möchten, daß von der französischen Parteileitung nichts zu erwarten sei, und daß vorerst auch auf eine nennenswerte Friedensbewegung der englischen Arbeiter nicht zu rechnen ist.“ Der „Volksfreund“ kommt zu dem Schluß:

Was ausländische Sozialisten sich der deutschen Sozialdemokratie gegenüber glauben erlauben zu dürfen, das beweist wieder dieser Artikel im „Labour Leader“. Das Blatt besagt, gelinde gesagt, die Unversfrorenheit, den deutschen Sozialdemokraten zu sagen, sie hätten „die Schande zu ertragen“, die ersten Sozialisten gewesen zu sein, die für die Kriegstribute stimmten. Diese Beschimpfung wird durch den Ausdruck der Bewunderung für die jetzige Haltung der deutschen Partei nicht aufgehoben. Die deutsche Partei und ihre Vertretungen haben sehr sorgsam überlegt, was sie im Interesse ihres Landes und ihres Volkes zu tun hatten, und müssen es sich sehr energisch verbitten, deswegen mit Rüpelien bedacht zu werden, weil sie genau dasselbe taten wie die Abgeordneten der französischen und der englischen Arbeiterschaft.

Die Katholiken Frankreichs entschuldigen sich — allerdings in etwas ungewohnter Form, wenn man den vorliegenden Telegrammen Glauben schenken darf. Der Katholische Ausschuss für die französische Propaganda im Auslande gibt eine Antwort auf die Abwehr-Denkschrift deutscher Katholiken gegen das Werk „La guerre allemande et le catholicisme“. Der französische Ausschuss

entschuldigt sich dagegen, gegen uns „grimmigen Haß zu predigen“, mit der Behauptung Erzberger, einer der Unterzeichner des deutschen Aufrufes, habe den Wunsch geäußert, „ganz London vernichtet zu sehen“, und habe gefordert, „nichts zu schonen, weder die Frauen noch die Kinder, noch die Greise, noch die Kirchen, weder die öffentlichen noch die privaten Gebäude, noch sonst irgendwelches Eigentum.“ In Deutschland ist von einem Ausspruch Erzbergers nichts bekannt. Nicht minder unhaltbar ist es, wenn jetzt der Katholische Ausschuss Frankreichs sich herausnehmen will, die deutschen Katholiken hätten den Streit begonnen: „Wir haben erst das Wort ergriffen, als wir die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß neue Lügenaturen (1) nicht aufhörten, uns bei den Neutralen zu verleumden und die öffentliche Meinung unserer katholischen Brüder gegen uns zu lehren.“ Nach dieser Darstellung wäre die französische Schrift ein Abwehrwerk, während sie doch vom Anfang bis zu Ende den ausgesprochensten Angriffscharakter zeigt. Dazu, wer tatsächlich „angefangen“ habe, sagt zutreffend die „Kölnische Volkszeitung“: „Man muß die Zeitungen und Flugblätter in Belgien gesehen haben, die den deutschen Truppen voraus überall im Lande verbreitet wurden und das unwissende Volk durch Bild und Schrift gegen die deutschen „Nordbrenner, Frauenschänder, Kindermörder“ bewußt und planmäßig zu jenem bewaffneten Widerstand verleiteten und das Unglück Belgiens geworden sind, und man muß einige Zeit in irgend einem neutralen Land gelebt und hier die bis zu dem äußersten nicht wiederzugehenden Gemeinheiten von Frankreich aus betriebene Mache der Lügen und Verleumdungen gegen Deutschland beobachtet haben, um die ganze Unverfrorenheit dieser Behauptungen zu ermessen.“ Geradezu unfassbar ist es, daß der Katholische Ausschuss den Hinweis, daß das deutsche Heer einen großen Prozentsatz gläubigstreuener, der Betätigung ihrer Religion ergebener Katholiken zähle, mit der beleidigenden Behauptung abtun zu können glaubt, daß man aber auch wisse, „welch angekamme Robeit bei manchem dieser (katholischen) Volksstämme in Deutschland geblieben sei und welcher passive Gehorsam gegen ihre Führer sie erfülle“. Noch ärger ist die ungläubliche Verdrehung, die darin liegt, daß der französische Ausschuss sein Bedauern nicht nur von seinem französischen, sondern auch von seinem katholischen Standpunkt aus ausspricht, eine so große Partei, wie die Zentrumspartei, ihre religiösen Ziele verleugnen und mit den Mdeutschen gemeinsame Sache machen zu sehen, statt, womit sie sich mehr geehrt hätte, „christlich die Rechte der Menschlichkeit zu verteidigen“. Die französische Antwort kommt zu dem Schlusse: „Wir werden fortfahren, mit Festigkeit, aber auch mit Ruhe, vor unsern Brüdern der neutralen Länder zu vertreten, daß die katholische Kirche an eurem Siege kein Interesse hat.“ Hier ist in der schreiendsten Weise zum Ausdruck gebracht, wie man Religion und Politik in Frankreich vermengt. Hier laßt ein unüberbrückbarer Spalt zwischen unserer und französischer Auffassung. Für uns ist die Weltkirche die höchste Vertreterin der Wahrheit und Gerechtigkeit und wenn man überhaupt davon reden will, daß sie ein Interesse an dem Siege des einen oder anderen Kriegführenden habe, dann kann das nur in dem Sinne sein, daß sie wünschen muß, Wahrheit und Gerechtigkeit siegen zu sehen. Sachlich bringt die französische Antwort nichts als die billige Erklärung, daß die deutsche Denkschrift „eine unmögliche Rechtfertigung von Handlungen versuche, die zu notorisch sind, als daß sie in Zweifel gezogen werden könnten“. Dabei will die deutsche Antwort nur ein feierlicher Protest. Die tatsächliche Rechtfertigung haben die deutschen Katholiken der Schrift des Baderborner Professors Rosenbergs überlassen, die erst in diesen Tagen herauskam und mit der sich die französische Antwort noch gar nicht befaßt.

22./VII. 1915

Kriegskalender.

10. Juli. Nördlich Krasnii erneuern die Russen nochmals erfolglos ihre Angriffe. Bei Ossowiec wird ein russischer Angriff von den Deutschen zurückgeschlagen. — Bei Sdrauffina wird ein italienischer Angriffsversuch abgewiesen; ein Angriff gegen unsere Stellungen nordöstlich des Kreuzbergfittels wird zum Stehen gebracht; feindliche Angriffsversuche gegen den Col di Lana werden schon in ihren Anfängen niedergehalten. — Im Priesterwalde verbessern die Deutschen durch einen Vorstoß ihre neuen Stellungen; in der Champagne nordwestlich von Beau Séjour-Ferme stürmen die Deutschen einen französischen Graben; drei französische Angriffe am Südbang der Höhe 631 scheitern im deutschen Artilleriefeuer. — Der russische Dampfer „Anna“ von einem deutschen Unterseeboot torpediert. — Auf den Sultan von Aegypten wird in Alexandrien ein Attentat verübt. — Edward Grey kehrt von seinem Urlaub zurück.

Unsere Kriegsvorräte.

Von beachtenswerter Seite wird uns geschrieben:

Mit leichterem Herzen als nach dem Beginn des Krieges und in den Wintermonaten denkt und spricht man jetzt in Deutschland von den Aushungerungsplänen unserer Gegner und ihren Wirtschaftskriegen, liest hin und wieder mit einigem Humor, daß den Aushungerern noch nicht die Hoffnung geschwunden ist. Unsere vorjährige Ernte in den wichtigsten Holz- und Knollenfrüchten hat dank unserer Organisation viel weiter gereicht, als jemals gedacht worden ist.

Wir kommen mit stattlichen Vorräten in das neue Erntejahr hinein. Und diese neue Ernte, die zum Teil ja schon in den Scheuern ist, zum Teil sich übersehen läßt, ist so gut geraten, daß man ohne Übertreibung sagen kann: Die Idee, uns während des Krieges auszuhungern, ist als eine Lächerlichkeit durch die Tatsachen erwiesen. Der Mensch lebt aber nicht bloß von Fleisch, Brot, Kartoffeln und Gemüse, er braucht, namentlich zum Kriegsführen, noch anderes, vieles auch, was in der Hauptsache zur Friedenszeit aus dem uns jetzt verschlossenen Auslande eingeführt worden ist. Da ist es nun sehr erfreulich zu wissen, daß auch diese wichtigen Rohstoffe, teils vegetabilische Produkte, die Öle und Fette liefern, dann aber auch die für die Industrie und speziell für die Kriegsindustrie wichtigen Metalle, wie neuere sorgfältige Aufnahmen und Schätzungen ergeben haben, durch die Vorräte über alle Erwartung und erstaunlich groß sind, die sich im Privatbesitz befinden.

Wir werden nie Mangel an Blei haben; wenn er je eintreten sollte, sind so ungeheure Mengen von Blei, namentlich in Gestalt von Röhren vorhanden, die durch andere, namentlich eiserne Röhren ersetzt werden können, daß jeder mögliche Bedarf auf lange hinaus gedeckt ist. Von dem Kupfer gar, diesem Welt handelsartikel, der während des Krieges mit Recht so oft genannt wird, befinden sich zurzeit Vorräte zur Verfügung der Militärverwaltung, die über die wahrscheinliche Dauer des Krieges hinausreichen. Sollte der Krieg aber, wenigstens nach dem in Reden und in Zeitungsartikeln unserer Gegner bisweilen ostentativ bekundeten Entschluß, noch Jahr und Tag dauern: wir haben auch dann noch Kupfer genug, genug sogar über jede mögliche Dauer des Krieges hinaus. Denn — warum soll man eine erfreuliche Tatsache der allgemeinen Kenntnis vorenthalten? — eine Schätzung zuverlässiger Statistiker hat ergeben, daß an entbehrlichem Kupfer im Privatbesitz in Form von Maschinenteilen, die durch andere Metalle ersetzt werden können, ganz besonders in Form von kupfernem Hausgerät, von Kesseln und Pfannen, von bronzenen Gegenständen und in Form von Bedachungen profaner und öffentlicher Gebäude rund zwei Millionen Tonnen in Deutschland vorhanden sind. Auf diese Vorräte kann eine vorausorgende Heeresverwaltung jeden Augenblick, ohne daß jemandem damit eine Entbehrung zugemutet wird, zurückgreifen, und mit dieser überraschend großen Reserve würde der Krieg, — wir wollen, um niemand zu erschrecken, gar nicht sagen, wie viel Jahre — fortgeführt werden können.

Aus der Sozialdemokratie.

Reichstagsabg. Südekum über die Annektionsfrage.
Im sozialdemokratischen „Hamb. Echo“ spricht sich Reichstagsabg. Dr. Südekum über die Annektionsfrage u. a. wie folgt aus:

Wahrscheinlich ist die Mehrheit unseres ganzen Volkes, sicher die Mehrheit der unserer Gedankenwelt anhängenden Masse, gegen die Unterjochung fremder Völker; aber deshalb kann man doch gegen die rein negative Behauptung jener Oppositionellen (innerhalb der Sozialdemokratie) mit vermutlich viel größerer Berechtigung die andere wagen, daß gegen notwendige Grenzsicherungen unseres Landes und gegen selbst recht weitgehende wirtschaftliche Verbindungen zwischen den europäischen Staaten, auch als Teile von Friedensbedingungen, ernsthaft nichts eingewendet wird. In einem Feldbrief an die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ heißt es klipp und klar: „Und das sei auch gleich gesagt: Wir wollen auch nicht umsonst gekämpft haben. Nach außen wollen wir Sicherung gegen einen neuen Krieg.“ Wie eine solche Sicherung auszuweisen muß, ohne daß mit ihr die Unterjochung eines fremden Volkes verbunden ist, das muß als technische Frage behandelt und weiterer Untersuchung unterstellt werden.

Deutsche und französische Sozialdemokratie. Gegenüber der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volksstimme“ erklärt der „Vorwärts“, daß er am 17. Juli die W. T. B.-Meldung über den Kongreß der französischen Sozialdemokratie veröffentlicht habe, daß ihm aber ein weiteres Eingehen auf den Beschluß des französischen Nationalrates bis jetzt aus Gründen, die nicht in seiner Macht liegen, nicht möglich gewesen sei. — Selbst die „Leipz. Volksztg.“ nimmt Stellung gegen die Rundgebung der französischen Sozialdemokratie, indem sie schreibt:

Die Resolution (der französischen Sozialdemokratie) zeichnet sich aus durch ihre vollständige Kritiklosigkeit in der Beurteilung der französischen Regierung und der mit Frankreich verbündeten Staaten. So schwarz die französischen Sozialisten den deutschen Imperialismus malen, so wenig wissen sie anscheinend von einem französischen, englischen, russischen Imperialismus. Die beklagenswerte, durchaus unsozialistische Einseitigkeit wird durch den Umstand, daß sich die Franzosen gegen einen feindlichen Einsall wehren, in gewissem Maße erklärt, aber sie verliert dadurch wenig von ihrer bedauerlichen Wirkung. Daß die von den französischen Sozialisten formulierten Bedingungen des Friedens den Frieden weit hinauschieben, liegt auf der Hand. Wir müssen ihnen die Verantwortung dafür überlassen.

Mehr Nationalbewußtsein!

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Mehr Nationalbewußtsein! Das ist es, was wir allen Deutschen wünschen möchten. Wo diese Forderung nicht erfüllt wird, sind alle Opfer vergeblich, haben alle Gefallenen umsonst ihr Blut vergossen, da bedeutet auch die schönste Kriegs- und Siegesfrucht zuletzt so gut wie nichts. Dann stehen wir wieder genau, wo wir vor dem Krieg gestanden sind, als der Deutsche Reichstag in einer Verblendung sondergleichen in der Zabernsache so gründlich daneben haute und dem Kanzler und Kriegsminister das Leben so schwer machte. Dann fallen wir wieder zurück in den alten deutschen Erbfehler innerer Uneinigkeit und Zerissenheit.

Wir dürfen mit unserem Ruf: „Mehr Nationalbewußtsein!“ nicht warten bis nach dem Krieg, sonst ist es zu spät. Wir stecken die Warnungstafel heute schon auf, weil Dinge passieren, die besser unterblieben wären, die dem deutschen Namen nicht zur Ehre gereichen, die im Feindesland falsche Vorstellungen erwecken. Es war nicht nur unnötig, sondern höchst bedauerlich, daß Sozialisten den Bantapfel unzeitgemäßer Friedensvorschläge in das deutsche Volk hereinwarfen. Gleichermäße hätten wir gerne auf die Stimme des Admirals z. D. v. Truppel verzichtet, welcher sich von einer Modifikation des Unterseebootshandelskriegs wunder was verspricht, während jedes Kind heute erkennt, daß das ganze Prestige der englischen Seemacht durch nichts anderes als durch unsere Unterseeboote für alle Zeiten unwiderruflich dahin ist.

Mehr Nationalbewußtsein! Dies gilt aber auch den heimischen Schwarzsehern, Kritikalstern und Miesmachern, welche in ihrer Allerweltsweisheit nicht müde werden, unser todesmutiges Heer zu bemängeln, seine Erfolge zu verkleinern, seine Leistungen herabzusetzen. Umsonst daß Marie Diers mit diesen allen schon vor Monaten gründlich abgerechnet hat. Sie wollen noch immer nicht verstummen und schämen sich nicht, sogar in ihren Briefen in's Feld ihre Eier zu legen, zum Arger und Verdruß unserer Helden draußen.

Wenn ein Vögelein zum ersten Mal das Nest verläßt, so erwartet niemand, daß es sich sofort in stolze Höhen wagt. Wir wissen es, daß nur Übung den Meister macht. Warum wohl war es dem deutschen Volk nicht verstattet, nach der Bändigung des korbischen Raubvogels den Höhenflug zu unternehmen? Warum fehlten ihm Fähigkeit und Kraft trotz der aufmunternden Stimmen eines Arndt und Körner, Schleiermacher, Stein und Fichte? Warum kam es über leise Flügelschläge nicht hinaus? Ja, auch dann, als die Wetter des Krieges in den Jahren 1870—71 über Deutschland hingebraust waren und eine kostbare Siegesfrucht eingeheimst werden konnte — das Beste blieb aus, das Schönste fehlte: das starke deutsche Nationalgefühl, das sichere, feste Bewußtsein des eigenen Wertes und der eigenen Kraft. Sonst wäre es — um nur einen Punkt herauszugreifen — ganz unmöglich gewesen, daß noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Auswanderung auf 150, ja bis zu 230,000 Seelen stieg. Wer will ermessen, welche prächtigen Menschenwerte uns damals Jahr für Jahr verloren gegangen sind?

Und doch sollte man meinen, daß unter allen Rassen gerade die empfängliche, tiefangelegte deutsche Volksseele besonders geeignet wäre für Erweckung des Nationalgefühls und alle Bedingungen dafür besäße.

Es mußte erst ein Weltbrand sondergleichen aufleuchten, es mußte erst eine Wetterwolke wie noch nie vorher über Deutschlands Gauen aufsteigen, um das deutsche Volk sich auf sich selbst, auf seine Kraft und Stärke, auf seinen eigentlichen Wert besinnen zu lassen. Die Not, die große Not hat uns dazu getrieben, hinabzufahren in den deutschen Schacht und deutsches Erz herauszuholen an das Tageslicht. Schon dämmert bei den Gegnern Deutschlands eine Ahnung davon auf, daß alle Mächte der Hölle nichts vermögen wider Alldeutschlands Kraft, daß Deutschland unbefleglich ist und bleibt.

Eben dieser Gedanke, dieses Bewußtsein ist es, das uns Deutsche aufrecht hält, das uns durchhalten und uns durchsetzen heißt, das alle Klagen verstummen läßt, das uns den Krieg in höherem Licht, sub specie aeternitatis erschauen läßt, das uns zum lang entbehrten, lang vermißten Nationalbewußtsein verhelfen wird.

Die Geschichte aller Völker lehrt es uns auf ihren Blättern von den ältesten Zeiten bis heute, daß, wenn der Zeiger auf der Weltenuhr einen Ruck vorwärts machte, stets eine Katastrophe blutigster Art vorausgehen mußte. Diese Rolle spielten bei den alten Griechen die Perserkriege, bei den Römern ein Hannibal.

Wir Deutschen litten bis zum Ausbruch dieses Krieges an einem großen Mangel. Der Staatsgedanke war uns fast ganz verloren gegangen. Die Zugehörigkeit zu unserm großen Volk wurde nicht überall richtig gewertet, nicht nach Gebühr eingeschätzt. Wir nahmen es als selbstverständlich hin und achteten nicht weiter darüber nach, warum der Venter der Völkergeschichte gerade unser Volkstum durch zweitausendjährige Stürme hindurchgerettet hat. Da kam der Krieg. Wenn der braulende Sturmwind durch die Bäume fährt, da werden die tauben Blüten und das welke Laub herabgeschüttelt, da wird das dürre Geäst zu Boden gepeitscht. Also geschah es auch dem deutschen Volke. Nicht um pessimistische Unkenrufe handelte es sich; nein, es war das Urteil wohlmeinender, klarsiehender Volksfreunde, welche vor der Gefahr warnten, die nationalen Aufgaben nicht weiter zu schädigen durch politische, religiöse und soziale innere Kämpfe. Kulturschäden aller Art waren gar üppig ins Kraut geschossen. Selbstsucht, Eigennutz, Begehrlichkeit, Genußsucht, geistige Verflachung, sittliche Verweichlichung, Modetorheit, Fremdenhafferei zehrten am Mark der deutschen Eiche. Wo wäre da Raum gewesen für das Erstarken eines machtvollen Nationalbewußtseins? Was half es da, daß so viel große Dichter und Denker, Erfinder und Künstler aus demselben Volk hervorgegangen waren? Nur eins konnte helfen: Ein großes Ereignis. Und dieses blieb nicht aus. Ein neuer Frühling kündigt sich an: Das deutsche Volk steht mitten in den Wehen einer Neugeburt. Aber das Morgenrot bricht schon langsam durch. Wir Deutschen haben eine große Botschaft den Völkern zu bringen. Wir haben der Welt noch etwas zu sagen. Mag eine Welt von Feinden uns als „Barbaren“ beschimpfen, was liegt daran? Zuletzt wird auch auf der Segner Seite die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß auf keiner anderen Seite als auf der der Deutschen Recht und Wahrheit liegt. Dann bricht der Tag der Deutschen an und ein durch Leiden gereiftes, durch Siege gestähltes Volk wird sich erheben zu machtvoller Nationalbewußtsein.

Sozialdemokraten gegen ihren Parteivorstehenden. Der Provinzialvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover, die Vorstände des Gewerkschaftsartells und des Sozialdemokratischen Wahlvereins sowie die Bezirksführer des letzteren in Hannover und die in den Organisationen tätigen Redner nahmen in drei Sitzungen Stellung zu den Parteistreitigkeiten über die Haltung und die Taktik der Reichstagsfraktion bei Bewilligung der Krieganleihen und erklärten:

„Die Bewilligung der Krieganleihen durch die sozialdemokratische Fraktion war eine Notwendigkeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes, von dem die in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Arbeiter einen großen Teil bilden. Deren Erregenschaften sind mit der Existenz und Unversehrtheit des Landes und Volkes untrennbar verbunden. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit halten die Vorstände die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung für unerlässlich und verurteilen das schädliche Treiben derjenigen, die versuchen, die Partei in einer bisher nicht üblichen Form und unter gröblichster Beschimpfung der Mehrheit der Partei und Fraktion zu einer der Arbeiterbewegung und dem ganzen Volke schädlichen Taktik zu verleiten. Mit der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, deren Preisgabe das Ende der Bewegung bedeuten würde, steht die vom

Genossen Haase als Vorsiehendem der Partei herbeigeführte Veröffentlichung des Ausrufs „Ein Gebot der Stunde“ in schärfstem Widerspruch, zumal die Veröffentlichung ohne zuvorige Beratung im Parteivorstand erfolgt ist. Sie mißbilligt das Vorgehen des Genossen Haase, ebenso wie alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, eine Umkehr von der bisherigen Haltung der Partei zu erreichen.“

Von 56 Teilnehmern an der Aussprache stimmten nur zwei gegen diese Erklärung.

Stimmen aus Ungarn.

Von

Prof. Ludwig Stein.

Im jüngsten Heft der „Revue de Hongrie“ veröffentlicht Graf Julius Andrássy einen bemerkenswerten Aufsatz über die Garantien eines dauerhaften Friedens. In großzügiger Auffassung zeichnet Andrássy die Linien, welche den zentraleuropäischen Interessen einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten vermöchten.

Drei Momente sind es, welche den Aufsatz Andrássys gerade in diesem Augenblicke besonders bemerkenswert erscheinen lassen. In erster Reihe ist es seine entschiedene Stellungnahme gegen England. Wer die persönlichen Fäden kennt, die Andrássy seiner ganzen Wesensart, Weltanschauung und Geschmacksrichtung nach mit England verbinden, der wird es doppelt erfreulich finden, daß Andrássy für den deutsch-englischen Gegensatz den treffenden Ausdruck gefunden hat. Die Weltwasserhegemonie, die England auf allen Meeren für sich in Anspruch nimmt, muß, sagt Andrássy, gebrochen werden. Gelingt es dem deutschen Meer, diesen Wasserweg zu glücklichem Ende zu führen, dann werden die Engländer die Berechtigung des Anspruchs auf die Freiheit der Meere anerkennen und zugestehen müssen, daß Deutschland zu stark ist, um die Notwendigkeiten seiner ökonomischen Entwicklung dem guten Willen Englands unterzuordnen. „Wir hoffen, daß England sich dabei bescheiden wird, sobald ihm erst die Einsicht aufdämmert, daß Deutschland unbesiegbar ist.“

Der zweite Gesichtspunkt Andrássys, der uns hier interessiert, ist die Stellungnahme zum Orientproblem, insbesondere zu Serbien. Es berührt erfreulich, von Andrássy zu hören, daß auch er zur Ueberzeugung gelangt ist, daß Serbien aufhören müsse, der Vorposten Rußlands zu sein und der ewige Störenfried auf dem Balkan zu bleiben. Die Balkanvölker, sagt Andrássy, bedürfen der Protektion Rußlands nicht mehr. Sie können sich nunmehr freitätig entwickeln und wirtschaftlich bereichern. Sie werden sich in Zukunft nach Rassenverwandtschaft vereinigen, ohne daß die Interessen Oesterreich-Ungarns dadurch gefährdet werden. Je mehr sich diese Staaten entfalten und je besser sie gedeihen, desto erfreulicher wird dies für uns sein. Denn wir vertreten für die Balkanvölker das wirkliche Gleichgewicht ihrer Kräfte. „Wir können das Prinzip bis zu seinen letzten Konsequenzen anerkennen, daß der Balkan den Balkanvölkern gehört.“

Noch ein dritter Gedankengang scheint uns in dieser Abhandlung Andrássys von Bedeutung, er betrifft die große wirtschaftliche Linie, die sich nach dem Friedensschluß von der Nordsee bis zum Goldenen Horn erstrecken soll. Anfänglich mag die serbische Politik dem Gedankenkreise der Politiker in Cis- und Transleithanien näher gelegen haben. Nach und nach dämmert aber allen die Einsicht auf, daß die Türkei auch für Oesterreich unendlich viel wichtiger als Serbien ist. Wenn erst die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden strategisch gegeben sein werden, dann wird es auch für Oesterreich-Ungarn ein wirtschaftliches Lebensbedürfnis sein, seine Märkte bis in den fernen Osten ausdehnen zu können. Wien und Budapest werden große Mittelpunkte für den wirtschaftlichen Durchgangsverkehr werden. Und der Donau steht eine solche Zukunft bevor, wie sie vor Ausbruch des Krieges der Rhein schon hatte. Dieses weltwirtschaftliche Moment machte es auch den österreichisch-ungarischen Politikern zur Notwendigkeit, ihre Blicke nicht wie hypnotisiert auf Belgrad oder Nisch zu richten, sondern nach Konstantinopel zu lenken, wohin der Zug der weltwirtschaftlichen Entwicklung für Europa nach einem dauerhaften Frieden offenkundig tendieren wird.

Während Graf Andrássy die Garantien eines dauerhaften Friedens untersucht, hat der Titularbischof und Generalinspektor der Museen und Bibliotheken in Ungarn, Dr. Wilhelm Fraňkó, die Frage geprüft: „Wann soll man und wie kann man Frieden schließen?“ (Wien, Verlag Wilhelm Fried). Bischof Fraňkó gehört zu den führenden Geschichtsschreibern Ungarns und steht auch in Rom in höchstem Ansehen beim Heiligen Stuhl. Schon am 9. November 1914 hat der Bischof an den Papst Benedikt XV. ein Schreiben gerichtet, dessen Wortlaut er in der genannten Schrift wiedergibt. In diesem Schreiben bittet er den Papst, dem Beispiele seines glorreichen Vorgängers Pius VI. zu folgen. Der Brief schließt mit den beweglichen Worten: „Selbst im Falle eines Mißerfolges würde Dir die Welt die Bewunderung nicht versagen.“ Fraňkó schlägt vor, daß ein Friedenskongreß der führenden Großmächte unter dem Präsidium des Papstes in der Hauptstadt eines neutralen Staates (am geeignetsten in Madrid) zusammentrete. Mag auch Bischof Fraňkó den Ereignissen voraussehen, so ist es immerhin von Interesse, die Stimme eines so warmherzigen Vertreters der ungarischen Nation wie des katholischen Klerus zu hören.

Heute sind führende ungarische Politiker und Volkswirtschaftler eingetroffen, um an den Besprechungen des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes, die heute und morgen stattfinden, teilzunehmen. Die ungarische Gruppe des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes steht unter Führung des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Alexander Bekerle und des früheren Staatssekretärs im Handelsministerium Josef Szterényi. Die Stimmen dieser führenden Männer in Ungarn werden in Berlin lebhaften Widerhall finden.

Spaltung der württembergischen Sozialdemokratie.

Stuttgart, 22. Juli. Die Abgeordneten Westmayer, Engelhardt und Hösche haben dem Präsidium der Zweiten Kammer des Landtages angezeigt, daß sie sich zu einer sozialistischen Fraktion (im Gegensatz zur sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages) zusammengeschlossen haben.

Der Zwiespalt in der württembergischen Sozialdemokratie, der sich seit Jahren unausgesetzt verschärft, hat jetzt auch nach außen hin einen sichtbaren Ausdruck gefunden. Von den siebzehn Mitgliedern der Landtagsfraktion sind drei ausgeschieden, um eine eigene sozialistische Fraktion zu bilden. Damit hat eine Entwicklung ihren Abschluß gefunden, deren Bedeutung weit über die Schwarz-roten Grenzpfähle hinausreicht. Nirgends sind die Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Revisionisten mit so leidenschaftlicher Erbitterung, mit solcher persönlichen Schärfe geführt worden wie in Württemberg. Hier stießen beide Parteigruppen in gleicher Stärke aufeinander, so daß mit dem Sieg der einen oder anderen Richtung kaum zu rechnen war. Noch auf dem Parteitage der württembergischen Sozialdemokratie im Juli 1913 wurde der Kampf als unentschieden abgebrochen und alle vorliegenden Anträge zurückgezogen, weil die Mehrheitsverhältnisse unklar waren. Trotzdem schien es, als ob die Radikalen, deren eigentliche Führung Klara Zetkin innehatte, doch langsam die Herrschaft an sich reißen würden, vor allem verfügten sie unbedingt über die Stuttgarter „Tagwacht“, das Hauptorgan der württembergischen Partei. In jenen Tagen legte auch der revisionistische Reichstagsabgeordnete für Stuttgart, Hildenbrand, sein Landtagsmandat nieder und verließ Württemberg.

Von da an haben aber die Revisionisten allmählich wieder mehr an Boden gewonnen, bis der Kriegsausbruch ihren Sieg entschied. Die „Tagwacht“ wurde den Radikalen entzogen und Keil, der Führer des rechten Flügels, ersetzte Crispian und Westmayer in der Redaktion. Auch in den einzelnen Ortsgruppen wurde im vergangenen Jahre Klarheit geschaffen. In Stuttgart wie in Göppingen wurden neue Vereine gegründet, die der Landesvorstand als außerhalb der Partei stehend bezeichnete. Es ist heute unmöglich, auf diese Wirren im einzelnen einzugehen, die sich zum großen Teil infolge des Kriegszustandes der Öffentlichkeit entzogen. Die Presszensur und die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes haben wenigstens nach außen hin diese mit wachsender Gehässigkeit geführten Kämpfe verdeckt. Immerhin bewiesen die vielen Erklärungen beider Gruppen, daß an eine Verständigung nicht zu denken war. Wiederholt versuchte es dann der Berliner Parteivorstand, vermittelnd einzugreifen, ohne aber irgendeinen Erfolg verzeichnen zu können. Anfang Mai legten auf einer Konferenz in Stuttgart die Mitglieder des Parteivorstandes Braun und Müller eine Erklärung vor, die als Grundlage zu einer Eini-gung dienen sollte, die Westmeyer-Gruppe lehnte diese Vorschläge jedoch ab. Gleichzeitig wurde vom Parteivorstande für Württemberg eine Erklärung wiederholt, daß diese Gruppe nicht mehr zur Partei gehöre.

Der eigentliche Bruch wurde dann offiziell am 26. Juni dieses Jahres in einer Landtagsitzung vollzogen. Als der Abg. Keil namens der sozialdemokratischen Fraktion die Zustimmung zu einigen Regierungsvorlagen aussprach, erklärte der Abg. Westmeyer, daß er und seine Freunde, gemeint waren Engelhardt und Hösche, nicht zu den Fraktionsitzungen hinzugezogen waren, worauf Keil entgegnete, daß diese Abgeordneten außerhalb der Fraktion ständen. Westmeyer hat nun in der gestrigen Sitzung des Landtages, der ersten nach jenem Zwischenfall, die Bildung einer neuen Fraktion angezeigt.

Die entscheidende Frage war jetzt, welche Folgen diese Trennung in Württemberg für die Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie hat. Daß die Westmeyer, Zetkin und Crispian auch in anderen Landesteilen einen starken Anhang haben, ist bekannt. Von sozial-

demokratischer Seite wurde erst in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß zwischen den Redaktionen in Stuttgart, Hamburg und Steglitz eine sehr enge Verbindung bestehe. Wie eng sie ist, müssen schon die nächsten Tage zeigen.

Gegen Haase. Der „Provinzialvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover, die Vorstände des Gewerkschaftsartells und des Sozialdemokratischen Wahlvereins sowie die Bezirksführer des letzteren in Hannover und die in den Organisationen tätigen Redner“ nahmen in drei Sitzungen Stellung zu den Parteistreitigkeiten über die Haltung und die Taktik der Reichstagsfraktion bei Bewilligung der Kriegsanleihen und erklärten: „Die Bewilligung der Kriegsanleihen durch die sozialdemokratische Fraktion war eine Notwendigkeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes, von dem die in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Arbeiter einen großen Teil bilden. Deren Errungenschaften sind mit der Existenz und Unversehrtheit des Landes und Volkes untrennbar verbunden. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit halten die Vorstände die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung für unerlässlich und verurteilen das schädliche Treiben derjenigen, die versuchen, die Partei in einer bisher nicht üblichen Form und unter größtmöglicher Beschimpfung der Mehrheit der Partei und Fraktion zu einer der Arbeiterbewegung und dem ganzen Volke schädlichen Taktik zu verleiten. Mit der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, deren Preisgabe das Ende der Bewegung bedeuten würde, steht die vom Genossen Haase als Vorsitzenden der Partei herbeigeführte Veröffentlichung des Ausrufs „Ein Gebot der Stunde“ in schärfstem Widerspruch, zumal die Veröffentlichung ohne zuvorige Beratung im Parteivorstand erfolgt ist. Sie mißbilligt das Vorgehen des Genossen Haase, ebenso wie alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, eine Umkehr von der bisherigen Haltung der Partei zu erreichen.“ — Von 56 Teilnehmern an der Aussprache stimmten nur zwei gegen diese Resolution.

Sozialdemokratische Blätter unter Präventivzensur.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ ist gestern wegen eines Artikels gegen die bayerische Regierung unter Präventivzensur gestellt worden. Ferner ist, dem „Vorwärts“ zufolge, auch über die „Mainzer Volksstimme“ die Präventivzensur verhängt worden.

23./III. 1915

129

* (Aus Preßburg) wird uns geschrieben: Alles hat seine guten und schlechten Seiten. So auch der Krieg. Niemals noch war das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Unzertrennlichkeit unter den Verbündeten ein so inniges, wie seit dem Augenblick, da uns Italien lehren mußte, was — wahre Freundschaft ist. Was bisher die Centralmächte miteinander verband, war gewiß schon an und für sich stark genug, um dem Ansturm fürwitziger Gewalten zu widerstehen, doch der Krieg hat dieses eberne Band mit Rosen der Innigkeit umschlungen, und sprechen Liebe und Treue von nun an vom Herzen zum Herzen. Dies zeigt sich auch in Aeußerlichkeiten ohne Zahl. Nicht nur bei uns, sondern fast in allen Städten des weiten Ungarlandes gehört es gewissermaßen zum guten Ton, in Kaffeehäusern und Restaurants, wo Bigeuner und andre Kapellen spielen, zu Ehren der stets in größerer Zahl anwesenden österreichischen Offiziere und Soldaten spezifisch österreichische Lieder zu verlangen, und macht es durchaus keinen lauti-schen Eindruck, wenn Janosi Primas das beliebte „Hoch vom Dachstein an“ mit demselben Feuer zum Vortrag bringt wie einen glühenden Esardas. Madehymarsch und „Prinz Eugen“ gehören zu den täglichen musikalischen Konsummitteln, und wird bei festlichen Anlässen neben dem Hymnus auch das „Gott erhalte“ mit jener Ehrfurcht angehört, die der Hymne des Schwesterstaates gebührt. Diese Erscheinungen sind indessen speziell in Preßburg nicht neuesten Datums. Wir denken dabei an die vor zwei Jahren erfolgte Eröffnung der Elektrischen Preßburg-Wien und dann an den herzlichen Empfang, der damals den Wiener Gästen, vor allem ihren Bürgermeister Dr. Weiskirchner, zuteil wurde. Damals war es noch eine Novität in Ungarn, als man beim Festkommers zuerst die österreichische und dann die ungarische Hymne spielte. Die Wirkung blieb nicht aus. Denn als die Preßburger, einem Rufe Dr. Weiskirchners folgend, sich nach Wien begaben, wurden sie vom Bahnhof bis zum Wiener Rathhaus mit ungarischen Fahnen empfangen, und ertönte beim Festessen die ungarische Hymne, vielleicht zum erstenmal auf österreichischem Territorium. Es ist gewiß nicht in letzter Reihe das Verdienst unfres Obergespanns Dr. v. Bartal, daß der Keim dieser österreichisch-ungarischen Brüderlichkeit in Preßburg noch etwas früher reifte als im übrigen Ungarn.

23. VII. 1915

*

Die Flamen verlangen Selbständigkeit.

Haag, 22. Juli. Eine der belgischen Regierung nahe-
stehende Gruppe von führenden Flamen veröffentlicht eine
Kundgebung, in der sie bei aller Betonung ihrer Ergeben-
heit die völkische Selbständigkeit und Selbst-
regierung Flanderns fordert. Die Kundgebung
begrüßt die flämische Bewegung, die auch nach dem Kriege
fortdauern werde.

*

— (Der Krieg mit Italien keine „höhere Gewalt“.) Mit einem interessanten Rechtsfall hatte sich das Wiener Gewerbegericht unter dem Vorsitze des Landesgerichtsrates Jpollt zu befassen. Die Firma G. W. hatte gegen ihren Reisenden E. D. die Klage auf Feststellung eingebracht, daß sie nicht verpflichtet sei, ihm, solange der Krieg dauert, das Gehalt zu bezahlen. Der Reisende war im Jahre 1912 gegen ein Monatsgehalt von 500 Kronen und 26 Kronen 50 Heller Tagesbiäten un kündbar für drei Jahre angestellt worden. Anfang 1914 wurde der Gehalt auf 700 Kronen erhöht. Als der Weltkrieg ausbrach, kam eine neuerliche Vereinbarung zustande, wonach D. bis auf weiteres mit 400 Kronen Monatsgehalt beurlaubt wurde; bei Eintritt normaler Verhältnisse, die es ihm erlauben würden, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen, sollte er wieder in seine früheren Bezüge eintreten. In der Feststellungsklage führte die Firma aus, die letzte Vereinbarung sei deshalb zustande gekommen, weil die Verwendung des Geklagten als Reisender mit Rücksicht auf die kriegerischen Verhältnisse und die dadurch bedingten Kreditverhältnisse unmöglich gewesen sei und der Geklagte eine anderweitige Verwendung im Geschäft des Klägers ablehnte. Da durch den Eintritt Italiens in den Krieg jede Aussicht auf den baldigen Eintritt normaler Verhältnisse für absehbare Zeit ausgeschlossen sei, sei sie auch nicht verpflichtet, ihm die vertragsmäßigen Bezüge zu bezahlen, da der Eintritt Italiens in den Krieg als „höhere Gewalt“ bezeichnet werden müsse. Die Klägerin begehrt deshalb die Feststellung, daß sie nicht verpflichtet sei, dem Geklagten so lange der Krieg dauert, die ihm aus dem Dienstvertrage zukommenden Bezüge insbesondere auch nicht den für die Dauer seiner Beurlaubung vereinbarten monatlichen Gehalt von 400 Kronen zu bezahlen.

Das Gewerbegericht wies die Feststellungsklage ab. In der Begründung wird u. a. ausgeführt: Der Umstand, daß Italien in den Krieg eingetreten ist, kann nicht als das Eintreten einer höheren Gewalt bezeichnet werden, wodurch die Klägerin berechtigt gewesen wäre, den Dienstvertrag als aufgelöst zu betrachten. Denn nur in dem Falle, wenn das Dienstverhältnis als gelöst betrachtet werden könnte, wäre die Klägerin der Gehaltszahlung an den Geklagten entbunden. Die Behauptung der Klägerin, daß sie nicht verpflichtet sei, dem Geklagten seine vertragsmäßigen Bezüge zu bezahlen, trifft nicht zu und findet in keiner gesetzlichen Bestimmung eine Stütze. Jene gesetzlichen Bestimmungen, in denen höhere Gewalt eine Rolle spielt, können aber nicht ohne weiteres auf Dienstverhältnisse übertragen werden, da sie nicht ausdehnend ausgelegt werden dürfen.

24./VII. 1915

132

121

Die deutsche und die französische Sozialdemokratie.

Auf den Beschluß des Parteitags der französischen Sozialdemokratie, die sich bereit erklärt hat, „das Wert der nationalen Verteidigung ohne Rückhalt und ohne Nachlassen zu unterstützen“, antwortet die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht“:

Unterstrichen werden muß, daß die den Bruch mit der bisherigen Politik der deutschen Partei fordernden Friedensstundgebungen aus dem Kreise der deutschen Sozialdemokratie den französischen Sozialisten nicht dazu dienen, auch in ihrem Lande für den Frieden zu arbeiten, sondern als Ansporn zur Fortsetzung und Verschärfung des blutigen Ringens benützt werden. Es würde sehr nützlich sein, wenn wenigstens der Parteivorstand Genosse Haase Einspruch erheben würde gegen die falsche Auslegung, die sein öffentliches Hervortreten in Frankreich findet. Eine Verschärfung und Verlängerung des Kampfes, die die Opfer noch mehr steigert, ist selbstverständlich nicht die Absicht Haases gewesen. Bei der Ausschlagung aber, die sein Manifest in Frankreich erfährt, kann das leicht die Wirkung sein.

Noch schärfer drückt sich die Chemnitzer „Volkstimme“ aus. Sie schließt ihre Besprechung über die Kundgebung der französischen Sozialdemokratie wie folgt:

Jedes Maß von Entgegenkommen muß seine Grenzen haben. Vor Wochen haben wir schon einmal betont, daß die deutsche Sozialdemokratie um ihrer Würde und Selbstachtung willen es des grausamen Spieles, mit den Sozialisten der übrigen kriegführenden Länder zu einer Verständigung zu gelangen, nach soviel Ablehnungen bald genug sein lassen müsse. Als einen letzten Versuch konnte man sich allenfalls noch die Friedensstundgebung des Vorstandes der Partei gefallen lassen. Wenn die deutsche Partei zu dem Schaden sich nicht schließlich auch noch die Verachtung der Arbeiter in den feindlichen Ländern zuziehen will, dann soll sie jetzt warten, bis Verständigungsversuche von jenseits der Grenzen aus gemacht werden.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der französische sozialdemokratische Abg. Compère-Morel den Beschluß seiner Partei noch übertrumpft. Er hat in der „Humanité“ vom 8. Juli einen Leitartikel über „Der Wirtschaftskrieg von morgen“ geschrieben, worin er dem Plan des Finanzschriftstellers Thern zustimmt, der die Fortsetzung des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiet auch im Frieden fordert. Selbst der „Leipz. Volksztg.“ wird dazu aus Amsterdam geschrieben:

„Wir haben von seiten just der französischen Sozialisten so oft mit ebensoviel Schwung wie Optimismus verkünden gehört, der jetzige Krieg sei der „letzte“, und eben darum müsse er „bis ans Ende“ geführt werden. Und nun erklärt einer der namhaftesten Wortführer unserer französischen Freunde, daß der Krieg auch nach dem „Ende“ noch immer kein Ende haben und auf wirtschaftlichem Gebiet weitergekämpft werden soll. Und mit dem „Kriegsziel“, die deutsche Industrie zu richten. Der Gegner ist dann nicht mehr der preußische Militarismus, das Junkertum, der „Bäjarismus“, sondern der „wirtschaftliche Imperialismus“ Deutschlands oder genauer die deutsche Industrie, die doch weniger eine Sache der Junker und durchaus nicht nur eine Sache der deutschen Kapitalisten ist!!

Der belgische Staatsminister und Sozialistenführer Vandervelde hat im Theater Alfieri in Turin vor der dortigen sozialistischen Partei einen Vortrag über „Das europäische Vaterland“ gehalten, worin er u. a. sagte:

„Eine der rührendsten und zugleich schmerzlichsten Erinnerungen meines Lebens ist jene Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros, die zwei Tage vor der Kriegserklärung in Brüssel stattfand. Zum letzten Male sah ich dort meinen alten Freund, den österreichischen Sozialistenführer Viktor Adler. An jenem Tisch, von welchem der letzte Schrei nach Frieden ausging, sah ich den Präsidenten der deutschen Sozialistischen Partei, Haase, Jaurès umarmen. Mit dieser Geste wollte Haase die Bande zum Ausdruck bringen, die damals den deutschen und den französischen Sozialismus miteinander verknüpften. Das dort war der letzte Ausschrei der Angst und des

Schmerzes, einen Tag später vollzog sich das Geschid. Jaurès wurde von einem fanatischen Nationalisten in Paris ermordet. Er war das erste große Opfer des großen Krieges, und das Geschick wollte, daß noch einen Tag später, derselbe Haase gezwungen war, mit dem Tode in der Seele, im Namen des deutschen Sozialismus die Kriegskredite gutzuheißen und zu entschuldigen.“

Vandervelde machte einen großen, sehr scharfen Unterschied zwischen Liebknecht, Haase, Bernstein, Kautsky, denen er von Turin aus seinen Gruß entbot, und den andern Vertretern des deutschen Sozialismus, die, wie der belgische Sozialistenführer sich ausdrückte, den Sozialdemokraten in Frankreich und Belgien zurufen: „Ergebt Euch, endet diesen Krieg. Versöhnen wir uns, vergessen wir das Borgefallene, und umarmen wir uns unter gültiger Erlaubnis der Herren Bethmann Hollweg, von Tirpitz und des Kaisers Wilhelm.“ Gegenüber diesen „Sirenen der Friedentreiberei“ rät Vandervelde, jene Klugheitsmaßregeln zu ergreifen, die schon die Genossen von Odysseus zu ihrem Besten angewendet haben: „Wir wollen uns lieber die Ohren mit Wachs verstopfen.“

Für Parteispaltung und Annexion. Unter dieser Ueberschrift teilt die „Leipz. Volksztg.“ mit, daß der sozialdemokratische Verein zu Hameln „nach einer glänzenden Rechtfertigung der Fraktionsmehrheit“ durch den Vertreter des Wahlkreises Reichstagsabg. Gustav Fischer „im Sinne des Referenten“ dem „Hannov. Volksw.“ zufolge nachstehende Resolution angenommen hat:

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erklärt sich mit der Stellungnahme unseres Reichstagsabgeordneten und damit der Mehrheit der Reichstagsfraktion zur Bewilligung der Kriegskredite durchaus in allen Teilen einverstanden. Die Versammlung verurteilt das disziplinlose Verhalten einer verschwindenden Minderheit der Reichstagsfraktion und der Parteilmitglieder und erklärt, daß diese Genossen, ohne Ansehen der Person, sich außerhalb der Partei stellen. Die Versammlung hegt den dringenden Wunsch, daß ein Friede nur geschlossen werden möge auf einer Grundlage, die den gebrachten Opfern an Gut und Blut Genüge leistet und die Gewähr bietet, daß in absehbarer Zeit ein solches Völkermorden nicht mehr stattfinden kann.

Aus der Sozialdemokratie.

Die Hamburger Sozialdemokratie billigt die Haltung ihrer Reichstagsfraktion. In einer Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs rechtfertigte der Reichstagsabg. Stolle am Donnerstag die Zustimmung der Fraktion zum Budget. Das Bürgerschaftsmitglied Grünwaldt hob insbesondere hervor, daß die Frage der Budgetbewilligung für die Sozialdemokratie keine Prinzipienfrage mehr sei, seitdem die Resolutionen des Parteitag immer eine Hintertür gelassen hätten. Prinzipien mit Hintertüren seien keine Prinzipien mehr. Die Frage werde wohl noch den Parteitag beschäftigen. Es sei aber zu hoffen, daß sie nicht mehr zur Frage des Prinzips gemacht werde, sondern nur reine Zweckmäßigkeitfrage bleibe. Im übrigen wies der Vertreter der Bürgerschaftsfraktion darauf hin, daß die Lage noch immer die gleiche sei wie am 4. August v. J. Wenn auch die militärische Lage zurzeit geradezu glänzend zu sein scheine, so wisse man doch nicht, was die Zukunft bringe. Deshalb habe die Partei im Reichstag wie in der Bürgerschaft bisher mit Recht alle Forderungen bewilligt. Hätte die Partei, statt mit tiefem Verständnis die Situation richtig zu erfassen, durch einen Militärstreik auch nur die Mobilisierung verzögert, so würde das genügt haben, uns den Krieg auf deutschen Boden zu tragen. Dann hätten wir in Deutschland, was jetzt Belgien und Nordfrankreich haben. Von radikaler Seite wird versucht, gegen diese Ausführungen Stimmung zu machen, doch zeigte die Versammlung hierfür kein Verständnis, vielmehr billigte sie die Haltung der Fraktion in jeder Beziehung.

Die sozialdemokratische Spaltung in Württemberg wird von der „Leipz. Volksztg.“ beschönigt, indem sie gewissermaßen entschuldigend schreibt:

Genosse Westmeyer war von der Fraktionsmehrheit, die sich aus Anhängern des Landesvorstandes zusammensetzt, von ihren Sitzungen ausgeschlossen worden, die anderen beiden Genossen Engelhardt und Höschele scheint man ähnlich behandelt zu haben, so daß ihnen wohl nicht anderes übrig blieb, als eine zweite sozialistische Fraktion zu bilden.

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ stellt die Vorgeschichte der neuen sozialdemokratischen Fraktion „Sozialistische Vereinigung“ wesentlich anders dar:

„Nach den wiederholten Feststellungen des Parteivorstandes ist die Organisation, an deren Spitze Westmeyer steht, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschieden. Ihre Mitglieder leisten der deutschen Sozialdemokratie keine Beiträge mehr. Bei dieser Sachlage ergab es sich für die sozialdemokratische Landtagsfraktion von selbst, daß sie Westmeyer als ihr Mitglied nicht mehr anerkennen konnte. Einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion können nur Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie angehören. Nachdem die Fraktion beschlossen hatte, Westmeyer zu ihren Sitzungen nicht mehr einzuladen, erklärte Engelhardt, er wünsche gleichfalls nicht mehr eingeladen zu werden. Inzwischen ist Engelhardt aus der Cannstatter Parteioorganisation, der er bisher angehört hat, ausgetreten. Höschele erklärte am Mittwoch dem Fraktionsvorstand, daß auch er zu den Fraktionsitzungen nicht mehr eingeladen zu werden wünsche.“

Das Fest des türkischen Nationalfeiertages.

Konstantinopel, 23. Juli. Anlässlich des Nationalfeiertages ist die Stadt reich beslaggt. Die Bevölkerung begeht den denkwürdigen Jahrestag mit dem Gefühl lebhafter Freude, die noch erhöht wird durch das Vertrauen, das die bei den Dardanellen bisher erzielten Erfolge einflößen. Die gesamte Presse hebt hervor, daß die gegenwärtigen Ereignisse das Ergebnis zeitigen werden, das von den Männern, die im Jahre 1908 die Tyrannei stürzten, verfolgte Ziel endgiltig zu erreichen. Wie damals die Armee dieses Wunder bewirkte, so habe sie auch heute durch ihre Tapferkeit die Aufgabe der Befreier-Armee vom Jahre 1908 zur Vollendung gebracht. Durch einen glücklichen Zufall stehe der Freiheitsheld von damals heute an der Spitze der glorreichen Armee, die bei den Dardanellen Wunder verrichtet.

Berlin, 23. Juli.

Die hiesige türkische Kolonie beging in festlicher Weise die achte Wiederkehr des osmanischen Freiheitstages.

In dem mit dem Zeichen des Halbmondes und mit deutschen, österreichischen und ungarischen Fahnen sowie mit buntenden Blumen geschmückten Saal des Hotels „Ablon“ waren als Gäste des türkischen Komitees Geheimrat Professor Köhler, Generalleutnant z. D. Zuhoff Pascha und andere bekannte Persönlichkeiten erschienen.

Nach herzlichen Begerühungsworten des türkischen Generalkonsuls Halil Bey gedachte Dr. Ernst Jaekel in einer kurzen wirkungsvollen Rede der Zeitumstände, die diesen Gedenktag doppelt bedeutungsvoll erscheinen lassen. An den Dardanellen, die das Grab der englischen Flotte geworden sind, leisteten die osmanischen Waffenbrüder dem Feinde siegreichen Widerstand. Pierre Loti und alle anderen, die von der „sterbenden Türkei“ sprachen, müssen jetzt die Wahrheit der deutschen Erkenntnis vom aufsteigenden Halbmond erleben. Dankbar und bewundernd blicken die Deutschen auf die osmanischen Waffenbrüder. Nachdem Redner noch der tief begründeten Zuneigung des Kaisers Wilhelm für das mohammedanische Volk gedacht hatte, schloß er unter lebhaftem Beifall mit einem Hinweis auf Anatolien, das Land des Sonnenaufganges, und Mesopotamien, das biblische Paradies.

In türkischer Sprache feierte dann der junge Theologieprofessor Nermi aus Konstantinopel die Bedeutung des Gedenktages und die deutsche Waffenbrüderschaft. Mit der Abingung der türkischen Nationalhymne schloß die stimmungsvolle Feier.

25. VII. 1915

135

Die amerikanische Note an Deutschland.

W. Berlin, 24. Juli. Das Wolffsche Bureau meldet: Die von dem hiesigen Botschafter der Vereinigten Staaten gestern nachmittags im Auswärtigen Amt überreichte Mitteilung lautet in der Uebersetzung:

Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Eure Excellenz zu benachrichtigen, daß die Note der kaiserlich deutschen Regierung vom 18. Juli d. J. eine sorgfältige Prüfung durch die Regierung der Vereinigten Staaten erfahren hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten bedauert, sagen zu müssen, daß sie die Note sehr unbefriedigend gefunden hat, da sie es unterläßt, auf die eigentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen einzugehen, und keinen Weg weist, auf dem die anerkannten Grundsätze von Recht und Menschlichkeit in der einen ernstesten Streitgegenstand bildenden Angelegenheit zur Geltung gebracht werden können, vielmehr im Gegenteil Vereinbarungen für die teilweise Aufhebung jener Grundsätze vorschlägt, die diese dem Erfolge nach beiseitigen würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten vermerkt mit Genugtuung, daß die kaiserlich deutsche Regierung ohne Vorbehalt die Gültigkeit der Grundsätze anerkennt, auf denen die amerikanische Regierung in verschiedendlichen an die kaiserlich deutsche Regierung gerichteten Mitteilungen hinsichtlich der Verkündigung des Kriegsgebietes und der Verwendung von Unterseebooten gegen Handelsschiffe auf hoher See bestanden hat, nämlich des Grundsatzes, daß die hohe See frei ist und daß der Charakter und die Ladung eines Handelsschiffes festgestellt sein müssen, ehe es rechtmäßigerweise beschlagnahmt oder zerstört werden kann, und daß das Leben von Nichtkämpfern auf keinen Fall in Gefahr gebracht werden darf, es sei denn, daß das Schiff Widerstand leistet oder zu entfliehen versucht, nachdem es aufgefordert worden ist, sich der Durchsuchung zu unterwerfen. Denn die Vergeltungshandlung eines Kriegführenden (Belligerent act of retaliation) ist an und für sich ein Handel außerhalb des Gesetzes und die Verteidigung einer Maßnahme als Vergeltungsmaßnahme bedeutet das Zugeständnis, daß sie ungesetzlich ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist jedoch bitter enttäuscht darüber, daß die kaiserlich deutsche Regierung sich in weitem Maße von der Verpflichtung zur Beobachtung dieser Grundsätze — selbst wo neutrale Schiffe in Frage kommen — entbunden erachtet infolge der Politik und Praxis, die nach ihrer Ansicht Großbritannien im gegenwärtigen Kriege gegenüber dem neutralen Handel befolgt. Die kaiserlich deutsche Regierung wird unschwer verstehen, daß die Regierung den Vereinigten Staaten die Politik der großbritannischen Regierung hinsichtlich ihrer Verpflichtungen gegenüber einer neutralen Regierung nur mit der großbritannischen Regierung selbst erörtern kann. Auch muß sie das Verhalten anderer kriegführender Regierungen in der Erörterung mit der kaiserlichen deutschen Regierung über die ihrer Ansicht nach ernste und nicht zurechtfertigende Mißachtung von Rechten amerikanischer Bürger durch die deutschen Seebefehlshaber als unerheblich ansehen.

Ungezügliche und unmenschliche Handlungen, so gerechtfertigt sie auch immer einem Feinde gegenüber erscheinen mögen, von dem angenommen wird, daß er unter Verletzung von Recht und Menschlichkeit gehandelt hat, sind offenbar nicht zu verteidigen, wenn sie Neutrale ihrer anerkannten Rechte berauben, insbesondere wenn sie das Recht auf das Leben selbst verletzen. Wenn ein Kriegführender dem Feinde gegenüber nicht Vergeltung üben kann, ohne das Leben Neutralen und deren Eigentum zu schädigen, so sollten sowohl Menschlichkeit als Gerechtigkeit und angemessene Rücksicht auf die Würde der neutralen Mächte gebieten, daß das Verfahren eingestellt wird.

Wird darauf bestanden, so würde dies unter solchen Umständen einen unverzeihlichen Verstoß gegen die Souveränität der betroffenen neutralen Völker bedeuten. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht uneingedenk der außergewöhnlichen, durch diesen Krieg geschaffenen Verhältnisse oder grundlegenden Veränderungen der Umstände und Arten des Angriffes, die durch den Gebrauch von Werkzeugen der Seekriegführung hervorgerufen worden sind, wie sie die Völker der Welt nicht im Auge haben konnten, als die geltenden Regeln des Völkerrechts festgelegt wurden. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereit, jede vernünftige Rücksichtnahme auf diese neue, unerwartete Gestaltung der Seekriegführung walten zu lassen. Sie kann jedoch nicht zugeben, daß ein wesentliches oder grundlegendes Recht ihres Volkes wegen einer bloßen Aenderung der Verhältnisse aufgegeben wird. Die Rechte der Neutralen in Kriegs-

25. / IV. 1915

136

Ein unwillkürlicher Notruf an Völkern und Völkern.

eiten beruhen auf Grundsätzen, nicht auf Zweckmäßigkeit, und Grundsätze sind unabänderlich.

Die Pflicht und Obliegenheit der Kriegführenden ist es, einen Weg zu finden, sich den ihnen neuen Verhältnissen anzupassen.

Die Ereignisse der letzten zwei Monate haben klar gezeigt, wie es möglich und ausführbar ist, die Operationen der Unterseeboote, wie sie die Tätigkeit der kaiserlich deutschen Marine innerhalb des sogenannten Kriegsgebietes kennzeichnet, in wesentlicher Übereinstimmung mit den anerkannten Gebräuchen einer geordneten Kriegführung zu halten. Die ganze Welt hat mit Interesse und mit wachsender Genugtuung auf eine Darlegung dieser Möglichkeit durch den deutschen Seebefehlshaber geblickt. Es ist mithin offenbar möglich, das ganze Verfahren bei Unterseebootangriffen der Art, die es hervorgerufen hat, zu überheben und die Hauptursache des Anstoßes zu beseitigen. Angesichts des Umstandes, daß die kaiserliche Regierung die Gesetzwidrigkeit ihrer Handlungsweise zugab, indem sie zu deren Rechtfertigung das Recht der Vergeltung anführte und angesichts der offensichtlichen Möglichkeit, die hergebrachten Regeln der Seekriegführung innezuhalten, vermag die Regierung der Vereinigten Staaten nicht, zu glauben, daß die kaiserliche Regierung noch länger davon absehen wird, das unbekümmerte Vorgehen ihres Seeoffiziers bei der Versenkung der „Lusitania“ zu mißbilligen oder Entschädigung für Verluste an amerikanischen Menschenleben anzubieten, insoweit für die zwecklose Vernichtung von Menschenleben durch die ungesetzliche Handlung überhaupt Ersatz geleistet werden kann.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann die Anregung der kaiserlich deutschen Regierung nicht annehmen, nach welcher bestimmte Schiffe bezeichnet werden und nach Vereinbarung auf den zurzeit widerrechtlich verbotenen Meeren freifahren sollen, wenn sie auch den freundschaftlichen Geist, in dem dieses Angebot gemacht ist, nicht verkennet. Gerade eine solche Vereinbarung würde stillschweigend andere Schiffe widerrechtlichen Angriffen aussetzen und würde eine Beeinträchtigung und demgemäß das Aufgeben der Grundsätze bedeuten, für die die amerikanische Regierung eintritt, die in Zeiten ruhigerer Ueberlegung jede Nation als selbstverständlich anerkennen würde.

Die Regierung der Vereinigten Staaten und die kaiserlich deutsche Regierung kämpfen für das gleiche große Ziel. Sie sind lange zusammen eingetreten für die Anerkennung eben jener Grundsätze, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt so feierlich besteht. Sie kämpfen beide für die Freiheit der Meere. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite auch immer sie verletzt werden möge — ohne Kompromiß, um jeden Preis. Sie lädt die kaiserlich deutsche Regierung zu praktischer Mitarbeit ein; im jetzigen Augenblick, wo sie diese Mitarbeit am meisten durchsetzen kann und dieses große gemeinsame Ziel am schlagendsten und wirksamsten erreicht werden kann. Die kaiserlich deutsche Regierung drückte die Hoffnung aus, daß dieses Ziel in gewissem Maße sogar vor Ende des gegenwärtigen Krieges erreicht werden möge. Dies kann geschehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten fühlt sich nicht nur verpflichtet, auf diesem Ziele, von wem auch immer es verletzt oder mißachtet werden mag, zum Schutze ihrer eigenen Bürger zu bestehen, sie ist auch auf das höchste daran interessiert, dieses Ziel zwischen den Kriegführenden selbst verwirklicht zu sehen und hält sich jederzeit bereit, als gemeinsamer Freund zu handeln, dem der Vorzug zuteil wird, den Weg vorzuschlagen.

Mittlerweile fühlt sich die amerikanische Regierung gerade wegen des großen Wertes, den sie auf die lange, ununterbrochene Freundschaft zwischen Volk und Regierung der Vereinigten Staaten und Volk und Regierung Deutschlands legt, veranlaßt, bei der kaiserlich deutschen Regierung feierlichst auf die Notwendigkeit einer gewissenhaften Beobachtung der neutralen Rechte in dieser kritischen Angelegenheit zu bestehen. Die Freundschaft selbst drängt sie, der kaiserlichen Regierung zu sagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung neutraler Rechte begehen sollten, im Falle sie amerikanische Bürger betreffen, als vorzüglich unfreundlichen Akt betrachten müsse.

Die amerikanische Note.

in Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel. Str. Bln.) Diplomaten sind höfliche Leute, das bringt schon der Beruf mit sich, und man sieht also nur etwas Selbstverständliches darin, wenn man der amerikanischen neuen Note nachrühmt, sie sei in einem höflichen Ton gehalten. Wer in diplomatischen Noten eine verletzende Sprache führt, der beweist damit, daß er ungeschickt ist oder zum Staatsmann nicht taugt, oder daß er brüskieren will. Es liegt kein Grund vor, das eine oder andere von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten anzunehmen, und das um so weniger, als die neueste Note zeigt, daß sich eine höfliche Sprache mit entschiedener Betonung von Forderungen sehr wohl verträgt. Die amerikanische Note ist kein Ultimatum in dem Sinne, daß sie den Abschluß des Notenwechsels der Vereinigten Staaten und Deutschlands bedeuten müßte. Wenn Reuters derartiges gemeldet hat, so hat er wieder einmal den Ereignissen vorgegriffen, aber sie ist ein Ultimatum insofern, als sie jede Mitwirkung der Vereinigten Staaten, für die Sicherung ihrer Bürger innerhalb des Kriegsgebietes zu sorgen, ablehnt und den kriegsführenden Mächten die Aufgabe zuschiebt, Maßnahmen zu treffen, daß amerikanische Bürger ungefährdet die Meere befahren können. Sie sieht sogar einen vorsätzlich unfreundlichen Akt darin, wenn durch die Kriegsführung weitere Leben amerikanischer Bürger verloren gehen sollten. So ungefähr hat man es auch in der Tat in den Meldungen Reuters lesen können, ehe der Wortlaut der Note überhaupt bekanntgegeben wurde, und es ist nicht überraschend, wenn einzelne Blätter darauf hinweisen und politische Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Die deutsche Regierung hat praktische Vorschläge gemacht, die es ermöglichen sollen, ohne Beeinträchtigung des Kriegszieles die Gefahrenzone zu befahren. Sie hat damit bewiesen, daß sie den redlichen Willen hat, den Wünschen der Neutralen entgegenzukommen. Ob die deutsche Regierung bessere Vorschläge zu machen hat, bezweifeln wir, dagegen wird man mit Interesse den Schritten entgegensehen, die die amerikanische Regierung gegen England zu unternehmen gedenkt.

Die hiesigen Blätter äußern sich über die amerikanische Note nur vereinzelt. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Die Note läßt nicht das geringste Bemühen erkennen, dem deutschen Standpunkt irgendwie gerecht zu werden, sondern klammert sich halsstarrig an das angebliche Recht amerikanischer Bürger, ungefährdet auf englischen Schiffen über den Ozean zu fahren, selbst wenn diese Bomben und Granaten verfrachten. Amerika will also durch seine Staatsangehörigen der Verfrachtung von Konterbande nach England geradezu einen Freibrief ausstellen! Das ist nicht Neutralität, sondern das ist entschiedenste Parteinahme. Das Mindestmaß von gutem Willen hätte erfordert, daß die Note das Verbot der ungefährdeten Reise auf solche Schiffe beschränkt hätte, für die der Nachweis geliefert wäre, daß sie keine Konterbande an Bord haben. Wenn die Note sich auf den Standpunkt stellt, daß es Sache der Kriegsführenden sei, ihre Unternehmungen mit den „Rechten“ der Neutralen in Uebereinstimmung zu bringen, und daß diese „Rechte“ jenen Unternehmungen nicht untergeordnet werden könnten, so stellt sie sich damit zu den elementarsten Grundsätzen des Völkerrechts in Widerspruch. Ueberall im Land- und Seekriege nimmt und kann die Kriegsführung auf neutrale Persönlichkeiten keine Rücksicht nehmen, sondern es heißt einfach: Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Geraten bei einem Seegefecht neutrale Schiffe zwischen die sich beschießenden feindlichen, so würden nach der Auffassung der amerikanischen Note diese das Feuer einzustellen haben. Das ist ein Standpunkt, den das Völkerrecht niemals anerkennen wird. Noch treffender ist die Analogie mit der belagerten Festung. So gut wie Amerika jetzt sagt: Meine Bürger haben das Recht, ungefährdet auf englischen Munitionsschiffen nach Europa zu fahren, so gut kann es auch sagen, sie haben das Recht, ungefährdet in Paris oder Dünkirchen zu wohnen und wenn Ihr trotzdem diese Städte beschießt, so sehen wir das als einen vorsätzlich unfreundlichen Akt an.

25. VII. 1915

134
138

Kriegschronik.

Die Kriegschronik ist als Sonderausgabe („Kriegskalender“) vom Verlag zu beziehen:

Heft 1, 64 Seiten stark, die Ereignisse bis 30. April 1915 umfassend, gegen Voreinsendung von 60 Pfg. oder gegen Post-Nachnahme von 80 Pfg. Weitere Hefte je 32 Seiten zu 30 Pfg. folgen etwa alle 4 Monate.

18. Juli.

Kampf auf den Höhen bei Les Eparges.

Sieg der Armee v. Below bei Alt-Auz. 3620 Russen gefangen. Die vorderste feindliche Stellung östlich Kurschan genommen.

Zwischen Bissa und Weichsel Erstürmung von Poremby, Wyl und Ploszczyce durch die Armee Scholz, Durchbrechung der russischen Stellung bei Miodzianowo durch die Armee v. Gallwitz.

Zurückweichen der Russen nördlich der Pilica bis zur Weichsel.

Die Armee v. Boyrsch wirft die Russen hinter den IZanka-Abschnitt.

Die Armee v. Mackensen nimmt Krasnostaw und die Höhen nördlich Zolkiewka.

Der russische Dampfer „Balwa“ torpediert.

Der italienische Kreuzer „Giuseppe Garibaldi“ durch ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot versenkt.

19. Juli.

Ludum, Schiurg und Windau besetzt.

Rückzug der Russen zwischen Pisa und Szka auf den Narew.

Die Armee v. Gallwitz an der Narewlinie zwischen Ostrolenka und Nowo-Georgiewsk. Bisher 28861 Russen gefangen.

Russische Stellungen bei Ciepilow gestürmt.

Kampf v. Mackensens bei Pilszlawice—Krasnostaw. Uebergang der Oesterreicher über die Wolica bei Grabowice und über den Bug bei Sokal. Bisher 16250 Russen gefangen.

20. Juli.

Feindliche Angriffe bei Hooge—Dpern, Souhez und Fricourt abgewiesen.

Zurückdrängung der Russen bei Gr.-Schmarben, Gründorf und Usingen.

Eroberung russischer Stellungen am Zusammenfluß von Stroda und Pisa sowie ständiger Befestigungen von Ostrolenka. Die Blonie-Grojec-Stellung erreicht.

Die Russen aus der IZanka-Stellung geworfen. Erstürmung von Kostrzyn, Besetzung von Radom.

Der Ansturm der Italiener gegen den Abschnitt von Podgora, bei Sdrauffina und auf den Monte Cosich abgeschlagen.

21. Juli.

Hartnäckige Kämpfe bei Münster, Ringelkopf—Mühlbach, südwestlich des Reichsackerkopfes bis Diedolshausen und Hilsenfirst.

Kolmar von französischen Fliegern mit Bomben belegt.

Rückzug der Russen östlich von Popelang und Kurschan.

Die letzte russische Verschanzung westlich Szawle erstürmt. Zwischen Marjampol—Kowno Kiekiernjaki und Janowka genommen.

Russische Stellungen nördlich Nowogrod (2000 Russen gefangen) und bei Rozan erstürmt. Rückzug der Russen aus der Blonie-Grojec-Stellung.

Die vorgeschobene Brückenkopfstellung von Zwangorod nordöstlich Zwolen durchbrochen.

Russische Niederlagen beiderseits Borzechow bei Strzyniec—Niedrzwica—Mala und bei Piastki—Biskupica und nordöstlich von Krasnostaw.

Ende des Ausstandes der Bergarbeiter in Südwales.

5000 Arbeiter der „Standard Oil Company“ in Bayonne (New Jersey) im Ausstand.

22. Juli.

Sechsmaliger verlustreicher Angriff der Franzosen südwestlich vom Reichsackerkopf.

Erfolgreiche Fliegerkämpfe über dem Wald von Barroy und dem Münstertal.

Nordöstlich Szawle 4150 Russen gefangen.

Die russische Dubissa-Front erschüttert. Russischer Rückzug zwischen Ratiwo-See und Njemen.

Die Russen vor Warschau in die Linie Blonie—Radarzyn—Gora-Kalwarja gedrängt.

Erstürmung der Brückenkopfstellung bei Lagow—Lugowa—Wola. Die russische Hauptstellung

Kozienica—Janowiec durchbrochen, Rückzug der Russen über die Weichsel bei Nowo-Meksandria. Zwangorod eng eingeschlossen.

Erstürmung russischer Stellungen bei Chodel und Borzechow und zwischen Siennica-Wola und dem Bug.

Erstürmung des Brückenkopfes Dobrotwor am oberen Bug.

Am vierten Tag der Schlacht im Görzischen die italienischen Angriffe bei Monte Cosich bis Polazzo, gegen den

Görzer Brückenkopf in Richtung Podgora, auf Monte Sabotino abgewiesen, die Stellungen östlich Sdrauffina von den Oesterreichern wiedererobert.

Der russische Dampfer „General Radekty“ und das norwegische Schiff „Nordlyset“ durch deutsche Unterseeboote versenkt.

23. Juli.

Französischer Angriff auf die Linie Ringelkopf—Barrenkopf abgeschlagen.

Erfolgreiche Fliegerkämpfe über St. Hilaire und Conflans. Fliegerangriff auf Gerardmer.

Bei den Verfolgungskämpfen in Kurland 6550 Russen gefangen.

Näherrücken gegen den Narew und die Brückenkopfstellung von Warschau. Wiluny und das Werk Szugi gestürmt. Mißlingen nächtlicher Ausfälle aus Nowo-Georgiewsk.

Das Westufer der Weichsel von Janowiec bis Granica von den Russen gefäubert.

Fortschritte der Deutschen nordwestlich Grubieszow.

Die Russen an der Bugstrecke Kamionka—Strumilowa—Krystynopol—Sokal zurückgeworfen.

26./III. 1915

Ernennung Hakki Paschas zum Botschafter in Berlin.

Konstantinopel, 24. Juli.

Die Ernennung des ehemaligen Großwesirs Hakki Pascha zum Botschafter in Berlin wurde vollzogen.

* * *

Gleich dem bisherigen Botschafter in Berlin Muhtar Pascha ist Ibrahim Hakki Pascha ein warmer Freund Deutschlands, einer der leitenden Männer der Türkei, die eifrig daran gearbeitet haben, sein Vaterland in immer engere Beziehungen zu den Zentralmächten zu bringen. Hakki, der 55 Jahre alt ist, kam schnell vorwärts. Unter Abdul Hamid war er Sekretär in Yıldiz-Kiosk, wurde dann der Schöpfer und Leiter des Uebersetzungsbureaus, das nicht bloß politische und diplomatische Dokumente, sondern auch interessante Werke der fremden Literaturen für den Sultan und seinen Harem ins Türkische zu übersetzen hatte. Die Beschäftigung mit diesen fremden Literaturen blieb auf Hakkis Anschauungen nicht ohne Einfluß, er wurde der Europäer unter den Beamten des Serails. Aber auch auf der Hohen Pforte, wo er im Ministerium des Außern die Stellung eines juridischen Beirats bekleidete, war er der Gebildetste und Aufgeklärteste, und wenn sich für die türkische Regierung die Notwendigkeit ergab, sich bei internationalen Kongressen durch einen „Europäer“ vertreten zu lassen, so fiel die Wahl immer auf Hakki. In Konstantinopel war Hakki einer der wenigen türkischen Staatsmänner, der selbst unter Abdul Hamid à la française zu leben wagte, der in den Theatern erschien, europäische Bälle besuchte und fast nur in europäischen Häusern verkehrte.

Der konstitutionellen Bewegung schloß er sich mit aller Kraft an. In den ersten Tagen der Begeisterung bestieg er in einer von Tausenden von Menschen in einem öffentlichen Garten abgehaltenen Versammlung einen Tisch und hielt eine zündende Ansprache. Im ersten konstitutionellen Kabinett war Hakki Kultusminister und provisorischer Minister des Innern. Einige Zeit wirkte er dann als Botschafter in Rom, und zu Beginn des Jahres 1910 erfolgte seine Ernennung zum Großwesir als Nachfolger Hilmi Paschas. Er blieb etwa ein halbes Jahr im Amte.

Hakki Pascha, der einer der besten Juristen der Türkei ist, fungierte einige Jahre als Lehrer an der Konstantinopler Rechtsschule, und viele Jungtürken, die jetzt wichtige Stellungen einnehmen, verdanken ihm einen großen Teil ihrer rechtswissenschaftlichen Ausbildung. Auch mehrere Werke hat Hakki Pascha geschrieben: drei Bände über internationales Recht, drei Bände über allgemeine Geschichte und eine Geschichte des Islam.

Aus der Sozialdemokratie.

Ein deutscher Sozialdemokrat, der die französischen rechtfertigt. Dr. Rudolf Breitscheid bedauert in der Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“ die Einseitigkeit des Beschlusses der französischen Sozialdemokratie über die Fortsetzung des Krieges, aber er sucht und findet wie er sagt — „gute und triftige Rechtfertigungsgründe“ für ihr Verhalten. Breitscheid schreibt:

„Wagt irgendwer zu sagen, die leitenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie würden anders handeln als die der französischen Partei, wenn die Dinge umgekehrt lägen? Allerdings würden sie nicht von der „Wiederherstellung des Rechts“ in irgendeinem Teile des französischen Staates reden, aber die heutigen Grenzen Frankreichs umfassen kein Gebiet, das ihm auf Grund des Rechtitels einer vor 44 Jahren vollzogenen Eroberung gehörte. Wieder müssen wir die französischen Sozialisten zu verstehen suchen, wenn sie von der Wiederherstellung des Rechts in Elsaß-Lothringen sprechen. Sie haben im Gegensatz zu den Nationalisten einem Krieg zum Zweck der Wiedereroberung der 1871 verlorenen Provinzen energisch widersprochen. Jetzt, wo der Krieg wider ihren Willen gekommen ist, verlangen sie, daß das Prinzip, wonach ein Land oder ein Landstrich über seine politische Zugehörigkeit selbst bestimmen soll, auch auf Elsaß-Lothringen angewandt werde. Nach unserer Meinung wäre es ein Verbrechen, wenn Frankreich die Rückgabe dieses Landes mit oder ohne Volksabstimmung zur Bedingung des Friedens machte, aber wer gerecht ist, wird zugestehen, daß es ein Unterschied ist, wenn ein Franzose das Recht der elsässischen Bevölkerung wiederherstellen will, und wenn ein Deutscher als Kampfpreis etwa Belgien und Teile des heutigen Frankreichs fordern würde.“

Die „Leipz. Volksztg.“ druckt diese Ausführungen in zustimmendem Sinne ab.

*

Wandlungsfähigkeit eines Revolutionärs. Dem jetzt kriegsbegeisterten, früher fanatisch antimilitaristischen französischen Sozialistenführer Hervé werden im „Vorwärts“ in einer Mitteilung aus Genf folgende Liebenswürdigkeiten gesagt: „Welche Wandlungen Gustav Hervé im Laufe der Jahre und während des Krieges durchgemacht hat, ist zur Genüge bekannt und wundert bereits niemand mehr. Aber daß sich der gewesene Generalstreikler und Antipatriot auf das Niveau der arbeitseindlichsten Verleumdung streikender Arbeiter stellen würde, das hätte man dem Redakteur der „Guerre Sociale“ trotz alledem nicht zugetraut. Und doch wetteifert er in seinem Leitartikel „Ein schändlicher Streik“ mit dem Vorterräter Mussolini, der erklärte, durch den Streik der englischen Kohlenarbeiter hätten die Zentralmächte einen dritten Weltkrieg gewonnen. Hervé fügt der gemeinen Verleumdung, die Kohlenarbeiter seien von deutschen Agenten und deutschem Gelde (auch die Summe wird angegeben: 125 000 Frank) zum Streiken veranlaßt, auch noch die Behauptung hinzu, die Regierung täte schon ganz gut, die Kerle zum Militärdienst zu zwingen. Zum Schluß wiederholt Hervé die bereits von der englischen Arbeiterpresse quitierte Schmähung, die sich unlängst das Haupt der englischen Regierung geleistet hat — die Arbeiter verkaufen ihr Geld... Für einen Ultrarevolutionär vom Schlage Hervés ist so eine Auffassung von Streiks und Arbeiterpflichten tatsächlich der Gipfel.“

Aus der Sozialdemokratie.

Eine französisch-deutsche Sozialistenkonferenz. In sozialdemokratischen Kreisen in Zürich verlautet nach der „S. Z.“, daß demnächst eine Konferenz zwischen drei französischen und drei deutschen sozialistischen Abgeordneten in Genf stattfinden wird. Es handelt sich vermutlich um die Franzosen Buisson, Hucl und Longuet und die Deutschen Bernstein, Haase und Kautsky.

Eine sozialistische Absage an Vandervelde. Das russische sozialistische Tageblatt „Nascha Slowe“, das in Paris erscheint, greift in seiner Nummer vom 26. Juli außerordentlich heftig den Vorsitzenden des internationalen sozialistischen Büros, den belgischen Staatsminister Vandervelde an, weil er sich für eine unbarmherzige Fortführung des Krieges erklärt hat. Vandervelde weigerte sich, das internationale Büro einzuberufen, um über den Frieden zu sprechen. Aber er könne nicht verhindern, daß das internationale Büro zusammentritt, um Vandervelde seines Vorsitzendenamtes zu entheben. „Wir fragen“, so schreibt nach der „Frankf. Stz.“ das russische Blatt, „ob Genosse Vandervelde nunmehr die Verantwortung auf sich nimmt, das internationale Büro zu einem Werkzeug der Entente zu machen, zu einem Werkzeug, über das die Entente nach Gutdünken verfügen kann, um diese oder jene Bewegung des Proletariats lahmzulegen aus Gründen, die mit den Interessen des Proletariats nichts zu schaffen haben. Wir erwarten Ihre Antwort! Wann kommt Ihre Demission?“

Kriegskalender.

11. Juli: Außer einigen örtlichen Gefechten südlich von Krasnoftan, die für die Deutschen günstig verlaufen, auf dem nördlichen Kriegsschauplatz Stillstand der Operationen. Auch auf unserem südwestlichen Kriegsschauplatz keine größeren Aktionen. — Nördlich von Ypern trachten die Engländer vergeblich, sich in Besitz der deutschen Stellung am Kanal zu setzen; hart nördlich der Straße Souchez—Ablain trifft ein französischer Angriff auf einen von den Deutschen gleichzeitig unternommenen Vorstoß; dieser noch nicht abgeschlossene Kampf nimmt einen für die Deutschen günstigen Verlauf; im Priesterwalde sowie bei Sondernach (südwestlich von Münster) werden französische Angriffe zurückgeschlagen. — Die deutschen Truppen in Südwestafrika kapitulieren unter ehrenhaften Bedingungen. — Konferenz des italienischen Generals Borro mit Joffre und French in Calais. — In Sophia wird der Exminister Schenadiev wegen Mitschuld an dem Sossioter Bombenattentat in Untersuchung gezogen.

12. Juli: Am Bug nordwestlich Busz nehmen unsere Truppen bei Deremlanh einen russischen Stützpunkt; an der übrigen Front im Nordosten keine Kämpfe. An der Straße von Suwalki nach Kalwarja in der Gegend von Lipina stürmen deutsche Truppen die russischen Vorstellungen in 4 Kilometer Breite. — An der herzegowinischen Grenze östlich Avtovac sowie auch östlich Trebinje entfalten die Montenegriner eine lebhaftere, jedoch erfolglose Tätigkeit. — An der küstländischen Front werden wieder einige Angriffe der Italiener abgewiesen; im Kärntner und im Tiroler Grenzgebiete Geschützkampf. — Bei Souchez dauern die heftigen Nahkämpfe fort; bei Combres und im Walde von Ailly bezahlen die Franzosen ihre vergeblichen Anstrengungen, in die deutschen Linien einzudringen, mit schweren Verlusten; nördlich der Höhe von Van de Capte wird ein Waldstück vom Feinde gesäubert. — Auf Gallipoli werden heftige Angriffe des Feindes von den Türken abgeschlagen. — Die k. u. k. Regierung veröffentlicht ein Notbuch über die Verhandlungen mit Italien vor Kriegsausbruch. — Die Einberufung der griechischen Kammer wird um einen Monat vertagt. — Die Griechen besetzen vierzehn Dörfer in Albanien.

13. Juli: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert. — Auf dem italienischen Kriegsschauplatz heftige Artilleriekämpfe; bei Redipuglia wird der Angriff mehrerer italienischer Infanterie-Regimenter abgewiesen. — In den Nahkämpfen bei Souchez behalten die Deutschen die Oberhand; sie schieben ihre Stellung in einer Breite von 600 Meter vor und nehmen auch das an der Straße nach Arras gelegene Cabaret Rouge; feindliche Gegenangriffe werden niedergehalten; zwischen Maas und Mosel lebhaftere Artillerietätigkeit; im Priesterwalde scheitern vier französische Nachangriffe unter großen Verlusten. — Der deutsche Kreuzer „Königsberg“ wird im Kusidjifluffe vernichtet.

14. Juli: In Polen und in Galizien ist die Lage unverändert. Zwischen Njemen und Weichsel erzielen die Deutschen in der Gegend von Kalwarja südwestlich Kolno, bei Praszynsz und südlich Mlawka einige örtliche Erfolge. — Auf dem italienischen Kriegsschauplatz Artilleriekämpfe und kleinere Scharmützel. — In den Argonnen erstürmen die Deutschen bei Bienne-Le Chateau und Boureuilles feindliche Stellungen von ein Kilometer Tiefe und drei Kilometer Breite; hierbei werden mehr als 3000 Franzosen gefangen und reichliches Kriegsmaterial erbeutet. — Die k. u. k. Regierung veröffentlicht eine von ihr am 29. Juni an die Vereinigten Staaten gerichtete Note vom 29. Juni 1915, in der gegen die immense Ausfuhr von Kriegsbedarf an die Ententestaaten protestiert wird.

28. VII. 1915

Keine Antwortnote an Amerika.

Wie wir erfahren, wird die deutsche Regierung die letzte amerikanische Note zunächst nicht beantworten. Der U-Bootkrieg wird, ganz im Sinne des in unserem heutigen Morgenblatte veröffentlichten Artikels von Prof. Eduard Meher, mit allem Nachdruck fortgeführt.

Kriegskalender.

15. Juli: Am Dnepr, abwärts Nizniow an mehreren Stellen Kämpfe, die für unsere Truppen erfolgreich verlaufen. Südlich des Njemen bei Franziszlowo und Osowa nehmen die Deutschen mehrere russische Vorstellungen und behaupten sie gegen heftige Gegenangriffe; nordöstlich Suwalki werden die Höhen von Olzanka von den Deutschen erstürmt, südwestlich Kolno wurden die Ortschaft Krusza und südlich der Linie Tartal-Lipnik mehrere feindliche Stellungen genommen; auch in der Gegend von Praszynsz werden mehrere feindliche Linien erobert, Praszynsz selbst wird von den Deutschen besetzt. — Italienische Angriffe zwischen Sdraussina und Polazzo werden unter großen Verlusten des Feindes zurückgeschlagen. — In der Gegend von Souchez greifen die Franzosen mit stärkeren Kräften erfolglos an; im Argonnerwalde bezahlen die Franzosen ihre vergeblichen Anstrengungen, die von den Deutschen eroberten Stellungen zurückzugewinnen, mit ungewöhnlich hohen Verlusten; auch östlich der Argonnen im Walde von Malancourt sowie im Priesterwalde brechen französische Angriffe im deutschen Feuer nieder. — Englisch Niederlage bei Munster und Dattiers im Fraß. — Großer Ausstand in Südwales. — Der norwegische Dampfer „Rinn“ versenkt. — Der deutsche Kaiser und Hindenburg in Posen.

Frohme gegen Haase.

Der sozialdemokratische Vertreter für den Reichstagswahlkreis Altona-Stormarn, Abg. Frohme, hat am Sonntag in Altona in der Generalversammlung der beiden sozialdemokratischen Organisationen für Altona-Stormarn und Dauenburg gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion, den Abg. Haase, heftige Vorwürfe gerichtet. Abg. Frohme sagte nach dem „Samb. Echo“ — wir zitieren wörtlich:

„Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die angeforderten Kriegskredite bewilligte, hat sie in voller Konsequenz der Grundsätze gehandelt, die für einen derartigen Fall in unserer Partei stets gegolten haben. In der Fraktion befand sich eine kleine Minderheit, die es glaubte verantworten zu können, vorzuschlagen, die Kredite nicht zu bewilligen. Als man sie fragte, was man denn tun solle, hat niemand eine vernünftige Antwort gegeben. (Der Redner geht sodann auf die russische Gefahr ein und zitiert hier Äußerungen von Marx, Engels, Bebel und Liebknecht.) Ein größerer Wahnsinn und Fanatismus, als er sich in den oppositionellen Kreisen gegen Partei und Vaterland geltend gemacht hat, ist noch nicht dagewesen. (Sehr richtig!) Gleich nach der Bewilligung der Kriegskredite hat die Hege bekanntlich eingeseht. Da gab es Leute, die sich mit der Wucht der Tatsachen nicht abzufinden wußten. Zu diesen gehörte der Parteivorstand Haase. Er sagte: „Na ja, selbstverständlich, marschieren müssen unsere Leute, verteidigen müssen sie unser Land, aber die Kriegskredite dürfen wir nicht bewilligen.“ Wir haben ihm gesagt: „Sollen wir denn unsere Leute mit Bajonetten ausrüsten, und sie so den Franzosen und Russen gegenüberstellen?“ Es ist der himmelschreiendste Unsinn, der da von gewissen akademisch gebildeten Sozialisten geäußert worden ist. Ich frage diese Leute immer wieder von neuem, was sie denn eigentlich wollen. Es ist ein Unmaß von Gewissenlosigkeit, auf die Verantwortlichen loszuschlagen und selbst nicht raten zu können. Das Schlimmste ist mit, daß diese Opposition unsere deutsche Partei auf das unerhörteste bekämpft, aber für die Haltung der Sozialisten Belgiens, Frankreichs und Englands kein Wort des Tadelns findet.“

Abg. Frohme sagte weiter im allgemeinen gegen die „Quertreiber“ in der sozialdemokratischen Partei:

Der Zorn packt einen, wenn man einen Teil der Subjekte ansieht, die unter Berufung darauf, Sozialdemokraten zu sein, fern vom Schuß im Auslande sich anmaßen, im Namen des Sozialismus unsere Partei und unser Vaterland zu diskreditieren, zu schmähen und zu beschimpfen. . . . Die Opposition wurde immer wüster und verrückter. Da wurde im Mai und Juni von den Quertreibern ein Flugblatt verbreitet mit der Ueberschrift: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, eines der dümmsten und frivolsten Pamphlete, die je erlassen worden sind. Darin wird mit überschäumender Phraseologie die Internationale als das einzige hingestellt, was uns retten könnte. Je nun, warum haben sich die Herren nicht an die Sozialisten Frankreichs, Belgiens und Englands gewandt, die längst gelernt haben, zu pfeifen auf den Geist der Internationale, die sich am schwersten dagegen verländigt haben, und zwar bewußtermaßen. . . . Was ist die Wirkung dieses Flugblattes gewesen? Einige Dutzend harmloser Menschen sind eingesperrt worden. Einer ist dieser Tage in Bremen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er das Flugblatt verbreitet hatte. Sind das Opfer, die der Partei zugute kommen? Es kann sich nur darum handeln, daß der eine oder andere Advokat Gelegenheit hat, sein Verteidigungsgenie vor Gericht zu zeigen, die Partei hat damit gar nichts zu tun.

Zum Schluß wurde mit 47 gegen 11 Stimmen eine vom Vorstand vorgeschlagene Resolution angenommen, die die Haltung der Reichstagsfraktion billigt und das Verfahren des Parteivorstandes Haase rügt.

Aus der Sozialdemokratie.

Eine sozialdemokratische Mahnung von der Westfront. Ein Sozialdemokrat, „der seit Kriegsbeginn ununterbrochen an der Westfront steht“, schreibt der „Schwäbischen Tagwacht“: „Wir wollen und dürfen uns nicht dadurch irreführen lassen, daß unsere französisch-englischen Gesinnungsgenossen die lebenswürdige Absicht der Zerschmetterung Deutschlands mit der tönenden Phrase bemänteln, es gelte, „den deutschen Militarismus zu zerschlagen“. Den Kampf gegen den deutschen Militarismus mögen sie ruhig uns überlassen, sie haben mit ihrem eigenen gewiß genug zu tun. Was bedeutet heute die Zertrümmerung des deutschen „Militarismus“? Von jeder Familie beinahe steht ein Glied, vielfach sogar mehrere Glieder, draußen unter den Fahnen. Die Vernichtung des „Militarismus“ im Sinne unserer Feinde hieße nichts anderes als das deutsche Volk, das sich heute im deutschen Heere verkörpert, vernichten. Sollten wir Sozialdemokraten gleichgültig zusehen, wie diese „Kulturarbeit“ auf den Feldern und Fluren, in den Städten und Dörfern Deutschlands von russischen Kosaken, von Indern, Senegalnegeren usw. usw. geleistet wird? Kein Mensch mit gesundem Verstand kann dieser Meinung sein. Es ist vielmehr unsere Pflicht, in der Verteidigung unseres Vaterlandes, im Schutze unseres Volkes aus- und durchzuhalten, bis auch unsere Gegner bereit sind, Frieden zu machen.

So lange die übermächtigen Feinde Deutschlands, so lange die Sozialisten des feindlichen Auslandes nicht ihre Zerschmetterungsabsichten gegen unser Land aufgeben, so lange kann die deutsche Sozialdemokratie nicht die seit Kriegsausbruch beobachtete Haltung aufgeben; wollte sie anders handeln, würde sie sich selbst aufgeben. Wer heute von der Partei die Aufgabe ihrer bisherigen Politik fordert, schiebt — ohne es zu wollen — den Tag des Friedens hinaus. Deutlich genug hat dies das Echo bewiesen, das der unkluge und verfehlte Ausruf der Genossen Bernstein, Haase und Kautsky in Frankreich fand.“

Eine französisch-deutsche Sozialistenkonferenz ist gestern aus Zürich angekündigt worden mit dem Bemerken, daß von deutscher Seite vermutlich Bernstein, Haase, Kautsky teilnehmen würden. Heute meldet der „Vorwärts“, „daß dem Parteivorstand und den Genossen Haase und Kautsky von einer solchen Konferenz nichts bekannt ist.“

David gegen Haase. In Mainz sprach am Dienstag Reichstagsabgeordneter Dr. David über „Kriegsfragen“. Darauf wurde eine Entschließung mit allen gegen 5 Stimmen angenommen, worin es heißt: „Die sozialdemokratische Organisation von Mainz und Umgebung verurteilt aufs schärfste das parteizerüttende Treiben der Opposition, wie es namentlich durch das Unterschriften-Flugblatt und das Manifest der Genossen Haase, Bernstein, Kautsky, sowie durch die Veröffentlichungen in der „Berliner Tagwacht“ zutage getreten ist.“

Spaltung in der sozialdemokratischen Jugend in Stuttgart. Nach der „Schwäb. Tagwacht“ ist in einer Konferenz der Vorstände des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart sowie der Gewerkschaften und des Jugendausschusses für Stuttgart dem Beschluß des Gewerkschaftskartells entsprechend den Vertretern der seitherigen Jugendorganisation die Bedingung gestellt worden, sich über die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei auszuweisen und davon die Legitimation zur weiteren Verhandlung abhängig zu machen. Die Beauftragten der Jugend lehnten dies im angeblichen Auftrage der letzten Generalversammlung ab und verließen das Lokal. Die maßgebenden Organisationsvertreter beschloßen darauf, die Jugendbildung durch den Jugendausschuß in die Wege zu leiten und für einen geeigneten Zusammenschluß der Arbeiterjugend Sorge zu tragen.

Das Wirtschaftsverhältnis zum Balkan.

Ein Wirtschaftskrieg wird der gegenwärtige Krieg genannt und, je mehr er in seinem Fortschreiten sein eigenes Wesen entschleiert, auch als solcher erkannt. Die ganz regellose Verbindung und Scheidung von Rassen und Nationen, die an ihm teilnehmen, hat die Annahme eines Rassen- oder Nationskrieges für reine Nations- oder gar Rassenziele längst zerstört: es handelt sich den herrschenden Mächten um Kapitalanlage- und Absatzgebiete, um Meereszugänge und Wasserstraßen, um sehr reale Dinge, um welche allerdings die Professorenlegende in allen Sprachen ihre dreifarbenen akademischen Vorurteile webt.

Die ganze Wahrheit über die Beziehungen der Monarchie zum Balkan wird erst kund, wenn zur diplomatischen und nationalpolitischen die wirtschaftliche, die handelspolitische Geschichte zwischen West und Ost hinzukommt. Rußlands Interesse an Konstantinopel ist nicht bloß und nicht vorwiegend die Ersetzung des Halbmondes durch das doppelte Kreuz auf den Türmen der ehemaligen Sophienkirche der einstmaligen griechischen Kaiserstadt, ist nicht nur die Beherrschung des wichtigsten militärischen Brückenkopfes der Welt, sondern vor allem die freie Handelsstraße der Dardanellen. Das doppelte Kreuz ist die Legende, die für den russischen Bauern erstanden ist. Neben ihm ist das Verhältnis der anderen Großmächte zum Osten; nur Italien ist so aufrichtig-modern, eine Legende nicht vorzuschützen, sondern den „heiligen Egoismus“ zum Schutzpatron der Eroberung auszurufen.

Die Wahrheit über unsere Wirtschaftsbeziehungen zum Balkan ist bitter, über sie heute zu reden ist Verlegenheit. Und Anklagen sind nicht selten unfruchtbar, zumal unter einer Bevölkerung, die von einem Tag auf den anderen vergift und verzeiht. Aber gerade hier ist der Punkt, wo unsere ganze Deffentlichkeit, Staats-

mann und Privatmann sich endlich offen zu gestehen haben: Das muß anders werden!

Es war 1909 im Ausschuss der Delegationen, wo Lehrenthal seine Balkanpolitik in der Annegionskrise verteidigte. Dort entfuhr diesem zurückhaltenden Redner der Stoßseufzer: Wenn doch unsere Handelspolitik die auswärtige Politik unterstützte! Er blieb fast unbeachtet, und doch hätte er einen Ausschuss erregen müssen, dessen Denken auf die großen und ernstesten Ziele der Politik eingestellt gewesen wäre, der nicht sein Gepräge erhielt durch Bürokraten des verdienten Ruhestandes und Magnaten, die ihre Güterverwaltung des wirtschaftlichen Denkens enthebt, durch Kleinbürger, die wider den Hausierhandel erbittert sind, und durch die akademischen Faselhänse des Nationalismus. Just in diesen Tagen des Weltwirtschaftskrieges ist männiglich kund und zu wissen geworden, daß die auswärtige Politik heute fast aufgeht in Wirtschaftspolitik, daß sie die wirtschaftliche Stellung des Staates in der Welt zum Inhalt hat. Unser Reich aber findet sich feltamerweise im überlieferten Besitz einer Verfassung, die seinem gemeinsamen Ministerium gar kein Handelsamt beigibt! Unser auswärtiger Minister und seine Diplomatie haben die Handelspolitik des Reiches nicht zu bestimmen und zu gestalten — sie ist nicht ihr Ressort, sondern das der zwei einzelstaatlichen Ministerien, deren Entschlüsse jene als bloße Vollzugsorgane durchzuführen haben. Kraft solcher sinnreicher Verfassung konnte und ist es zeitweilig geschehen, daß wir den Versuch unternommen haben, zugleich eines Nachbarn diplomatischer Freund zu sein und ihm wirtschaftlich die Tore zu verperren! Derlei mag nun im siebzehnten oder achtzehnten Jahrhundert, damals, als Stil und Praxis der korrekten Diplomatie für alle Zukunft ausgebildet und festgelegt wurden, nicht unmöglich gewesen sein. Aber ein solcher Widerspruch bringt in unserem Zeitalter der Wirtschaftlichkeit die Nachbarn in Schwierigkeit, sich einen Reim darauf zu machen, sie können sich auf ihn weder so noch so einrichten, sie können als Nachbarn Ruhe nicht finden. Das erste Hauptstück in dem Buche österreichisch-ungarischer Neuorientierung nach dem Kriege wird wohl die notwendige Einheit von Diplomatie, innerer Staatsordnung und Wirtschaftsinteresse des Volkes zum Titel haben, der Text wird sich später schreiben lassen.

Indessen sind weder die Verfassungsfehler noch Fehler der Regierungen an der prekären Gestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen in erster Linie und am meisten schuld. Wir erinnern uns eben daran, daß die beiden Regierungen 1907 einen Handelsvertrag mit Serbien geschlossen hatten, der zwar nicht die Annäherung begünstigte, aber doch die gänzliche Entfremdung verhüten sollte. Die Volksvertretungen haben ihn unter der Führung Hohenblums zerrissen und die Regierungen tragen die Verantwortung nur dafür, daß sie mit Rücksicht auf das dauernde Interesse der Monarchie gegen einseitige Begehrlichkeit, auch wo sie von Parlamentsparteien ausging, nicht stark genug waren. Diese unglückselige Ueberspannung von Sonderinteressen hat die damalige Diplomatie, wie erinnerlich, in die zwiespältige Zwangslage versetzt, auf der einen Seite die Abnahme österreichischer Industrieerzeugnisse — aus einer vielgenannten westböhmischen Fabrik — zu fordern, auf der anderen Seite aber die Einfuhr von Bodenerzeugnissen zu unterbinden. Wie soll sich ein Nachbar unter solchen Umständen einrichten? Auch hier kann man nicht anders schließen als mit dem Mahnwort: Das muß anders werden! Seltsam genug, daß hier einmal die Österreicher ihr Lieblingswort: „Leben und leben lassen!“ verleugnet haben.

Das Wirtschaftsweltproblem zum Balkan.

Die vereinigten Donauvölker — um deren Wirtschaftsinteressen handelt es sich, für ihre Wirtschaftsgemeinschaft ist die Monarchie der politische Name — haben kein anderes Interesse, als mit den vereinigten Balkanvölkern die Erzeugnisse beiderseitigen Fleißes zu tauschen. Noch haben die Balkanvölker den einigen politischen Namen nicht, noch sind sie keine Zollunion, keine volle Wirtschaftsgemeinschaft, wie es der Belgrader Kongreß der Balkansozialisten gefordert. Wenn irgend jemand, so hat Oesterreich-Ungarn das Interesse, daß diese Einheit werde. Solange die europäische Türkei stand, stellten ihre Gebiete eine Zolleinheit dar und unser Handel ist dabei wohl gefahren. Die Neuordnung des Balkankrieges wird politisch und kulturell für die Balkanvölker ein Segen werden — es sei denn, daß sie sich auf Geheiß der zarischen Diplomatie in Feindschaft verzehren und in Kriegen erschöpfen. Aber wirtschaftlich war die Zerstückelung eines einmal bestandenen größeren Wirtschaftsgebietes in viele kleinere ein Fortschritt weder für die Gesamtheit noch für die Teile. Ein Zollverein auf dem Balkan wird den Balkanstaaten zum Heile und dem Handel der Welt zum Vorteil gereichen, aber ein Anstoß und Hindernis werden für die italienischen und russischen Eroberungspläne, ein Verdruß für die Imperialisten aller Länder. Die Parole: Der Balkan den Balkanvölkern! hat nicht nur politische und nationale, sie hat noch mehr als das, ihre tiefe, wirtschaftliche Bedeutung. Wir unsererseits können kein einziges wirtschaftliches, nicht bloß eingebildetes Interesse der Donauvölker entdecken, das dieser Lösung eines gewichtigen Weltwirtschaftsproblems widerstritte. Das Wirtschaftsgebiet der mittleren Donau und das Wirtschaftsgebiet des Balkans werden sich berühren ohne Reibung und vielfach ergänzen ohne Zwang, denn die Hauptleistungen ihrer Erzeugung wie

ihres Verbrauches konkurrieren miteinander nicht.

Wenden wir genug Kraft des Verstandes an, um die realen Interessen aus der widerspruchsvollen und wirren Ueberlieferung von Staatsformen, Parteimeinungen und geschichtlich gewordenen Vorurteilen herauszuschälen, so kommen wir zu dem Schlusse: In den Dingen selbst, das ist in den Völkern und ihrem wirtschaftlichen Dasein, in den Realitäten, die über die Jahrzehnte und Jahrhunderte hinaus dauern, liegt kein Grund vor, warum die Völkergemeinschaft des Balkans und die der mittleren Donau nicht friedliche Nachbarn sein müßten.

Wohl aber türmt sich zwischen ihnen ein Berg geschichtlicher Mißverständnisse und Vorurteile, politischer Mißgriffe und Mißbildungen, ein Berg des Mißtrauens. Viel davon ist von der einen, viel von der anderen Seite verschuldet, aber der größte Teil der Schuld liegt auf dritter Seite. Denn beide sind seit einiger Zeit Gegenstand des Planes geworden, wie die Welt zwischen West und Ost, zwischen England und Rußland und ihren Gefolgsleuten am zweckmäßigsten sich verteilen ließe. Für diesen Plan ist jenes Mißtrauen mehr wert als Armeen. Jenen trennenden Berg abtragen zu helfen haben wir uns bemüht. Aber was sind Bemühungen einzelner? Es ist in dieser Stunde von allerhöchstem Gewicht, daß sich die Donaumonarchie selbst mit aller Entschiedenheit zu ihrem dauernden Interesse bekennt und auch wirtschaftspolitisch zu ihrer Parole macht: Der Balkan den Balkanvölkern!

K. R.

Geheime Sitzungen

Seit einigen Tagen stehen wir wieder in der Periode geheimnisvoller Ministeritzungen und hochpolitischer Missionen — es bereitet sich irgend etwas vor und die Zeitungen der kriegsführenden Länder sind wieder voll von Vermutungen und Kombinationen aller Art. Bethmann-Hollweg und Jagow sind nach Wien gereist, Salandra hat sich an die Front begeben, um dem Könige Anträge von angeblich höchster Wichtigkeit zu unterbreiten. Inzwischen aber haben andere nicht verhandelt, sondern zugegriffen. Die Montenegriner halten heute das Land im Besitz, das ihnen vor zwei Jahren von den Mächten abgenommen wurde. Sie sind allen albanischen Projekten zu Trost in Skutari eingezogen und haben die Küstenstadt San Giovanni di Medua besetzt. Wie die Serben behaupten zwar auch sie, ihr Vorgehen sei durchaus nicht etwa aggressiv, sie wollten nichts als gewisse strategische Punkte besetzen, um sich gegen albanische Angriffe zu wehren. Tatsächlich steht es natürlich so, daß die Montenegriner den Moment für gekommen halten, das zu nehmen, was man ihnen einst vorenthielt. Sie wollen nicht nur militärisch und vorläufig besetzen, sie wollen annectieren. Das ist ihnen heute sicherlich wichtiger als das in ihrer Note so eifrig betonte Bestreben, Kräfte für den Haupt-Kriegsschauplatz frei zu bekommen.

Die Frage, ob wirklich geheime Verhandlungen mit Oesterreich diesem überraschenden Angriffe vorausgingen, ist immer noch nicht geklärt. In Oesterreich hält man sich in tiefes Schweigen, Serbien dementiert offiziell alle Gerüchte von einem bevorstehenden Separatfrieden und wird nicht müde, seine Treue gegenüber dem Dreiverband zu betonen — ob auch gegenüber dem Vierverband? Das ist die schwierigste Frage, die das Eingreifen Italiens aufgeworfen hat.

Auch in Griechenland erwartet man baldige Entscheidungen. Venizelos, der noch beiseite steht, wird von Journalisten aus allen Lagern eifrig befragt. Sie interessieren sich in der Hauptsache darum, ob er in der auswärtigen Politik die gleiche Haltung bewahren werde, wenn er nun wieder das Ruder in die Hand nehme. Venizelos ist klug genug, seine Karten nicht abzudecken. Doch hat er immerhin einem politischen Freunde, dem ehemaligen Abgeordneten von Sparta, Kulumvakis, gegenüber Äußerungen getan, die seine Auffassung erkennen lassen. Ein Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblattes“ hat den Spartaner darüber befragt und nach seinen Informationen habe Venizelos sich im wesentlichen wie folgt geäußert:

„Danke der Politik, die die gegenwärtige Regierung befolgt hat, haben wir heute nicht einen Freund mehr auf der Welt. Wir sind isoliert! Danke der Inkonsequenz zwischen seinen Worten und seinen Handlungen hat das Kabinett Gumaris die Mächte der Entente in Unzufriedenheit versetzt. Während sie unter meiner Regierung nachdrücklich und in

ganz offizieller Form erklärt hatten, sie hätten in keiner Weise die Absicht, Griechenland zu Zugeständnissen irgendwelcher Art an Bulgarien zu veranlassen — und das war für uns ein großer Vorteil — versprechen sie heute Bulgarien ihre Vermittlung, damit es Ostmazedonien erhalte. Das bedeutet gewiß nicht, daß diese Mächte Bulgarien Ostmazedonien geben werden, denn es gehört nicht ihnen, sondern uns, aber es bedeutet doch, daß sie sich einem Angriff Bulgariens gegen uns nicht widersetzen werden. Wir müssen uns somit meiner Ansicht nach auf einen Krieg mit Bulgarien gefaßt machen, wir müssen militärisch und finanziell bereit sein, und wir werden für einen Krieg täglich eineinhalb Millionen benötigen, während uns die Mächte der Entente ungünstig gesinnt sind. Hätten wir uns nicht isoliert, wäre die Sache anders gekommen.“

„Aus Ihren Worten geht also hervor,“ sagte darauf Kulumvakis, „daß, wenn Sie von neuem die Regierung übernehmen, Sie nicht mehr die gleiche auswärtige Politik befolgen werden, da sich ja die internationale Lage geändert hat.“

„Gewiß hat sich die Lage geändert,“ war die Antwort, „und sogar sehr. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß es uns unmöglich gewesen wäre, unsere frühere Politik in Anwendung zu bringen, selbst wenn wir nach 24 Stunden zur Macht wieder zurückgekehrt wären.“

Man mag aus diesen Äußerungen des griechischen Staatsmannes ersehen, wie sehr auf dem Balkan alle Fäden sich verflochten. Diesen Verhältnissen gelten sicherlich auch all die geheimen Verhandlungen, von denen in der Presse die Rede war. Auch die Besprechungen der deutschen leitenden Männer mit den Wiener Verbündeten bezogen sich sehr wahrscheinlich auf Rumänien und den Balkan, nicht auf Belgien, Frankreich oder Rußland, wie eine im heutigen Morgenblatte wiedergegebene Meldung der niederländischen Zeitung „Het Volk“ wissen wollte.

Rumänien und die Balkanstaaten werden nun wohl zu einer Entscheidung gedrängt werden. Wie weit diese durch die deutsch-österreichischen Siege in Galizien und durch Italiens Eingreifen in den Krieg beeinflusst wird, wird man bald wissen. Man klagt von beiden Lagern aus sicherlich nicht mit Versprechungen, ist doch die Parteinahme dieser Staaten von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für den Fortgang der kriegerischen Ereignisse.

Die Vertagung des englischen Parlaments. Heftige Angriffe gegen die Regierung.

London, 29. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Robert Cecil auf eine Anfrage, der Berliner Vertrag sehe vor, daß kriegsführende Mächte, die Gebiete in der Freihandelszone Afrikas besitzen, mit Zustimmung der anderen kriegsführenden Mächte diese Besitzungen für Kriegsdauer neutralisieren könnten. Der Vertrag lege jedoch keiner Macht die bindende Verpflichtung auf, diesen Weg einzuschlagen. Die Frage, ob Gebiete kriegsführender Mächte als Freihandelsgebiete in Afrika neutralisiert werden sollten, sei zu Anfang August 1914 sorgfältig erwogen worden, aber die Ereignisse, die in den ersten zehn Kriegstagen in Afrika eingetreten seien, hätten ein solches Vorgehen unmöglich gemacht.

Staatssekretär für Indien Chamberlain sagte auf eine Anfrage über die Vorgänge in Indien: Außer der Strafexpedition in Oberbirma im Januar waren seit Kriegsbeginn dreimal derartige Kämpfe nötig. Im Januar wurde das Fort Spina Rhaisora von den Rhostwals angegriffen, die in ihr Stammgebiet zurückgeschlagen wurden. Im März unternahm eine beträchtliche Streitmacht der Zadrans einen Einfall in englisches Gebiet. Sie wurde bei Mirambah angegriffen und unter schweren Verlusten zurückgetrieben. Unsere Verluste waren leicht. Im April fielen etwa 4000 Mohmads bei Shabkadr ein. Sie wurden angegriffen; der Feind zog sich zurück und zerstreute sich jenseits der Grenze. Unsere Verluste betragen etwa 70 Mann.

Hierauf hielt Premierminister Asquith die bereits gemeldete Rede über die gegenwärtige Lage.

Nach dem Premierminister ergriff Sir Henry Dalziel das Wort und führte aus, der Premierminister erachte die Lage in Flandern und Frankreich als völlig befriedigend. Redner sei darüber ein wenig erstaunt. Er hätte im Sommer einen großen Vormarsch erwartet. Alle hätten einen solchen freudig begrüßt, wenn er stattgefunden hätte, als Rußland die Hilfe der Alliierten am nötigsten brauchte, so wie dieses auch seinerseits in den ersten Zeiten des Krieges den Alliierten geholfen habe. Redner erwarte von der Regierung die Versicherung, daß die gegenwärtige Lage in Frankreich von der Lieferung der Munition ganz unabhängig sei.

Was die Dardanellen betreffe, sei es bemerkenswert, daß das Haus trotz der überwältigenden Verluste nie eine amtliche Mitteilung erhalten habe. Asquith möge sagen, weshalb die Alliierten solange vor der Landung durch ihren Flottenangriff ihre Absicht kundgetan haben. Asquith scheine zu glauben, daß das Haus schweigen solle wie in den neun Monaten vor der Bildung des Koalitionsministeriums. Dies sei jetzt unmöglich, weil das Kabinett nicht das Vertrauen besitze wie früher. Es sei unverständlich, daß die Regierung über den von Deutschland beabsichtigten Angriff nicht besser unterrichtet gewesen sei und daß Haldane nicht wenigstens vorbereitende Schritte zur Erweiterung der Waffenindustrie getan habe. Ebenso unverständlich sei es, daß die Regierung nicht schon im Oktober die Industrien mobilisiert habe. Der Munitionsminister habe im Juni gesagt, daß, wenn die Armee völlig ausgerüstet gewesen wäre, jetzt am Rhein gekämpft werden würde und das Ende des Krieges in Aussicht stünde. Redner wünsche zu wissen, ob die dafür verantwortlichen Beamten entlassen worden seien, ferner, ob Lloyd-George mit den ihm gesetzlich übertragenen Vollmachten vollkommen zufrieden sei und ob es wahr sei, daß Sir Percy Sircuarc nicht mehr dem Munitionsministerium angehöre.

Der Kriegsekretär habe vor Monaten angekündigt, daß die Armee mit Chlorgas zur Verwendung gegen den Feind versorgt werden solle. Redner fragt nun, was die Ursache der außerordentlichen Verzögerung sei. Die Armee verstehe nicht, weshalb die versprochenen Lieferungen nicht einträfen. Eine der Ursachen sei angeblich, daß das Kriegsamt und andere Ämter versagt haben. Der Redner verlangte hierüber beruhigende Aufklärungen und fuhr sodann fort, daß große Fragen der Erörterung des Parlaments harften, so die Fragen der Preissteigerung der Lebensmittel, der Verschwendung in den Regierungsbüroen, der Verschiebung der Beschlußfassung über das Pensionsgesetz im Oberhause und die Frage der Behandlung der Baumwolle als Bannware. Der Redner beantragt daher, das Haus auf nicht länger als vier Wochen zu vertagen.

Der nächste Redner, Sir Arthur Markham, erklärte, Premierminister Asquith habe in seiner Rede in Newcastle aufs bestimmte versichert, daß die Tätigkeit des Heeres durch Mangel an Munition nicht beeinträchtigt werde. Dies sei unrichtig gewesen, die ganze Offensive in Frankreich sei einfach darum niedergebrochen, weil die Regierung vom Oktober bis zum Februar keine Munition bestellt habe.

Man hätte die unfähigen Beamten des Kriegsamtes entlassen sollen. Die Dummheit des Kriegsamtes sei grenzenlos. Er griff sodann das Feldzeugamt an und unterstützte den Antrag Dalziels.

Markham schloß: Das Unterhaus folge blindlings allem, was Asquith sage, trotz der Tatsache, daß das Kriegsamtsamt verantwortlich sei für die bellagenswerte Lage, in der sich England jetzt befinde.

Henry Craig (Unionist) sprach sich in demselben Sinne aus. Er sagte, wir wollen nicht eine parlamentarische Regierung, die nur für gutes Wetter taugt und in stürmischem Wetter ausgeschaltet werden muß. Das Parlament kann die Achtung und das Vertrauen des Landes nicht besitzen, wenn es in einer solchen Krise für lange Zeit ausgeschaltet wird. Man kann für die nächsten sieben Wochen mit Sicherheit prophezeien, daß Ereignisse von einschneidender Bedeutung, wie sie die Welt nie erlebt hat, eintreten werden. Wenn dann das Parlament plötzlich einberufen wird, ist es der beste Weg, eine Panik im ganzen Lande zu erzeugen.

Sodg sagte: Die Arbeiterpartei werde nur deswegen nicht für den Antrag Dalziel stimmen, damit es nicht so aussehe, als ob die Regierung den Befehlen der Northcliffe-Presse gefolgt habe.

Nachdem noch mehrere Unionisten und Liberale gegen lange Ferien gesprochen hatten, warnte Kolonialminister Bonar Law das Haus vor einer falschen Kritik. Er sagte: Wenn man nicht bereit ist, eine andere Regierung an die Stelle der gegenwärtigen zu setzen, solle man nicht Kritik üben, die sie so im Ansehen herabsetzt, daß sie sie in der Kriegführung schwächt.

Eine Abstimmung über den Antrag Dalziel fand nicht statt.

*die Verhandlung des englischen Parlaments***Erklärungen Lloyd-Georges.**

Munitionsminister Lloyd-George sagte: Die Zeit ist keineswegs dazu reif, um über die Munitionsfrage in der Vergangenheit und in der Zukunft eine volle Erklärung abzugeben. Das Geschöftsministerium erhielt einen ganz neuen Beamtenstab, darunter mindestens 90 Männer mit erstklassiger Geschäftserfahrung. Die Aufgabe war, erstens die Ausführung der bestehenden Lieferungsverträge zu beschleunigen, zweitens neue Bezugsquellen zu eröffnen. Die Lieferungen blieben fast sämtlich bedauerlicherweise hinter der Lieferungsfrist infolge des Mangels an Maschinen und an Arbeitern zurück. Außerdem wurden etwa drei Viertel der Maschinen nicht in voller Kraft ausgenützt, nur ein Fünftel arbeitete nachts. Die angemorbene Munitionsarmee beträgt 20.000 Mann. Mehrere tausend gelernte Arbeiter wurden jerner vom Heere beurlaubt. Besondere Schwierigkeiten bilden die Maßnahmen der Gewerkschaften. Die Arbeiter könnten sicher um 25 Prozent mehr leisten, wenn sie mit voller Kraft arbeiteten.

Es sei wünschenswert, daß die Arbeiterführer ihren Einfluß dahin geltend machen, damit die die Arbeit hemmenden Regeln der Gewerkschaften für die ganze Dauer des Krieges wegfiele; denn nichts, was die Regierung tun könne, indem sie neue Hilfsquellen schaffe, könne schon in der nächsten Zeit eine Wirkung haben. Obwohl die Regierung ein positives Versprechen von den Gewerkschaften erhalten habe, daß sie Frauen und ungelernete Arbeiter zulassen würden, hätten sie dies verweigert. In einem Falle brach ein Streik aus, weil die Bleiarbeiter die Arbeit der Kupferschmiede verrichten sollten.

Die Kupferschmiede sind gegenwärtig im Auslande. Dies ist ein beklagenswerter Zustand. Ferner entstanden Schwierigkeiten wegen der Abzeichen, welche die Munitionsarbeiter tragen. Es wurden zu viele Abzeichen verteilt, wodurch die Rekrutierung gehemmt wurde. Um dem Mangel an Gewehren und Maschinen abzuhelfen, wurden zufriedenstellende Ansätze gemacht. Leider dauert es sehr lange, bis die Erweiterung dieses Unternehmens Erfolge zeitigt, aber die Ergebnisse werden den Verlauf des Krieges beeinflussen, lange bevor der Krieg zu Ende geht. Der Feind wird unsere Fortschritte hinsichtlich der Bomben und Handgranaten dann schon gespürt haben. Zur Herstellung der Granaten wurden sechzehn staatliche Fabriken errichtet. Ihre Einrichtung stellte uns vor die Tatsache, daß ein beunruhigender Mangel an entsprechenden Maschinen herrschte. Die Regierung beschlagnahmte Drehbänke und Werkzeuge, aber sie fand, daß der in England vorhandene Vorrat an diesen Gegenständen durchaus nicht ausreichte, namentlich nicht zur Herstellung von Geschossen schweren Kalibers. Alle Fabriken, welche diese Werkzeuge herstellen, sind unter Staatskontrolle gestellt worden. Sie werden in den nächsten Monaten ihre Arbeitsleistung auf die Herstellung von Werkzeugen beschränken, die für die Anfertigung der Munition nötig sind.

Jetzt sind wir gehemmt, weil es an Maschinen und Werkzeugen mangelt. Daher beschloß die Regierung, zehn neue staatliche Werke zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen zu errichten. Die freiwillige Munitionsarmee wird dazu die Arbeiter stellen. Außerdem wird viel Frauenarbeit geleistet werden. Es wurden bereits Schritte unternommen, um die nötigen Gebäude herzustellen. Die Einrichtung der Fabriken wird im Laufe der nächsten Wochen, jedenfalls im nächsten Monat fertig sein. Dann werden wir die Armee ausrüsten können, wie es die besten Heere Europas sind.

Lloyd-George schloß seine Rede, indem er die Intriganten aufforderte, ihre Hände und Zungen vom Munitionsminister fernzuhalten.

Sodge und Goldstone (Arbeiterpartei) widersprachen den Ausführungen Lloyd-Georges über die Gewerkschaften.

Die Liberalen Guest und Wedgwood traten für die allgemeine Wehrpflicht ein.

Williams (Liberal) sagte: Der Walliser Ausstand war schlimm, aber er zeigte, daß die Nation keinen Staatszwang will.

Unterstaatssekretär Tennant meinte, es sei sehr zweifelhaft, ob die militärische Lage anders sein würde, wenn England eine größere Armee ausgesandt hätte. Man müsse abwarten, ob die Wehrpflicht notwendig werden würde.

O'Brien (Nationalist) erklärte, die allgemeine Wehrpflicht würde auf den größten Widerstand der irischen Partei stoßen.

Sodann wurde die Vertagung des Hauses bis zum 14. September l. J. beschlossen.

30. / VII. 1915

Einigung zwischen der Türkei und Bulgarien?

Budapest, 29. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
„Deleti Ertesito“ meldet aus Sofia: „Dnewnik“ meldet:
Die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei
haben, trotzdem kein offizielles Communiqué ausgegeben
wurde, zu einem Ergebnis geführt und
zwischen den beiden Ländern wurde eine Verein-
barung getroffen. Die Türkei überläßt Bulgarien
die nach Neubulgarien führende Eisenbahnlinie und
ein Gebiet von zehn Kilometer entlang der
Maritza. Das Blatt bemerkt, daß durch diese Verein-
barung die starke und unerschütterliche Grundlage des Ver-
hältnisses der beiden Nationen zueinander auf Jahrhunderte
gesichert wurde. In diesem Sinne schreibt auch der in Kon-
stantinopel erscheinende „Taswir-i-Effkar“ und begrüßt diese
Vereinbarung mit Freude und konstatiert, daß dadurch die
Freundschaft der beiden für einander auf ewige Zeiten ge-
sichert sei.

An die jetzt kriegsführenden Völker und an ihre Oberhäupter!

Als wir ohne unser Verdienst berufen wurden, auf dem apostolischen Throne die Nachfolge des überaus milden Papstes Pius X. zu übernehmen, dessen heiliges und wohlthätiges Leben der Schmerz ob des kurz zuvor in Europa entbrannten brudermordenden Kampfes abgekürzt hatte, fühlten auch wir beim Hinblick auf die blutigen Schlachtfelder die Qual eines Vaters, welcher sein Haus von wütendem Sturm verwüstet und verödet sieht. Und indem wir mit unaussprechlichem Leid unserer jungen Söhne gedachten, welche zu Tausenden getötet wurden, erfüllte unser von dert Liebe Christi durchdrungenes Herz der ganze Jammer der Mütter, der vorzeitig Verwitweten und der Bräute und der ganze untröstliche Kummer der allzufrüh der väterlichen Führung beraubten Kinder. Aus unserer Teilnahme an den Aengsten zahlloser Familien und aus unserer Auffassung der Pflichten der uns in so trauriger Zeit besonders obliegenden erhabenen Mission von Frieden und Liebe ergab sich bei uns alsbald der feste Entschluß, unsere ganze Tätigkeit und unsere ganze Macht der Versöhnung der kämpfenden Völker zu widmen. Dies gelobten wir auch feierlich dem Heiland, welcher um den Preis seines Blutes alle Menschenbrüder erretten wollte, und Frieden und Liebe besagten auch unsere ersten Worte, welche wir als obersten Seelenhirt an die Nationen und ihre Lenker richteten. Wer unser liebevoller und eindringlicher Rat als Vater und Freund blieb ungehört. Dies steigerte in uns den Schmerz, aber erschlaffte nicht den Vorsatz. Wir wandten uns darum unablässig in Zuversicht an den Allmächtigen, in dessen Hand der Geist und die Herzen sowohl der Untertanen wie der Könige sind und erstlehten von ihm das Ende des furchtbaren Gemehels. An unserem inbrünstigen und demütigen Gebete ließen wir alle Gläubigen teilnehmen und um seine Wirksamkeit zu erhöhen, sorgten wir dafür, daß es von Werken christlicher Bußthatigkeit begleitet wurde.

Heute aber, am traurigen Jahrestage des Ausbruches des furchtbaren Konfliktes, entquillt unserem Herzen der Wunsch, daß der Krieg rasch aufhöre, noch heißer der väterliche Ruf noch lauter. Möge dieser Ruf den heängstigen Waffenlärm übertönen und bis zu den Völkern und ihren Oberhäuptern, die jetzt Krieg führen, gelangen und die einen wie die anderen zu milderer und unbefangenerer Sinnesart bestimmen.

Im heiligen Namen Gottes, unseres himmlischen Vaters und Herrn, um des gesegneten Blutes Jesu willen, welches der Preis der menschlichen Erlösung gewesen, beschwören wir Euch, die Ihr von der göttlichen Vorsehung zur Regierung der kriegsführenden Nationen bestellt seid, diesem fürchterlichen Morden, das nunmehr seit einem Jahre Europa entehrt, endlich ein Ziel zu setzen. Es ist Bruderblut, das zu Lande und zur See vergossen wird, die schönsten Gegenden Europas, dieses Gartens der Welt, sind mit Leichen und Ruinen besät. Wo kurz zuvor die Werkstätte und die Feldarbeit emsig ersprießliche Werte schufen, dröhnen jetzt entsetzlich die Kanonen und verschonen in ihrer Zerstörungswut weder Dörfer noch Städte, sondern bereiten überall Verheerung und Tod. Ihr tragt vor Gott und den Menschen die entsetzliche Verantwortung vom Frieden und Krieg. Höret auf unsere Bitte, auf die väterliche Stimme des Stellvertreters des ewigen und höchsten Richters, dem ihr werdet Rechenschaft ablegen müssen sowohl für die öffentlichen Unternehmungen wie für eure privaten Handlungen. Die Fülle der Reichtümer, mit denen Gott der Schöpfer die euch unterstellten Länder ausgestattet hat, erlauben euch gewiß die Fortsetzung des Kampfes. Aber um was für einen Preis? Darauf mögen die Tausende junger Menschenleben antworten, welche alltäglich auf den Schlachtfeldern erlösen,

ebenso wie die Ruinen so vieler Städte und Dörfer und so vieler von dem frommen Sinn und dem Genie der Vorfahren geschaffenen Monumenten. Wiederholen nicht auch jene bitteren Tränen in den stillen Kammern oder zu Füßen der Altäre, daß der Preis des täglichen Kampfes groß, zu groß ist? Man sage auch nicht, daß der ungeheuerere Konflikt nicht ohne Wassengewalt beigelegt werden kann. Man lege den Vorsatz wechselseitiger Vernichtung ab, man bedenke, daß die Nationen nicht sterben. Wenn die Nationen erniedrigt und unterdrückt sind, dann tragen sie lebend das ihnen auferlegte Joch und bereiten die Erlösung vor, indem sie von Generation zu Generation eine traurige Erbschaft von Haß und Rachedurst überliefern. Warum also nicht schon jetzt mit unbefangenen Gewissen die Rechte und die gerechten Aspirationen der Völker wägen? Warum nicht willig einen direkten oder indirekten Austausch von Gesichtspunkten beginnen, um nach Maßgabe des Möglichen jenen Rechten und Aspirationen Rechnung zu tragen und so dahin zu gelangen, dem furchtbaren Kampfe ein Ziel zu setzen, gleichwie es unter früheren ähnlichen Umständen geschehen ist?

Gesegnet sei derjenige, welcher zuerst den Olivenzweig erheben und dem Feinde die Rechte reichen wird, indem er verständige Friedensbedingungen darbietet. Das Gleichgewicht der Welt und die gedeihliche und sichere Ruhe der Nationen ist auf das wechselseitige Wohlwollen und die Achtung des Rechtes und der Würde des anderen sehr viel mehr gegründet als auf die Menge der Bewaffneten und auf furchtbare Festungsgürtel. Dies ist der Friedensruf, der an diesem traurigen Tage lauter aus unserer Seele hervorbricht, und wir laden alle Friedensfreunde der Welt ein, uns die Hand zu reichen, um das Ende des Krieges zu beschleunigen, der nunmehr seit einem Jahre Europa in ein großes Schlachtfeld verwandelt hat. Möge Jesu, der Barmherzige, durch die Vermittlung seiner schmerzhaften Mutter endlich nach so furchtbarem Sturm den milden und strahlenden Friedensmorgen, das Abbild seines göttlichen Antlitzes, aufgehen lassen! Mögen alsbald die Dankeshymnen an den höchsten Geber aller Güter für die Wiederveröhnung der Staaten erschallen! Mögen die Völker in Liebe verbrüderet zum friedlichen Wettbewerb der Studien, Künste und Industrien zurückkehren! Und wenn die Herrschaft des Rechtes wiederhergestellt ist, dann mögen sie sich entschließen, die Lösung ihrer Streitigkeiten künftig nicht mehr der Schneide des Schwertes, sondern dem ruhigen und gemessenen Studium der Billigkeit und der Gerechtigkeit anzuvertrauen. Dies wird die schönste und rühmreichste Eroberung sein!

In der lieben Zuversicht, daß die Welt sich bald an dem so wünschenswerten Früchte tragenden Baume des Friedens erfreuen möge, erteilen wir den apostolischen Segen allen jenen, welche die uns anvertraute mystische Herde bilden, und wir bitten auch den Herrn, daß er diejenigen, welche nicht zur römischen Kirche gehören, mit uns verbinde durch Bande vollkommener Liebestätigkeit.

Rom, vom Vatikan, 28. Juli.

Gezeichnet: Benedictus XV.

Völkerrechtswidrige Verschleppung österreichischer Staatsangehöriger nach Rußland.

Wien, 30. Juli.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Als die Russen kurz nach Erstürmung Lembergs durch unsere Truppen sahen, daß ihre Herrschaft in Galizien dem Ende zugehe, erließ der russische Vorsteher des Sokaler Bezirkes am 24. Juni d. J. folgende Bekanntmachung:

„Ich befehle die sofortige Durchführung nachstehender Maßnahmen: Alle Einwohner in Stadt und Land sind zur Auswanderung in das Gouvernement Wolhynien verpflichtet, alle landwirtschaftlichen Geräte, Wagen und alle sonstigen beweglichen Sachen, insbesondere alle Vorräte an Brot, Getreide und Mehl, die bei der Auswanderung nicht mitgeführt werden können, sind zu verbrennen oder sonst zu vernichten. Das Pferd und Vieh müssen mitgenommen werden. Das Bürgermeisteramt eines jeden Ortes, das alle Personen in ein Familienregister aufzunehmen hat, gibt den Einwohnern den Tag des Abmarsches bekannt. Wer sich auszuwandern weigert, wird hiezu mit allen Mitteln gezwungen. Zuwiderhandelnde werden auf das strengste bestraft.“

Wie sich aus dieser Verordnung ergibt, wenden die Russen die Maßregel, die Bewohner des von ihnen zu räumenden Gebietes zur Gänze in das Hinterland abzuschleppen und die verlassenen Territorien zu verwüsten, nicht bloß auf russische Staatsangehörige und russisches Territorium an, sondern sie unterwerfen dieser Maßnahme auch österreichische Staatsangehörige und deren Privateigentum. Solange Rußland dieses barbarische Vorgehen, durch welches die friedliche Bevölkerung schwer betroffen wird, ausschließlich auf eigene Untertanen beschränkte, war dies eine interne russische Angelegenheit, die nur vom Gesichtspunkte der staatsbürgerlichen Rechte in Rußland von allgemeinem Interesse war. Da aber die russischen Machthaber diese Maßnahme auch auf Oesterreicher und deren Privateigentum ausdehnen, ein Vorgang in der Kriegführung, der an Zeiten mahnt, die wir als seit Jahrhunderten überwunden betrachten mußten, sei festgestellt, daß diese gewaltthame Verschleppung der ganzen Bevölkerung eines Bezirkes des besetzten Gebietes und die zwangsweise Vernichtung eines großen Teiles des Privateigentums dieser Leute eine der gräßlichsten, selbst nach dem bisherigen Verhalten der russischen Truppen und Behörden nicht erwarteten Verletzungen des Völkerrechtes bildet und den strikten Vorschriften des auf Initiative gerade der höchsten russischen Kreise zustande gekommenen Haager Landkriegsreglements widerspricht, welches die persönliche Freiheit der friedlichen Bevölkerung des besetzten Gebietes und deren Privateigentum als unverletzlich erklärt hat.

Kriegskalender.

17. Juli: Zwischen Weichsel und Bug und auch westlich der Weichsel wird die Offensive gegen die Russen mit Erfolg wieder aufgenommen; südwestlich Krasnostaw durchbrechen deutsche Kräfte die feindlichen Linien; an der oberen Bystrzyca und nördlich Krasnül gewinnen unsere Truppen die feindlichen Positionen. Im nördlichen Russisch-Polen werden die Russen von den Armeen Hindenburgs zur Räumung des Gebietes zwischen Weichsel und Narew gezwungen. — Türkischer Sieg über die Engländer am Euphrat. — Graf Bernstorff bei Staatssekretär Lansing.

18. Juli: In der Schlacht zwischen Bug und Weichsel werden die Russen zurückgedrängt; die Höhen zwischen Pilaczowice und Krasnostaw sowie diese beiden Orte von den Deutschen erstickt; in der Gegend von Solal vertreiben unsere Truppen den Feind aus einer Reihe hartnäckig verteidigter Ortschaften; westlich der Weichsel wird die russische Front bei Sienna durchbrochen. General v. Below schlägt die Russen bei Alt-Mus; östlich Karschahn wird die vorderste feindliche Stellung im Sturm genommen; die Armee des Generals v. Scholtz siegt bei Borenów, Wól und Płoszycze; die Armee des Generals v. Gallwitz durchbricht die stark ausgebaute Stellung Modzianowa-Karnibo. — Die italienische Flotte versucht einen Angriff gegen Grabova und Nagusa-Becchio; eines unserer Unterseeboote versenkt dabei den italienischen Kreuzer „Giuseppe Garibaldi“. In unserer Südwestfront allenthalben lebhafter Geisühkampf; ein Angriff der Italiener auf den Col di Lana scheitert unter starken Verlusten. — Bei Souchez, auf den Höhen bei Les Eparges, östlich Luneville und in der Gegend von Van de Sapt vergebliche Anstrengungen der Franzosen; hingegen verbessern die Deutschen im Argonnerwalde noch durch kleine Erfolge ihre Linien. — Das englische Panzerschiff „Queen Elizabeth“ wird vor den Dardanellen beschädigt.

19. Juli: Westlich der Weichsel wird an der Hanka gekämpft; schlesische Landwehr erstürmt die feindlichen Stellungen bei Czepilów; an der Durchbruchsstelle der deutschen Truppen bei Pilaszowice-Krasnostaw wird frisch in den Kampf eingeleitete russische Garde von den Deutschen geworfen; weiter östlich bis in die Gegend von Grabowice bahnen sich I. u. I. Regimenter in heißen Ringen über die Wolica den Weg in die feindlichen Höhenstellungen; nordöstlich und südöstlich Solal fassen nordmährische, schlesische und westgalizische Landwehr nach wechselvollen Kämpfen am Dniester des Bug festen Fuß; an der Dniesterfront abwärts Jaleszycze brechen hartnäckige russische Angriffe unter furchtbaren Verlusten zusammen. In Kurland besetzen die Deutschen Windau und Tukum, in Polen zwingen sie die Russen zum Rückzug an den Narew. — Im Görzischen beginnt eine neue Schlacht; heftige Angriffe der Italiener werden abgewehrt; im Tiroler Grenzgebiete scheitert der Angriff mehrerer Bataillone gegen unsere Höhenstellungen auf dem Eisenreichsamm, der Pfannstube und der Filmoorhöhe. — In der Gegend von Souchez sowie auf den Maas Höhen, südwestlich von Les Eparges und an der Tranchee fortgesetzte Kämpfe. — G. d. F. Hermann v. Colard wird zum Statthalter in Galizien ernannt.

20. Juli: An der Hanka wird der russische Widerstand völlig gebrochen, Radom von unseren Truppen besetzt. Zwischen Weichsel und Bug sind die verbündeten Armeen in Verfolgung des weichen Gegners über das Schlachtfeld der letzten Tage hinausgerückt. Im Narew besetzen die Deutschen die auf dem nordwestlichen Flussufer gelegenen ständigen Befestigungen von Ostrolenka; südlich der Weichsel dringen deutsche Truppen bis zur Blonie-Crojec-Stellung vor; in Kurland werden die Russen bei Groß-Schmarben, bei Gründorf und Wingen zurückgedrängt. — Neue Massenangriffe der Italiener im Görzischen brechen unter großen Verlusten zusammen. Die Stellung südlich Schluderbach wird von unseren Truppen wieder zurückgewonnen. — Weiderseits der Straße Hooge-Oporn bricht ein englischer Angriff im deutschen Feuer zusammen; ein französischer Vorstoß bei Albert wird zurückgeschlagen. — Amerikanische Protestnote an England. — Der griechische Minister des Aeußern Zographos tritt zurück.

21. Juli: Die russische Front wird südlich der Bahn Cholm-Lublin-Zwangozod an mehreren Stellen durchbrochen; westlich der Weichsel durchbricht deutsche Landwehr die Vorstellung des Brückenkopfes von Zwangozod; in Ostgalizien bei Solal neuerdings heftige Kämpfe. Am Narew erstürmen die Deutschen ein starkes Werk der feindlichen Vorstellung von Rozan; südlich der Straße Mariampol-Kowno werden drei hintereinander liegende russische Stellungen erobert; auch an der Dubissa werden die Russen geschlagen, westlich von Schawle werden sie aus der letzten Verschanzung herausgeworfen. — Am Rande des Plateaus von Doberdo und am Görzer Brückenkopf setzen die Italiener ihren allgemeinen Angriff ohne Ergebnis fort; der Monte San Michele, auf dem sie sich abends festsetzten, ist ihnen nach wenigen Stunden bereits wieder entzogen; östlich Schluderbach werden die angreifenden feindlichen Bataillone aufgerieben. — In den Argonnen stürmen die Deutschen noch einige feindliche Gräben; in der Gegend von Münster werden heftige französische Angriffe unter erbitterten Nahkämpfen abgewehrt; französische Flieger belegen Colmar mit Bomben. — Die Türken zwingen östlich Kalat el Radjim den rechten feindlichen Flügel zum Rückzuge. — In Oesterreich werden die 43- bis 50jährigen zur Musterung aufgerufen. — Ein Ukas des Zaren ordnet die Einberufung der Duma für den 1. August an. — Der englische Kohlenstreik beilegt.

22. Juli: Westlich der Weichsel müssen die Russen die Linie Rozienice-Janowiec räumen und auf das rechte Weichselufer zurückgehen; österreichisch-ungarische Truppen drängen von West, deutsche von Süd gegen die Forts von Zwangozod; östlich der Weichsel werfen Teile der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand den Feind bei Chobel und Borzechow; am oberen Bug erstürmen ungarische Regimenter den Brückenkopf Dobrotwor nördlich Kamionka Strumilowa. In Nordpolen weichen die Russen auf der ganzen Front vom Nakiwo-See bis zum Njemen; in Kurland Erfolge der Deutschen nordöstlich Schawle. — Im Görzischen wütet die Schlacht mit unverminderter Heftigkeit fort; unsere tapferen Verteidiger behaupten sowohl am Plateau von Doberdo als auch am Görzer Brückenkopf alle ihre Stellungen; die Gefechte im Kragebiete dauern fort. — Im Westteile der Argonnen machen die Deutschen weitere Fortschritte. In den Vogesen werden zahlreiche französische Angriffe unter großen Verlusten zurückgeschlagen. — Mehrere feindliche Angriffe bei Art Birnu brechen im Feuer der Türken unter großen Verlusten zusammen. — England entschuldigt sich wegen Verletzung der Neutralität Norwegens durch die Kaperung des Dampfers „Vallas“ innerhalb des norwegischen Seegebietes.

23. Juli: Das Westufer der Weichsel von Janowiec bis Granica ist vom Feinde säubert; von der Pilicamündung aufwärts sind die Verbündeten bis an den Strom und an den Gürtel von Zwangozod herangerückt; zwischen Weichsel und Bug zwingen die verbündeten Truppen den Feind an verschiedenen Stellen zum Rückzuge; gegen die Bugstrecke Kamionka Strumilowa-Arnychnopol-Solal gehen die Russen mit starken Kräften vor; sie werden durchwegs unter großen Verlusten zurückgeworfen. Gegen den Narew und die Brückenkopfstellung von Warschau schieben sich die Deutschen näher heran; in Kurland wird der geschlagene Feind weiter verfolgt. — Die Schlacht im Görzischen dauert fort; die zahlreichen feindlichen Stürme bleiben trotz richtiger Verluste erfolglos; die Stellungen des Görzer Brückenkopfes sind ausnahmslos in unserem Besitze; auch auf dem Monte Piano scheitert ein feindlicher Nachtangriff. — In den Vogesen wird ein französischer Angriff gegen die Linie Ringelkopf-Bärenkopf (nördlich von Münster) nach heftigem Nahkampfe zurückgeschlagen; auch am Reichsackerkopf greifen die Franzosen erfolglos an. — Ueber Mittel- und Südtalien wird der Belagerungszustand verhängt. — Der Zivil-Eisenbahnverkehr zwischen Lemberg und Czernowitz ist wieder aufgenommen.

24. Juli: Die Russen räumen zwischen Weichsel und Bystrzyca in einer Frontbreite von 40 Kilometer ihre Stellungen; nördlich Grubieszow dringen deutsche Kräfte in die feindlichen Stellungen ein; bei Solal wiederholen sich die vergeblichen Angriffe der Russen; seit 14. Juli wurden zwischen Bug und Pilica 50.000 Russen gefangen. Am Narew werden die Festungen Rozan und Kulsul erobert und der Uebergang über den Narew erzwungen; zwischen Njemen und Weichsel wurden in den letzten drei Wochen 41.000 Gefangene gemacht. In Kurland werden die Russen bei Rozalin und Szadow geschlagen; seit 14. Juli hier 27.000 Gefangene. — Die Schlacht im Görzischen nimmt an Heftigkeit ab; der volle Mißerfolg der Italiener wird immer deutlicher; unsere Kreuzer und Fahrzeuge beschließen erfolgreich die italienische Diktate auf einer Strecke von 160 Kilometer.

5./VII. 1915

Römer Brief

(Von unserm Korrespondenten)

-d- Rom, 25. Juni

Der erste Kriegsmonat — Das Alltagsleben — Spionenfurcht — Die Stellung im Bierverband — Ballan Sorgen — Der Papst — Die wirtschaftliche Lage

Ein Kriegsmonat liegt zurück. Auf der ganzen Festlandsgrenze hat Italien den Angriff vorgetragen in Feindesland, doch haben die bisherigen Kämpfe, wie aus den Tagesberichten erhellt, mehr vorbereitenden Charakter: Gewinnung dominierender Ausgangspunkte, Konzentration der Truppen, Heranziehen der schweren Geschütze, Sturmreißschießen gegnerischer Forts zum späteren Wurf in die Höhe. Während dieser Operationen hat sich die italienische Artillerie vorzüglich bewährt und öfters eine Ueberlegenheit über die feindliche bewiesen, die man vorher nicht für möglich hielt. Mit ihrer Unterstützung ist es den gewandten Alpini gelungen, an verschiedenen wichtigen Stellen festen Fuß zu fassen und sich dort, wie es scheint, dauernd einzunisten. Ahnenstolz und Siegesdurstig, wie das italienische Volk ist, hatte man eigentlich eine gewisse Ungeduld von ihm erwartet gegenüber den ziemlich langsamen militärischen Fortschritten; aber im Bewußtsein der Schwierigkeit des ganzen Unternehmens, der Ungleichheit im Menschenkampf gegen Naturfesten, harret es gelassen und vertrauensvoll der Ereignisse, willig, auch sein Scherflein dem Vaterland zu bringen.

Der Krieg geht seinen Lauf und hat bis heute keine einschneidenden Veränderungen im Alltagsleben der Römer gebracht, die seit sechs Monaten an stille Einberufungen, geheime Truppentransporte, mählich einsetzende Ueberwachung von Fremden und Einheimischen und fast konstante Spionensuche gewöhnt sind. Die Zensur übt scharfe Kontrolle und prüft jedes wertes Schriftstück privater oder geschäftlicher Natur auf staatsgefährlichen Gehalt. Denn mehr als anderswo fordert hierzulande die Behandlung des so leicht erregbaren Volkes größte Vorsicht und Fernhaltung jeder, oft durch fremde Agenten und Spione im Auftrag irgend einer Regierung verbreiteten, beunruhigenden oder gar alarmierenden Botschaft. Mit überraschender Vollkommenheit hat es die italienische Regierung verstanden, das ganze Verkehrs-System fast ohne jede Störung den neuen Verhältnissen anzupassen und alle Fäden des geistigen Hin und Her durch ihre Hände zu leiten.

Die nervöse Furcht vor Spionage und Verrat im Landesinnern, sei es durch austrofile Mönche, Nonnen, harmlose Schweizer usw., ist einer ruhigeren, weniger feindseligen Stimmung gewichen. Das Gesetz, das alle zur Wachsamkeit auffordert und für die Verbreitung gefährlicher Nachrichten jedem Bürger sofortige Anzeige des Täters zur Pflicht macht, hat den Polizeibehörden so viel Arbeit aufgebürdet, daß sie es nachgerade nicht mehr so tragisch nehmen. Hunderte, ja tausende von Klägern, aufmerksamsten ängstlichen Gemütern eilten liebevoll und hilfsbereit auf die Quästur, den fremden Gesichtszug, Gang und Kleidung des eben vorbeigezogenen Unbekannten, des plötzlich Mißtrauen erweckenden Hausgenossen, des neuen Hotelgastes zu melden. Freilich hatte in den meisten Fällen feuriger Patriotismus dem Denunzianten die Sinne geblendet oder war vielleicht der verdächtige Blonde ein später Zeuge früheren Gotentums.

Als wertvolles Glied im Bierverband spielt Italien die ihm zugedachte Rolle mit Aufbietung aller Kräfte. Die Freundschaftsbeteuerungen aus Paris, London, Petersburg, die die Spalten der Presse füllen, werden allerdings wie selbstverständlich hingenommen, ohne mit gleicher Wärme Erwiderung zu finden; denn Italien schlägt sich doch vor allem für die Befreiung seiner „unerlösten“ Brüder und zur Erlangung vorteilhafterer militärischer Grenzen.

Der Feldzug gegen Oesterreich hat naturgemäß alle Aufmerksamkeit des Volkes auf diesen „heiligen Krieg“ gelenkt; allein das hindert es nicht, auch der Entwicklung auf den übrigen Kriegstheatern zu folgen. Besonders die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Galizien, das Rückwärtsstreben des russischen Kolosses, die Einnahmen von Przemyśl und Lemberg konnten nicht ohne Eindruck bleiben, um so weniger, als dadurch ein Truppenausgleich gegen Italien, ob auch erst in Zukunft, sich ergeben könnte. Die Haltung Deutschlands wirkt

bestremmend und gibt Anlaß zu viel Kopfzerbrechen. Im allgemeinen glaubt man nicht an den Kriegszustand und diese Tatsache wird mit großer Genugtuung aufgenommen.

Weniger erbaut ist man von der Haltung Rumäniens und der Balkanstaaten. Ihre Separatpolitik mit dem Schwerpunkt in Serbien spottete bisher aller Einigungsversuche. Die stolze Sprache des Regierungsorgans „Samu-prava“ aus Nisch über die Absichten im Balkan und an der Adria hat hier etwas verblüfft, in der Presse aber eine ebenso entschiedene als zurechtweisende und tadelnde Antwort erhalten, die klar und deutlich auf die Herrschaft Italiens in seinem Meer hinweist und Serbien warnt, im jetzigen Zeitpunkt etwas zu unternehmen, das unter andern Umständen nicht gebilligt würde. Der Vorschlag der „Tribuna“, die Vertreter der Balkanmächte auf eine Konferenz nach Rom zu berufen, um hier auf klassischem Boden zu kiten, was slawischer Lehm nicht vermag, hat wenig Anklang gefunden.

Zu dieser wenn auch nicht gerade enttäuschenden, so doch unerwarteten und merkwürdigen Haltung der Freunde im Balkan draußen, gesellte sich ein neuer Vertreter im Innern, eine Erscheinung, die vorläufig in ihren Folgen keinen Schluß zuläßt, immerhin aber in allen Kreisen peinlich empfunden wird: Benedikt XV. durch seine jüngsten Äußerungen. Das gestern noch dementierte, heute vom päpstlichen Organ bestätigte Gespräch ist eine unzweideutige Anklage gegen die italienische Regierung und zudem ein offener Appell an die gegenwärtigen Feinde Italiens. Die Mahnung des klerikalen Blattes, den Inhalt mit aller Vorsicht und nur im Sinne der Dezember-Bullen auszulegen, vermag wohl den Sinn der päpstlichen Worte zu mildern, nicht aber die Tatsache zu beseitigen, daß der Kirchenfürst mitten im kriegführenden Land, wo seine religiösen Anhänger freudig unter die Fahnen eilten, sich plötzlich in Gegensatz zu der Regierung stellt. Das Garantiegesetz sei verletzt worden, die geheiligte Person des Stellvertreters Christi in Gefahr. Zweifellos ist dadurch eine Lage für den Papst geschaffen, die erst nach dem Frieden und im Beisein aller Mächte ihre Klärung finden wird. Inwieweit und ob überhaupt Benedikt XV. einen Druck auf die Regierung, eine Wirkung im Lande oder bei den Großmächten beabsichtigt, bleibt abzuwarten: die Ereignisse werden es lehren.

Im Innern ist die wirtschaftliche Lage bis heute nicht ungünstig und die Ernte soll nach der Meinung des Ackerbauministers noch nie so vielversprechend gewesen sein, wie in diesem Jahre. Von einer Teuerung erleben wir erst schüchterne Anfänge. Einzig in den Apotheken sind die Preise merklich gestiegen, weil eben Deutschland für die pharmazeutischen Produkte als Hauptlieferant außer Betracht fällt.

Die Fürsorge unbemittelter Angehöriger von Einberufenen geht mit wenig Störungen glatt von statten. Neben dem Staate entwickeln Privatgesellschaften in allen Städten eine lebhafte Tätigkeit für die «mobilitazione civile». Die Sammlung für das Rote Kreuz und den Unterstützungsfonds für mittellose gewordene Familien erreichte besonders im industriellen reicheren Norditalien überraschende Summen und läuft in die Millionen. Alle Städte suchen sich gegenseitig an vaterländischem Opfergeist zu übertreffen und das bietet wohl die beste Gewähr für die innere moralische Rüstung und Bereitschaft auf Zufälle und notwendige Gefolgshandlungen des einmal begonnenen, nunmehr unerlöschlichen Krieges.

Die sozialdemokratische Partei gegen ihren Vorsitzenden.

Unerhörtes wird erhört. In der Sozialdemokratie haben die Quertreiber und Minierer es glücklich so weit gebracht, daß die Partei sich genötigt sieht, durch ihr dazu berufenes Organ, den Parteiauschuß, gegen ihren eigenen Vorsitzenden Front zu machen. Der „Vorwärts“, das unfreiwillige Organ des Parteivorstandes, der eben noch gegen die von ihm vier- undzwanzig Stunden zuvor veröffentlichten Ausführungen dieses Parteivorstandes lang und lebhaft polemisierte, sieht sich heute schon wieder genötigt, seinen Lesern folgendes mitzuteilen:

Der Parteiauschuß

hat am 30. Juni und 1. Juli in Berlin getagt. Es waren alle 41 Bezirks- und Landesvorstände vertreten. Verhandelt wurde über die gegenwärtige Situation, besonders über die letzten Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution fand Annahme:

„Der Parteiauschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und anerkennt besonders die Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegsführenden Länder.“

Der Parteiauschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinauskäuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.

Die Veröffentlichung des Aufrufs: „Das Gebot der Stunde“, durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Fühlungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei.“

Der erste Absatz der Resolution ist gegen acht, der zweite gegen sieben und der dritte gegen zwölf Stimmen angenommen worden. Außerdem wurde beschlossen, vor Zusammentritt des Reichstags gemeinsam mit der Reichstagsfraktion über die politische Situation zu verhandeln.

Da nach der eigenen Angabe des „Vorwärts“ alle 41 Bezirks- und Landesverbände vertreten waren, ist das Abstimmungsergebnis über den dritten Absatz eine schwere moralische Niederlage für den Genossen Haase, ja geradezu eine Absage der Partei an ihren Vorsitzenden. Denn zurzeit gibt es keine höhere Instanz in der Partei als den Parteiauschuß, da die höchste, der Parteitag, derzeit nicht versammelt werden kann. Herr Haase müßte nach normalen

Verfahren die Entscheidung des Parteivorstandes anrufen. Die Partei hat sich nicht genötigt zu sehen, durch ihr dazu berufenes Organ, den Parteiauschuß, gegen ihren eigenen Vorsitzenden Front zu machen. Der „Vorwärts“, das unfreiwillige Organ des Parteivorstandes, der eben noch gegen die von ihm vier- undzwanzig Stunden zuvor veröffentlichten Ausführungen dieses Parteivorstandes lang und lebhaft polemisierte, sieht sich heute schon wieder genötigt, seinen Lesern folgendes mitzuteilen:

Unerhörtes wird erhört. In der Sozialdemokratie haben die Quertreiber und Minierer es glücklich so weit gebracht, daß die Partei sich genötigt sieht, durch ihr dazu berufenes Organ, den Parteiauschuß, gegen ihren eigenen Vorsitzenden Front zu machen. Der „Vorwärts“, das unfreiwillige Organ des Parteivorstandes, der eben noch gegen die von ihm vier- undzwanzig Stunden zuvor veröffentlichten Ausführungen dieses Parteivorstandes lang und lebhaft polemisierte, sieht sich heute schon wieder genötigt, seinen Lesern folgendes mitzuteilen:

Wolfgang Heine über das Quertreiben in der Sozialdemokratie.

In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ macht Wolfgang Heine bemerkenswerte Äußerungen, aus denen einiges mitgeteilt sei. Er knüpft zunächst an den Aufruf an, den eine Anzahl von Parteifunktionären am 9. Juni erlassen hat, und sagt:

„Der Rotabellenaufwurf vom 9. Juni verlangt, daß die Partei „auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundzügen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden“ eröffne. Worin der „Klassenkampf“ jetzt in der Kriegszeit bestehen soll, darüber hüllen diese Verkünder eines neuen Weges für die Sozialdemokratie sich in tiefes Schweigen. In geschlossenen Versammlungen, wo kein Belagerungszustand sie stört, habe ich versucht herauszubekommen, was sie denn eigentlich wollen. Es ist interessant festzustellen, daß sowohl Haase wie Ströbel die Notwendigkeit zugeben, auch fernerhin dem Vaterland mit der Waffe zu dienen und es zu verteidigen. In manchen Köpfen spult aber ein Vorbehalt: Fechten sollen unsere Genossen, aber nur gezwungen, nicht freiwillig, nicht mit Begeisterung. Ich muß gestehen, daß eine solche Gesinnung mit unvorstellbar ist. Wenn ein politischer oder religiöser Fanatiker in seinem Haß gegen den Krieg so weit ginge, daß er den Waffen dienst verweigerte und die Folgen für seine Person auf sich nähme, so könnte das ein ehrenhafter Irrtum sein. Wer aber einsehe, daß er für sein Vaterland kämpfen muß und trotzdem dies mit möglichst saurer Miene täte, der würde an Schulzungen erinnern, die zwar aus Angst vor dem Behrer ihre Aufgaben lernen, sich aber dadurch rächen, daß sie sie möglichst brummend und mißbergnügt ausfügen. Ich wolle, daß einer aus dem Felde antwortete: Wer im Kugelregen steht, der hat keine Zeit für solche jämmerlichen Vorbehalte.“

Daß sich eine Welle des Quertreibertums in der Sozialdemokratie erheben konnten, liegt nach Heine, soweit Berlin in Betracht kommt, hauptsächlich am „Vorwärts“, „der die wirklichen Friedensmöglichkeiten und das, was ihnen jetzt noch entgegensteht, nicht klar und wahr darstellt und sich dadurch als der schlimmste Schädiger wirklicher Friedensarbeit erweist. Systematisch werden von gewisser Seite die Genossen in den Glauben verlehrt, daß Deutschland den Krieg schon gewonnen hätte, daß es nur an der Regierung und den herrschenden Klassen Deutschlands läge, wenn der Friede nicht hergestellt würde, daß deshalb mit dem Schrei nach Frieden, mit der Parole „Die Waffen nieder!“, mit der Anrufung der Feinde und dem Appell an die internationalen Ideale, mit der Ablehnung des Durchhaltens der Friede hergestellt werden könnte“. Demgegenüber verweist Heine auf Vandervelde, der erst kürzlich wieder Äußerungen getan hat, die nichts anderes heißen, als daß sich Vandervelde die Zertrümmerung Oesterreichs und der Türkei und die Verstämmelung Deutschlands zum Ziel setzt, und daß er die deutschen Sozialdemokraten auffordert, ihm dabei behilflich zu sein.

Neulich hat die „Berliner Tagwacht“, die die Niederlage Deutschlands ersehnt, eine Eingabe veröffentlicht, die einige deutsche und wirtschaftliche Verbände vertraulich an die deutsche Regierung gerichtet haben. Dazu sagt Heine: „Geradezu als Verräter an der Idee des Friedens aber hat der gehandelt, der das Schriftstück der wirtschaftlichen Verbände, das deren Kriegsziele enthält, der „Berliner Tagwacht“ in die Hände gespielt und in dem Artikel „Der deutsche Raubzug“ die wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt hat, dies wäre das Kriegsziel der deutschen Regierung. Man muß nur lesen, wie Hanotaux im „Figaro“, Clemenceau im „Somme enchâiné“ und selbst die „Humanité“ dies zum Anlaß nehmen, um die Kriegslust in Frankreich neu anzustacheln und den Kampf gegen Deutschland bis zur Vernichtung zu predigen. Deutsche Sozialdemokraten, die ehrlich einen Frieden wollen, der nicht auf Kosten ihres Vaterlandes geschlossen wäre, müßten die Gemeinschaft mit einem Menschen, der bewußt sein Vaterland und sein Volk schädigt, der vielleicht das Blut neuer Zehntausende von Braven in Deutschland und den feindlichen Ländern auf seinem Gewissen hat, mit Entrüstung ablehnen. Freilich soll auch die Schuld dieser nicht vergessen werden, die allen heulischen Warnungen der Regierung zum Trotz diese ausschweifenden Wünsche zu Papier gebracht haben, ohne Rücksicht auf die Unmöglichkeit, sie den feindlichen Ausland geheim zu halten. Ueber den Inhalt dieser Pläne kann und will ich hier nicht reden. Das ganze Geschwätz für und gegen Annexionen hat mich als Deutschen stets aus schmerzlichste berührt, weil es unser Volk in die lächerliche Stellung von Karren bringt, die in ernster Zeit nichts Besseres zu tun wissen, als sich über das Fell des Wären zu streiten, der noch nicht erlegt ist.“ Da aber nun die erwähnte Eingabe im Ausland bekannt ist, hält Heine die Aufhebung des Verbots, die Kriegsziele zu erörtern, im Interesse des Reiches für erwünscht, denn das Verbot komme jetzt nur noch denen zugute, die im Ausland gegen Deutschland hetzen.

Die Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes findet Heine im allgemeinen gut, aber auch er wendet sich gegen die letzten Sätze, in denen die Erklärung die Initiative zum Frieden der deutschen Regierung zuschieben möchte, und hier erhebt sich Heine zu folgender Mahnung an seine Partei:

„Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die tatsächliche Lage des Krieges genau so gut gekannt hat wie andere Leute, und wenn man deshalb in dieser Aufforderung an die Regierung nichts als eine schöne Geste sieht, bestimmt, Parteigenossen und vielleicht auch ausländische Sozialisten zufriedenzustellen. Hier ist aber doch zu sagen, daß Zeit und Gegenstand zu ernst sind, um Geste zu machen, denen die Tatsachen nicht entsprechen. Ungefährlich ist dies wirklich nicht. Bereits verwertet die feindliche Presse das Verlangen des Parteivorstandes, die deutsche Regierung solle den ersten Schritt zum Frieden tun, als Beweis von Schwäche und Verwirren-

heit in Deutschland. So kann dadurch der Kriegswille bei unsren Gegnern neu angefaßt werden; ganz im Gegensatz zu den Hoffnungen, die der Parteivorstand sich davon gemacht hat. Auch auf die Parteigenossen besüchte ich eine ungünstige Rückwirkung. Die ganze Quertreiberei beruht darauf, daß namentlich in Berlin die Bevölkerung sich des Ernstes der Lage, der Größe der Deutschland noch immer androhten Gefahr und der Schwierigkeit der noch zu lösenden Aufgaben, ehe wir auf einen Frieden hoffen können, noch lange nicht bewußt ist. Es heißt, diese Verwirrung fördern, wenn man an die Regierung eine Zumutung stellt, für die bisher alle tatsächlichen Voraussetzungen fehlen. Die Gegner der Fraktion und des Parteivorstandes wird man dadurch nicht beschwichtigen, sondern höchstens ermutigen.

Obenso erwarte ich von dieser Erklärung gerade das Gegenteil der erhofften Wirkung auf die sozialistische Internationale. Ich habe wahrhaftig nichts übrig für die Maßlosigkeit des Völkerhasses und habe von Anfang die Notwendigkeit betont, die internationalen Beziehungen im Sozialismus wiederherzustellen, sobald die Möglichkeit dazu vorliegt. Der Parteivorstand und die Fraktion haben sich in wiederholten Erklärungen auf denselben Standpunkt gestellt. Das ist nun aber auch genug. Die Genossen der feindlichen Länder haben größtenteils eine schroff ablehnende Haltung, die der neutralen nicht immer eine wohlwollende angenommen; es entspricht weder der Würde noch der Klugheit, sich jetzt um die Anerkennung dieser anderen Glieder der Internationale zu bemühen. Eine so leicht und reichlich angebotene Freundschaft büßt an Wert ein und erweckt keine Sehnsucht. Vandervelde lehnt es ab, mit den deutschen Sozialdemokraten über den Frieden zu verhandeln, die für die Kriegskredite gestimmt hätten; während er persönlich doch weit mehr getan hat. Ich meine, man sollte nun abwarten, bis die anderen an uns herantreten. Ich fürchte, daß fast schon mehr geschehen ist, als dem Wunsch, uns Achtung bei den Bruderparteien zu erwerben, dienlich ist. Vielleicht liegt gerade hierin der Schlüssel für das Rätsel, daß die deutsche Sozialdemokratie, die den ausländischen Genossen am meisten entgegenkommt, am heftigsten angefeindet wird, und daß man von ihr als ganz selbstverständlich eine Preisgabe der vaterländischen Interessen erwartet hat, die keine der ausländischen sozialdemokratischen Parteien für sich auch nur in Erwägung gezogen hat. Es wiederholt sich hier anscheinend in der Sozialdemokratie, was wir im Verhältnis der Völker sich im großen haben abspielen sehen: daß nämlich das deutsche Volk, das am meisten Entgegenkommen, ja Liebe für andere Nationen und Kulturen im Herzen und auf der Zunge trägt, von allen anderen am meisten gehaßt und mißachtet wird. Ich fürchte, daß die Erklärung des Parteivorstandes uns bei den sozialistischen Parteien des Auslands keineswegs mehr Verständnis und Einfluß sichert, sondern eher das Entgegengesetzte erreicht.

Die größte Gefahr dieser Erklärung aber sehe ich auf dem Gebiet der inneren Politik; das Echo in der „Post“ und ähnlichen Blättern bestärkt bereits meine Auffassung. Die politischen Reaktionen haben keinen innigeren Wunsch, als die Sozialdemokratie wieder zu isolieren und eine Kluft zwischen ihr und der Sache des deutschen Volkes aufzureißen. Das hat bereits das Auftreten des Grafen Westarp im Reichstag gezeigt. Nun denke ich nicht daran, die Einheit im jeden Preis zu fördern. Wenn wir über die Kriegsziele werden sprechen können, wird sich herausstellen, daß sie sehr von denen mancher anderen Leute abweichen, und ich werde dann den Streit darüber offen und mit Schärfe führen. Das ist dann ein Gegenstand, der des Kampfes wert ist. Die Erklärung des Parteivorstandes aber schafft einen scheinbaren Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem übrigen Volk, ohne daß wir in der Lage wären, zu sagen, was wir wollen, und zu beweisen, daß gerade dies im Interesse des Deutschen Reichs, des deutschen Volkes liegt. Das bringt uns in eine schiefe Lage und gibt unseren Gegnern die Möglichkeit zu der Unterstellung, die Sozialdemokratie wolle dem Vaterland den Schutz versagen; wir aber sind nicht imstande, dies gehörig zu widerlegen. Und so wird durch die ganze Geste nichts in unserm Sinn erzielt, wohl aber vieles gefährdet. Nicht einmal der Schein der Einigkeit wird gerettet, denn Haase hat sich beeilt, zu betonen, daß er der Vorstandserklärung nicht zugestimmt hätte, obgleich sie doch eine Konzeption an seinen Standpunkt bedeutet.

Man mache sich klar: Nicht nur die Westarp und Genossen wollen die Sozialdemokratie isolieren, um dadurch jede innere Reform unmöglich zu machen, sondern die Haase und Genossen ziehen mit ihnen an demselben Strang. Es ist ihnen ein Greuel, daß die Partei aus dem Schmolwinkelel herausgekommen ist und in Verührung mit den anderen Parteien und der Regierung tritt, daß sie das Deutsche Reich jetzt nicht nur kritisiert, sondern ihm positiv helfend zur Seite steht. Sie fürchten sich vor der Verantwortung in Deutschland und vor dem Sturz der Internationalen. Nun ist es gewiß kein Vergnügen, mit den Männern, die doch alle Männer von gestern sind, Politik zu machen; soll etwas dabei herauskommen, so braucht die Partei viel Fähigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen andere wie gegen sich selbst, gegen die eigenen Wünsche, Gefühle, Neigungen und Theorien. Die Kämpfe werden schwer sein. Aber gerade darum ist es nötig, daß die Partei sich eine unerschütterliche Position schafft, von der aus sie erst für den Frieden und nachher für ein neues Deutschland wirken und kämpfen kann. Diesen festen Boden hat sie, solange sie fest bleibt im Kampf für Deutschlands Erhaltung.“

Der Wortlaut der deutschen Note.

Die Antwort der Kaiserlich Deutschen Regierung auf die amerikanische Note vom 10. Juni d. J. ist gestern überreicht worden und lautet wie folgt:

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Exzellenz dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn James W. Gerard auf die Note vom 10. v. Mts. — F. D. Nr. 3814 — über die Vereinträchtigung amerikanischer Interessen durch den deutschen Unterseebootskrieg Nachstehendes zu erwidern:

Die Kaiserliche Regierung hat mit Genugthuung aus der Note entnommen, wie sehr es der Regierung der Vereinigten Staaten am Herzen liegt, die Grundsätze der Menschlichkeit auch im gegenwärtigen Kriege verwirklicht zu sehen. Dieser Appell findet in Deutschland vollen Widerhall, und die Kaiserliche Regierung ist durchaus gewillt, ihre Vorlesungen und Entschlüsse auch im vorliegenden Fall ebenso von den Prinzipien der Humanität bestimmen zu lassen, wie sie dies stets getan hat.

Dankbar hat es die Kaiserliche Regierung begrüßt, daß die Amerikanische Regierung in ihrer Note vom 15. Mai d. J. selbst daran erinnert hat, wie sich Deutschland in der Behandlung des Seekriegsrechts stets von den Grundsätzen des Fortschrittes und der Menschlichkeit hat leiten lassen. In der That haben seit der Zeit, wo Friedrich der Große mit John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 10. September 1785 zwischen Preußen und der Republik des Westens vereinbarte, deutsche und amerikanische Staatsmänner in dem Kampf für die Freiheit der Meere und für den Schutz des friedlichen Handels immer zusammen gestanden. Bei den internationalen Verhandlungen, die später zur Regelung des Seekriegsrechts gepflogen wurden, sind Deutschland und Amerika gemeinsam für fortschrittliche Grundsätze, insbesondere für die Abschaffung des Seebeuterechts sowie für die Wahrung der neutralen Interessen eingetreten. Noch bei Beginn des gegenwärtigen Krieges hat sich die Deutsche Regierung auf den Vorschlag der Amerikanischen Regierung sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren und sich dadurch bei der Verwendung ihrer Seestreitkräfte allen dort vorgesehene Beschränkungen zugunsten der Neutralen zu unterwerfen. Ebenso hat Deutschland stets an dem Grundsatz festgehalten, daß der Krieg mit der bewaffneten und organisierten Macht des feindlichen Staates zu führen ist, daß dagegen die feindliche Zivilbevölkerung nach Möglichkeit von den kriegerischen Maßnahmen verschont bleiben muß. Die Kaiserliche Regierung hegt die bestimmte Hoffnung, daß es beim Eintritt des Friedens oder sogar schon früher gelingen wird, das Seekriegsrecht in einer Weise zu ordnen, die die Freiheit der Meere verbürgt, und sie wird es mit Dank und Freude begrüßen, wenn sie dabei Hand in Hand mit der Amerikanischen Regierung arbeiten kann.

Wenn in dem gegenwärtigen Kriege je länger je mehr die Grundsätze durchbrochen worden sind, die das Ziel der Zukunft sein sollten, so trägt die Deutsche Regierung keine Schuld daran.

Der Amerikanischen Regierung ist es bekannt, wie von vornherein und in steigender Rücksichtslosigkeit Deutschlands Gegner darauf ausgegangen sind, unter Verletzung von allen Regeln des Völkerrechts und unter Mißachtung aller Rechte der Neutralen durch die völlige Lahmlegung des friedlichen Verkehrs zwischen Deutschland und den neutralen Ländern nicht sowohl die Kriegführung als vielmehr das Leben der Deutschen Nation vernichtend zu treffen. Am 3. November v. J. hat England die Nordsee zum Kriegsgebiet erklärt und der neutralen Schifffahrt die Durchfahrt durch Legung schlecht verankerter Minen sowie durch Anhalten und Aufbringen der Schiffe aufs äußerste gefährdet und erschwert, so daß es tatsächlich neutrale Küsten und Häfen gegen alles Völkerrecht blockiert. Lange vor Beginn des Unterseebootskrieges hat England auch die legitime neutrale Schifffahrt nach Deutschland so gut wie völlig unterbunden. So wurde Deutschland zu dem Handelskrieg mit Unterseebooten gezwungen. Bereits am 16. November v. J. hat der englische Premierminister im Unterhause erklärt, daß es eine der Hauptaufgaben Englands sei, zu verhindern, daß Rahmungsmitel für die deutsche Bevölkerung über neutrale Häfen nach Deutschland gelangten. Seit dem 1. März d. J. endlich nimmt England von den neutralen Schiffen alle nach Deutschland gehenden sowie alle von Deutschland kommenden Waren, auch wenn sie neutrales Eigentum sind, ohne weiteres weg. Wie seinerzeit die Dänen, so soll jetzt das deutsche Volk vor die Wahl gestellt werden, ob es mit seinen Frauen und Kindern dem Hungertode erliegen oder seine Selbstständigkeit aufgeben wolle.

Während uns so unsere Feinde laut und offen den Krieg ohne Gnade und bis zur völligen Vernichtung angesagt haben, führen wir den Krieg in der Nothwehr für unsere nationale Existenz und um eines dauernd gesicherten Friedens willen. Den erklärten Absichten unserer Feinde und der von ihnen angewandten völkerrechtswidrigen Kriegführung haben wir den Unterseebootskrieg anpassen müssen.

Bei allen grundsätzlichen Bemühungen, neutrales Leben und Eigentum nach Möglichkeit vor Schädigung zu bewahren, hat die Deutsche Regierung schon in der Denkschrift vom 4. Februar rückhaltlos anerkannt, daß durch den Unterseebootskrieg Interessen der Neutralen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Aber ebenso wird auch die Amerikanische Regierung zu würdigen wissen, daß die Kaiserliche Regierung in dem Daseinskampf der Deutschland von seinen Gegnern aufgezwungen und angeklündigt ist, die heilige Pflicht hat, alles, was irgend in ihrer Macht steht, zu tun, um das Leben der deutschen Untertanen zu schützen und zu retten. Wollte die Kaiserliche Regierung diese ihre Pflichten versäumen, so würde sie sich vor Gott und der Geschichte der Verletzung derjenigen Prinzipien höchster Humanität schuldig machen, die die Grundlagen jedes Staatslebens sind.

Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt der

Fall der „Lusitania“,

zu welcher Gefährdung von Menschenleben die Art der Kriegführung unserer Gegner führt. Durch die unter Verheißung von Prämien erfolgte Anweisung an die britischen Handelsschiffe, sich zu armenieren und die Unterseeboote zu rammen, ist in schärfstem Widerspruch mit allen Grundsätzen des Völkerrechts jede Grenze zwischen den Handels- und Kriegsschiffen verwischt und sind die Neutralen, die die Handelsschiffe als Reisende benutzen, allen Gefahren des Krieges in erhöhtem Maße ausgesetzt worden. Hätte der Kommandant des deutschen Unterseebootes, welches die „Lusitania“ vertrieb, Mannschaften

und Reisende vor der Torpedierung ausbooten lassen, so hätte dies die sichere Vernichtung seines eigenen Bootes bedeutet. Nach allen bei der Verfertigung viel kleinerer und weniger seetüchtiger Schiffe gemachten Erfahrungen war zu erwarten, daß ein so mächtiges Schiff wie die „Lusitania“ auch nach der Torpedierung lange genug über Wasser bleiben würde, um die Passagiere in die Schiffsboote gehen zu lassen. Umstände ganz besonderer Art, insbesondere das Vorhandensein großer Mengen hochexplosiver Stoffe an Bord, haben diese Erwartung getäuscht. Außerdem darf noch darauf hingewiesen werden, daß bei Schonung der „Lusitania“ Tausende von Risten mit Munition den Feinden Deutschlands zugeführt und dadurch Tausende deutscher Mütter und Kinder ihrer Ernährer beraubt worden wären.

In dem Geiste der Freundschaft, von der das deutsche Volk gegenüber der Union und ihren Bewohnern seit den ersten Tagen ihres Bestehens beseelt ist, wird die Kaiserliche Regierung immer bereit sein, auch während des gegenwärtigen Krieges alles ihr mögliche zu tun, um der Gefährdung des Lebens amerikanischer Bürger vorzubeugen.

Die Kaiserliche Regierung wiederholt daher die Zusicherung, daß amerikanische Schiffe in der Ausübung der legitimen Schifffahrt nicht gehindert und das Leben amerikanischer Bürger auf neutralen Schiffen nicht gefährdet werden sollen.

Um unvorhergesehenen, bei der Seekriegführung der Gegner Deutschlands mögliche Gefährdungen amerikanischer Passagierdampfer auszuschließen, werden die deutschen Unterseeboote angewiesen werden, solche durch besondere Abzeichen kenntlich gemachte und in angemessener Zeit vorher angesagte Passagierdampfer frei und sicher passieren zu lassen. Dabei gibt sich die Kaiserliche Regierung allerdings der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Amerikanische Regierung die Gewähr dafür übernimmt, daß diese Schiffe keine Konterbande an Bord haben. Die näheren Vereinbarungen für die unbehelligte Fahrt dieser Schiffe würden von den beiderseitigen Marinebehörden zu treffen sein.

Zur Schaffung ausreichender Reisegelegenheit für amerikanische Bürger über den Atlantischen Ozean stellt die Deutsche Regierung zur Erwägung, die Zahl der verfügbaren Dampfer dadurch zu vermehren, daß eine angemessene, der genaueren Vereinbarung unterliegende Zahl neutraler Dampfer unter amerikanischer Flagge in den Passagierdienst unter den gleichen Bedingungen wie die vorgenannten amerikanischen Dampfer eingestellt wird.

Die Kaiserliche Regierung glaubt annehmen zu dürfen, daß auf diese Weise ausreichende Gelegenheiten für amerikanische Bürger zur Reise über den Atlantischen Ozean zu schaffen sind. Eine zwingende Notwendigkeit für amerikanische Bürger, in Kriegszeiten auf Schiffen unter feindlicher Flagge nach Europa zu reisen, dürfte demnach nicht vorliegen. Insbesondere vermag die Kaiserliche Regierung nicht zuzugeben, daß amerikanische Bürger ein feindliches Schiff durch die bloße Tatsache ihrer Anwesenheit an Bord zu schädigen vermögen. Deutschland ist lediglich dem Beispiel Englands gefolgt, als es einen Teil der See zum Kriegsgebiet erklärte. Unfälle, die in diesem Kriegsgebiet Neutralen auf feindlichen Schiffen zustießen sollten, könnten daher nicht wohl anders beurteilt werden, als Unfälle, denen Neutrale auf dem Kriegsschauplatz zu Lande jederzeit ausgesetzt sind, wenn sie sich trotz vorheriger Warnung in Gefahr begeben.

Sollte sich jedoch die Erwerbung neutraler Passagierdampfer für die Amerikanische Regierung nicht in ausreichendem Umfange ermöglichen lassen, so ist die Kaiserliche Regierung bereit, keine Einwendungen dagegen zu erheben, daß die Amerikanische Regierung vier Passagierdampfer feindlicher Flagge für den Passagierverkehr Nordamerika—England unter amerikanische Flagge bringt. Die Zusagen für die „freie und sichere“ Fahrt amerikanischer Passagierdampfer würde dann unter den gleichen Vorbedingungen auch auf diese früher feindlichen Passagierdampfer ausgedehnt werden.

Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten hat in dankenswerter Weise sich zur Uebermittlung und Anregung von Vorschlägen an die Großbritannische Regierung insonderheit wegen Aenderung des Seekrieges bereit erklärt. Die Kaiserliche Regierung wird stets von den guten Diensten des Herrn Präsidenten gern Gebrauch machen und gibt sich der Hoffnung hin, daß seine Bemühungen sowohl im vorliegenden Falle wie auch für das große Ziel der Freiheit der Meere zu einer Verständigung führen werden.

Indem der Unterzeichnete den Herrn Botschafter bittet, Vorstehendes zur Kenntnis der Amerikanischen Regierung zu bringen, benützt er diesen Anlaß, um Seiner Exzellenz die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez.: v. Jagow.

An Seine Exzellenz

den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn James W. Gerard.

Die „New York Times“ vom 14. Juni enthält den Wortlaut einer Note der deutschen Regierung an die amerikanische vom 27. Februar d. J., in welcher die Frage der Wiederherstellung direkter Kabelverbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland behandelt wird. Die deutsche Regierung hat sich darin bereit erklärt, die Kosten für die Instandsetzung des Kabels zu tragen und seine Benutzung durch die amtlichen Vertretungen der Vereinigten Staaten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu gestatten. Ferner sollte das wiederhergestellte Kabel dem Verkehr der amerikanischen

Zeitungen mit ihren Korrespondenten dienen und auch mit gewissen Einschränkungen für den geschäftlichen Privatverkehr zur Verfügung stehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird unter Hinweis auf die Vorteile, die hieraus auch für das amerikanische Publikum erwachsen, ersucht, die Zustimmung der englischen Regierung zu diesem Vorschlag herbeizuführen. Sie hat ihn denn auch in London unterbreitet; soviel indessen hier bekannt geworden ist, hat die großbritannische Regierung ihn bisher nicht beantwortet.

das Wort nur dem Sultan.

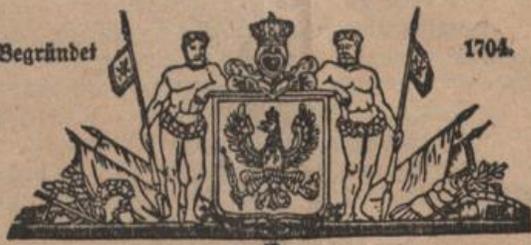
Berlin.

Montags-Ausgabe
12. Juli 1915

Begründet

1704.

e



Zeitung

te Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW., Kochstraße 22/24.

Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

Kämpfe bei Ypern und im Priesterwald

gefechte südlich der Straße Cholm—Lublin.

gebracht. Die Armee scheint folgende Taktik befolgt zu haben: die Truppen gingen in Eilmärschen bis zu einer durch die Natur begünstigten Verteidigungsstellung zurück. Wenn die Verfolger dann nach einigen Tagen herankamen, sahen sie sich außergewöhnlich schwierigen Stellungen gegenüber, die einige Tage lang verteidigt wurden. Den Verbündeten kosteten diese Kämpfe jedesmal schwere Verluste. Gestern besuchte ich die Stellung an der Glota Lipa, es ist eine starke natürliche Position mit dem Fluß als guter Verteidigungslinie. Zwischen Glota Lipa und Tarnapol sind noch sechs andere ebenso starke natürliche Verteidigungsstellen, und es wird den Oesterreichern mindestens drei- bis viermal soviel Mannschaften als den Russen kosten, dieses Terrain zu erobern.

Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Großes Hauptquartier, 11. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Ypern wiederholten die Engländer gestern ihren Versuch vom 6. Juli, sich in Besitz unserer Stellung am Kanal zu setzen. Der Angriff scheiterte unter erheblichen Verlusten für den Feind.

Hart nördlich der Straße Souchez—Ablain versuchten die Franzosen abends einen Angriff, der auf einen Vorstoß von deutscher Seite traf. Der Kampf ist noch nicht abgeschlossen.

Dem französischen Feuer fielen in den letzten Tagen 40 Einwohner von Liévin zum Opfer, von denen zehn getötet wurden.

Ein vereinzelter französischer Vorstoß auf Fricourt östlich von Albert wurde leicht abgewiesen.

Der gestern nacht nachmittags von Reauféjour—

Das Werben um den Balkan.

Von

Georg Bernhard.

Der Kampf um die Dardanellen mag von hoher militärischer Bedeutung sein, er ist sicher politisch noch bedeutender. Immer klarer zeigt es sich, daß der Vierbund — sprich: England — die Dardanellenaktion als den Schlüssel zum politischen Erfolg ansieht. England weiß, was alles für die Zukunft des britischen Imperiums davon abhängt, daß die Türken entweder an jener Stelle besiegt oder doch wenigstens dauernd beschäftigt werden. Es ist ihm ferner nicht unbekannt, daß Rußlands Interesse an diesem Kriege in dem Augenblick völlig erlahmen muß, in dem ihm die Unmöglichkeit, sich Konstantinopel zu bemächtigen, mit unabwiesbarer Deutlichkeit vor Augen tritt. Schon jetzt steht fest — wenn es auch die Vierverbandspresse noch nicht zu gestehen wagt — daß die vier Großmächte, welche den Bund zum Verderben Deutschlands gebildet haben, aus eigener Kraft die Dardanellen nicht zwingen werden. Sie bedürfen dazu der balkanischen Hilfsvölker. Schon deshalb, weil sie selbst die Kräfte nicht mehr einsetzen können und wollen, deren Eingreifen die unbedingte Voraussetzung wäre, um überhaupt eine Chance des Erfolges zu haben.

Die ganze Politik des Vierbundes ist deshalb im Augenblick mit besonderer Emsigkeit darauf gerichtet, entweder die Balkanstaaten für die militärische Stützung seiner Operationen zu gewinnen oder sie doch mindestens zu veranlassen, die militärische Aktion der türkischen Armee durch eine hartnäckige Verweigerung der Durchföhren unter dem schwindelhaften Vorwand der Neutralität zu erschweren. In Griechenland sind alle derartigen Versuche mißglückt. Der griechische Generalstabschef, der aus eigener Anschauung und Erfahrung die Schlüpfrigkeit des Terrains kennt, auf das der Vierbund die griechische Armee locken wollte, hat von vornherein den Werbungen der Vierbund-Diplomaten Widerstand geleistet. Er hat ursprünglich nicht bloß die Gegnerschaft des damaligen Ministerpräsidenten Venizelos zu überwinden gehabt, sondern gewisse einflußreiche Kreise des griechischen Volkes standen hinter Venizelos. Die langsame Erkenntnis von der Richtigkeit der Politik des Königs und seines Generalstabschefs ist beschleunigt worden durch das Eingreifen Italiens in den Krieg. Die aufsehenerregende Erkundungsfahrt eines italienischen Schiffes unter griechischer Flagge hat schließlich dem ganzen griechischen Volke die Augen darüber geöffnet, wie sehr England — auf dessen Geheiß Italien den Flaggenmißbrauch verübte — Griechenland als Vasallen behandeln zu können glaubte. Der Protest des griechischen Kabinetts gegen diesen Flaggenwindel hat den Engländern mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, daß Griechenland als uneinbringlicher Posten aus der englischen Hoffnungsbilanz ausgebuht werden muß.

Desto verzweifelter klammern sich die Diplomaten des Vierverbandes nunmehr an Bulgarien. Der Ministerpräsident hat zwar durch die letzte Note, mit der er auf die dringenden Vorstellungen der Vierverbandsmächte antwortete, gezeigt, wie wenig er von deren Versprechungen hält. Aber man hat sich dadurch nicht abschrecken lassen. Der neue englische Gesandte in Sofia und die Vierbund-Diplomaten in Rom geben sich alle Mühe, Bulgarien mit neuen Versprechungen zu ködern. . . . Der bulgarische Gesandte in der Hauptstadt Italiens scheint mindestens nicht feindlich den Vierbundmächten gegenüberzustehen. Solange wie Herr Rizow den Bulgarenstaat in Rom vertrat, war an irgendwelche Verhandlungen gerade in Rom nicht zu denken. Aber Herr Rizow, der stets für Deutschland Sympathien bewiesen hat, ist nach Berlin gekommen, wo er natürlich für den Vierbund am wenigsten schädlich sein kann. Und nun dünkt die englische und die russische Diplomatie gerade Rom für Verhandlungen am günstigsten. Man weiß, daß die Sehnsucht Bulgariens auf Mazedonien gerichtet ist. Diese bulgarische Hoffnung konnte, wie man in Sofia genau wußte, nur durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfüllt werden. Es war ja auch der bulgarischen Diplomatie nicht unbekannt geblieben, daß alle Versuche der Entente gescheitert waren, Serbien freundschaftlich zu überreden, für den Fall eines Eingreifens Bulgariens diesem gewisse Teile Mazedoniens zu überlassen. Es war also unmöglich geworden, mit Serbien Freundschaft zu halten und

Vergeßt die Balten nicht!

Von Professor H. Vogt (Wiesbaden).

Vor wenigen Wochen haben deutsche Truppen zum erstenmal in diesem Kriege den Boden der baltischen Provinzen betreten. Diese Tatsache ist bei uns in ihrer tieferen Bedeutung wenig beachtet worden. Es liegt das daran, daß in der Fülle der Ereignisse das Interesse durch andere Dinge gefesselt und vor allem durch die großen, den Weltkampf entscheidend beeinflussenden Begebenheiten in Anspruch genommen war, es liegt das aber auch an dem allzu geringen Interesse, das weite Kreise unseres Volkes der baltischen Frage entgegenbringen.

Eine irredentistische Bewegung hat es bei uns nicht gegeben. Frankreich und Italien machen schon seit Jahren ihr politisches Geschäft mit dem Geschrei um die Notwendigkeit der Erlösung der unter fremdem Joch, im Elsaß und dem Trentino, schmachtenden Brüder. Deutschland, das fast ein Viertel seiner national-deutschen Bevölkerung nicht innerhalb der Reichsgrenzen wohnen hat, hätte vielleicht auch dieser Tatsache öfters erinnern können, es hätte vor allem guten Grund dazu gehabt. Sagt doch der schwedische Soziologe Steffens, eine bekannte Autorität: „Wenn ein Land eine Irredenta hat, so ist es das Deutsche Reich!“ Während das Elsaß vor noch nicht langer Zeit eine selbständige Verfassung erhalten hat, und während Oesterreich die italienischen Schreihälse durch immer neue, oft das Maß politischer Selbstachtung, die eine Großmacht sich schuldig ist, erschöpfende Konzessionen zu befriedigen strebte, führt Rußland seit dem Regierungsantritt Alexanders III. einen offenen Vernichtungskampf gegen das Deutschtum der Ostseeprovinzen.

Um das Phantom der „traditionellen Freundschaft mit Rußland“ zu erhalten, haben wir dazu geschwiegen, wir sind ja auch gewohnt, uns in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nicht zu mischen. Aber es ist ein schweres, vor der Geschichte kaum zu verantwortendes Unrecht, daß das offizielle und das nichtoffizielle Deutschland den Balten angesichts der Drangsalierung, die Rußland an den Ostseeprovinzen seit den achtziger Jahren sich zuschulden kommen ließ, nicht einmal ein warmes Interesse, ein mitleidvolles und opferbereites Herz gezeigt hat — von Taten zu schweigen!

Seit Jahrhunderten sind die baltischen Provinzen Rußlands ein deutsches Kolonialland, von einer immer dünn gebliebenen deutschen Oberschicht — Gutsherren, Bürgern, Handwerkern und Intellektuellen — ist das gesamte Gebiet von Kurland, Livland und Esthland, das etwa der Größe von Württemberg und Bayern entspricht, mit deutschem Geist und deutscher Sitte durchdrungen worden. Den eingeborenen Völkern der Letten und Esthen ist deutsche Sprache und Kultur in den Schulen der deutschen Herren vermittelt, sie sind nicht russifiziert worden. Es verrät nur mangelnde Geschichtskennntnis, wenn man den Vorwurf erhebt, die Deutschen hätten es versäumt, die „Knechtvölker“ völlig zu germanisieren; erst kürzlich hat Harnack darauf hingewiesen, daß die einwandernden, zahlenmäßig viel schwächeren Deutschen — sie haben 8 bis 10 v. H. der Gesamtbevölkerung nie überschritten, und sie haben vor allem den landdurchdringenden deutschen Bauern bei der Einwanderung nicht mitgebracht — bei dem Versuch, die eingeborene Bevölkerung aufzusaugen, wahrscheinlich selbst aufgefressen worden wären. Aus dieser Tatsache erklärt sich manches an den baltischen Zuständen, was uns nicht recht begreifbar und auch nicht immer sympathisch ist. Man mag ja manche Dinge gegen die deutschen Balten heute sagen können, sie werden gesündigt haben in ihrer Geschichte, und auch ihr Leben wird, wie das aller anderen Menschen,

Zur Neutralitätsverordnung

Sonntagsausgabe

66. Jahrgang

Expedition: Effingerstrasse 1
656 Telefon 656

Inseraten: Haasenstein & Vogler
Postfachkonto 111327

iten des Postvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25, Kreuzband-Zusendung. Man abonniert direkt bei der Expedition oder Postanweisung. — Inseptionspreis für die Schweiz 25 Cts. die Zeile; für das Ausland 30 Cts. Bestellpreis Fr. 1 die Pettizeile. — in und bei den Postämtern im In- und Auslande

Zur Neutralitätsverordnung

n,
ch
n
a

i
in
ne
a-
er
er
is
h-
res
at,
in
en

en
er
nt-
be-
len

Am 15. Juli ist die „Verordnung betreffend Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen“ vom 2. Juli in Kraft getreten. Wir haben die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung schon bekannt gemacht und erinnern daran, daß sie sich inhaltlich an den Art. 42 des Bundesstrafrechts anlehnt, der die öffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes oder seines Souveräns oder einer fremden Regierung mit Strafe bedroht. Die wesentliche Neuerung besteht darin, daß der Bundesrat die Strafverfolgung anordnen kann ohne Verlangen der betreffenden fremden Regierung. Man hat gesagt, es sei dadurch aus einem Antragsdelikt ein Offizialdelikt gemacht worden. Das ist nicht direkt falsch, aber doch irreführend, da die Strafsjustiz nicht ex officio eingreift, sondern in jedem Einzelfall den Beschluß des Bundesrates abzuwarten hat.

In der Ausgestaltung zeigte sich das Bedürfnis nach schärferer Fassung der Tatbestände und etwelcher Differenzierung der Strafen. Das Bundesstrafgesetz sieht eine Buße bis auf Fr. 2000 vor, womit in schweren Fällen Gefängnis bis auf sechs Monate verbunden werden kann. Die Verordnung unterscheidet:

„Art. 1. Wer öffentlich, in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabwürdigt oder dem Hase oder der Mißachtung preisgibt;

wer eine nicht öffentliche Äußerung dieses Inhalts in beleidigender Absicht öffentlich macht;

wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bis zu Fr. 5000 bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.“

Hier ist eine Verschärfung der im Gesetz aufgestellten Bußbestimmung erfolgt. Art. 1 betrifft den Urheber einer öffentlichen Beschimpfung.

„Art. 2. Wer Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen, die solche Beschimpfungen gegenüber einem fremden Volke, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung enthalten, ausstellt, in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldbuße bis zu Fr. 1000 bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.“

Hier ist die gesetzliche Strafbestimmung in beiden Punkten, Gefängnis und Geldstrafe, gemildert. Art. 2 betrifft den Verbreiter von Schriften und Darstellungen, die öffentliche Beschimpfungen enthalten.

Weiterhin wird bestimmt, daß die Haftungsregeln, die das Bundesstrafgesetz für Preßdelikte ausstellt, anzuwenden sind. Das ist die bekannte responsabilité par cascades, die in Art. 69 des genannten Gesetzes folgendermaßen geordnet ist:

„Für Verbrechen, welche durch das Mittel der Druckerpresse verübt werden, haftet zunächst der Verfasser der Druckschrift. Hat aber die Herausgabe und Verbreitung ohne dessen Wissen und Willen stattgefunden, oder kann derselbe nicht leicht ausgemittelt werden, oder befindet er sich außer dem Bereiche der Bundesgewalt, so haftet der Herausgeber, in Ermangelung dessen der Verleger, und wenn auch dieser nicht vor die Gerichte gezogen werden kann, der Drucker.“

Herausgeber oder Verleger haften subsidiär für die Prozeßkosten und Entschädigungen, die vom Verfasser nicht erhältlich sind; sie haben dafür Rückgriff auf den Verfasser. Der Richter kann die Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Verurteilten verfügen.

Eine weitere, praktisch wichtige Bestimmung gibt dem Bundesrat die Befugnis, Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen beschimpfender Art und die zur Herstellung speziell bestimmten Werkzeuge einzuziehen zu lassen, auch dann, wenn eine Strafverfolgung nicht eintritt. — Die Beurteilung erfolgt durch das Bundesstrafgericht (Abteilung des Bundesgerichts).

Zur richtigen Würdigung der Verordnung müssen wir von ihrem Zweck ausgehen. Damit werden auch die außerordentlichen Schwierigkeiten verständlich, mit denen die Notstandsgesetzgebung auf dem Gebiet der Zensur und der „moralischen Neutralität“ zu rechnen hat. Der Zweck der Verordnung hat nun trotz den Schutzbestimmungen für die Ehre fremder Völker, Staatsoberhäupter und Regierungen mit ausländischen Staatsinteressen nichts zu tun; er erschöpft sich in der Wahrung von Staatsinteressen der Schweiz. Die schweizerische Be-

in Sulkowitzer.

Mittwoch, 21. Juli 1915.

ter Zeitung.)

nummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Colonelzeile 50 J. Abendbl. 75 J.
 Reklamen 42 --- Abendbl. 42 50.
 Familienanzeigen 41. Platz-n.
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauer-
 straße 16/18. Dresden-A: Waisen-
 hausstr. 25. München: Perersstr. 5.
 Odenbach: Bieberstr. 34. Stutt-
 gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur
 u. d. Annonc-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Die Balkanlage.

Der Konstantinopeler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ hat eine Rundreise durch die Balkanstaaten vollendet und gibt seinem Blatte folgenden interessanten Bericht:

Der erste Brief schildert die Zustände in Serbien. Die Berichte, die in der europäischen Presse über das in Serbien herrschende Elend erschienen sind, entsprechen danach nicht mehr der heutigen Lage. Die Seuchen, die allerdings in großen Teilen Serbiens geherrscht haben, sind vor allem durch das Eingreifen der englischen Ärzte sehr eingeschränkt worden. Die Hospitäler und Lazarette sind noch angefüllt, doch zum großen Teil mit Refonvaleszenten, die man noch einige Zeit zurückbehalten kann, da jetzt nicht mehr wie früher in jedem Bett zwei, ja drei und mehr Kranke liegen. Merkwürdigerweise haben die englischen Ärzte mit einem starken Widerstand ihrer russischen und französischen Kollegen zu kämpfen gehabt; sie sind aber energisch vorgegangen, allerdings einigermaßen, als ob sie sich in einem eroberten Land befänden. Serbien bekommt heute vom Osten über die Donau aus Rußland und vom Süden über Salonik aus Frankreich und England alles, was es nötig hat, in so reichem Maße, daß man jetzt wohl sagen kann, es sei in bezug auf Kriegsmaterial und Nahrungsmittel das bestversehene Land der Entente. Das Heer hat sich die sechs Monate Ruhe zu nütze gemacht, um sich vollkommen neu zu organisieren und auszurüsten und die Heeresleitung verfügt denn auch wieder über mindestens 200 000 Mann vollkommen schlagfertige Truppen, da jetzt auch die Reserven ordentlich ausgerüstet und die Artillerie verstärkt und verbessert ist. Serbien ist sonach durchaus nicht dem Untergange nahe.

Der Korrespondent untersucht nun, aus welchen Gründen sich Serbien so untätig verhält. „Aus Serbiens Haltung kann man nicht mehr klug werden“, hört man alle Diplomaten sagen, zu welcher Gruppe der Kriegführenden sie auch gehören. Da Italien der Donaumonarchie in den Rücken gefallen ist, sollte man meinen, es wäre für die Serben und Montenegriner die schönste Gelegenheit gegeben, einen neuen Einfall in die bosnischen Landesteile und über die Donau in das Banat zu wagen. Und doch denkt man in Cetinje ebensowenig als in Nisch daran, man unternimmt vielmehr eine Expedition nach der gerade gegenüberliegenden Seite, man rückt in Albanien ein. Den Grund dieser Untätigkeit gegenüber Oesterreich findet der Schreiber in der vollkommenen Kriegsmüdigkeit Serbiens. Man hat einfach genug vom Kriege. Man beargwöhnt in militärischen Kreisen, daß wenn die Gruppe der drei Kaiserreiche in dem Völkerkampfe Sieger bleiben wird, nach der Niederlage der großen und mächtigen Feinde die Reihe an Serbien kommen wird, und daß es dann dem Schlusangriff nicht wird widerstehen können, sondern unvermeidlich zerschmettert werden muß. Auf der anderen Seite hat das Schachergeschäft der drei Ententemächte mit Italien, das die Hilfe dieses Landes unter anderem mit der Ueberlassung der Adriatische Gebiete erkaufte hat, nach deren Besitz gerade Serbien am stärksten verlangt, auch den bisher überzeugtesten Russophilen in Nisch, Kragsjevac und Cetinje die Augen geöffnet über den wahren Wert des Teiles der Beute, den das serbische Königreich günstigsten Falles erhalten wird, wenn der neue Bierverband die Oberhand gewinnt.

Man würde also wohl mit den Feinden von heute Frieden schließen, wenn der Friede unter annehmbaren Bedingungen zu erhalten wäre, und sich womöglich mit ihnen verständigen, um sich mit ihrer Hilfe gegen die neue große Gefahr zu wenden, die den serbischen Erwartungen und Plänen, ja dem Weiterbestand von Land und Volk jetzt mit einem Male von Italien her droht. Der große Erfolg der Deutschen über die Russen in Galizien und den Ostseeprovinzen, die wenig glückliche Figur, die die Entente zur See und an den Dardanellen spielt, die ergebnislosen Versuche der Italiener gegen die Oesterreicher tragen natürlich nicht wenig dazu bei, daß diese Stimmung im Lande Raum gewinnt. Gleichzeitig höre man aber auch Stimmen, die auf eine Annäherung an Bulgarien dringen und verlangen, daß der 1913 in Bularest erworbene bulgarische Teil Mazedoniens zurückgegeben werde. Auch schon manches angesehenes Mitglied der Militärpartei würde nichts mehr dagegen haben, den südlichen Teil des sogenannten Neuserbiens, das in Wahrheit für Serbien mehr ein Mlog am Wein als ein Vorteil ist, an Bulgarien zu überlassen, wenn man dafür nur den sehnlich begehrten und für Serbien unentbehrlichen Ausweg nach dem Adriatischen Meer erhalten könne. Das Verhalten der leitenden Männer in Nisch stehe

ihn abgegeben. Wem galt er? So weit das Auge reicht, ist niemand sichtbar. War ihm vielleicht das Gewehr zufällig los-

Zuckerbrot und Knute für Rumänien.

Mit wahrer Verzweiflung ringt Rußland um die Seele, um das Schwert Rumäniens. Offenbar steht es aber zurzeit sehr flau um seine rumänischen Aussichten und Hoffnungen, denn die „Nowoje Wremja“ findet es schon erlaubt und nötig, sehr wegwerfend über den Wert der rumänischen Hilfe für Rußland und seine Verbündeten zu sprechen. „Wir werden,“ so sagt die käuflichste und schamloseste unter den russischen Zeitungen, „mit dem Feinde auch ohne Rumänien's Hilfe fertig werden. Aber Rumänien wird ohne den Beistand der Verbündeten nicht einmal das erhalten, was der österreichisch-ungarische Gesandte jetzt verspricht.“

Man fragt sich — und auch in Rumänien wird man sich fragen — warum denn ums Himmels willen die Petersburger dennoch Zeit, Geld, Atem und Zeitungspapier verschwendeten und verschwenden, um mit großen Opfern eine Hilfe zu gewinnen, die sie nicht brauchen. Die „Nowoje Wremja“ strast sich und ihre Geringschätzung der rumänischen Hilfe übrigens selbst Lügen, indem sie noch im selben Atemzug dazu übergeht, die ganze Fülle mostawitscher Drohungen und Versprechungen über das widerspenstige Rumänien auszuschütten. Freilich soll es zum letztenmal sein, daß man den Rumänen das Zuckerbrot hinhält; greifen sie jetzt nicht zu, so soll die Peitsche über sie geschwungen werden. Das Petersburger Blatt glaubt, man hätte zu lange gezögert, Rumänien letztlich und endgültig vor die unausweichliche Wahl zu stellen. Es sei ein Fehler der Bierverbandsdiplomatie gewesen, daß man Herrn Bratianu, dem Leiter der rumänischen Politik, es so lange erlaubt und ermöglicht habe, zwischen den beiden ringenden Mächtegruppen zu laviieren, das Risiko eines rumänischen Eingreifens immer weiter hinauszuschieben und den Preis dafür immer mehr in die Höhe zu treiben. Das dürfe so nicht weitergehen, nicht etwa weil den Petersburgern das Feuer bereits unter den Nägeln brenne, bewahre, sondern lediglich, weil ein solcher fortgesetzter diplomatischer Kuhhandel des großen, edlen, freien, tapferen Rußland und seiner großen, edlen, freien, tapferen Verbündeten unwürdig sei. Unwürdig sei es ihrer, deren Schwert die reinen großen Ideale seien, sich noch länger an der unvornehmen „rumänischen Auktion“ zu beteiligen, in der Herr Bratianu die Ideale des rumänischen Volkes und der wahrhaft edlen, von Rußland geschmierten rumänischen Patrioten Stück für Stück unter den Hammer bringe. „Das Eingehen auf einen so kleinlichen Handel ist ihrer (nämlich der Bierverbandsdiplomatie) nicht würdig. Sie hat vielmehr lediglich ihre endgültige Entscheidung auszusprechen, die anzunehmen oder abzulehnen ist. Ein anderes Verfahren löst den Provinzial-Machiavellis eine übertriebene Meinung von ihrer Bedeutung ein und führt nur zu Verwicklungen und fruchtlosem Schriftwechsel.“

Es ist möglich, daß vor drei oder vier Monaten ein solche forsche Sprache in Bukarest einen starken, vielleicht einen aus-

Es ist möglich, daß vor drei oder vier Monaten ein solche forsche Sprache in Bukarest einen starken, vielleicht einen aus-

Bezugspreis in Köln 7.4, in Deutschland 9.4 vierteljährlich.
Anzeigen 50 1/2 die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50.4

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postcheck-Konto 256.

Haupt-Agenturen: Kreid J.F. Houben, Lönep Ad. Mann, Mainz Mainzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz, Mülheim (Rh.) H. Kleiser, Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M. Gladbach E. Schellmann, Neuss H. Garenfeld, Neuviad W. Bierbrauer, Remscheid C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger, Ruhrort Andreass & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15, Siegburg W. Brinck, Markt 16, Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertret. in Deutschland: In allen gröss. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co. G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wälder, Wihl. Scheller.

ote Wilsons.

Die dritte Note Amerikas.

Die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten umfassen jetzt schon ein solches Altenbündnis zurückzuführen. Im Laufe des letzten Winters hatte sich gezeigt, daß der führende neutrale Staat, eben Amerika, nicht imstande war, England von seiner völkerrechtswidrigen Behinderung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland abzubringen, obwohl gerade dieser Staat in den ungeheuern Mengen von Kriegsmaterial, welche unsere Feinde von ihm bezogen, ein wirksames Druckmittel in der Hand gehabt hätte, um England auf die Bahn des Völkerrechts zurückzuzwingen. Somit griff Deutschland zur Selbsthilfe, indem es am 4. Februar den Tauchbootkrieg gegen die englische Handelschiffahrt ansagte und die Gewässer um die englische Küste als ein Gebiet erklärte, wo auch neutrale Schiffe gefährdet seien, und zwar erstens wegen der ausgelegten Minen, und zweitens, weil die mißbräuchliche Führung fremder Flaggen durch englische Schiffe es den deutschen Tauchbooten schwer mache, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Dasselbe Amerika aber, das für den Schutz des Völkerrechts und der Menschlichkeit gegen den englischen Aushungerungskrieg nichts erreicht hatte, richtete jetzt an Deutschland eine drohende Note, worin es von uns die Versicherung verlangte, daß „amerikanische Staatsbürger und ihre Schiffe anders als im Wege der Durchsuchung durch deutsche Seestreitkräfte auch in der Kriegszone nicht belästigt würden. Sollte aber auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger vernichtet werden, so würde Amerika darin eine unentschuld bare Verletzung neutraler Rechte erblicken und die deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich machen“. Die deutsche Antwort, die am 16. Februar erging, war in der Form äußerst maßvoll, in der Sache, trotz reichlichem Entgegenkommen, bestimmt und fest:

Die deutsche Regierung kann gerade im Interesse voller Klarheit in den Beziehungen beider Länder nicht umhin, hervorzuheben, daß sie mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands sich dadurch schwer benachteiligt fühlt, daß die Neutralen in der Wahrung ihrer Rechte auf den völkerrechtlich legitimen Handel mit Deutschland bisher keine oder nur unbedeutende Erfolge erzielt haben, während sie von ihrem Recht, den Handel in Bannware mit England zu dulden, uneingeschränkten Gebrauch machen. Die deutsche Regierung vertraut darauf, daß die Neutralen, die sich bisher den für sie nachteiligen Folgen des englischen Hungerkrieges unterworfen haben, Deutschland gegenüber kein geringeres Maß von Duldsamkeit zeigen werden, und zwar auch dann, wenn die deutschen Maßnahmen, in gleicher Weise wie bisher die englischen, neue Formen des Seekrieges darstellen.

Darüber hinaus ist die deutsche Regierung entschlossen, die Zufuhr von Kriegsmaterial an England und seine Verbündeten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken, wobei sie als selbstverständlich annimmt, daß die neutralen Regierungen, die bisher gegen den Waffenhandel mit Deutschlands Feinden nichts unternommen haben, sich der gewalttätigen Unterdrückung dieses Handels durch Deutschland nicht zu widersetzen beabsichtigen.

Neutrale Schiffe, die sich in die gesperrten Gewässer begeben, tragen selbst die Verantwortung für etwaige unglückliche Zufälle. Die deutsche Regierung ihrerseits lehnt jede Verantwortung für solche Zufälle und deren Folgen ausdrücklich ab.

Die deutsche Regierung hat es begrüßt, daß die amerikanische Regierung gegen den englischen Flaggenmißbrauch Vorstellungen erhoben hat und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Vorgehen England künftig zur Achtung der amerikanischen Flagge veranlassen wird. In dieser Erwartung sind die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote angewiesen worden, Gewalttätigkeiten gegen amerikanische Handelsschiffe zu unterlassen, soweit sie als solche erkennbar sind.

Die deutsche Antwort empfiehlt weiter den Vereinigten Staaten, ihre Handelsschiffe von ihren Kriegsschiffen abzuweisen zu lassen und

26. VII. 1915

neutralen Nation die Pflicht auferlegen, über den Verlauf eines Krieges zu Gericht zu sitzen und ihren Handelsverkehr mit einem Kriegführenden einzuschränken, dessen maritime Erfolge den Neutralen am Handel mit dem Feinde hinderten. Der Standpunkt der k. u. k. Regierung scheint der zu sein, daß die einem Kriegführenden durch seine Ueberlegenheit zur See erwachsenen Vorteile von neutralen Mächten durch die Herstellung eines Systems des Nichtverkehrs mit dem Sieger ausgeglichen werden sollten. Die k. u. k. Regierung beschränkt ihre Bemerkungen auf Waffen und Munition, aber, wenn das Prinzip, für welches sie eintritt, richtig ist, müßte es mit gleicher Kraft für alle Konterbandeartikel gelten. Ein Kriegführender, der die hohe See beherrscht, mag einen reichlichen Vorrat an Waffen und Munition besitzen, aber an Nahrungsmitteln und Kleidern Mangel leiden. Nach dem neuen Grundsatz, daß die Gleichmachung eine Neutralitätspflicht ist, würden neutrale Nationen verpflichtet sein, solche Artikel mit Verbot zu belegen, weil einer der Kriegführenden sie nicht im Wege des Handelsverkehrs erlangen könnte.

Wenn aber dieses von der k. u. k. Regierung so stark betonte Prinzip als wirksam anerkannt werden sollte auf Grund der Ueberlegenheit eines Kriegführenden zur See, sollte es nicht in gleicher Weise gelten für einen zu Lande überlegenen Kriegführenden? Wenn man diese Theorie der Gleichmachung anwendet, müßte einem Kriegführenden, der der zum erfolgreichen Kampfe zu Lande erforderlichen Munition entbehrt, gestattet werden, sie vom Neutralen zu kaufen, während ein Kriegführender, der einen Ueberfluß an Kriegsmaterial oder die Kraft besitzt, selbes zu erzeugen, von solchem Handel auszuschließen wäre.

Es liegt auf der Hand, daß der von der k. u. k. Regierung aufgestellte Begriff strenger Neutralität eine neutrale Nation in eine Menge Verwicklungen hineinziehen würde, welche das ganze Gebiet der internationalen Verpflichtungen verdunkeln, wirtschaftliche Verwirrung hervorzurufen und allen Handel und alle Industrie der legitimen Gebiete der Unternehmungstätigkeit, die ohnedies schon durch die unvermeidlichen Beschränkungen des Krieges schwer belastet ist, berauben würde.

In diesem Zusammenhange ist es angebracht, die Aufmerksamkeit der k. u. k. Regierung auf die Tatsache zu lenken, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland, besonders letzteres, während der dem gegenwärtigen europäischen Kriege vorhergehenden Jahre einen großen Ueberfluß von Waffen und Munition erzeugt haben, den sie in der ganzen Welt und speziell an Kriegführende veräußert. Während dieses Zeitraumes hat keines von den beiden jemals das jetzt von der k. u. k. Regierung vertretene Prinzip angeregt oder angewendet.

Während des Burenkrieges zwischen Großbritannien und den südafrikanischen Republiken hinderte das Abpatrouillieren der Küste benachbarter neutraler Kolonien durch britische Kriegsjahrzeuge die Verbringung von Waffen und Munition nach dem Transval und dem Orange-Freistaat. Die verbündeten Republiken befanden sich in einer Lage, die in dieser Hinsicht nahezu identisch ist mit jener, in welcher sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegenwärtig befinden. Trotzdem verkaufte Deutschland, ungeachtet der kommerziellen Isolierung des einen Kriegführenden, an Großbritannien, den anderen Kriegführenden, hunderttausende Kilogramm von Sprengstoffen, Schießpulver, Patronen, Geschossen und Waffen und es ist bekannt, daß auch Oesterreich-Ungarn ähnliche Munition an denselben Käufer, wenn auch in geringeren Mengen, verkaufte. Während im Vergleiche zu dem gegenwärtigen Kriege die verkauften Mengen gering waren (eine Tabelle der Verkäufe ist beigefügt), war das in Frage kommende Prinzip der Neutralität dasselbe. Wenn zu jener Zeit Oesterreich-Ungarn und sein gegenwärtiger Bundes-

genosse sich geweigert hätten, Waffen und Munition an Großbritannien aus dem Grunde zu verkaufen, weil ein solches Vorgehen eine Verletzung des Geistes der strengen Neutralität wäre, dann könnte die k. u. k. Regierung mit größerer Folgerichtigkeit und größerer Kraft auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte bestehen.

Es darf weiter darauf hingewiesen werden, daß während des Krieges große Quantitäten von Waffen und Kriegsmaterial an Rußland von preussischen Fabrikanten geliefert wurden, daß während des jüngsten Krieges zwischen der Türkei und Italien, wie diese Regierung erfahren hat, Waffen und Munition an die ottomanische Regierung von Deutschland geliefert wurden und daß während der Balkankriege die Kriegführenden sowohl von Oesterreich-Ungarn als auch von Deutschland mit Munition versehen wurden. Obwohl diese letzteren Fälle der Lage Oesterreich-Ungarns und Deutschlands im gegenwärtigen Kriege nicht analog sind, wie es bei dem südafrikanischen Kriege der Fall ist, zeigen sie doch deutlich die seit langem bestehende Praxis der beiden Reiche in Sachen des Handels mit Kriegsmaterial.

Im Hinblick auf die vorangehenden Ausführungen möchte diese Regierung nicht daran glauben, daß die k. u. k. Regierung den Vereinigten Staaten einen Mangel an unparteilicher Neutralität zuschreiben will, wenn sie ihren legitimen Handel mit allen Arten von Materialien fortsetzt, welche gebraucht werden, um die Streitkräfte eines Kriegführenden wirksam zu machen, wenn auch die Umstände des gegenwärtigen Krieges Oesterreich-Ungarn daran hindern, solche Materialien von den Märkten der Vereinigten Staaten zu beziehen, die, soweit die Aktion und Politik dieser Regierung in Frage kommt, allen Kriegführenden in gleicher Weise offen standen und offen bleiben.

Außer der prinzipiellen Frage liegt aber noch ein praktischer und sachlicher Grund vor, weshalb die Regierung der Vereinigten Staaten seit der Gründung der Republik bis auf den heutigen Tag den uneingeschränkten Handel mit Waffen und Kriegsmaterial befürwortet und geübt hat. Es war niemals die Politik dieses Landes, in Friedenszeiten eine große militärische Macht oder Vorräte von Waffen und Munition, die zur Zurückweisung des Einflusses eines wohlhauserüsteten und mächtigen Feindes genügen würden, zu halten. Es hatte den Wunsch, mit allen Nationen in Frieden zu leben und jeden Anschein der Bedrohung dieses Friedens durch die Drohung ihrer Heere und Flotten zu vermeiden. Zu Folge dieser hergebrachten Politik würden die Vereinigten Staaten im Falle des Ausbruchs einer fremden Macht zu Beginn des Krieges ernstlich, wenn nicht gar verhängnisvoll, durch den Mangel an Waffen und Munition und durch den Mangel an Mitteln, um solche in einer für die Erfordernisse der nationalen Verteidigung hinreichenden Menge zu erzeugen, in Verlegenheit kommen. Die Vereinigten Staaten haben sich immer auf das Recht und die Möglichkeit, Waffen und Munition von neutralen Mächten im Falle eines fremden Angriffes zu kaufen, verlassen. Dieses Recht, welches sie für sich selbst in Anspruch nehmen, können sie nicht anderen abprechen.

Eine Nation, deren Prinzip und Politik es ist, sich hinsichtlich des Schutzes ihrer politischen und territorialen Integrität auf internationale Verpflichtungen und internationale Gerechtigkeit zu verlassen, könnte das Opfer einer aggressiven Nation werden, deren Politik und Praxis es ist, in Friedenszeiten ihre militärische Kraft mit der Absicht auf Eroberung zu stärken, wenn nicht die angegriffene Nation, nachdem der Krieg erklärt ist, sich auf die Weltmärkte begeben und die Mittel zur Verteidigung gegen den Angreifer kaufen kann.

Würden die Nationen der Welt allgemein die Theorie annehmen, daß neutrale Mächte den Verkauf von Waffen und Munition an Kriegführende zu unterlagen hätten, so würde dies jede Nation zwingen, jederzeit genügendes Kriegsmaterial in Bereitschaft zu haben, um jeder sich ergebenden Möglichkeit zu begegnen und Einrichtungen

Die amerikanische Antwort auf die österreichisch-ungarische Note.

Note des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika in Wien, Herrn Penfield, an den Minister des k. und k. Hauses und des Aeußern, Baron Burian.

Nr. 2758.

Wien, 16. August 1915.

Der unterzeichnete Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika hat nicht ermangelt, seiner Regierung den vollen Inhalt der geschätzten Note vom 29. Juni d. J. mitzuteilen, in welcher Sr. Excellenz Baron Burian, k. u. k. Minister des Aeußern, die Anschauungen und Bemerkungen der k. u. k. Regierung über die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich der Gestattung des Handelsverkehrs mit Waffen und Munition zwischen amerikanischen Fabrikanten und Großbritannien und dessen Verbündeten dargelegt hat. Er ist jetzt von seiner Regierung angewiesen, folgendes als Antwort mitzuteilen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Darlegungen der k. u. k. Regierung, betreffend die Ausfuhr von Waffen und Munition aus den Vereinigten Staaten in Länder, die sich mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Kriegszustande befinden, sorgfältig erwogen. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis daß die k. u. k. Regierung die unzweifelhafte Tatsache anerkennt, daß ihre Haltung bezüglich der Ausfuhr von Waffen und Munition aus den Vereinigten Staaten von der Absicht eingegeben ist, die strengste Neutralität zu wahren und sich bis auf den Buchstaben den Bestimmungen der internationalen Verträge anzupassen, sie ist jedoch überrascht, zu vernehmen, daß die k. u. k. Regierung zu verstehen gibt, daß die Beobachtung der strengen Grundsätze des Rechtes unter den Umständen, die sich im gegenwärtigen Kriege entwickelt haben, ungenügend sei und behauptet, daß diese Regierung über die seit langem anerkannten Regeln, die diesen Verkehr seitens Neutralen beherrschen, hinausgehen und Maßnahmen ergreifen sollte, um eine streng paritätische Haltung rücksichtlich beider kriegführenden Parteien zu bewahren.

Dieser Behauptung einer Verpflichtung, die Regeln des internationalen Rechts mit Rücksicht auf spezielle Umstände zu ändern oder zu modifizieren, kann die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beipflichten. Die Anerkennung einer derartigen, der internationalen Praxis der Vergangenheit unbekanntem Verpflichtung würde jeder

harmlose Deutung. Dieser Briefe bemächtigt sich der französische Schmäher, übersetzt sie tendenziös, verfielt sie mit einem Kommentar, der einem Inquisitor höchste Anerkennung abgewinnen würde, und zieht aus ihnen den Schluß, daß es eine Schande sei, Heine noch länger in einer französischen Bücherei, in einem anständigen französischen Hause zu dulden, und daß jeder gute Franzose es als seine vaterländische Pflicht erkennen müsse, diesen deutschen Eindringling, der sich an den französischen Herd eingeschlichen habe, mit Fuhrstritten über die Grenze zu jagen.

Mit einem Male ist also Heine nicht der vaterlandslose Jude, sondern der Deutsche, was sage ich! — der hohe. Das ist zurzeit dankbarer. Der Pamphletschreiber reibt sich ohne Zweifel die Hände und beglückwünscht sich zu der Geschicklichkeit, mit der er auf den französischen Gefühlen wie auf den klingenden Saiten eines Tonwerkzeuges spielt. Zur Ehre des französischen Publikums sei es gesagt: es ermutigt die Höflinge seiner vaterländischen Leidenschaften nicht; es verachtet ihre Hezreden; es läßt sich von ihnen weder gegen Goethe noch gegen Heine aufbringen; es verachtet die gemeinen Sykophanten, die ihm zwei große Weltdichter als boches vereheln wollen. Hervorragende französische Zeitungen, in denen sonst maßlose Feindseligkeit gegen Frankreichs Kriegsgegner allein das Wort führt, haben sich gedrängt gefühlt, ihre türkischen und einfältigen Anschläge abzuwehren und sie selbst im Namen der französischen Gesittung und Selbstachtung scharf abzufertigen.

Diese literarische Episode verdient einen kleinen Platz in der Chronik des großen Krieges. Sie zeigt an einem lehrreichen Beispiel, welche jauchig faulen Untergründe der Menschennatur die gegenwärtigen Ereignisse aufdecken und welche Bübereien in der Verkleidung der Vaterlandsliebe und Kampferregung verdächtige Schleichgänge zu unternehmen wagen. Der Ueberfall auf große Tote mutet wie eine jämmerliche Parodie des jagenhaften Kampfes an, den die Geister der Gefallenen in den Lüften über dem katalanischen Schlachtfeld fortgesetzt haben sollen.

Max Nordau.

Der Kampf um die Adria

Freitag, 30. Juli 1915

Zeitung

d gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

I und Bug.

ich Twangorod erkämpft.

Der Kampf um die Adria.

Von

Heinrich Friedjung.

Die Saat aus dem Treubruch Italiens ist nach Verdienst aufgegangen. Wohl an 100 000 seiner Landesfinder, wenn nicht mehr, sind bei den Stürmen auf den Brückenkopf von Görz, auf die Karstflächen östlich vom Isonzo, auf die wohlverwahrten Bergtäler Tirols und Kärntens tot oder verwundet unter den Geschossen der heldenmütigen Verteidiger gefallen, ohne mehr Raum zu gewinnen, als ihnen von Anfang an freiwillig überlassen worden war. Unterdessen sind Tripolis und die Cyrenaika, deren Boden gleichfalls mit italienischem Blute gedüngt ist, mit Ausnahme weniger Küstenplätze verlorengegangen. Valona gehört den Italienern so weit, wie Oesterreich-Ungarn schon im Herbst des Vorjahres zugab oder zugeben mußte; auf den Höhen jedoch um die Stadt stehen, wie die letzten Nachrichten besagen, griechische Truppen, schon durch ihre Anwesenheit eine Ausbreitung der italienischen Herrschaft verhindernd. Skutari, die volkreichste Stadt Albaniens, ist in den Händen Montenegros, Durazzo infolge des Befehls des Dreiverbandes zwar wieder von den Serben geräumt, aber ebensowenig das Eigentum Italiens. Dazu die Zerstörung der Hafenanlagen von Ancona und anderer Küstenplätze, der Untergang der Panzerkreuzer „Amalfi“ und „Garibaldi“ neben dem Verlust an kleineren Kriegsfahrzeugen. Ein Fehlbetrag also nach dem andern, ohne eine einzige Aktivpost.

So schließt die Rechnung Sonninos ab, des Bankierssohnes aus Livorno, der als dürrer, phantasielofer Logiker die Millionenheere des Dreiverbandes zusammenzählte, der, ohne die lebendigen Kräfte schätzen zu können, durch Addition und Subtraktion zu seinen politischen Schlüssen gelangt ist. Genau so erging es ihm die beiden Male, da er 1906 und 1909 an die Spitze eines Kabinetts trat und sich immer gerade 100 Tage, nicht länger, im Amte zu behaupten verstand. Die 100 Tage nach Ausbruch des von ihm entzündeten Krieges werden Ende August abgelaufen sein — wer weiß, ob seine Herrlichkeit dann nicht wieder vorübergegangen sein wird! Als verzweifelter Spieler läßt er jetzt durch die seiner Politik dienenden Zeitungen „Giornale d'Italia“ und „Tribuna“ den Krieg gegen die Türkei predigen; es scheint, daß die italienische Regierung die Aufmerksamkeit des schwergetäuschten Volkes von der Alpen- grenze ablenken will, daß sie den Vorwand einer Expedition nach den Dardanellen braucht, um eine in der Offensive gegen den Isonzo notwendig gewordene Pause zu beschönigen.

Die seelenlose Konsequenzmacherei Sonninos und die Borliebe Salandras für die nationale Phrase sind das letzte Wort der Partei, die seit jeher und auch während des 33 Jahre währenden Bündnisses mit den Zentralmächten die Trommel zum Kriege gegen Oesterreich-Ungarn rührte. Die Unzuverlässigkeit der Italiener blieb niemandem verborgen, wenige Politiker aber haben die kommenden Dinge mit solcher Klarheit vorausgesehen, wie der Oesterreicher Leopold von Chlumedy, der seit zehn Jahren nicht müde war, auf den voraussichtlichen Abfall Italiens vom Dreibund und den kaum abwendbaren Krieg unter den Bundesgenossen aufmerksam zu machen¹⁾. In den kürzlich erschienenen gesammelten Aufsätzen Chlumedys ist auch wieder zu entnehmen, daß Conrad von Hötzendorf immer, und besonders während des Eroberungszuges der Italiener nach Tripolis, Vorbereitungen zur unvermeidlichen Abrechnung mit den südlichen Nachbarn traf; es liegt etwas Großes darin, wie er sich auch durch die Verhandlungen über die Abtretung Welschtirols nicht in dem Ausbau der gewaltigen Verteidigungswerke am Alpengürtel beirren ließ. Die Warnungssignale, die Chlumedy in Uebereinstimmung mit Conrad in den letzten zehn Jahren ertönen ließ, klingen heute selbstverständlich: daß sie damals nur von wenigen gewürdigt wurden, gereicht beiden Männern nicht zur Unehre.

Der Versuch Oesterreich-Ungarns, sich mit Italien über den Balkan zu verständigen, ist mißlungen. Das öster-

¹⁾ Leopold Freiherr von Chlumedy, „Die Agonie des Dreibunds“. Das letzte Jahrzehnt italienischer Untreue. (Leipzig und Wien, 1915, Franz Deuticke).

amstag, 31. Juli 1915.

Preis der Anzeigen

Colonelzeile 50 J. Abendbl. 75 J.
Reklamen 42 J. - Abendbl. 42.50
Familienanzeigen 4 L. Platz-n.
Daten-Vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
Malz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauer-
straße 16/18, Dresden: A. Waisen-
hausstr. 25, München: Pommstr. 3,
Offenbach: Biebererstr. 34, Stutt-
gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-
straße 62. Uns. übrig. Agentur
u. d. Annonc.-Expod. Ferner in
New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
Societäts-Druckerei
Gesellschaft m. beschr. Haftung.

ung

ar Zeitung.)

mer 40, 41, 42, 43.

ant!

Die Botschaft des Papstes.

Aus dem Lande, das zuletzt und ohne Zwang in den Kreis des Weltkrieges getreten ist, bringt eine Stimme zu den kriegsführenden Völkern und Fürsten, die wohl viele, verbittert und verhärtet durch Not und Schrecken des sich führenden Krieges, etwa mit der Empfindung aufnehmen werden: „Kling' dort umher, wo fromme Menschen sind. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Die Vorstellung, daß der Krieg, der ungefähr die Aufhebung aller Gefühlsmäßigkeiten zwischen den Völkern und Menschen bedeutet, anders als durch Waffen, Vernichtung und Ermatten beendet werden könne, erscheint zunächst rein ideal und als edle Geste dessen, von dem sie ausgeht und der sich selbst als den Hirten einer mystischen Herde bezeichnet. Gewiß, der Ausgangspunkt dieser päpstlichen Kundgebung ist die katholische Idee, nach der alle geistigen Güter dieser Welt dem zur Gut anvertraut sind, der für die Gläubigen die sichtbare Vertretung der anderen Welt darstellt. Das Gefühl der Verantwortung und des väterlichen Schmerzes über die entsetzlichen Opfer des brudermörderischen Krieges, von dem die Botschaft des Papstes die Anregung erhalten, entspricht durchaus jener unpolitischen, kosmischen und religiösen Idee des Papsttums als einer von Gott über die Menschen gesetzten Einrichtung. In diesem Sinne begriffen, müßten die Worte des Papstes dort die höchste Wirkung erleben, wo, wie etwa in Frankreich und Italien, die beherrschende Religion diese geistige Stellung des Papsttums anerkennt, dort aber ohne Wirkung oder ohne große Wirkung bleiben, wo die tatsächlichen oder geistigen Beziehungen zum Papst gelöst sind. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß Benedikt XV., als er sich entschloß, am Jahrestag des Weltkrieges vor die Öffentlichkeit zu treten, eine konkretere Aufgabe vor sich sah als die, den Frieden nur zu predigen. Seine Auffassung von der Stellung des Papstes ist, wie er in einer zwar kurzen, aber ereignisreichen Regierungzeit gezeigt hat, so, daß er sich wohl berufen fühlt, den Frieden auch zu vermitteln und zu machen. Damit wächst die Bedeutung seiner Kundgebung, aber auch die Schwierigkeit, ihre Wirkung und ihren politischen Wert zu ermessen.

Niemand in Deutschland und vermuthlich auch anderswo wird ohne Bewegung und innerstes Einverständnis die Klagen des Papstes über die Verheerungen, Leiden, die der Krieg an Menschen und Gütern, in den Heeren und in der friedlichen Bevölkerung der kriegsführenden Staaten anrichtet. Wie man sich auch zur Religion überhaupt oder zur Kirche stellen mag, die der Papst vertritt: niemand wird ein Wort prinzipieller Entgegnung finden, wenn man an einem Gedanken des Krieges nicht nur an seine Ziele und Erfolge, sondern auch an die Tränen denkt, die um ihn geflossen sind. Aber schon die Anrufung des Verantwortungsgefühls vor Gott und den Menschen wird in denen, die es angeht, weniger menschliches als politisches Gefühl erwecken; der Fall, daß die Binde der schuldvollen Verblendung unter dem moralischen Zwang der Güte von dem Auge des Verbrechers sinkt, so daß er den Mut findet, freudig zu bekennen: ich bin schuldig, wird im Tolstoischen Drama erschütterndes Erlebnis; ob er aber eine Möglichkeit der russischen Politik werden kann, ist sehr zu bezweifeln. Auch Benedikt XV. ist Politiker genug, um solche nicht vorauszusetzen, und deshalb scheint er die Frage der Verantwortung lediglich an die Fortsetzung des Krieges, nicht an seinen Ursprung zu knüpfen. Hier, wo der Papst sagt, daß „die überquellenden Reichthümer der Länder“ es wohl ermöglichen, den Krieg fortzusetzen, daß aber der Preis der Verlängerung des Kampfes zu groß sei, beginnt die realpolitische Absicht der päpstlichen Botschaft.

In der Tat ist, nachdem der Krieg ein Jahr lang gewüthet und nachdem er viele der Voraussetzungen, unter denen er begonnen wurde, beseitigt hatte, eine neue Verantwortung entstanden, die fast ebenso groß ist als jene für die Entfesselung des Weltbrandes. Es wäre jetzt, angesichts eines Schrittes, der das Gute in der Zukunft will, unnütz, darüber zu rechten, wer die Schuld für das Vergangene trägt. Aber ebenso unnütz, ja ungerecht wäre es, das Jahr des Krieges mit dem, was es genommen und gegeben hat, als nicht vorhanden zu betrachten und so den Völkern zwar den Frieden, aber nicht die Befriedigung zu vermitteln. Soll also, wie dies die Meinung des Papstes ist, der ungeheure Konflikt ohne Waffengewalt, d. h. durch Verhandlungen und Verständigung zwischen den kriegsführenden ein Ende finden, so ist dies nur möglich, wenn nicht nur die Idee der kriegerischen Vernichtung des Gegners, sondern auch die der politischen Vernichtung dem Friedenswerke geopfert wird. Deutschland ist durch die Lichtigkeit und das Glück seiner Waffen heute in der Lage, festzustellen, daß es die darauf abzielenden Pläne seiner Feinde zu verhindern gemacht hat und daß es stark genug ist, sich diesen Erfolg des Krieges zu bewahren. Der wahnsinnige Plan Englands, das Deutsche Reich mit seinen siebzig Millionen arbeitender Menschen in den Herdwinfel europäischer Innenpolitik zu verweisen, die Rachsucht Frankreichs nach verbienter Niederlage und die barbarische Angriffslust Rußlands sind an unserer Kraft zerschellt. Aber die Pläne, uns zu vernichten, sind keineswegs aufgehoben, und ihnen soll die Fortsetzung des Krieges gelten. Die Verkleinerung Deutschlands, seine Auflösung in die Atome des Deutschen Bundes, die Ausdehnung Frankreichs an die Rheinarenzen, die Losreißung aller deutscher Gebiete von Straßburg bis Koblenz, die Schwächung des deutschen Ostens, die Zerstückelung Oesterreichs und seine Absperrung vom Meere, das sind die ausgearbeiteten Ziele des Krieges, den unsere Feinde gegen den „Völkermord“ und deutschen „Militarismus“ führen. Dies kann man heute und wahrscheinlich auch noch morgen in den französischen, englischen, russischen und — italienischen Blättern lesen; verantwortliche Staatsmänner haben sich nicht scheut, sich zu diesen Zielen zu bekennen, und auch Parteien, wie die französische Sozialdemokratie, die den Weltfrieden als ideale Forderung erheben und somit Verständnis für seine Vorbedingungen haben könnten, sind diesem Programm der Vernichtung Deutschlands beigetreten.

Der Krieg hat unsere Feinde die Erfüllung dieser Wünsche nicht abtrüben lassen. Unsere Armeen stehen im Angriff

König Eduards Schuld am Weltkrieg.

Mitteilungen aus belgischen Archiven.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ legt heute die Veröffentlichung von Dokumenten aus dem Archiv des Brüsseler Ministeriums des Äußeren fort; sie bringt Briefe der belgischen Gesandten in Berlin, London und Paris aus den Jahren 1906 und 1907. Es waren die beiden entscheidenden Jahre der englischen Einkreisungspolitik. Aus drei Gründen, die in den englischen, französischen und russischen Verhältnissen lagen. Erstens fand damals in England der Übergang der Regierung von der konservativen an die liberale Partei statt. Die Liberalen hatten die kostspielige Flottenpolitik der Konservativen bekämpft, hatten Ersparungen gefordert, und daß eine Einschränkung der Rüstungen auch auf die auswärtige Politik ihre Rückwirkung ausüben werde, lag umso näher, als es in England selbst und außerhalb seit einem halben Jahrhundert — trotz Tatsachen wie der Okkupation Ägyptens unter Gladstone — fast zu einem Dogma geworden war, daß die Liberalen, vorwiegend inneren Fragen zugewendet, in der äußeren Politik nicht die gleiche Aktivität und Energie besäßen wie die Konservativen. Auch war leicht vorzusehen, daß das Bündnis der Liberalen mit den Freen, wodurch die Homerulefrage auf die Tagesordnung gesetzt wurde, bald zu ersten inneren Konflikten führen werde. Daß unter diesen Verhältnissen die äußere Politik in den Bahnen blieb, die sie seit König Eduards Thronbesteigung eingeschlagen hatte, und auf diesen Bahnen erhöhte Tätigkeit entfaltete, das ist der erste unter den entscheidenden Faktoren, welche von lange her den Weltkrieg vorbereitet haben. Die Kontinuität der äußeren Politik Englands über den Systemwechsel in der inneren Regierung hinaus sicherte das persönliche Regime König Eduards. Sir Edward Grey ward ein willfähiges Werkzeug der königlichen Einkreisungspolitik, und die Konferenz von Algizras sollte ihm die Gelegenheit bieten, die deutsch-französischen Beziehungen nach Möglichkeit dadurch zu verschärfen, daß er nach dem Sieg, den die Friedenspartei in Frankreich mit dem Sturz Delcassés errungen hatte, den französischen Unnachgiebigen durch die geradezu aufgedrängte Zusicherung des englischen Schutzes bis zum äußersten zuzuhilfen kam. Es hat aller deutschen Selbstbeherrschung bedurft, um gelassen diese steten englischen Herausforderungen hinzunehmen. Die Friedensliebe des Kaisers ist niemals auf eine härtere Probe gestellt worden. Eben damals aber (31. Dezember 1905) faßte der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, seine Eindrücke in den Satz zusammen: Der höchste Ehrgeiz Seiner Majestät sei die Aufrechterhaltung des Friedens während der Dauer seiner Regierung. Während zwei Wochen später Herr van Groenen, Belgiens Geschäftsträger in London, zu melden hatte: Sir E. Grey habe in letzter Zeit zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern gesagt, „daß Großbritannien Frankreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin.“

Es lag aber im Wesen des persönlichen Regimes Eduards VII., daß er die Leitung der Einkreisungspolitik nicht den Händen eines Ministers anvertraute, dessen Immunität gegen Parteieinflüsse damals noch nicht so gewiß war wie später, sondern daß er seine persönliche Politik auch persönlich ausführte. Das trat am deutlichsten hervor, als der König von England Anfang März 1906 zum Besuch — einem Integritätsbesuch — in Paris eintraf, und den gefährzten Delcassé durch eine Einladung überraschte. Darüber berichtet am 6. März 1906 Herr Leghait, der belgische Gesandte in Paris:

Diese Aufmerksamkeit für Herrn Delcassé gerade im gegenwärtigen Augenblick wird viel besprochen. Man steht im allgemeinen in ihr eine sehr bezeichnende Kundgebung, die wegen ihrer möglicherweise weitreichenden und schwerwiegenden Folgen beunruhigt.

Natürlich wünschte der König von England dem Minister, der mit solchem Eifer die englischen Anschauungen zu den seinigen gemacht hat, ein besonderes Zeichen seiner Sympathien zu geben; aber dadurch, daß er den Mann zu sich rief, dessen Rücktritt Deutschland gefordert hat, hat er dem Vertrag vom 8. April 1904 eine neue Bedeutung verliehen und feierlich eine Politik gutgeheißen, gegen die Deutschland sich auflehnt und die Frankreich selbst von sich gewiesen hat.

Wenn überhaupt noch Zweifel über die Absichten Großbritanniens bestehen konnten, so sind sie jetzt zerstreut; aber man fragt sich, welches die wahre Bedeutung dieser Demonstration ist, und man vermag ihren Nutzen oder auch nur ihre Zweckmäßigkeit in der gegenwärtigen Lage nicht einzusehen, in der die Schwierigkeiten für Deutschland sich häufen und durch den Gang der Verhandlungen von Algizras seine Eigenliebe schon hinreichend getroffen zu sein scheint.

Es ist aber höchst beachtenswert, welchen Eindruck Delcassés Auszeichnung durch König Eduard damals in den Pariser Kreisen hervorrief. Man verstand die demonstrative Absicht und — fürchtete die Folge. Herr Leghait fährt in seinem Bericht fort:

In diplomatischen Kreisen wird diese Kundgebung als unnötig und in diesem Augenblick als höchst gefährlich angesehen. Bei den Franzosen ist sie lau aufgenommen worden, da man sich durch sie wider Willen in die englische Politik hineingezogen fühlt, deren Folgen man fürchtet und die man allgemein durch die Bloßstellung Delcassés mißbilligt hat.

Kurz und gut, man hat hierin mit Beforgnis ein Anzeichen für das Bestreben Englands gesehen, die Lage so zu vergiften, daß der Krieg unvermeidlich würde.

Wir kommen hier zu dem zweiten Moment, das dem Jahre 1906 und den folgenden entscheidende Bedeutung verleiht: Zur Entwicklung der Stimmung in Frankreich. Man hatte, in einem Ausbruch von Empörung, Delcassé gestürzt, als man erfuhr, auf welche Abmachungen mit England er sich eingelassen hatte. Aber Georges Clemenceau, der alte Ministerstürzer, der auch Delcassé zur Strecke gebracht hatte und der einige Monate später (vom Oktober 1906 ab) als Ministerpräsident nicht bloß die innere, sondern auch die äußere Politik Frankreich leitete, ist selbst, von jeher anglophil, immer mehr ein ergebenen Diener der englischen Politik geworden. Was Delcassé vorgeworfen wurde — jahrelang später hat der in offener Kammerstimmung erhobene Vorwurf, der das Parlament in seinem französischen Selbstgefühl kränkte, Clemenceaus Fall bewirkt — das war: daß er Frankreich unvorbereitet und, während Ruß-

land aktionsunfähig war, an den Rand des Krieges gebracht habe, so daß man sich, um dem Kriege zu entgehen, hatte demütigen müssen. Clemenceaus Politik lief nicht darauf hinaus, sich, anders als Delcassé, der englischen Einkreisungspolitik zu versagen, sondern darauf, den geeigneteren Zeitpunkt herbeizuführen, um für die Nachgiebigkeit von 1905-06 Rache zu nehmen, und inzwischen, unter Verleugnung der Zugeständnisse von Algizras, das englisch-französische Marokko-Abkommen, das Deutschlands Interessen unberücksichtigt ließ, in die Tat umzusetzen. Ein tätiger Helfer dieser Politik war der Pressibrigant Georg Billier, der unter dem Namen Tardieu zugleich der politische Leitartikler des „Temps“ war. (Es mag hier hinzugefügt werden, daß Billier-Tardieu sich wegen der Marokkopolitik später mit dem Minister des Äußeren Bichon zerschlugen hat: weil Herr Bichon, wie man als öffentliches Geheimnis in Paris wußte, nicht alle gewünschte Rücksicht auf gewisse materielle Marokko-Interessen Tardieus genommen hatte — zu deren Durchsetzung es einer allzu unbedenklichen Verletzung deutscher wirtschaftlicher Rechte bedürft hätte.)

König Eduards Politik hatte unter diesen Verhältnissen in Paris leichtes Spiel. Auf der Algizras-Konferenz hatte England, wie es in einem Bericht Baron Greindls heißt, „nicht die geringste Anstrengung gemacht, um eine für Deutschland und Frankreich gleich annehmbare Lösung zu finden“ und wägend zu wirken, während die englische Presse, wie derselbe Zeuge erklärt, „alles Erdentliche tat, um zu verhindern, daß die Konferenz von Algizras zum Ziele führe“. All dies trotz friedlicher Erklärungen des englischen Ministeriums. Baron Greindl berichtet darüber aus Berlin, 5. April 1906:

Man muß daraus schließen, daß der König selbst die auswärtige Politik Englands leitet und daß sie sich nicht geändert hat, seitdem Seine Majestät neue Berater genommen hat.

Es besteht kein Zweifel mehr, daß es der König von England gewesen ist, der, unabhängig von seiner Regierung, Herrn Delcassé in eine kriegerische Politik hineingetrieben und ihm das übrigens nicht ausführbare Versprechen gegeben hat, 100 000 englische Soldaten in Ostpreußen zu landen.

Die Einladung des Königs an Herrn Delcassé während seines Aufenthaltes in Paris kann nur als Herausforderung angesehen werden.

Könnten noch irgend welche Zweifel bestehen, so würden sie durch die sonderbare Demarche des Obersten Barnardiston und durch die General Ducarme zerstreut worden sein.

Es gibt tatsächlich in England eine Foppolitik, die neben und unabhängig von derjenigen des verantwortlichen Ministeriums verfolgt wird.

„Diese Bemerkung des Gesandten“, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“, „ist besonders interessant, da sie zeigt, daß die belgische Regierung die Bedeutung der Eröffnungen des Obersten Barnardiston von vornherein erkannt hat. Der Bericht, den der belgische Generalstabchef dem Kriegsminister über seine vertraulichen Bepfehlungen mit dem englischen Militärattaché erstattet hat, ist vom 10. April 1906 datiert. Schon am 5. April aber nimmt Greindl in seinem Bericht auf diese Vorgänge Bezug. Hierdurch wird die von der belgischen Regierung sowie von englischer Seite jetzt beliebte Darstellung, als ob es sich nur um einen ganz unverbindlichen privaten Meinungsaustausch zwischen den beiden Militärs gehandelt habe, auf das blindeste widerlegt. Die belgische Regierung hätte, wenn sie diese Auffassung tatsächlich gehabt hätte, wohl darauf verzichtet, ihre auswärtigen Vertreter von dem Borgefallenen sofort zu unterrichten.“

Und eben zu jener Zeit, als Belgien in die gegen Deutschland gerichtete Kombination einbezogen werden sollte, begann sich England auch um Rußland zu bemühen. In den damaligen russischen Verhältnissen liegt nun das dritte wichtige Moment, das den Erfolg der Einkreisungspolitik herbeiführte. Wittes Ministerpräsidentschaft, die in das Jahr 1906 fällt, war eine kurze Episode. Stolypin, der dann folgte, war ebenso ausschließlich wie erfolgreich mit den inneren Angelegenheiten beschäftigt, und für Rußland, mit erstaunlicher Raschheit erstarrt, lag die Leitung der auswärtigen Politik ganz und gar in den Händen Jewolskis: der aus dem Krieg mit Japan, in dem Rußland alle Folgen der englischen Feindschaft gespürt hatte, die Lehre zog, daß ein Einvernehmen mit England das Hauptziel der russischen Politik sein müsse, und dieses Ziel erreichte, indem England seine größten Traditionen preisgab und, um Rußland gegen Deutschland und das verblüdete Oesterreich auszunutzen, den russischen Bestrebungen auf dem Balkan rückhaltlose Unterstützung zusagte. Diese Vorgänge und die weiteren in Frankreich erfahren in den heute veröffentlichten belgischen Dokumenten eine Klarlegung, über die die „Nordd. Allg. Zeitung“ zusammenfassend sagt:

Ungefähr gleichzeitig mit dem Versuch, auch Belgien in die anti-deutsche Kombination hineinzuziehen, brachte die „Ruß“ die jetzt noch nicht zu kontrollierende Nachricht, daß Eduard VII. Rußland ein Kriegsbündnis angeboten habe. Die englische und französische Presse förderte eifrig solche Pläne, vielleicht unter direkter Anregung durch die offiziellen Kreise. Von den Versuchen einiger Gegner dieser Agitation, wie von Lord Avebury, eine Wandlung zum Besseren herbeizuführen, erwarteten die belgischen Beobachter keinen Erfolg, ebensowenig von einem Zusammentreffen des Königs mit Kaiser Wilhelm, da dank der Haltung der englischen Presse der Haß gegen den deutschen Rivalen bereits ein „Volksempfinden“ geworden sei, das auf die Haltung der Regierung zurückwirkte. Greindl nennt den damals bei Gelegenheit der russisch-englischen Verhandlungen auftauchenden Plan, die beiderseitigen Interessen auf Kosten der Türkei und der Bagdadbahn auszugleichen, den „Gipfel der Unverschämtheit“. Englands Flottenrüstungsplan als Vorbereitung für die Haager Konferenz erscheint in belgischer Beleuchtung ganz richtig als ein heuchlerischer Versuch, Deutschland und die Vereinigten Staaten als die Schuldigen am Scheitern „der menschenfreundlichen Ideen Englands und seines neuen Friedensapostels Sir Henry Campbell Bannerman“ darzustellen.

Anfang 1907 überraschte König Eduard Paris wiederum mit einem Besuch. Die Absicht, Frankreich in die politische Geselligkeit Englands zu ziehen, trat dabei dank dem entgegenkommen Clemenceaus so deutlich zutage, daß, um dieses Joch abzuschütteln,

sich damals eine Reaktion dagegen in Frankreich zu bilden begann. Sie ist fast bis zum Ausbruch des Krieges lebendig geblieben, hat aber nur einen kleinen Kreis von Personen umfaßt und die offizielle Politik überhaupt nicht beeinflusst. Die Politik König Eduards verlangte fortan Steigerung der Rüstungen Frankreichs, um das gefährdete „Gleichgewicht“ Europas aufrechtzuerhalten. Wohl zu diesem Zweck haben die Werbepreisen König Eduards VII., im April 1907 nach Carthago und Gaeta stattgefunden, und das Erscheinen eines russischen Geschwaders in Portsmouth war das erste an die Öffentlichkeit getretene Symptom, daß Jewolski als russischer Minister des Auswärtigen die Politik des Zarenreiches in Bahnen zu führen beabsichtigte, die sie England und damit auch Japan zu nähern und von Deutschland abzuwenden bestimmt waren. Auch ließ sich erkennen, daß Rußland im nahen Orient eine aktive Politik wieder aufzunehmen entschlossen war. Die wieder aufflammenden Unruhen in Mazedonien wiesen deutlich darauf hin. Mit echter Entrüstung berichtete Baron Greindl von den Bemühungen Frankreichs, die eben erst in Algizras getroffenen Vereinbarungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu umgehen, und über die Verhandlungen, die zum russisch-englischen Abkommen vom August 1907 führten, welche die Teilung Persiens in englische und russische Interessensphären und die beiderseitige Politik in Zentralasien festlegten. „Es handelt sich“, schreibt er, „um Fortsetzung der zur Isolierung Deutschlands bestimmten Kampagne, die sehr geschickt geführt wurde und mit der Ausöhnung zwischen Frankreich und Italien (1902) sowie den Abmachungen anfang, die mit letzterer Macht, auch seitens Englands wegen des Mittelmeeres getroffen wurden.“ Er macht (8. April 1907) darauf aufmerksam, daß Frankreich den Anspruch erhebe, wie vor 1870, in Angelegenheiten einzugreifen, die es absolut nicht angehen, wie in der Frage der Bagdadbahn, und sich einbilde, ein Veto gegen Vereinbarungen unabhängiger Mächte einlegen zu dürfen. Offenbar begann Baron Greindl schon damals, auch um die Zukunft seines Vaterlandes, Belgiens, sich ernste Sorgen zu machen.

Der Wortlaut zweier Stellen aus den Berliner Berichten des Gesandten Barons Greindl mag hier schließlich noch angeführt werden. Die erste Stelle ist dem Bericht vom 28. März entnommen:

Die französische Annahme wird wieder ebenso groß wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreichs, und die Entente cordiale ist hieran schuld. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zwischen London und St. Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht fern gestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen. Wenn es sich nur um Fragen handelte, die offiziell zwischen den Kabinetten besprochen werden, wie Ägypten, Marokko, die Neuen Hebriden, die Fischereizonen von Newfoundland, Persien, Afghanistan oder Tibet, so könnten wir uns ja nur freuen, Ursachen von Konflikten zwischen den Großmächten aus der Welt geschafft zu sehen; aber hinter den getroffenen oder bevorstehenden Abmachungen kommt immer wieder der Haß gegen Deutschland zum Vorschein, der in Paris durch die stets lebendige Erinnerung an die Demütigung von 1870, in London durch die Eifersucht auf die Entwicklung von Deutschlands Handel, Industrie und Flotte und in St. Petersburg durch nichts anderes wach gehalten wird, als etwa durch Vorurteile und den maßlosen slavischen Stolz, der sich bei dem Vergleich zwischen deutscher Zivilisation und moskowitzischer Barbarei verlegt fühlt. Es handelt sich um die Fortsetzung der zur Isolierung Deutschlands unternommenen Kampagne, die sehr geschickt geführt wurde und mit der Ausöhnung zwischen Frankreich und Italien sowie mit den Abmachungen anfang, die mit letziger genannter Macht, auch seitens Englands, wegen des Mittelmeeres getroffen wurden.

Aber noch schlagender, noch klarer im Vorausblick ist, was Baron Greindl am 8. April 1907 schreibt:

Wie Sie sehen, Herr Baron, macht sich Frankreich ebenso wie vor 1870 ein Recht zur Einmischung in Angelegenheiten an, die ganz und gar nichts angehen, und bildet sich ein, ein Veto gegen Abmachungen zu besitzen, die zwischen unabhängigen Mächten getroffen worden sind.

Wir mußten jedoch erst wieder auf unsere Kosten erfahren, was die Rückkehr zu den Traditionen des zweiten Kaiserreichs oder vielmehr zu denen der gewöhnlichen französischen Politik bedeutet. Jedemal wenn Frankreich sich im Laufe der Geschichte stark genug dazu fühlte, versuchte es, sich die Vorherrschaft über die ganze Welt anzumachen. Jetzt gibt ihm die Entente cordiale mit England das nötige Selbstvertrauen dazu. Was sich in Brüssel, in Berlin und in Kopenhagen ereignet hat, steht vielleicht nicht allein da. Wahrscheinlich hat Frankreich auch anderswo wieder sein altes Verfahren eingeschlagen, sich um keine Verpflichtungen zu kümmern, die ihm lästig sind, und überall seinen Willen durchzusetzen.

Das sind Zeugnisse, deren Eindruck sich nicht verwischen läßt. Nicht nur König Eduards Schuld ist klar erwiesen, das wahre Antlitz des King peacemaker entlarvt, sondern auch Frankreichs Uebermut und rechtsunbekümmerte Eigenliebe sind mit so treffenden Worten gekennzeichnet, daß gegen solch unbefangenes Urteil nichts aufkommen kann, was nachträglich, um Mißleid zu erregen, vom jammernden Frankreich zu seiner Rechtfertigung und zur Beschuldigung des Gegners angeführt wird.